

## **Stenografisches Protokoll**

- Endgültige Fassung\* -

der 17. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 24. Mai 2012, 8.30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

### Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:	1 – 183
- Leitender Regierungsdirektor Edgar H.	1
- Kriminaldirektor Lothar Köhler	56
- Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein	73
- Präsident a. D. des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Wolfgang Weber	154

#### \*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein (Anlage 1) und Präsident a. D. Dr. Wolfgang Weber (Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses**

Donnerstag, 24. Mai 2012, 08:30 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian	
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank	
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine	
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan	
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

2. Untersuchungsausschuss

off.

Donnerstag, 24. Mai 2012, 08:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Kent

in Wampfer, Lisa

HEYER

Schneider

duhn

VAN RENSSSEN

Paulina Hagenauer

ESTHER WLEER

Grüne

SPD

(SP)

LINKE

SPD, Dr. Wopf

FDP

FDP

CDU/CSU

*[Handwritten signatures: Kent, Wampfer, Heyer, Schneider]*

*[Handwritten signatures: duhn, Van Renssen, Paulina Hagenauer, Esther Wleer]*

2. Untersuchungsausschuss

Off-

Donnerstag, 24. Mai 2012, 08:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Daniel Weßing	SPD	Daniel Weßing
W. W. W.	Linke	W. W. W.
B. G. G.	SPD	B. G. G.
HAWXWELL	SPD	HAWXWELL
Lauger, C. G. G.	FDP	Lauger, C. G. G.
Küger, Daniel	SPD	D. Küger
Ulmer, Heide	Linke	H. Ulmer
Dr. Molsberger	CDU/CSU	Dr. Molsberger
von Cassel	u	von Cassel
Dr. F. F.	u	Dr. F. F.
Viehbeck	SPD	Viehbeck
Nocht	SPD	Nocht
Kühnau	CDU/CSU	Kühnau
Von Dieck	FDP	Von Dieck
Dubiel	FDP	Dubiel

Donnerstag, 24. Mai 2012, 08:30 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
GBA	Christleit	StA b. BGA	
BMJ	Dr. Freudenj	RLG	
BMJ	Dr. Großmann	Amhulret	
BMJ	Dittmann	MD	
BKA	Eiffeler	MR	
BMI	Schulstern	KK	
BMI	Wang	RD	
BKA	Gemeine	KOR	
BKA	Aulbach	KOK in	
GSFKR	FISCHER	RD	
BMI	SWEIJOSK	KR	
BMI	WIEGAMO	TB	
BMI	REINFELD	MR	
<del>BKA</del> BKA	HERRMANN	RR in	
BMI	Schäfer	ITOP	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Dr. Sebastian Roth		Beauftragte	Bayern
Matthias PIOSCH		RD	NRW
h. m.		MR	NI
SCHROEDER		ORR	BY
GERARD		MR	BY
D. Fahrner		RR in	NW
Müllerbach		Beauftragte	BW
Falk		RD in	TH
NITZSCHE		OR	Sachsen
Stuhr		RR in	RP
Schmitt		RR in	SL
BRAND		RL	HE
		MR	BY



(Beginn: 8.32 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 17. Sitzung unseres Untersuchungsausschusses hiermit eröffnen. Sie findet statt in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme durch Vernehmung von insgesamt vier Zeugen.

Wir kommen damit zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Leitender Regierungsdirektor Edgar Hegler
- Kriminaldirektor Lothar Köhler
- Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein
- Präsident a. D. des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Wolfgang Weber

Ich darf zunächst die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich führen, bitten, den Sitzungssaal zu verlassen, da derartige Aufnahmen während einer öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig sind.

Ferner darf ich darauf hinweisen, dass es auch Besuchern der heutigen Sitzung nach einem Beschluss des Ältestenrates, der bereits 1993 gefasst wurde, nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzubringen. Weil die Gefahr der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Handys während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich bitte, diese Geräte entsprechend auszuschalten.

#### **Vernehmung des Zeugen Edgar Hegler**

Ich darf als ersten Zeugen der heutigen Sitzung begrüßen Herrn Leitenden Regierungsdirektor Edgar Hegler. Herr Hegler, ich darf Sie einleitend darauf hinweisen, dass der Ausschuss eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigt. Diese dient allerdings ausschließlich dem Zweck, die Fertigung des stenografischen Sitzungsprotokolls zu erleichtern. Wenn dieses Protokoll erstellt ist, wird die Tonbandaufnahme gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie

haben, falls Sie das wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen vorzunehmen.

Ich stelle fest, Herr Hegler, dass uns eine Aussagegenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern mit Datum vom 23. April 2012 vorliegt.

Haben Sie zu dem, was ich bisher ausgeführt habe, Fragen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein. - Guten Morgen!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Guten Morgen! - Herr Hegler, ich habe Sie vor Ihrer Aussage zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie diesbezüglich auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden. Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit wir dann einen entsprechenden Verfahrensbeschluss hier im Ausschuss fassen können.

Haben Sie zu dieser Belehrung Fragen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich Sie, Herr Hegler, bitten, sich zu Beginn dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die Anschrift, die für Ihre

Ladung verwendet worden ist, noch aktuell ist.

**Zeuge Edgar Hegler:** Mein Name ist Edgar Hegler. 54 Jahre, Leitender Regierungsdirektor beim Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern, dort Abteilungsleiter Inlandsextremismus und zu laden bei dieser Adresse über das Bayerische Landesamt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Herr Hegler, wenn Sie es wünschen, haben Sie gemäß § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich einleitend im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorhin ja bereits gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das wollen Sie. Deswegen haben Sie jetzt zunächst das Wort zur Darstellung Ihrer Beteiligung an der Materie, die uns hier im Ausschuss interessiert.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich möchte zunächst aus meiner Sicht darstellen, wie die Abläufe waren damals. Zunächst möchte ich mal feststellen, dass es sich bei der Aufklärung dieser Morde um ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gehandelt hat, bei dem unser Amt nicht Herr des Verfahrens war und auch in die Ermittlungsergebnisse, in die konkreten, nicht eingebunden war bzw. nichts wusste darüber.

Gleichwohl waren die Morde an den ausländischen Mitbürgern für uns im Hause wiederholt auch Thema, und ein rechtsextremistischer Hintergrund war nicht auszuschließen. Deswegen haben wir mehrmals unsere Zugänge in der Szene befragt im Hinblick auf Erkenntnisse zu diesen Morden, jeweils ohne Ergebnis. Diese Morde waren in der Szene kein Thema. Es ging zum Teil so weit, dass hier Äußerungen kamen: Rechtsextremisten haben damit nichts zu tun.

Dann möchte ich darstellen, dass wir sehr eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Es gab informatorische Gespräche mit der Polizei, auch mit Leuten von der BAO „Bosporus“. Und wir haben zur damaligen Zeit mittlerweile ist es ein anderer Zeitrahmen - jährlich in Zusammenarbeit mit allen KS-Dienststellen - also den Dienststellen Staatsschutz - in Bayern eine Broschüre erstellt.

Dazu sind unsere Mitarbeiter bei allen Staatsschutzdienststellen zu Besuch gewesen. Man hat die Personenpotenziale erhoben und hat sie dann - das haben wir dann

gemacht - in einer Broschüre zusammengestellt. Diese Broschüre enthielt zwischen 1 000 und im Maximum bis zu 1 600 Personen, aufgelistet mit Namen - in der Regel Vornamen - und Geburtsdatum. Dazu wurden die Szenen kurz dargestellt, und es erfolgte jeweils eine Bewertung.

Diese Broschüren haben wir ab 97, dann 98, 99, 2000 - das war eine Zweijahresbroschüre -, 2001, 2002, 2003 und dann 2005 jeweils erstellt und allen Staatsschutzdienststellen zur Verfügung gestellt, allen Präsidien und den Staatsanwaltschaften in Bayern.

Dann war der Schnitt 2006. Im Jahr 2006 gab es dieses Profiling. Da gab es dann den Kontakt zunächst von unserer Außenstelle mit der Soko „Bosporus“, wobei von dem Profiling uns nur gesagt wurde, dass ein Denkansatz vorhanden wäre, dass hier ein rechtsextremistischer Hintergrund vorliegen könnte.

Man hat dann zusammen Personen, die in der Vergangenheit mit Waffen und mit Sprengstoff zu tun hatten, geprüft, ist dann durchgegangen, hat dann auch überlegt: „Welche Personen aktuell könnten für eine derartige Tat in Betracht kommen?“, ohne allerdings irgendwelche vagen Erkenntnisse hier zu haben.

Kurz darauf - das war etwa Mitte Juli - gab es dann bei einem Sachbearbeiter bei uns einen Anruf mit der Bitte, alle unsere Daten aus den Jahren 95 bis 2002 an die Soko „Bosporus“ zu übermitteln. Der Sachbearbeiter wollte das aufgrund der telefonischen Anfrage nicht machen, hat um eine schriftliche Anfrage gebeten. Er bekam dann eine E-Mail mit selbem Inhalt ohne Begründung. Er bekam rechtliche Bedenken, hat sich an mich gewandt.

Ich sah das vom Rechtlichen als nicht zulässig, habe mich dann rückversichert, habe Kontakt aufgenommen mit unserem Rechtsreferenten im Haus und behördlichen Datenschutzbeauftragten, habe ihm das vortragen. Der hat das geprüft und kam zu dem Schluss, dass es ohne Präzisierung und Konkretisierung der Datenübermittlung nicht zulässig ist, hier unseren gesamten Datenbestand der Soko „Bosporus“ zur Verfügung zu stellen.

Dieses habe ich in einem Telefonat einem Mitarbeiter der Soko „Bosporus“ übermittelt. Es hat dann geheißen, man wolle sich wieder mit uns in Verbindung setzen.

Es hat dann allerdings gedauert bis in den Dezember. Am 4. Dezember, soweit ich



weiß, wurde ich erneut angerufen und noch mal darauf hingewiesen, auf den Wunsch der Soko „Bosporus“ nach Übermittlung der Daten aus diesem Zeitraum. Ich habe noch mal gebeten, doch das konkreter darzulegen und den Kreis einzuschränken, und habe darauf hingewiesen - wie bereits beim ersten Gespräch -, dass wir den Großteil unserer gewaltbereiten Personen ja sowieso immer in regelmäßigen Abständen an die Polizei übermittelt haben, und, falls sie diese Broschüren nicht mehr zur Hand haben, angeboten, diese Broschüren erneut zur Verfügung zu stellen. Und das haben wir dann auch gemacht.

Kurz vor Weihnachten 2006 bekam ich dann einen Anruf von Herrn Geier, der mir das auch geschildert hat, dass er kein Verständnis hat, dass wir das nicht übermittelt haben. Ich habe ihn dann noch mal darauf hingewiesen, doch bitte das konkret und schriftlich darzulegen. Und danach kam dann ein Ermittlungersuchen mit entsprechender Begründung, wo auch die Ergebnisse des Profilings detailliert erstmalig dargestellt waren.

Dieses Schreiben ist dann am 5. Januar 2007 bei uns im Haus eingegangen. Wir haben dann das unserem Rechtsreferenten auch übergeben, der dann zusammen mit der EDV in umfangreichen Recherchen diese Daten nach dem Profiling erstellt hat und dann mit der „Bosporus“ immer wieder in Kontakt war, weil hier angegeben war: „Südosten Nürnbergs“ und mit dieser regionalen Begrenzung wir keine Abgrenzung beim Datenbestand machen konnten.

Man hat sich dann so abgesprochen, den Bereich „zwei Postleitzahlenbereiche“ zu nehmen. Das war zwar dann ein bisschen umfangreicher als der Südosten von Nürnberg; aber damit konnten wir ein entsprechendes Programm fertigen und die Recherchen machen.

Wir haben dann als Ergebnis 682 Personen gehabt. Wir haben bei diesen Personen alle Quellen mit aufgeführt gehabt. Und wir haben diese Erkenntnisse am 27.02.2007 an die Soko „Bosporus“ gesandt. Die Soko „Bosporus“ nahm dann noch mal Kontakt auf mit unserem Rechtsreferenten, hat gebeten, diese Erkenntnisse auch in Form einer Excel-Tabelle zur Verfügung zu stellen. Das wurde dann von uns erledigt und an die Soko „Bosporus“ weitergegeben.

Für uns war das ein Problem zunächst, nachdem wir keine konkreten Mitteilungen

bekamen, inwieweit diese Ergebnisse des Profilings waren.

Im Nachgang zu der Übersendung gab es noch vereinzelt Kontakte von der Soko „Bosporus“ zu unserem Haus, wo es um Einzelabklärungen gegangen ist, die wir dann auch entsprechend erledigt haben.

So weit die Vorgänge momentan aus meiner Sicht. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hegler, wir kommen dann zur Befragung. Ich darf da als Ausschussvorsitzender den Auftakt machen, und die Fraktionen schließen sich dann gleich an. - Können Sie noch mal darstellen, wie genau und wie intensiv Ihre Kontakte sich gestaltet haben zur BAO „Bosporus“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die waren im Vorgriff zu diesen Profilinganforderungen - - Wie oft die waren, kann ich jetzt nicht genau sagen. Aber ich denke, mindestens ein paar Mal pro Jahr war das.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen gesagt, ein rechtsextremer Hintergrund habe nicht ausgeschlossen werden können. War das erst nach dem Profiler-Bericht von 2006, oder war das bereits früher?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war bereits früher, und zwar, nachdem es mehrere Morde bei uns in Nürnberg gegeben hatte und auch in München, hat man schon relativ bald auch daran gedacht, dass hier möglicherweise, weil hier die Opfer jeweils Ausländer waren, ein rechtsextremistischer Hintergrund vorhanden sein könnte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bereits nach dem ersten Mord?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das kann ich jetzt nicht sagen. Da war ich noch nicht Abteilungsleiter. Ich bin erst ab 2001 Abteilungsleiter geworden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2001 war der zweite Mord, ebenfalls in Nürnberg. Hat man da bereits an einen rechtsextremistischen Hintergrund gedacht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Kann ich jetzt im Detail nicht sagen, habe ich nicht mehr so konkret in der Erinnerung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber vor 2006? Da sind Sie sich sicher?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da bin ich mir absolut sicher.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ihnen war ja bekannt, dass es seit 2005 diese BAO „Bosporus“ gab. Haben Sie denn mit Ihrem Wissen 2005 - oder mit Ihrer Einschätzung - mal die BAO „Bosporus“ konfrontiert, dass Sie sich als leitender Mitarbeiter aus dem Bereich des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz auch durchaus vorstellen könnten, dass es bei dieser Mordserie einen rassistischen, einen rechtsextremistischen Hintergrund geben könnte?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich persönlich habe mit der Soko „Bosporus“ damals keinen Kontakt gehabt. Unsere Mitarbeiter hatten Kontakt mit „Bosporus“ und haben dorthin auch übermittelt, dass in der rechtsextremistischen Szene keinerlei Erkenntnisse zu diesen Mordfällen vorhanden sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Eine Sache, die uns hier im Ausschuss schon mehrfach beschäftigt hat, ist die Frage, warum es eigentlich so lange gedauert hat, bis das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz - über ein halbes Jahr nach der ersten Anfrage der BAO „Bosporus“ - Daten übermittelt hat. Und ich darf mal zitieren aus dem vorläufigen Protokoll der Vernehmung des Zeugen Geier. Der war der Leiter der BAO „Bosporus“. Da heißt es im Protokoll der Sitzung vom 26. April, Seite 43:

In diesem Fall habe ich Demut und Warten gelernt. Es hat teilweise über ein halbes Jahr gedauert, bis man irgendetwas bekommen hat, was man eigentlich bräuchte.

Also Herr Geier, wie aus dem Zitat erkenntlich wird, erhebt den Vorwurf, das Landesamt Bayern für Verfassungsschutz habe zu viel Zeit ins Land gehen lassen, bis man Auskunftswünsche der BAO „Bosporus“ beantwortet hätte. Ist das ein berechtigter Vorwurf?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nach meiner Auffassung ist es kein berechtigter Vorwurf, nachdem wir dem Mitarbeiter von „Bosporus“ auf deren Anfrage hin mitgeteilt haben, dass wir die Datenübermittlung aus rechtlichen Gründen in dieser Art und Weise und ohne schriftliches Ermittlungersuchen nicht übermitteln können, mit Nennung von Gründen - dass hier sensible Daten vorhanden sind, der Umfang dieser Datenübermittlung und hier keine konkreten Gründe genannt waren -, und dann zusätzlich auch der Mitarbeiter gesagt hat, er würde sich mit uns wieder in Verbindung setzen, und das dann nicht getan hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er hat sich dann nicht wieder mit Ihnen in Verbindung gesetzt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein. Erst dann im Dezember, Anfang Dezember, und erst, nachdem der Herr Geier mit mir telefoniert hatte, bekamen wir ein schriftliches Ermittlungersuchen auch mit entsprechender Begründung. Und das haben wir dann, denke ich, aus unserer Sicht in relativ kurzer Zeit - in weniger als zwei Monaten - umfassend erledigt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, nach Ihrer Erinnerung hat es zwischen Sommer 2006 und Dezember 2006 keine Kontakte gegeben zwischen der BAO „Bosporus“ und Ihrem Haus, obwohl die Auskunftfrage immer noch nicht geklärt war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, so ist es, nach meiner Erinnerung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie erklären Sie sich das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, entweder wollte uns die „Bosporus“ über die näheren Hintergründe nichts sagen, oder sie waren damals zufrieden mit den vielen Personenerkenntnissen, die wir in unseren Broschüren übermittelt hatten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das scheint ja nicht der Fall gewesen zu sein, wenn sich dann selbst der Leiter der BAO „Bosporus“ im Dezember noch mal gemeldet hat, oder?

**Zeuge Edgar Hegler:** So ist es dann. Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir hatten im Sommer 2006 den Sachverhalt, dass es bereits neun Morde gab. Es gab 2006 die Überlegung, nachdem man jahrelang der Theorie nachgegangen ist, es könnte sich um eine Mordserie mit einem Hintergrund handeln aus dem Bereich der organisierten Kriminalität - - Man hat dann die Idee entwickelt, es könnte sich auch um eine Mordserie handeln mit einem rechtsextremistischen Hintergrund. Man wusste nicht, ob diese Mordserie eine Fortsetzung finden würde. Und dann ist es nach Ihrer Erinnerung so gewesen, dass ein halbes Jahr keinerlei Kontakt in dieser Hinsicht bestanden hat zwischen der BAO „Bosporus“ und Ihnen als Verfassungsschutzbehörde?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie damals, als besprochen worden ist: „Welche Personen könnten in Betracht kommen?“ - das ist auch ein Punkt gewesen, der uns hier beschäftigt hat -, irgendwelche Kontakte gehabt zu anderen Landesämtern für Verfassungsschutz oder gar zum Bundesamt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, wir hatten keine Kontakte. Wir wurden jeweils angefragt nach bayerischen Rechtsextremisten. Und dann später, als uns das Profiling mitgeteilt wurde, hat man das noch stärker eingegrenzt in den Bereich Nürnberg, Südosten.

Wir haben zwar damals, nach dem förmlichen Ermittlungsersuchen, das wir bekommen haben, auch geprüft im Hinblick auf Teilnahme von bayerischen Rechtsextremisten an irgendwelchen Veranstaltungen zu den anderen Tatorten in der zeitlichen Umgebung - jeweils 14 Tage vorher und nachher - und in der Gegend der Tatorte, konnten aber weder hier entsprechende rechtsextremistische Veranstaltungen feststellen noch eine Teilnahme von bayerischen Rechtsextremisten in diesen Gegenden.

Wir haben auch ins Auge gefasst, ob eventuell hier ein Berufskraftfahrer in Betracht käme für diese Morde oder ein Handelsvertreter oder jemand, der sehr viel unterwegs ist beruflich, haben dazu allerdings keine Erkenntnisse gewinnen können, haben das aber auch der Soko „Bosporus“, noch

bevor wir unsere Personenerkenntnisse übermittelt haben, telefonisch mitgeteilt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir finden in den Akten - das ist GBA-6/1<sup>\*</sup>; für das Protokoll - einen Vermerk der BAO „Bosporus“ über ein Gespräch - das hat am 7. Juli 2006 stattgefunden - mit Mitarbeitern der BAO „Bosporus“ und zwei Vertretern des Landesamtes für Verfassungsschutz, nämlich Herrn Kropp und Herrn Zeiher. Sind Ihnen diese beiden Mitarbeiter bekannt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die beiden Mitarbeiter sind mir sehr wohl bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was haben die für einen Schwerpunkt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Der Herr Kropp war der Leiter der Außenstelle, und der Herr Zeiher war sein Vertreter und war zugleich Leiter des Außendienstes in Nordbayern für den Bereich Rechtsextremismus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Für den Bereich Rechtsextremismus?

**Zeuge Edgar Hegler:** Für den Bereich Rechtsextremismus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann ist gesprochen worden - das steht auch in der Betreffzeile -:

Arbeitsgespräch ... auf der Grundlage des Ermittlungskomplexes „Einzeltätertheorie“

Und Sie haben ja selber in Ihren einleitenden Worten gesagt, man hätte darüber gesprochen, welche Personen aus dem Bereich Rechtsextremismus mit möglicherweise einer gewissen Affinität in Sachen Sprengstoff man denn so kennt. Ist das richtig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist richtig, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann verstehe ich nicht, warum danach eher diskutiert worden ist über rein globale Abfragen. Sie haben ja dann im Februar 2007 einfach eine Liste mit über 600 Personen geschickt. Das waren aber einfach nur Rechtsextremisten aus dem Großraum Nürnberg, nicht

<sup>\*</sup> Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BY-6/1.

differenziert nach sozusagen einer Einschätzung, was die Gefährlichkeit betrifft. Ist das richtig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist richtig, und das war auch so angefordert bei uns. Man wollte hier den kompletten Bereich der Rechtsextremisten, die bei uns bekannt waren aus dieser Gegend mit einem gewissen Alter nach dem Profiling, wobei das Profiling enger war als dann diese Anforderungen, weil man auch Frauen mit dabei haben wollte bzw. Personen, wo wir kein Geburtsdatum hatten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will noch mal abschließend zu meinem besseren Verständnis nachfragen. Ich habe Sie so verstanden, dass es Ihrer Erinnerung nach so war, dass es Mitte 2006 eine mündliche Anfrage gab der BAO „Bosporus“ an Sie, man solle jetzt mal alles, was man so hat über Rechtsextremisten in Bayern, liefern. Ist das korrekt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist insofern korrekt, als es den Zeitraum 1995 bis 2002 betraf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, BAO „Bosporus“ hat angerufen: „Bitte schicken Sie uns für den Zeitraum 95 bis 2002 alle Erkenntnisse über Rechtsextremisten in Bayern“?

**Zeuge Edgar Hegler:** So war zunächst -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So war die Anfrage?

**Zeuge Edgar Hegler:** - der Anruf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Daraufhin haben Sie gesagt: Das geht so nicht.

**Zeuge Edgar Hegler:** Dann gab es eine E-Mail, wo man das auf NPD-Mitglieder, auf rechtsextremistische Skinheads und Neonazis konkretisiert hat - in Führungszeichen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und dann hat man sich ein halbes Jahr gestritten, was man liefern darf, und am Ende hat man dann geliefert nach Postleitzahlen Großraum Nürnberg?

**Zeuge Edgar Hegler:** Man hat sich nicht gestritten. Wir hatten keinerlei Kontakt mehr seitens der BAO „Bosporus“, nachdem wir unsere rechtlichen Bedenken mitgeteilt haben und gebeten haben, das zu konkretisieren. Wir haben auch immer unsere Unterstützung zugesagt. Es gab dann allerdings vonseiten „Bosporus“ keinen Kontakt mehr bis zum - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Noch mal die letzte Frage, um das auf den Punkt zu bringen: Die Anfrage der BAO „Bosporus“ war sehr allgemein, sehr umfassend. Daraufhin haben Sie mitgeteilt: Das geht so nicht; das muss konkretisiert werden. - Und daraufhin hat der See ein halbes Jahr still geruht, ja?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Befragung durch die Fraktionen. Den Anfang macht der Kollege Binninger für die Union.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Hegler, wir haben jetzt etwa 22 Minuten. Ich und der Kollege Schipanski werden uns die Fragen teilen. Ich mache den Anfang.

Mich würde zunächst einmal interessieren: Sie sind seit 2001 zuständiger Abteilungsleiter für Rechtsextremismus im LfV Bayern.

**Zeuge Edgar Hegler:** Jawohl.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was haben Sie davor gemacht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich war von 95 bis 15. Oktober 99 im Bereich Rechtsextremismus als Sachgebietsleiter, zunächst zwei Jahre im Bereich unorganisierter Rechtsextremismus und dann von 97 bis Oktober 99 im organisierten Rechtsextremismus. Danach war ich im Bereich der Spionageabwehr.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber Sie würden - - Wenn ich jetzt Ihre Vita so sehe, wäre es zutreffend, wenn man sagt, Sie sind aufgrund Ihrer langen beruflichen Tätigkeit sicher einer der Kenner der rechtsextremistischen Szene in Bayern?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn Sie das so sagen: Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was heißt: „Wenn ich das so sage“? Wenn ich 15 Jahre in einem Feld arbeite, würde ich - bei aller Bescheidenheit - sagen - wenn ich meine Arbeit ernst nehme -: Da kenne ich mich einigermaßen aus. - Kann man das sagen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das kann man so sagen. Bloß, ich würde mich selber nicht als - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, Sie sollten sich jetzt nicht loben. Ich wollte nur von Ihnen eine Selbsteinschätzung wissen, dass Sie schon sagen, Sie kennen sich mit der rechtsextremen Szene aus.

Hatten Sie in dieser Zeit direkt oder indirekt jemals mit Mord, Morden, Sprengstoffanschlägen zu tun, wo es um die Frage ging: „Könnte das ein rechtsextremistischer Hintergrund sein oder Täter, die fremdenfeindlich motiviert sind“? Also nicht jetzt unbedingt mit direkter eigener Bearbeitung oder Aufklärung, sondern einfach: Hatten Sie mal da Bezüge?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir hatten da sehr wohl Bezüge. Wir waren mit einer Quelle mit an der Aufklärung des versuchten Sprengstoffanschlags auf das Jüdische Zentrum in München dabei. Wir waren von Anfang an mit der Quelle - - haben da Erkenntnisse gewonnen gehabt, haben das sofort -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das war 2002 oder 2003, glaube ich.

**Zeuge Edgar Hegler:** - das war 2003 - - und waren dann in dem gesamten Verfahren mit beteiligt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Worauf ich hinauswill, ist, was uns Sachverständige gesagt haben: dass es ein typisches Moment sei von rechtsextremistischen Anschlägen oder Mordtaten, dass sich die Täter dann überhaupt nicht zu ihrer Tat bekennen, wie man es von Linksterroristen oder auch von Islamisten kennt. Teilen Sie diese fachliche Bewertung, dass es ein typisches Indiz dafür ist, wenn es kein Bekennerschreiben, wenn es nichts gibt - - dass das eben ein Indiz

dafür wäre, es könnten Täter aus dem rechtsextremistischen Bereich sein? Oder ist die These falsch, die uns die Sachverständigen gesagt haben? Oder ist es einhellige Meinung unter Rechtsextremismusexperten, dass man bei Anschlägen von Rechtsextremisten eben gerade nicht mit Bekennerschreiben rechnen kann?

**Zeuge Edgar Hegler:** Mir sind nicht allzu viele derartige Anschläge bekannt. Ich kenne das Wiesn-Attentat damals, wo der vermeintliche Täter ja selber ums Leben gekommen ist. Da gab es zwar dann im Nachgang entsprechende Erkenntnisse über seine Einbindung in die rechtsextremistische Szene. Köhler selber war auch bekannt als Person der rechtsextremistischen Szene. Ansonsten - aus der eigenen Erinnerung - weiß ich dazu nichts.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber es scheint nach Ihrem Wissen durchaus plausibel zu sein? Also man muss nicht automatisch mit Bekennerschreiben rechnen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Man muss nicht automatisch mit Bekennerschreiben rechnen, denke ich. Was halt für uns auch ein Punkt war: Es war eine sehr hohe Belohnung ausgesetzt auf Hinweise, und dennoch gab es überhaupt keine Hinweise bei uns.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie haben gerade das Verfahren Wiese angesprochen. In der Zeit hatten Sie doch sicher einen intensiven nachrichtendienstlichen Einblick in die gesamte - - oder in einen Großteil der führenden bayerischen Rechtsextremistenszene. Wurden da nie am Rande - als quasi Nebeninformation - auch mal die Morde, die ja dort schon vier an der Zahl waren, in irgendeiner Form thematisiert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nach unserer Erkenntnis gab es dazu keine Hinweise oder Themen, die hier behandelt worden wären in der Szene.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also auch nicht, dass man nur so darüber gesprochen hat, weil man es eben auch in der Zeitung liest und dann den Fall kommentiert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir nichts bekannt geworden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie muss ich mir die Zusammenarbeit vorstellen mit Ihren Kollegen aus den anderen Abteilungen Rechtsextremismus in den anderen Bundesländern, also LfV Thüringen, Sachsen, Baden-Württemberg? Gibt es da regelmäßigen Austausch? Gibt es nur schriftlichen Verkehr? Trifft man sich einmal im Jahr?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gibt es regelmäßigen Austausch. Es gibt auf der Südschiene zweimal im Jahr ein entsprechendes Treffen der Leiter Beschaffung und Auswertung. Dann gibt es mindestens einmal im Jahr die Auswerter- und Beschaffungstagung im Bund. Und dann gibt es in der Regel auch noch eine Sonderbeschaffungstagung im Bund.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was heißt „Beschaffer“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Beschaffer sind die Personen, die sich um Quellenführung und dergleichen kümmern.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die treffen sich regelmäßig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die treffen sich regelmäßig.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das sind aber nicht Sie, das sind Ihre Mitarbeiter?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, bei den Leitetagungen bin ich auch dabei.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Bei solchen Tagungen, die Sie regelmäßig machen, war da jemals - und die Mordserie hat ja schon 2000 begonnen - diese Mordserie ein Thema?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich mich erinnern kann, ist da am Rande von Tagungen durchaus über diese Mordserie gesprochen worden. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, dass es offiziell als Tagesordnungspunkt irgendwo draufgestanden wäre.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also „am Rande“ heißt eben „in der Pause oder wenn man sich mit Kollegen austauscht, aber nicht auf der Tagesordnung“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, genau.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): War denn mal auf der Tagesordnung - jetzt gehe ich ein bisschen weit zurück und setze auf Ihr gutes Gedächtnis - dieser Beschaffertreffen, dieses regelmäßigen Austausches das Thema „Thüringer Heimatschutz“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dazu kann ich jetzt nichts sagen, da ich erst ab 2001 bei diesen Tagungen dabei war.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gut, da war der nicht mehr stark aktiv. Aber er hätte ja trotzdem mal noch Thema sein können mit Bezug auf vergangene Ereignisse?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich mich erinnern kann, war das kein Thema mehr.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie wurden auch nie damit konfrontiert, seit Sie da diese Funktion hatten, dass es eben in Thüringen 1998 ein Trio gegeben hat, das nach einem Sprengstoffdelikt abgetaucht ist, seither gesucht wird und das - so liest man ja auch heute aus den Akten - durchaus schon eingestuft wurde, dass es terroristisches Potenzial hätte? Das war niemals Thema?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, es war für mich kein Thema. Ich weiß jetzt aus den Akten, dass 98 von Thüringen Lichtbilder übersandt wurden - auch an unser Haus -, dass damals bei uns unsere Quellen befragt wurden im Hinblick auf Erkenntnisse zu diesen Personen. Da gab es dann einen Kontakt vom, ich glaube, Mundlos zu einem gewissen Tag, soweit ich mich erinnere, der in Rheinland-Pfalz sitzt. Diese Erkenntnis wurde nach Thüringen übermittelt, und Thüringen hat das dann an Rheinland-Pfalz weitergegeben, soweit ich jetzt mitbekommen habe, und die haben dann weiterermittelt ohne Ergebnis.

Ansonsten hatte ich keine Beziehung oder keinen Kontakt zu diesen Personen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also 98 war ja vor Ihrer Zeit. Aber ich bin ganz dankbar für den Hinweis, den Sie uns gegeben haben, dass eben Thüringen 98 schon auch - und damit wohl ja auch an alle Landesämter für Verfassungsschutz - die Fotos übermittelt hat der drei und mit der Bitte auch: Hört euch um in eurer Szene! Wisst ihr was über den Aufenthaltsort?

**Zeuge Edgar Hegler:** Davon gehe ich aus, allein aufgrund dieser Mitteilung - es ist ja nur eine kurze Mitteilung von unserem Haus an Thüringen -, die bei uns gar nicht mehr vorhanden war, die wir jetzt von Thüringen wieder bekommen haben, dass eben nach Lichtbildvorlage diese Erkenntnis angefallen ist.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wurde denn mal - auch noch mal die Erinnerung strapazierend - sonst im Zusammenhang mit diesem Trio seitens der Thüringer Behörden auch mal nach anderen Personen aus der Szene gefragt - also die jetzt heute Gegenstand des Ermittlungsverfahrens sind oder in Haft sitzen -, ob die in Bayern aktiv sind?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da ist mir nichts dazu bekannt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Mit Ihrem Wissen von heute - da es ja öffentlich ist, gegen wen ermittelt wird und wer in Haft sitzt - und mit Ihrem Wissen über Ihre Personenkenntnisse über die rechtsextreme Szene in Bayern: Wären Sie heute in der Lage, zu sagen: „Da gibt es Berührungspunkte; ja-wohl, die kannten wir auch, die sind in Bayern auch häufiger erschienen, die waren präsent bei Aufmärschen oder bei Flugblattverteilungen oder anderen Aktionen“? Oder sagen Sie bei den Beschuldigten, die wir jetzt haben: „noch nie gehört, in Bayern noch nie aktiv gewesen“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Personen wurden mir jetzt erst bekannt. Dass natürlich hier diese Personen bei einer Großveranstaltung, bei einer Großdemo mit teilgenommen haben, wurde mir auch erst jetzt bekannt aufgrund der Ermittlungsergebnisse. Es ist so, dass - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Bei welcher Demo war das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war bei der Wehrmachtsausstellungsdemo 97 und dann in Aschaffenburg, soweit ich weiß, 98 beim Münstermann-Marsch. Das waren aber, soweit ich weiß, beides Ereignisse, die vor dem Untertauchen der Personen stattfanden.

Nach dem Untertauchen sind diese Personen bei uns in Bayern nicht mehr aufgetaucht, zumindest nicht festgestellt worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und andere, die jetzt als Beschuldigte geführt werden oder in Haft sitzen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da ist die Mandy Struck bei uns aufgetaucht, 2001, bei einer Flugblattverteilung. Und sie hat eine Zeit lang bei uns in Bayern gewohnt, hatte wohl Kontakte zur FAF, ist aber bei den Durchsuchungsaktionen zum FAF-Verfahren und den Maßnahmen, die wir damals im Hinblick auf ein Verbot der FAF durchgeführt haben, nicht aufgetaucht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das hatten wir ja bei einer der letzten Vernehmungen durch den Kollegen des polizeilichen Staatsschutzes ja auch herausgearbeitet, diese Kontrolle bei der Flugblattaktion. Und der Kollege des Staatsschutzes hat ja das dann weitergemittelt an Sie und auch an das PP Chemnitz, wie wir heute aus den Akten wissen, und, ich nehme an, auch an das zuständige LfV.

Hatten Sie über diese Person Struck denn noch mal nach dieser Flugblattaktion in irgendeiner Form Kontakt - jetzt sage ich mal - mit LfV Thüringen oder LfV Sachsen - - also Sachsen wohl, wo sie ja auch bekannt war? Oder wurde da nie weiter mal abgeglichen der Wissensstand von Ihnen mit den Kollegen in Sachsen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das weiß ich jetzt nicht. Ich weiß nicht, was damals der Wohnsitz dieser Struck war. Wenn er in Bayern war, haben wir die Erkenntnis nicht übermittelt. Wenn der Wohnsitz in Thüringen gewesen sein sollte, dann müsste er an sich übermittelt worden sein. Aber ich kann jetzt dazu konkret nichts sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, ich weiß es jetzt aus der Erinnerung heraus auch nicht. Aber ich weiß, dass der Staatsschutzkollege diese Erkenntnis ans PP Chemnitz - wahrscheinlich gab es damals zwei Wohnorte - weitergestreut hat, und dann müsste es eigentlich auch beim LfV in Sachsen dann gelandet sein.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn das so war, haben Sie vollkommen recht. Wir bekommen ja den Bericht von der Polizei, wenn die Rechtsextremisten feststellen. Da ist ein Verteiler drauf. Da kann man erkennen, wo

die Erkenntnis hingegangen ist. Wenn die Erkenntnis auch an den Wohnsitz der Person gegangen ist, dann besteht von unserer Seite keine Verpflichtung mehr, diese Erkenntnis ebenso weiterzuleiten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber Sie wüssten jetzt nicht, ob es da dann noch mal eine Rückkopplung gab aus Sachsen oder aus Thüringen nach dem Motto: „Was habt ihr über die Mandy Struck, was macht die bei euch, wer bewegt sich mit ihr mit?“, dass man also das Wissen abgeglichen hat und vielleicht darauf gekommen wäre, dass kurz davor andere Maßnahmen in Sachsen und Thüringen gelaufen sind, wo die Person durchaus von Interesse war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, bei der Aufarbeitung jetzt dieser NSU-Fälle von den Akten ist Derartiges in unseren Akten nicht vorhanden gewesen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir hatten hier bei einer der letzten Vernehmungen - ich glaube, die Kollegin Pau von der Linken hat das thematisiert - die Flugblattaktion von Ittner, einem bekannten Rechtsextremisten, jetzt festgenommen in Portugal, derzeit in Auslieferungshaft. Es habe eine Flugblattaktion gegeben im Jahr 2000: Aktion „Flächenbrand“, mittwochs - Botschaft beachten - acht Tage vor dem ersten Mord. Wissen Sie darüber was, über diese Flugblattaktion, und wie haben Sie sie bewertet, wenn Sie sie damals - - Das war auch schon kurz vor Ihrer Zeit, aber jetzt auch im Hinblick auf das Aktenstudium, das Sie ja sicher auch gemacht haben.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir bis jetzt nichts bekannt geworden. Also, ich kann jetzt dazu nichts sagen, zu dieser Flugblattaktion. Ich weiß, dass es die gegeben hat; im Rahmen der Ermittlungen ist mir das bekannt geworden. Ich kann es jetzt aber zeitlich nicht eingrenzen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Es gibt dazu nichts in Ihren Akten in Bayern, im bayerischen LfV?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kann jetzt momentan dazu nichts sagen. Ich weiß nur, dass diese Aktion bekannt geworden ist jetzt

im Nachgang. Ob die damals bekannt war, weiß ich jetzt nicht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da müssen wir vielleicht bei Gelegenheit noch mal nachfragen.

Ich habe noch zwei Fragen - bevor dann Kollege Schipanski übernehmen wird -, die noch mal konkret die Zusammenarbeit betreffen zwischen der Polizei, BAO „Bosporus“ und Ihnen. Könnten Sie uns noch mal erläutern, was an der Rechtslage es Ihnen unmöglich gemacht hat, Ihr Wissen einfacher und unkomplizierter den bayerischen Ermittlern zur Verfügung zu stellen? Weil wir ja gehört haben: Die Ablehnung Ihres Hauses bezog sich darauf: „Anfrage zu unkonkret“; aber selbst als sie konkretisiert wurde, hieß es immer noch: „massive rechtliche und Datenschutzbedenken“. Könnten Sie uns noch mal erklären: Welche Vorschrift im Landesverfassungsschutzgesetz hat Ihnen diese hohen Hürden bereitet? Oder ist die auslegbar?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nachdem das konkretisiert war, das Ermittlungersuchen, haben wir keine rechtlichen Bedenken mehr geltend gemacht oder vorgetragen, sondern wir haben den Auftrag dann erfüllt, denke ich. Nur vorher - als nur diese mündliche Anfrage da war bzw. umfassende Erkenntnis erbeten wurde - hatten wir entsprechende rechtliche Bedenken im Hinblick auf unsere Art. 14 und 17 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz. Danach müssen die zu übermittelnden Daten für den Zweck erforderlich sein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich meine, da hätte man jetzt ja sagen können - bei neun Mordfällen, und man verfolgt eine Hypothese der fremdenfeindlichen Spur -, dass die Personenkenntnisse, die Sie über gewaltbereite Rechtsextremisten haben, erforderlich wären. Woran scheitert es dann rechtlich? Also, ist es eine Verhältnismäßigkeitsfrage, dass man sagt: „160 potenziell Überprüfbar übermitteln wir, aber 500 nicht“? Oder woran scheitert es dann?

**Zeuge Edgar Hegler:** Man muss sagen: Das waren Datensätze von circa 3 500 Personen. Und es waren nicht nur die Personennamen eingefordert ursprünglich, sondern auch unsere gesamten Daten dazu. Es ist natürlich auch eine Frage: Brauche ich dann noch zwei getrennte Behörden, wenn



man hier auf denselben Datenbestand zugreifen kann?

(Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):  
Deutliche Aussage! - Iris Gleicke  
(SPD): Das ist das größte Problem!)

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir führen die Debatte ja politisch häufig, wo, wenn es um Informationsaustausch geht zwischen Polizei und Verfassungsschutz, von vielen Stellen in diesem Parlament dann immer auch das Trennungsgebot sehr stark betont wird. Das war für Sie auch ein Argument, zu sagen: „Wir können nicht einfach austauschen?“

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war ein Argument. Ein weiteres Argument war, dass hier sensible Daten vorhanden sind, die entsprechend eingestuft sind, die wir von anderen Verfassungsschutzbehörden bekommen haben, die wir nicht ohne weiteres weitergeben dürfen, und dann auch von anderen Diensten, allerdings nur in geringem Maße.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt doch noch zwei Fragen. Wäre es dann aber nicht naheliegend gewesen - - Ich meine, ich stelle mir das immer so vor: Es geht um neun Morde. Sie erhalten eine Anfrage mit der Bitte um Unterstützung. Und dann kann ich natürlich formal und rechtlich, wie Sie es gerade beschrieben haben, völlig korrekt sagen: Das ist zu vage; da dürfen wir euch die Daten nicht geben. - Und dann hören Sie nichts mehr von den Ermittlern. Wäre da nicht auch - - Wäre es zu viel verlangt gewesen, zu sagen: „Ich setze auf Eigeninitiative“ und rufe selber noch mal bei dem Herrn Geier an und sage: Braucht ihr jetzt was? Wir würden euch ja liefern; aber es muss die und die Bedingungen erfüllen, und dann habt ihr die Daten innerhalb von einer Woche. - Oder lehnt man sich dann zurück und sagt: „Bis der Kunde wiederkommt mit der nächsten Anfrage, tun wir mal nichts“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir hatten keine Erkenntnisse über den Ermittlungsstand der Polizei.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, das ist mir schon klar. Aber dass man mal einfach zum Hörer greift und sagt: Wir haben eine Anfrage. Die können wir so nicht beantworten. Wir würden sie aber gerne beant-

worten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Bitte Tempo! Und schickt uns eine Anfrage, die die Voraussetzungen erfüllt. - Das wäre doch auch ein Weg, anstatt zu warten, bis sechs Monate ins Land ziehen und dann halt irgendwann doch eine Anfrage kommt, die auch die Bedingungen erfüllt.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Zusage, dass wir im Rahmen des rechtlich Möglichen die Soko „Bosporus“ unterstützen, haben wir ja damals bei dem Telefonat, wo wir unsere rechtlichen Bedenken vorgetragen haben, auch übermittelt und dargetan.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Es blieb hier lange strittig, als wir die Ermittler befragt haben, wie die Anfrage, die Sie dann bekommen haben - Bezug: Großraum Nürnberg, aber auch bitte mit einbeziehen die Tatorte in den anderen Bundesländern, also Kassel, Dortmund, Hamburg, Rostock -, zu verstehen war. Der Ermittler hat uns gesagt, für ihn war klar, dass die bayerischen Verfassungsschützer sich dann natürlich darum kümmern, diese Anfrage auch mit ihren Landesämtern zu besprechen. Deshalb hatte ich vorhin ja auch gefragt, wie häufig Sie sich sowieso automatisch treffen und austauschen. Haben Sie das gemacht? War das für Sie aus der Anfrage erkennbar, dass man hier nicht nur Sie um Ihr Wissen bittet, sondern natürlich auch darum bittet, innerhalb des Verfassungsschutzverbundes dort, wo Tatortbezug ist, diese Erkenntnis abzufragen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war für uns nicht klar, sondern gerade das Gegenteil. Wir gingen davon aus: Wenn die entsprechende Ermittlungen und entsprechende Erkenntnisse haben wollen, dann werden sie bei den zuständigen Behörden anfragen. Für uns war aufgrund des Profiling, das dann mitgeteilt war, der Ankerpunkt Nürnberg dann gegeben. Vorher bezog sich die Anfrage, die mündliche, immer auf bayerische Rechtsextremisten, also nie auf andere Personen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber es gibt in den Akten schon eine Fundstelle, wo eben ganz klar genannt wird, man möge auch die anderen Tatorte mit einbeziehen - da sind die auch aufgezählt - und man möge auch rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit einbeziehen, was Erkenntnisgewinnung angeht.

Ich tue mich ein bisschen schwer, wenn hier gesagt wird: Einer verlässt sich auf den anderen; der wird es schon gemacht haben. - Der bayerische Ermittler hat uns nämlich das Gleiche gesagt. Er hat gesagt, er ging davon aus, dass das LfV sich darum kümmert, weil er ja mit Nachrichtendiensten sonst nichts zu tun hat und Sie der einzige Ansprechpartner für ihn sind, das LfV Bayern. Und Sie wiederum gingen davon aus, dass er, wenn er von anderen LfVs etwas möchte, schon selber anfragt. Ist das so richtig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist so richtig. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Polizei Herr des Verfahrens ist und hier entsprechend die Ermittlungen leitet und nicht wir ohne konkreten Auftrag irgendwas machen. Auf der anderen Seite wissen wir auch, dass in anderen Phänomenbereichen die Soko „Bosporus“ durchaus mit anderen Landesbehörden und den Bundesbehörden Kontakt hatte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt ist meine Fragezeit zu Ende, und ich habe dem Kollegen Schipanski die ganze Zeit genommen. Er wird dann die komplette zweite Runde bestreiten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben noch zwei Minuten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aha. Dann haben wir hier zu früh auf die Uhr gedrückt. Dann darf er zumindest noch einsteigen, damit Sie sich schon mal aneinander gewöhnen können für die zweite Runde.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Soweit wir noch eine zweite Runde haben. - Herr Hegler, ich habe vielleicht noch eine abschließende Frage. Der Herr Binninger hat ja gerade auf diese 682 Personen hingeleitet, die Sie dann übermittelt haben. Nun ist ja in unmittelbarer Nähe von Nürnberg die Stadt Roth, wo wir einen Bundeswehrstandort haben. Haben Sie denn auch den MAD einbezogen bei der Abfrage, um zu diesen 682 Personen zu kommen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, wir haben den MAD nicht einbezogen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Welchen Grund gab es denn hierfür, dass Sie ihn

nicht einbeziehen? Ich meine, es ist ja bekannt, dass durchaus auch Soldaten der Bundeswehr, also von Thüringer Sicht her, aktiv waren beim „Thüringer Heimatschutz“ beispielsweise.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben keine Veranlassung gesehen, Bundesbehörden oder andere Verfassungsschutzbehörden mit einzubeziehen, weil jeweils nur bayerische Extremisten gefragt waren.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Aber wenn der Wohnsitz des Soldaten in Bayern liegt, dann sind Sie doch - - Der Wohnsitz des Soldaten ist doch dann faktisch immer die Kaserne. Es kann doch durchaus möglich sein, dass jemand aus der Gegend von Roth auch in dieses Raster mit reinfällt.

**Zeuge Edgar Hegler:** Bei den Wehrpflichtigen ist mir das jetzt nicht bekannt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Dann hätte ich noch eine Frage zu der Informationsübermittlung. Der Herr Edathy hat ja vorhin auch gefragt: per Telefon, per E-Mail? Gibt es denn bei Ihnen Dienstanweisungen, wie die Anfragen sein müssen? Also, muss es ein schriftliches Ersuchen sein? Reicht eine E-Mail aus? Würde auch woanders ein Telefonat ausreichen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es gibt eine Dienstanweisung in Bezug auf Übermittlung von Daten. Die müssen schriftlich fixiert werden. Im Hinblick auf Anfragen weiß ich jetzt keine Dienstanweisung, dass die schriftlich sein müssten. Wir brauchen natürlich für die Unterlagen einen Grund für die entsprechende Datenübermittlung.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also würde es grundsätzlich auch gehen, dass man sagt: Sie werden angerufen, machen einen Vermerk und arbeiten aufgrund dieses Vermerks? Oder würde eine E-Mail grundsätzlich auch ausreichen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das wäre grundsätzlich ausreichend, wird auch bei kleineren Anfragen, die keinen besonderen Umfang haben, so praktiziert. Bei umfangreichen Anfragen wollen wir dann schon eine entsprechende schriftliche, konkretisierte An-

frage haben, um auch prüfen zu können, ob die Datenübermittlung rechtmäßig ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das Fragerecht wechselt dann zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Hegler, guten Morgen! Was haben Sie gedacht, als Sie im November 2011 erfahren haben - als es bekannt wurde -, dass die zehn Morde von der sogenannten Zwickauer Terrorzelle verübt wurden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir waren vollkommen überrascht über dieses Ergebnis der Aufklärung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie irgendeinen Bezug hergestellt zu Ihrer eigenen Arbeit? Haben Sie irgendwie im Nachhinein dann gedacht: „Ach, da hätten wir auch drauf kommen können“ oder so?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein. Ich denke, wir hätten nicht darauf kommen können.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Als der erste Mord geschah an Enver Simsek in Nürnberg am 9. September 2000, haben Sie das zur Kenntnis genommen? Können Sie uns das mal schildern?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich war damals in einer anderen Abteilung, hatte fachlich damit nichts zu tun. Ich habe das selbstverständlich den Medien entnommen und zur Kenntnis genommen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Als Sie dann in die Abteilung gewechselt sind und Januar 2001 für Rechtsextremismus zuständig waren, haben Sie da irgendeinen Gedanken mal verwandt auf den Mord, der begangen worden ist, und irgendwie, in irgendeiner Art und Weise, einen Zusammenhang zu Ihrer Arbeit hergestellt? Oder haben Sie das nur aus dem Augenwinkel verfolgt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, das war Thema, soweit ich mich erinnern kann, von mehreren Abteilungsleiterbesprechungen. Und da gab es dann auch den Auftrag, entsprechend in der rechtsextremistischen

Szene abzuklären, ob es da irgendwelche Hinweise gibt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was haben Sie dann gemacht? Das ist ja interessant. Was wurde dann genau gemacht, und zu welchem Zeitpunkt war das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das kann ich aus der Erinnerung nicht mehr genau sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie werden wissen, was Sie dann gemacht haben.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben unsere Zugänge in der Szene befragt, dahin gehend, ob es irgendwelche Erkenntnisse gibt im Hinblick auf rechtsextremistische Motivation dieser Morde.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie werden sich erinnern, zu welchem Zeitpunkt das ungefähr war. War das früh, oder war das nach 2006, nach dem neunten Mord?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war, denke ich, mindestens schon nach dem zweiten Mord, dass hier entsprechend in der Szene gefragt wurde.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Darüber haben wir keine Vermerke in den Akten; darüber haben wir nichts gefunden. Können Sie uns bitte mal ein bisschen schildern, was Sie dann genau gemacht haben? Also, Sie haben eine Verbindung hergestellt zu den Morden, Sie haben offensichtlich einen fremdenfeindlichen Hintergrund angenommen und haben dann in der rechten Szene ermittelt. Wie sah das aus?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es gab ja zunächst keine konkreten Erkenntnisse über die Hintergründe dieser Morde. Deswegen hat man natürlich versucht, auch bei uns im Haus, in die verschiedensten Richtungen Erkenntnisse zu gewinnen. Und im Bereich Rechtsextremismus hatten wir den Auftrag, unsere Quellen, die in der Szene ja Szeneangehörige sind, zu befragen, ob es irgendwelche Erkenntnisse gibt im Hinblick auf diese Morde. Das haben wir durchgeführt. Es gab allerdings keinerlei Erkenntnisse dazu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie kommt es dann, dass wir bisher den Eindruck hatten, dass

Sie erst nach 2006, also nachdem die BAO „Bosporus“ auf Sie zugekommen ist, nach Ihren Erkenntnissen gefragt wurden? Gab es denn da in der Zwischenzeit keinen Austausch?

**Zeuge Edgar Hegler:** Doch. Es gab immer wieder informatorische Gespräche zwischen unserer Außenstelle und der Soko „Bosporus“, wo auch das Thema Rechtsextremismus jeweils behandelt wurde.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Jetzt möchte ich Sie noch mal fragen: Es wird Sie jetzt nicht wundern, wenn ich das hier so formuliere, dass wir einigermaßen erstaunt darüber sind, wie das hin- und hergegangen ist zwischen Ihnen und der BAO „Bosporus“; die acht Monate sind hier schon thematisiert worden. Ich möchte jetzt noch mal das Stichwort „eigene Initiative“ in den Raum werfen. Sie sagen jetzt, Sie haben durchaus eigene Initiative schon früh entfaltet. Wie sah denn diese eigene Initiative darüber hinaus aus? Also, sind Sie beispielsweise mal in einen Austausch gegangen mit der BAO „Bosporus“ über Ihre fachlichen Erkenntnisse über die rechte Szene?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Fachkenntnisse über die rechtsextremistische Szene sind eigentlich regelmäßiger Gesprächsstoff zwischen der Polizei und unserem Haus. Unsere Außendienstler besuchen relativ regelmäßig - ich denke, mindestens einmal im Monat - die entsprechenden Fachdienststellen. Und ebenso ist auch die Soko „Bosporus“ - vielleicht jetzt nicht in dieser Regelmäßigkeit, aber auch regelmäßig - kontaktiert worden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben ja zum Beispiel von Juli bis Dezember 2006 neun Gefährderansprachen eines Beamten, der in der BAO „Bosporus“ gearbeitet hat, in der rechten Szene. Ist Ihnen das bekannt, und haben Sie darüber auch einen Austausch geführt? Also, es gab ja Personen bei den polizeilichen Ermittlungen, die sich mit der rechten Szene befasst haben, und Sie haben sich damit befasst. Haben Sie das zusammengeführt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Welche Maßnahmen die Soko „Bosporus“ nach unserer

Übermittlung der Personenerkenntnisse oder der Personendaten - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das war vorher.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war vorher? - Das weiß ich jetzt nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber wenn Sie uns sagen: „Es gibt einen regelmäßigen Austausch“, will ich nur mal ganz kurz die Situation rekapitulieren. Wir haben neun Morde. Sie sagen uns, Sie haben schon frühzeitig in Richtung rechte Szene ermittelt, obwohl wir das bisher noch nie gehört haben und nicht wussten. Dann haben wir eine Profileranalyse, eine Fallanalyse, in der erstmals von Verbindungen der Täter zur rechten Szene gesprochen wird. Die bekommen Sie übermittelt. Sie sagen: Es gibt einen regelmäßigen Austausch. - Und das wird nie zusammengeführt. Stattdessen streiten Sie sich acht Monate lang mit der BAO „Bosporus“ um die Übermittlung von Personendaten. Können Sie uns bitte mal erklären, wie das zustande kommen kann und wie wir das - - Wir wollen das nur verstehen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Der Austausch erfolgte regelmäßig über Einzelpersonen und die örtliche Szene. Allerdings: Was dann die „Bosporus“ von uns gefordert hat, war ja unser gesamter Datenbestand aus diesem Bereich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie hätten ja auf die Idee kommen können, der BAO „Bosporus“ nicht zu sagen: „Eure Anfrage ist nicht konkret genug“, sondern - vielleicht umgekehrt - zu helfen und zu sagen: Passt mal auf, liebe BAO „Bosporus“, wir haben folgende Erkenntnisse aus der rechten Szene, und wir helfen euch mal mit den und den Personen und mit den und den Hintergründen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Erkenntnisse aus der rechtsextremistischen Szene, die den Bereich Nürnberg betreffen, werden sowieso immer wieder übermittelt an die entsprechende Polizeidienststelle, an die KS-Dienststelle. Also, diese Erkenntnisse gehen der Polizei jeweils zu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben in den Akten aber ein unerträgliches Hin und Her von acht Monaten, und dieses Hin und Her

ist dokumentiert, Herr Hegler: acht Monate lang zwischen BAO „Bosporus“ - - mit mehreren Monaten Funkstille. So zeigen es die Akten; danach wurde ja hier auch schon gefragt. Und Sie haben sich eben zurückgezogen auf das Trennungsgebot. Jetzt sagen Sie uns, dass es einen regelmäßigen Austausch gibt. Eines von beidem kann ja nur stimmen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Bei konkreten Gefährdungssituationen - sprich Demonstrationseignissen und dergleichen - ist es unsere Aufgabe, immer entsprechende Erkenntnisse an die Polizei weiterzuleiten. Das machen wir auch im Vorgriff, dass wir die entsprechenden Erkenntnisse an die Polizei weiterleiten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das, was wir bei der Anfrage der BAO „Bosporus“ an Sie bezüglich des Datenaustausches erlebt haben und jetzt aus den Akten erkennen - das mit den acht Monaten -, üblich in der Zusammenarbeit mit den polizeilichen Ermittlungsbehörden?

**Zeuge Edgar Hegler:** So einen umfangreichen Fall hatten wir bis dato noch nie.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich meine, ist das auch üblich, dass Sie dann nicht hilfreich sind, sondern dass Sie sagen: Art. 14, Art. 17 - mehr gibt es nicht? Ist das üblich?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn unsere rechtlichen Grenzen gesetzt sind, ist es üblich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Darf ich Sie mal fragen, wer in Ihrer Behörde das Trennungsgebot - - wie Sie die Schulungen machen in Ihrer Behörde, also wie Sie das Trennungsgebot diskutieren und wie Sie auch die Beamtinnen und Beamten schulen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Unsere Beamten werden grundsätzlich von der Schule für Verfassungsschutz geschult. Das Trennungsgebot bedeutet im Grundsatz, dass hier eine organisatorische Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz vorliegen muss.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Gut. - Wir wissen ja auch, dass das Trennungsgebot auch ein

Gebot der Zusammenarbeit beinhaltet, nicht? Das wäre ja an dieser Stelle sicherlich auch ein wichtiger Aspekt gewesen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Da haben Sie recht. Auf der anderen Seite - wenn man jetzt schaut -: Für eine gemeinsame Datei zwischen Polizei und Verfassungsschutz braucht man ein spezielles Gesetz.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, ich darf Sie noch mal fragen nach den Verbindungen zu Thüringen. Wir studieren ja jetzt alle die Akten, und ich habe mir insbesondere auch mal die Akten angeguckt hinsichtlich der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in Thüringen. Was dort auffällt, ist eine wirklich enge Verbindung zwischen Thüringen und Franken. Da müssen Sie gar nicht lange suchen: Das springt Sie an, wenn Sie die Akten des Verfassungsschutzes studieren; da muss ich keine Details erwähnen. Also, die engen Verbindungen sind ganz offensichtlich.

Als Sie die Anfrage bekommen haben von der BAO „Bosporus“ - das ist ja das, was uns hier so wundert -, wieso haben Sie nicht mal selbst die Initiative ergriffen, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landesämtern für Verfassungsschutz, insbesondere Thüringen, sich auszutauschen oder auch mal über den Großraum Nürnberg hinweg Erkenntnisse aus der rechten Szene zu übermitteln?

**Zeuge Edgar Hegler:** Für uns war vom Ermittlungsansatz her das nicht erkennbar. Diese Kontakte zwischen Nordbayern und Thüringen gibt es ohne Zweifel schon immer aus der Vergangenheit, speziell aus der oberfränkischen Gegend zu Thüringen, was an der räumlichen Nähe natürlich liegt. Da gab es entsprechende gegenseitige Veranstaltungsteilnahmen. Was jetzt den Süden, Südosten von Nürnberg anbelangt, da gab es nur vereinzelte Kontakte nach Thüringen. Von daher - für uns -: Wir waren, wie gesagt, in die Ermittlungsergebnisse, die Erkenntnisse und in den Stand nicht eingeweiht und konnten von daher eine derartige Verbindung nicht erkennen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Meine Frage war auch, Herr Hegler, nach der Eigeninitiative. Wir kennen ja die Anfrage der BAO „Bosporus“, die selbstverständlich sehr eng gefasst ist mit dem Ankerpunkt Nürnberg, mit der

Anfrage nach dem Großraum Nürnberg-Nord. Sie ist ja auch so eingeschränkt worden, nachdem Sie übermittelt hatten, dass Sie keine Daten größeren Umfangs übermitteln können.

Meine Frage war - und da bitte ich Sie auch, noch mal gut darüber nachzudenken und sie entsprechend zu beantworten -, warum Sie selbst nicht auf die Idee gekommen sind; denn als Kenner der rechten Szene - - Ich arbeite mich jetzt ein in die Akten; aber mich springt es an, Herr Hegler, dass Thüringen und Franken ganz eng verbunden sind. Die Erkenntnisse aus dem Großraum Nürnberg waren ja nicht ausreichend, und wir hatten es zu dem Zeitpunkt mit einer bundesweiten Mordserie zu tun. Deswegen frage ich Sie noch mal nach Ihrer eigenen Initiative und nach Ihren eigenen Erkenntnissen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben da keine Initiative in Richtung Thüringen entwickelt, weil wir hier keine Notwendigkeit dahin gesehen haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Kolbe.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Vielen Dank. - Habe ich das richtig verstanden, dass Sie, bereits bevor die BAO „Bosporus“ bei Ihnen nach den Daten ersucht hat - - Sie haben ja selbst ermittelt oder Ihre Zugänge in die rechte Szene genutzt. Das haben Sie auf Eigeninitiative des Landesamtes für Verfassungsschutz getan, richtig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, wobei ich nicht mehr weiß, ob es da auch einen Hinweis oder eine Anfrage aus dem Ministerium gegeben hat. Das kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß nur, dass das diverse Male Thema auch in der Abteilungsleiterbesprechung war.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Wir haben darüber nicht so wirklich was in den Akten finden können, über dieses Nachfragen. Wo müssten wir denn da suchen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da werden Sie in den Akten nichts finden, weil es keine Erkenntnisse gegeben hatte.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Dann würde uns interessieren, wo der Auftrag vergeben worden ist und wo wir was über die-

sen Auftrag, dort nachzuersuchen, finden können.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist nicht schriftlich fixiert worden. Das war Thema in der Abteilungsleiterbesprechung und dann ist das - -

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Und da wird nicht protokolliert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gab es damals ein Protokoll. Das ist aber bereits vernichtet. Es ist nach fünf Jahren vernichtet worden.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Okay. - Dann noch mal zu diesen acht Monaten, die vergangen sind. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann ist ja die BAO „Bosporus“ schuld daran, dass mehrere Monate vergangen sind zwischen Ihrem Hinweis, dass es rechtliche Bedenken gibt, und Ihrem Beginn, die Daten zusammenzustellen. Richtig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich habe keine Schuldzuweisung gemacht. Ich habe nur festgestellt, dass ab diesem Zeitpunkt die Soko „Bosporus“ sich bei uns erst wieder im Dezember gemeldet hat. Wir wussten ja nicht, ob die Soko „Bosporus“ dann andere Ermittlungsansätze hatte oder was in der Zwischenzeit passiert ist.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Und Sie haben auch nie, zu keinem Zeitpunkt, nachgefragt bei der BAO „Bosporus“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, ich habe nicht nachgefragt.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Sie haben mehrfach gesagt, dass ein Hindernis bei der ersten Anfrage der BAO „Bosporus“ war, dass sie Ihren gesamten Datenbestand angefordert hat. Wenn das aber ja nachvollziehbar ist aus bestimmten Gründen und eben notwendig ist, was ist dann das Hindernis, wenn die Polizei den gesamten Datenbestand möchte? Das habe ich nicht verstanden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Notwendigkeit dieser Datenübermittlung war für uns nicht nachvollziehbar, genauso wie wir zu keinem Zeitpunkt eine Auskunft erhielten, was mit

diesen Daten geplant ist. Wir wussten nicht, was die Soko „Bosporus“ mit diesen Daten vorhatte. Für eine Rasterfahndung hätte man einen entsprechenden Beschluss der Staatsanwaltschaft benötigt, soweit ich weiß. Aber es ist uns nie gesagt worden, dass hier eine Rasterfahndung durchgeführt werden sollte. Wir wussten schließlich nicht, was mit diesen Daten gemacht werden sollte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Fragezeit in dieser Runde ist abgelaufen für die SPD. Mir wurde gerade mitgeteilt, in acht Minuten sei die namentliche Abstimmung. Als Nächstes hätte jetzt die FDP-Fraktion das Fragerecht. Herr Wolff hat aber gebeten, die Befragung durch die FDP jetzt nicht zu fragmentieren, sondern sie am Stück nach der namentlichen Abstimmung durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Dann würde ich jetzt, Herr Hegler, sehr geehrte Damen und Herren, die Sitzung unterbrechen.

Wir treffen uns dann unmittelbar nach der namentlichen Abstimmung, an der die Abgeordneten teilnehmen müssen - das vielleicht nur zum Hintergrund, zum Verständnis -, hier wieder und setzen die Befragung fort.

(Unterbrechung von  
9.39 bis 10.07 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte dann, Platz zu nehmen, damit wir die Vernehmung von Herrn Hegler fortführen können. Ich bitte die Kamerateams, den Saal bzw. die Tribüne zu verlassen.

Wir setzen dann die Zeugenbefragung fort. Das Fragerecht hat die FDP-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Hegler, wir wollen noch mal ein bisschen zurückgehen, und zwar: Welche Erkenntnisse hatte das LfV von 1995 bis 2011 über die thüringischen Rechtsextremisten, deren Verbindungen nach Bayern und bayerischen Rechtsextremisten nach Thüringen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir hatten Erkenntnisse über die Verbindungen des „Thüringer Heimatschutzes“ nach Bayern und auch die Bestrebungen, dass hier versucht werden sollte, einen „Fränkischen Heimatschutz“ aufzubauen. Das ist dann allerdings

in den - ich sage jetzt mal - Kinderschuhen stecken geblieben. Es gab dann immer wieder Versuche, den „Fränkischen Heimatschutz“ neu aufleben zu lassen.

Später gab es dann eine Skinheadgruppierung, die unter diesem Namen firmierte, und mittlerweile gibt es jetzt eine dritte Gruppe, die sich ebenso wieder „Fränkischer Heimatschutz“ bezeichnet. Das ist eine Gruppe mit Umfeld um die 20 Personen. Da gibt es eine Konstante, eine Person, die bei allen verschiedenen Varianten eine Rolle spielt. Ansonsten gibt es hier keine personellen Überschneidungen zwischen den einzelnen Gruppierungen im „Fränkischen Heimatschutz“.

Ansonsten gab es zwischen „Thüringer Heimatschutz“ und gerade der nordbayerischen rechtsextremistischen Szene enge Verbindungen aufgrund der räumlichen Nähe. Man hat sich gegenseitig besucht, man hat Redner aus den anderen Ländern gehabt bei Veranstaltungen, und dadurch gab es entsprechende persönliche Kontakte und natürlich auch diese Verbindungen zwischen Thüringen und Bayern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also das heißt, es gab keine - Sie sagten gerade: „keine“ - persönlichen Verbindungen, also auch nicht Coburg oder Ähnliches, wo es Personenidentität zur gleichen Szene in Thüringen gab?

**Zeuge Edgar Hegler:** Doch, die gab es sehr wohl. Ich habe das jetzt bezogen auf den „Fränkischen Heimatschutz“.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Welche persönlichen Verbindungen sahen Sie? Waren die sehr eng? Waren die sehr intensiv? Welche Größenordnung war das ungefähr?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also von der Thüringer Seite her, denke ich, war das ein größeres Personenpotenzial. Ich kann das jetzt schwer einschätzen, aber ich denke, dass der „Thüringer Heimatschutz“ zwischen 100 und 150 Personen umfasst hat. Und die nordbayerische Szene: Das werden vielleicht so an die 50 bis 100 Personen gewesen sein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten, dass das in den Kinderschuhen stecken geblieben sei damals. Warum?

**Zeuge Edgar Hegler:** Der „Fränkische Heimatschutz“.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Warum? Aus Ihrer Sicht: Warum ist das in den Kinderschuhen stecken geblieben? Oder sind im Prinzip Ihre Ansätze in den Kinderschuhen stecken geblieben?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, die Aktivitäten im nordbayerischen Bereich im Hinblick auf den „Fränkischen Heimatschutz“, die gingen wohl von Tino Brandt aus, und soweit wir wissen, gab es dann entsprechende Maßnahmen vom Land Thüringen, dass Brandt hier in Bayern nicht stärker aktiv werden soll oder darf, weil eben sonst bayerische Belange tangiert wären.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also feste Strukturen, die möglicherweise für eine kurze Zeit - also zum Beispiel Zeitungen oder Ähnliches - - Haben Sie keine Kenntnisse?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, es gab natürlich in Coburg Nation Europa Verlag, der hier bundesweit publiziert hat, ein Strategiepapier, wo lange Zeit Dehoust eine Rolle gespielt hat als Herausgeber. Meinen Sie das?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, also gerade diese Strukturen hatten Sie? Also das kannten Sie auch?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, das kannten wir.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Zahlen, die Sie gerade nannten - so die Größenordnungen: 150 in Thüringen bzw. - - Wo hatten Sie die her? Oder ist das eine Schätzung?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist jetzt eine Einschätzung von mir aufgrund meiner Erinnerung über damalige Verbindungen. Wir hatten natürlich ebenso wie Thüringen entsprechende Zugänge in der Szene, und aufgrund dieser Zugänge haben wir versucht, das Personenpotenzial zu erheben und dann natürlich auch entsprechend zu bewerten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Zugänge waren das denn?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, V-Leute.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): V-Leute auch in Thüringen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Eigene?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben eigene Leute in Nordbayern gehabt. Dass die natürlich bei Veranstaltungen das eine oder andere Mal auch mit nach Thüringen fahren müssen, das lässt sich nicht verhindern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Erkenntnisse hatte das LfV über Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt wurden bekannt, weil - sage ich jetzt mal - sie in einer Broschüre des Bundesamtes auch mit aufgeführt waren.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wann war das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war, glaube, 2004.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und was wussten Sie konkret? Jetzt nur aus der Broschüre oder - -

**Zeuge Edgar Hegler:** Und wir hatten, wie ich vorher erwähnt hatte, diese Anfrage mit Lichtbildern aus dem Jahr 98 nach dem Untertauchen der zwei Personen oder drei Personen aus Thüringen, wo wir unsere Quellen befragt haben, ob diese Personen bei uns bekannt sind.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und die Ergebnisse waren?

**Zeuge Edgar Hegler:** Und da gab es einen Hinweis, dass Mundlos Kontakt haben soll zu einem gewissen Tag in Rheinland-Pfalz, und diese Erkenntnis haben wir an Thüringen übermittelt, die das dann nach Rheinland-Pfalz weiter übermittelt haben.



**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und weitere Maßnahmen haben Sie in dem Zusammenhang - - Haben Sie da weitere Maßnahmen getroffen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Warum nicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Weil zu diesen Personen keine Erkenntnisse vorlagen in Bayern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber welche Erkenntnisse - da muss ich noch mal nachfragen - wurden Ihnen denn übermittelt damals?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es wurde übermittelt, dass nach einer Quelleninformation Mundlos Kontakt gehabt haben soll zu einem gewissen Ernst Tag.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay, ja. Mehr nicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Mehr hatten wir nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Auch die Verbindungen beispielsweise zur thüringischen Szene beispielsweise oder auch mit möglichen Verbindungen nach Franken: War Ihnen nichts bekannt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war uns sehr wohl bekannt. Das war aber auch den Thüringern bekannt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Auch im Zusammenhang mit den dreien war ihnen das bekannt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war beiden Ländern bekannt, dass hier eine Verbindung zwischen den beiden Szenen besteht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja. Und auch im Zusammenhang, dass die drei tatsächlich auch möglicherweise Bezüge nach Franken hatten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Davon gehe ich aus.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Mich würde interessieren - anderes möglicherweise Übermittlungsergebnis bzw. Situation -: Kennen Sie die Tagung vom 6. Oktober 2003, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz stattfand unter dem Namen „Gefahr der Entstehung weiterer terroristischer Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Von dieser Tagung ist mir jetzt nichts bekannt. Ich denke, dass das die Tagung war, wo man sich auf diese Broschüre festgelegt hat.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, es wurde im Schäfer-Bericht erwähnt, dass dort auch das Trio schon 2003 konkret erwähnt worden ist.

**Zeuge Edgar Hegler:** Dieses Trio ist in dieser Broschüre - ich denke, dass das von 2004 ist - erwähnt und dargestellt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie noch, was dort Weiteres möglicherweise - - Vielleicht nicht Sie selbst, aber Ihr Amt war ja bei der Tagung dabei.

**Zeuge Edgar Hegler:** Davon gehe ich aus, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und über das Ergebnis wurden Sie informiert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Selbstverständlich. Da gibt es ein Protokoll bei derartigen Tagungen. Das ist uns sicher zugegangen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und gab es da weitere Informationen im Zusammenhang mit der Tagung, auch im Zusammenhang mit dem Trio, was dort eine Rolle gespielt haben könnte?

**Zeuge Edgar Hegler:** Davon ist mir jetzt nichts bekannt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also auch keine weiteren Informationen, die uns jetzt hier vielleicht interessieren könnten, die damals diskutiert worden sind?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es vor der Tagung weitere Informationen auch vom LfV Thüringen damals, vorab schon, also zur Vorbereitung dieser Tagung beispielsweise?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dazu ist mir jetzt auch nichts bekannt. Dazu haben wir auch keine Unterlagen bzw. haben wir auch von Thüringen im Rahmen dieser Aufarbeitung keinerlei Erkenntnisse mehr bekommen, dass wir nach Thüringen irgendwas gesandt hätten, was wir jetzt gegenwärtig nicht mehr haben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also ist in dem Zusammenhang richtig, dass das LfV Bayern keine Kenntnis vom Trio als eigenständige Gruppe, dessen späterem Untertauchen und dem weiteren Verhalten im Untergrund dann konkret hatte aufgrund dieser Tagung jetzt beispielsweise?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist so richtig, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also Sie haben dieses Trio als solches - als Trio selbst - erst dann quasi in dem Zusammenhang wahrgenommen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, so ist es.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gut.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Der Name Jürgen Helbig: Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Edgar Hegler:** Sagt mir jetzt konkret nichts.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jürgen Helbig war eine der Kontaktpersonen zu dem Trio, der in Bayern in einer Kaserne gedient hat und durch den MAD befragt worden ist und 1999 sagte, dass sich das Trio im Bereich des Rechtsterrorismus bewegt. Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, ist mir nicht bekannt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gab es Kontakt zum MAD in solchem Zusammenhang?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zum MAD gab es regelmäßig Kontakt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Der MAD hat aber darüber nicht informiert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir nichts bekannt. Wir haben auch nichts in den Unterlagen dazu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das Fragerecht wechselt dann zur Fraktion Die Linke, und Herr Petermann hat das Wort.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Ja, hallo, Herr Hegler! Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hat im Dezember 2011 mit sehr deutlichen Worten auch darüber gesprochen, dass die Geheimdienste eine völlig falsche Einschätzung der rechtsextremen Bewegung in Deutschland hatten. Er sagte wörtlich:

Wir haben die Dimension ihres Hasses ebenso unterschätzt wie ihren Willen zur Tat. ... Dabei hätte man es durchaus besser wissen können.

Teilen Sie die Einschätzung von Herrn Fromm?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kann jetzt zu bundesweiten Erkenntnissen nichts sagen. Zu Bayern würde ich sagen: Wir haben diese Gefährlichkeit der Szene nicht verkannt, was man auch an dem Ermittlungsverfahren gegen Wiese gesehen hat.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Hätten Sie es dennoch besser wissen können nach allem, was Sie über die rechtsextreme Bewegung in Bayern und darüber hinaus an Erkenntnissen hatten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, wir hätten es nicht besser wissen können in Bayern.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Eine weitere Frage: Sind in Bayern wie auch im Bund Ressourcen im Verfassungsschutz umverteilt worden und die Beobachtung des Rechtsextremismus der Beobachtung von Islamisten und der linken Szene untergeordnet worden? Kann man das so sagen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, das kann man so nicht sagen. In Bayern hat das Thema Rechtsextremismus immer schon eine große Bedeutung gehabt. Auch nach den Terroranschlägen 2001 in New York gab es im Prinzip keine Umverteilung in Richtung Ausländerextremismus. Unser Haus hat damals 50 neue Stellen bekommen, die dann gezielt in diesen Bereich gewandert sind. Der Rechtsextremismus ist in etwa immer in derselben Stärke personell vorhanden gewesen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Würden Sie zu der Einschätzung kommen, dass durch die Tätigkeit Ihres Amtes schwere Straftaten von Rechtsextremisten verhindert werden konnten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, davon gehe ich aus. Ich bringe jetzt noch mal den Fall Wiese, der durch unsere Beobachtung der Szene mit initiiert wurde, dass hier das Strafverfahren eingeleitet werden konnte.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Gibt es auch noch andere Beispiele, die Sie hier nennen können?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, da gibt es noch andere Beispiele, die bereits im Vorgriff entsprechend aufgeklärt werden konnten, was oftmals nicht in der Öffentlichkeit erscheint, weil es hier entsprechende vertrauliche Hinweise an Polizeibehörden gibt, die dann durch eigene Maßnahmen diese Dinge aufklären können.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Können wir aber momentan nicht verifizieren.

Mit dem Wissen, das Sie damals hatten, aber nicht weitergeleitet haben oder weiterleiten konnten: Hätten mit diesem Wissen aus Ihrer Sicht der Mord von Heilbronn und der Mordversuch verhindert werden können?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nach meiner Auffassung hätten mit den Erkenntnissen, die bei uns in Bayern vorhanden waren, die Taten nicht verhindert werden können.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es ist verschiedentlich angesprochen worden bereits in der Vernehmung die Frage der Datenübermittlung. Sie wollten konkrete Gründe haben. Die Frage ist, ob fünf Todesopfer in Bayern und darüber hinaus bundesweit vier

weitere Todesopfer nicht ausreichend konkrete Gründe sind.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir sind an Recht und Gesetz gebunden und haben die entsprechenden Gesetze anzuwenden und ausulegen. Ich habe mich damals rückversichert und habe unseren Rechtsreferenten mit einbezogen gehabt in die rechtliche Beurteilung dieser Datenübermittlung. Ich sehe hier keine Möglichkeit - auch im Nachgang -, dass man das anders gemacht hätte.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Können Sie das an einem Beispiel mal deutlich machen, was Sie mit Recht und Gesetz meinen, welchen Paragrafen speziell, der dem entgegenstand?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben das Bayerische Verfassungsschutzgesetz. Da ist die Datenübermittlung an andere Behörden geregelt in Art. 14 und Art. 17 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, und danach haben wir den Fall beurteilt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Müsste man an dieser Rechtslage aus Ihrer Sicht was ändern, um erfolgreicher arbeiten zu können?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist jetzt eine grundsätzliche Frage im Hinblick auf Struktur Polizei/Verfassungsschutz.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wie sehen Sie selbst Ihre Pflichtenlage? Sie hatten ja gesagt, es gab Abteilungsleiterbesprechungen und es gab auch schon aus dem Amt heraus selbst die Idee, dass im rechts-extremen Spektrum ermittelt werden sollte. Wie sehen Sie selbst Ihre Pflichtenlage insoweit?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich habe jetzt festgestellt, dass immer der Begriff „ermitteln“ genannt wird.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Das stimmt.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir sind eine Verfassungsschutzbehörde, die die Szene beobachtet und die entsprechenden Erkenntnisse gegebenenfalls an die zuständigen Behörden weiterleitet. Wir sind keine Ermitt-

lungsbehörden. Darauf möchte ich noch mal ganz explizit hinweisen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, der Hinweis ist ja richtig, aber die Frage ist natürlich dennoch, ob Sie, wenn Sie Erkenntnisse haben, darauf warten, dass es Anfragen gibt, oder ob Sie aus eigenem Antrieb heraus diese Information weiterleiten.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn wir konkrete Erkenntnisse haben oder auch nur vage Erkenntnisse im Hinblick auf Straftaten von einigem Gewicht oder auch einfachere Straftaten, dann geben wir von uns aus diese Erkenntnisse weiter an die Ermittlungsbehörden.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Beobachten Sie nur die Neonaziszene in Bayern oder auch grenzüberschreitend, weil, ich sage mal: Braunes Gedankengut macht an Grenzen keinen Halt? Also beispielsweise die Szene in Thüringen, wo es also enge Kontakte auch gegeben hat?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir beobachten zielgerichtet die Szene in Bayern. Es kommt allerdings vor - das lässt sich nicht verhindern -, dass Quellen auch bei Großveranstaltungen in anderen Bundesländern mit teilnehmen und teilnehmen müssen bei Veranstaltungen. Wenn da Erkenntnisse angefallen sind oder anfallen, dann werden diese Erkenntnisse an alle tangierten Behörden und an das Bundesamt weitergeleitet.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Waren da auch Erkenntnisse dabei, möglicherweise Erkenntnisse, die Sie weitergeleitet haben, die hilfreich gewesen wären, um die Taten aufzuklären?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da waren keine Erkenntnisse dabei, die diese Taten hätten aufklären können.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Eine Frage zu dem Abteilungsleitertreffen oder den Abteilungsleitertreffen. Da war vorhin die Rede davon, dass es Protokolle gibt, die Sie aber vernichtet haben oder die vernichtet worden sind. Können Sie was dazu sagen, wie die Aktenführung organisiert ist? Gibt es da Fristen? War das ein regulärer Vorgang? Wie muss man sich das vorstellen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Protokolle werden geführt und werden abgelegt. Ich wollte im Vorgriff hier auf diese Vernehmung mir diese Protokolle noch einsehen und habe dann festgestellt, dass die Protokolle, die länger als fünf Jahre zurückliegen, nicht mehr vorhanden sind, weil sie vernichtet sind. Fünf Jahre ist in der Regel eine Vernichtungsfrist, die in unserem Bereich vorhanden ist.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Beruht das auf gesetzlicher Grundlage oder sind das interne Regelungen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich jetzt weiß, sind das interne Regelungen, die mit dem Datenschutzbeauftragten abgesprochen sind.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Haben wir da eine konkrete Quelle, eine Richtlinie, eine innerbetriebliche, will ich es mal nennen, oder wo würden wir da fündig, wenn wir suchen müssten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, dass in der - - Jetzt bei den Protokollen kann ich es nicht genau sagen, aber sonst gibt es Dienstvorschriften für die entsprechenden Phänomene: Extremismusbeobachtung zum Beispiel oder für die Beobachtung OK oder für die Spionageabwehr. Und da sind dann die entsprechenden Fristen festgelegt, die sich an den Fristen orientieren, die für NADIS gelten.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Das trifft auch auf Protokolle von Abteilungsleiterbesprechungen zu, nicht auf irgendwelche operativen Vorgänge?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zu den Protokollen kann ich wenig sagen, weil ich die Protokolle nur einsehen kann, aber nicht verantwortlich bin für die Protokolle.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wer ist dafür verantwortlich?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Protokolle wurden bei uns vom Stab geführt. Wer dann das angeordnet hat, weiß ich nicht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Aber Sie zeichnen doch sicher für die Richtigkeit des Protokolls? Das wird Ihnen doch vorgelegt.

**Zeuge Edgar Hegler:** Für die Richtigkeit, denke ich, wird die Amtsleitung zeichnen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Dann die weitere Frage: Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch schon früher von der BAO „Bosporus“ um Unterstützung gebeten worden. Es ging dabei um Daten und Anfragen zu den Opfern. Die wurden von Ihrer Seite recht schnell beantwortet. Also die Lieferung erfolgte doch prompt, schneller zumindest als bei den Fragen nach den Rechtsextremisten.

Gab es bezüglich der Opferdaten und ihres Umfeldes aus Sicht des Amtes weniger Bedenken beim Thema Datenschutz und dergleichen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zu diesem Thema kann ich nichts sagen, weil das nicht in meinem Zuständigkeitsbereich fällt und ich dazu keine Erkenntnisse habe.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wer wäre da auskunftsfähig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Entweder der Amtsleiter oder der zuständige Abteilungsleiter.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Okay. - Zum Protokoll der Arbeitsbesprechung zwischen der BAO und Vertretern des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema „Militanter Rechtsextremismus“ vom 13.07.2006: Wenn man das Protokoll liest: Können Sie damit was anfangen, mit diesem Protokoll?

**Zeuge Edgar Hegler:** Sagt mir jetzt gar nichts.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, wenn man das Protokoll liest, kann man durchaus entsetzt sein über die Art der Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz. Es ist dort kein Wort zu aktuellen militanten Strukturen in Bayern enthalten, auch nicht in der Bundesrepublik und auch nicht in Europa, kein Wort zu Konzepten des Terrors, die übrigens in der Szene kursierten. Stattdessen lesen wir aber Informationen zur

„Wehrsportgruppe Hoffmann“, von Meinolf Schönborn und dem Oktoberfestattentat. Das sind also doch weit zurückliegende Ereignisse aus den 70er- und 80er-Jahren, teilweise 90er-Jahren.

Finden Sie, dass es sich hier um eine angemessenen Information um die Gefahren des Rechtsterrorismus im Jahre 2006 handelt, insbesondere vor dem Hintergrund einer vermuteten Täterschaft aus der rechtsextremen Szene?

**Zeuge Edgar Hegler:** Herr Abgeordneter, darf ich nachfragen? Meinen Sie jetzt das Protokoll über ein Treffen von unseren Mitarbeitern mit der Soko „Bosporus“ 2006?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Edgar Hegler:** Dieses Informationsgespräch über frühere Fälle?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Genau das.

**Zeuge Edgar Hegler:** Okay. - Das kenne ich selbstverständlich, ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Dann hatte ich mich nicht genau ausgedrückt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sind wir rum mit der Zeit?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schon längst, ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Entschuldigung, dann machen wir an der Stelle weiter nachher. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und das Wort hat der Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Herr Hegler, die Kollegin Högl hat Sie ja schon gefragt: Als das Ganze im November vergangenen Jahres bekannt wurde, auch wer die Täter waren, war da Ihre Reaktion: „Na, hatte ich doch recht, das waren keine bayerischen

Rechtsextremisten“, oder war Ihre Reaktion: Auf den Gedanken hätten wir eigentlich auch kommen können, dass in Bayern nicht nur Bayern morden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich war zunächst überrascht, dass Rechtsextremisten eine derartige Tat, so eine menschenverachtende Tat, begangen haben. Ich habe mir keine Gedanken gemacht im Hinblick, ob wir froh sein sollen, dass wir in Bayern das nicht gehabt haben, diese Täter.

Ich denke, es muss immer Ziel sein, derartige Dinge, wenn es möglich ist, zu verhindern. Was wir auch im Nachgriff jetzt festgestellt haben: dass wir keine Erkenntnisse hatten in Bayern, dass wir diese Taten verhindern hätten können.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber, Herr Hegler, Sie waren doch gefragt worden von der Polizei nach Rechtsextremisten. Das heißt, die Polizei hielt es doch zumindest für möglich, dass eine solche Tat von Rechtsextremisten begangen wird. Sonst wäre ja die Anfrage völlig sinnlos gewesen. Und Sie sind der Profi - auch wenn Sie es uns nicht sagen wollen oder wenn Sie sich selber nicht so hier loben wollen - für diese Szene. Sie selber haben uns vom Oktoberfestattentat berichtet. Sie haben uns von Herrn Wiese - Grundsteinlegung München - berichtet. Was war das denn anderes als menschenverachtendes Handeln?

(Beifall von der SPD)

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war kein anderes menschenverachtendes Handeln. Der Unterschied zu Wiese war, dass hier eine Gruppe aktiv war und man hier Erkenntnisse gewinnen konnte.

Zu dem Trio: Die waren, soweit ich das abschätzen kann aus der Entfernung, so abgeschottet, dass es anscheinend nicht möglich war oder man nicht erfolgreich hier dieses Trio aufklären konnte.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dazu wurden Sie ja auch schon gefragt: diese - im Unterschied möglicherweise zur „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und anderen - konspirative Art des Vorgehens, dass es da durchaus so was wie Drehbücher gibt im Zusammenhang mit „Blood & Honour“ und im Zusammenhang mit Empfehlungen,

die, aus den USA kommend - Ku-Klux-Klan-Zusammenhänge -, über Großbritannien auch in der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik angekommen sind und offenbar genau befolgt wurden, Leaderless - ohne Führer -, konspirativ, Waffen besorgen, Geld besorgen und dieses berühmt-berüchtigt gewordene Motto „Taten statt Worte“, also gerade nicht darüber reden.

Kannten Sie solche Schriften, oder war auf den Tagungen, an denen Sie teilgenommen haben, von dieser Art der Tatausführung, von dieser Art des Rechtsterrorismus mal die Rede gewesen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, da war sicher die Rede über derartige Dinge. Gerade was Sie angesprochen haben - Leaderless Resistance usw. -: Das war bundesweit bekannt. Und deswegen ist man auch allen Hinweisen - - und geht man auch allen Hinweisen nach, wenn man mitbekommt, dass Waffen beschafft werden sollen oder wenn jemand untertaucht.

Wir haben zum Beispiel auch weiterhin intensiv geschaut, was mit dem Ittner passiert. Wir wussten, dass der während der Gerichtsverhandlung untergetaucht ist, und haben dann auch versucht - auch in ständigem Kontakt mit der Polizei - aufzuklären, wo sich Ittner aufhält, damit man hier Erkenntnisse gewinnen kann, ob der irgendwas anstellt, weil Ittner war ja bekannt als entsprechender Hetzer in der rechtsextremistischen Szene.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben vorhin, als der Vorsitzende das sagte, im Grunde bestritten: Wir haben uns nicht gestritten mit der BAO „Bosporus“. Das macht man in einem geordneten Behördenbetrieb nicht. - Das sind jetzt meine Worte. Geben Sie denn zu, dass es da manifeste Differenzen gegeben hat in dieser Frage, was Sie liefern können und was Sie liefern müssen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also ich würde das jetzt nicht als manifeste Differenzen bezeichnen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann möchte ich Ihnen mal einen Vorhalt machen. Die Polizei hat ja glücklicherweise ihre Protokolle aufbewahrt und noch nicht in den Reißwolf gesteckt.

Das ist ein Aktenvermerk über ein Telefonat von Ihnen, das ein Polizeibeamter mit Namen Pfister, den wir hier als Zeugen auch schon gehört haben, geführt hat. Und der fasst den Gesprächsinhalt zusammen:

Herr Hegler führte aus, dass nach Erhebung der Daten Rücksprache mit der juristischen Abteilung im eigenen Hause genommen wurde, ob man das Ergebnis der BAO Bosphorus übermitteln kann/darf.

Soweit haben Sie das auch gesagt.

Beim LfV kam man nach der Überprüfung zu dem Ergebnis, dass die Daten der Polizei nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen, da die Anfrage nicht konkret genug war, eine Gefährdung von „Quellen“ nicht ausgeschlossen werden kann.

Dann geht es weiter:

Herrn Hegler wurde deshalb nochmals der Einzeltäter-Ansatz mit den Erläuterungen zum Täterprofil ... vorgetragen, wobei auch der Hinweis gegeben wurde, dass die Anfrage aus hiesiger Sicht „konkret“ und genau definiert sei.

Herr Hegler blieb trotz vorgebrachter Bedenken bei seiner ersten Aussage, dass die Anfrage nicht konkret genug sei.

Letztlich wird durch die Absage die Vermutung des Unterzeichners verstärkt,

- das betone ich jetzt: „die Vermutung des Unterzeichners verstärkt“ -

dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Herausgabe von Personendaten eher deshalb verneint, da man davor zurückschreckt, durch die Herausgabe von Personalien auch Quellen mitzuteilen.

Also, nicht die abstrakten Bedenken Datenschutz insgesamt, nicht die Bedenken „Wir dürfen ja keine gemeinsame Datei mit der Polizei machen, weil es da keine rechtliche Grundlage für gibt“, sondern der Kriminalbeamte hat seine Vermutung zu Papier gebracht: Die haben Angst um ihre Quellen und beliefern uns deswegen nicht. Ist das eine zutreffende Vermutung gewesen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sagen Sie bitte die Fundstelle, Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist MAT A BY-4, Seite 64/65.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist eine unzutreffende Vermutung. Ich habe in dem Gespräch - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Eindruck!)

- Das ist ein Eindruck, -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der schreibt ja selber „Vermutung“. Der Herr Pfister schreibt „Vermutung“.

**Zeuge Edgar Hegler:** - weil ich habe ja in einem Telefonat, als ich die rechtliche Prüfung übermittelt habe, dargestellt, dass es sich hier um sensible Daten handelt und dass hier vom Umfang her das rechtlich nicht zulässig ist und unter anderem der Quellenschutz eine Rolle spielt, allerdings nur eine nachgeordnete Rolle. Das sieht man auch daran, dass bei den Personen, die wir schlussendlich übermittelt haben, alle unsere Zugänge mit dabei waren. Diese Datenübermittlung war komplett alles, was wir bei uns in unseren Dateien hatten, inklusive aller personenbezogenen Daten zu den Quellen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Herr Hegler, Sie sagen, die Vermutung war falsch. - Nun sind wir als Grüne absolute Fans des Trennungsgebotes; das dürfen Sie uns glauben. Und deswegen sage ich mal: Das ist auch ernst zu nehmen. Und wenn Ihr Rechtsberater da Bedenken hatte, sage ich eher: Bravo!

Jetzt kommt ein großes Aber: Sie wussten, was die wollten, auch wenn die möglicherweise etwas - ich sage es jetzt mal salopp - dämlich angefragt haben, die Soko-„Bosphorus“-Leute, die zum Teil offenbar völlig hilflos im Umgang mit Nachrichtendiensten waren, das Bundesamt unter einer allgemeinen Infomailadresse angefragt haben.

Sie mussten doch als denkende Behörde - so stelle ich mir das vor beim Verfassungsschutz - erkennen - und es wurde zum Teil auch gesagt -: Es geht in Richtung Waffen - Sie wussten, es geht um Morde, die mit Waffen ausgeführt wurden -, es geht in Richtung Sprengstoff. - Da war es doch gar nicht nötig, Ihren gesamten Bestand an Rechtsextremisten zu liefern, sondern da wäre doch die Überlegung gewesen: Wer

könnte in ein Schema „Gefährlich, Waffen, Sprengstoff“ - - Wem trauen wir das zu von unserer Klientel und liefern es deswegen?

Und uns wurde hier gesagt von einem Polizeizeugen, sie hätten quasi aus der Not heraus - aus Notwehr gegenüber einem störischen Landesamt für Verfassungsschutz - dann gesagt: „Na, schickt uns wenigstens den Großraum Nürnberg, bevor wir gar nichts bekommen“, wo die meisten hier im Saal sagen: „Das war ein kapitaler Denkfehler“, zumal die Tatorte ja nun über das Bundesgebiet verstreut waren, also nur ein möglicher Ankerpunkt Nürnberg, wobei Ankerpunkt ja nun wirklich auch nicht heißt: Postanschrift Nürnberg.

Also diese sozusagen aus Notwehr eingenommene Einschränkung in der Anfrage: Ja, da hätten Sie doch nicht, wie wir das als Pennäler immer sagen: „Wer doof fragt, bekommt doofe Antworten“, antworten sollen, sondern von sich aus sagen: Ihr wollt doch eigentlich was ganz anderes. Ihr fragt doch - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Könnten Sie die Frage formulieren an den Zeugen?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sind schon drei Minuten über der Zeit.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja völlig recht. Ich will es ja versuchen, selber zu verstehen, Herr Vorsitzender. Manches ist eben schwer verständlich.

Herr Zeuge, warum haben Sie schematisch dann nur geantwortet, nachdem man Sie runtergehandelt hat auf den Großraum Nürnberg, und haben nicht selber mal überlegt: Wer käme denn für so was aus unserer Klientel infrage?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zunächst war diese Klientel schon Thema der ersten Besprechung zwischen den Kollegen unserer Außenstelle und der Soko „Bosporus“. Da ist man ja Personen durchgegangen, die möglicherweise in Betracht kämen, mit Waffen und Sprengstoff, ohne dass wir konkrete Erkenntnisse dazu hatten. Zum anderen muss ich hier darstellen, dass bis in den De-

zember hinein uns nur als Ergebnis des Profilings gesagt wurde: Es gibt einen Denkansatz mit fremdenfeindlichem Hintergrund. - Erst im Dezember wurden uns nähere Einzelheiten zu dem Profiling genannt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - - Gut.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Tut mir leid, Herr Wieland, aber das ist schon fast die doppelte Fragezeit gewesen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, wir wollen es nicht überstrapazieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt jetzt wieder für eine zweite Berliner Runde zunächst zur Unionsfraktion. Herr Schipanski macht weiter.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hegler, vielleicht bleiben wir noch mal bei dem Komplex dieser Rasterung auf die 682 Personen. Die Kriterien, die Sie da angelegt haben: Hat das Ihr Amt entwickelt? Oder haben Sie das gemeinsam mit der Polizei entwickelt, diese Einschränkung?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Einschränkung kam aufgrund dieses Profilings und des Ermittlungersuchens. Da ist ja konkret dringestanden, was sie von uns haben wollen: Personen, die zur damaligen Zeit zwischen 18 und 40 Jahre alt waren. Dann: Es sollten nicht nur männliche Personen sein, sondern auch weibliche Personen und Personen ohne entsprechendes Geburtsdatum, die bei uns gespeichert sind. Und wir sollten diese Personen, die wohnhaft waren im Südosten von Nürnberg - -

Unser Rechtsreferent und Datenschutzbeauftragter hat dann in Absprache mit der Soko „Bosporus“ zusammen mit der EDV ein Programm programmieren lassen, dass man diese Personen recherchieren konnte. Da gab es eine mehrfache telefonische Abstimmung. Unser Rechtsreferent hat ein persönliches Gespräch sogar vorgeschlagen, um hier diese Anforderung konkret dann ausfüllen zu können.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Eine zweite Frage noch mal



bezüglich der Übermittlung oder der Arbeit: Sie haben immer dargestellt heute, Sie haben rückgefragt, als Sie telefoniert haben mit dem Herrn Pfister beispielsweise, bei Ihren Rechtsreferenten. Ist es die letzte Stufe, zu der das gegangen ist, oder hat der sich noch mal erkundigt, beispielsweise beim Ministerium, oder gibt es spezielle Richtlinien, wie mit so einer Anfrage umgegangen wird? Ist das dann die letzte Stelle, dieser Rechtsreferent? Oder gibt der das unter Umständen, wenn er Unklarheiten hat, aber noch ein Stück weiter?

**Zeuge Edgar Hegler:** In die ganze Geschichte war er zumindest - - Also, ich kann es jetzt nicht sagen, ob er von Anfang an eingebunden war. Zumindest war auch unser Amtsleiter mit informiert im Hinblick auf diese Erkenntnisfrage. Bevor wir diese Daten rausgegeben haben, ist auch unser Amtsleiter entsprechend informiert gewesen und hat vorher mitgezeichnet.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, da gibt es einfach eine dienstliche Ordnung, wer da alles zu fragen ist? Das wird nicht von Fall zu Fall unterschieden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Normale Datenübermittlungen erfolgen normalerweise im zuständigen Sachgebiet, wenn es an die Polizeibehörden geht. Wenn es an die Verfassungsschutzbehörden geht, macht das der Sachbearbeiter, und wenn es an sonstige Behörden geht, zeichnet der Abteilungsleiter.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage. Eine rechtliche Beurteilung von Ihnen: Sie haben ja dargestellt, wie Sie mit den Ermittlungsbehörden zusammengearbeitet haben, dass es da gesetzliche und untergesetzliche Regulierungen gibt. Für wie zweckmäßig halten Sie denn diese Regulierung? Halten Sie das für ausreichend? Sagen Sie: Da sollte man nachbessern, da ist in der Praxis - - Könnten Sie sich mehr vorstellen? Wie beurteilen Sie diese Regulierung, gesetzlich und untergesetzlich?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich halte die Regulierungen für ausreichend.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Halten Sie sie denn für zweckmäßig? Wenn Sie

jetzt - wir haben es ja ein paar Mal angesprochen - im Nachhinein sehen, wie die Zusammenarbeit funktioniert hat, dass es doch längere zeitliche Abstände gab, wo Sie nicht kommuniziert hatten mit der Ermittlungsbehörde: Halten Sie die gegenwärtige Rechtslage da für zweckmäßig?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kann jetzt mangels Kenntnis nicht beurteilen, ob eine Rasterfahndung zulässig gewesen wäre. Ansonsten, denke ich, wäre eine Rasterfahndung eine Möglichkeit gewesen, hier eventuell weiterzukommen. Ob dann hier positive Ergebnisse vorhanden gewesen wären, kann ich nicht sagen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Wenn wir jetzt noch mal den Blick wegrichten von Ermittlungsbehörde und Verfassungsschutz hin zu Ihren Kollegen von den anderen Verfassungsschutzämtern und dem Bundesamt - haben Sie uns ja auch beschrieben: Sie treffen sich regelmäßig, Sie tauschen sich aus, nicht unbedingt zu dem Fall, so wie wir das jetzt hier gehört haben oder den wir behandeln -: Wie sehen Sie es denn da rechtlich? Sind denn die Vorschriften zweckmäßig genug, Ihre regelmäßigen Treffen, die Sie da halten? Wie beurteilen Sie das aus juristischer Sicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, ich denke, dass diese Zusammenarbeit funktioniert und auch ausreichend geregelt ist. Es gibt neben diesen Auswerter- und Beschaffertagungen noch Sachbearbeiter tagungen zu speziellen Themen. Da gibt es mehrere dieser Tagungen pro Jahr, und mittlerweile haben wir ja auch diese neue Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechts zusammen mit der Polizei. Also, da sind die ersten Ansätze, denke ich, positiv.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Klar, das Gemeinsame Abwehrzentrum wurde ja auf Grundlage der Ereignisse geschaffen. Aus Ihrer Sicht als Praktiker: Ist das eine ausreichende Reaktion - in Anführungszeichen -, oder könnten Sie sich da als Verfassungsschutzbeamter noch mehr vorstellen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, zumindest aus bayerischer Sicht ist das eine ausreichende Situation - wobei ich sagen muss, dass speziell in Bayern die Zusammenarbeit

zwischen Polizei und Verfassungsschutz auch in der Vergangenheit immer schon sehr intensiv war und bundesweit, auch von anderen Kollegen, immer als mustergültig betrachtet wurde.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. Ich werde dem Herrn Stracke das Wort weitergeben. - Vielen Dank.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja, vielen herzlichen Dank. - Sie hatten zu Anfang erwähnt gehabt, dass alle Erkenntnisse zu Rechtsextremisten im Kreis von 1995 bis 2002 vonseiten der Polizei bei Ihnen abgefragt werden sollten oder angefragt wurden. Sie haben eigentlich gesagt, das ist ja eine Komplettübermittlung - so habe ich es richtig verstanden - Ihres kompletten Datensatzes, den Sie damals gehabt haben, und das verstößt auch ein Stück weit gegen das Trennungsgebot, weil es im Prinzip eine gemeinsame Datei dann darstellt, weil Sie ja komplett Ihre Dateien übergeben an die Polizei. Habe ich Sie da so richtig verstanden?

**Zeuge Edgar Hegler**: Da haben Sie mich so richtig verstanden, ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Jetzt beraten wir ja derzeit gesetzlich, ob wir denn eine Rechtsextremismusdatei anlegen sollen. Aus Ihrer Praxis heraus - Sie sind ja Fachmann -: Wenn zum damaligen Zeitpunkt so eine Rechtsextremismusdatei bestanden hätte, wäre dann der Austausch zwischen den Daten rechtlich einfacher gewesen für Sie?

**Zeuge Edgar Hegler**: Das kommt darauf an, wie diese gemeinsame Datei ausgestaltet ist. Wenn es nur eine Fundstellendatei ist, denke ich, hätte die relativ wenig gebracht. Wenn es eine Datei gewesen wäre mit Recherchemöglichkeiten und entsprechenden Analysemöglichkeiten, denke ich, wäre es eine positive Sache.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Es wurde ja vorher auch immer wieder gesagt: Jetzt kommt die Polizei mit einem Ansinnen an das Landesamt für Verfassungsschutz, das vielleicht nicht hinreichend konkret war, wo sie vielleicht die Notwendigkeit der Datenübermittlung nicht so wirklich erkennen können und was mit diesen Daten

auch gemacht wird. Andererseits ist es ein Mordfall, der die gesamte Republik umtreibt und bewegt. Dann stellt sich ja die Frage: Aus welchem Grund sind Sie dann überhaupt initiativ geworden? Aufgrund dieser Anfrage, auch wenn sie nicht konkret genug war? Also, sogenannte Initiativübermittlung beispielsweise: Hat man solche Überlegungen angestellt, und warum wurde die dann unter Umständen nicht durchgeführt?

**Zeuge Edgar Hegler**: Wenn es Anhaltspunkte gibt, dann erfolgt eine Initiativübermittlung. Wenn es allerdings, wie in dem Fall, überhaupt keine Anhaltspunkte bei uns gegeben hat, dann machen wir keine Initiativübermittlung. Bei Initiativübermittlungen erfolgt auch dann ein konkreter Ansatz im Hinblick auf diese Straftat und nicht eine Unmenge an Daten.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Was verstehen Sie unter „Anhaltspunkte“?

**Zeuge Edgar Hegler**: Wenn wir Hinweise haben, dass hier Straftaten in der Szene begangen werden sollen, dass hier scharfe Waffen beschafft werden sollen, wenn hier Sprengstoffanschläge erfolgen sollen, derartige Dinge. Wenn wir da Hinweise haben, auch wenn sie relativ vage sind, dann geben wir diese Erkenntnis an die Polizei weiter.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Die Polizei hat in ihren Unterlagen dargestellt, dass hier es neben diesen Anfragen bei Ihnen auch noch Arbeitsgespräche gegeben habe. Was war denn, wenn es die tatsächlich gegeben hat, Inhalt dieser Arbeitsgespräche?

**Zeuge Edgar Hegler**: In diesen Arbeitsgesprächen tauscht man sich allgemein über die rechtsextremistische Szene aus. Es gab dann im Nachgang zu dieser Übermittlung der Personen vereinzelt dann konkrete Anfragen zu Personen, die dann von uns auch abgearbeitet wurden.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich darf noch mal zurückspringen zu dem Thema der Anhaltspunkte. Gab es denn bei Ihnen Erkenntnisse, entweder bei Ihnen selber oder im Haus, was die Waffenbeschaffung von Rechtsextremisten betrifft, in dem fraglichen Zeitraum 2000 bis 2006? Zumal man ja davon ausgehen muss, dass

hier ja mehrere Waffen im Spiel waren und hier ja doch eine Waffenbeschaffung stattgefunden haben muss.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben immer wieder entsprechende Erkenntnisse im Hinblick auf Waffenbesitz, auf Waffenbeschaffung, auf Schießübungen - jetzt seit einiger Zeit immer wieder in Tschechien -, wo mit scharfen Waffen geschossen wird.

(Zuruf: In Tschechien!)

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Ich habe das akustisch nicht  
verstanden!)

- In Tschechien kann man legal mit scharfen Waffen schießen. - Da fahren natürlich hin und wieder auch Rechtsextremisten rüber. Wir sind da auch in engem Kontakt mit unseren tschechischen Kollegen und versuchen hier, im Rahmen der Zusammenarbeit entsprechend aktiv zu werden.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Jetzt wurde ja auch in den Medien öfters berichtet darüber, dass die Zusammenarbeit mit den bayerischen Ermittlern und dem Landesamt für Verfassungsschutz im Ergebnis eigentlich recht unergiebig gewesen sei. Teilen Sie denn eigentlich diese Einschätzung? Würden Sie die als gerechtfertigt erachten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn man das Ergebnis betrachtet, ist diese Einschätzung richtig. Allerdings: Selbst wenn wir unsere gesamten Daten übermittelt hätten, hätte das nach unserer Einschätzung zu keinem anderen Ergebnis geführt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Es wurde ja in dem Fall eine sehr hohe Belohnung ausgewiesen von 300 000 Euro - ich glaube, das ist einzigartig in dieser Höhe gewesen -, und dennoch hat man nicht genügend Hinweise provozieren können, gerade auch aus dem rechtsextremistischen Bereich. Könnten Sie mir mal darlegen, woran das denn liegen könnte, dass selbst eine so hohe Belohnung hier nicht zu Hinweisen führt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nach unserer Einschätzung bestätigt diese Sache, dass hier keine Hinweise aus der Szene gekommen sind, dass hier in der Szene, zumindest wo mehrere Personen zusammenkommen, es

wirklich keine Hinweise in Richtung rechts-extremistische Motivation gegeben hat bzw. in Richtung tatsächliche Täter gegeben hat.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Glauben Sie auch, dass das Thema der Kronzeugenregelung ein Thema sein kann, oder der fehlenden Kronzeugenregelung zu dem Zeitpunkt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Jetzt auf den konkreten Fall bezogen, denke ich jetzt, dass die Kronzeugenregelung keinerlei Einfluss gehabt hätte.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Hatten Sie denn Erkenntnisse eigentlich grundsätzlich, dass die Kronzeugenregelung durchaus positive Wirkungen entfalten kann, auch jetzt unabhängig von diesem Fall gesehen, sondern - weil Sie ja Praktiker sind - darüber hinausgehend, was Ihre Erfahrungen da sind, auch im Austausch mit Länderkollegen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, es ist schon lange her, als wir eine Quelle hatten, die in dem Bereich Anti-Antifa hier Zugang hatte. Da gab es dann einen Kontakt zwischen dem damaligen Amtsleiter - - Ich war mit dabei beim GBA, und da wurde uns dann gesagt: Es gibt keine Kronzeugenregelung mehr; von daher kann unsere Quelle sich an entsprechenden Straftaten nicht beteiligen. - Wir haben dann diese Quelle da auch nicht weiter aktiv werden lassen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Hegler. Wir haben keine weiteren Nachfragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann wechselt das Fragerecht zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, Herr Hegler, ich möchte noch mal zurückkommen auf das, was Sie vorhin auf meine Fragen ausgeführt haben, dass Sie bereits nach dem zweiten Mord auch selber eigeninitiativ eigene Recherchen, eigene Ermittlungen, eigene Umfragen - wie auch immer, das werden Sie gleich noch ausführen, da werde ich noch mal nachfragen - gemacht haben. Ich möchte da ganz gerne noch mal, dass Sie in Ihren Erinnerungen kramen und Ihren Erinnerungen auf die Sprünge helfen. Vielleicht kön-

nen Sie uns noch mal sagen, was genau da geschehen ist und welche Maßnahmen Sie ergriffen haben.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich habe vorhin gesagt, dass ich denke, dass das nach dem zweiten Mord war. Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen. Ich weiß, dass wir hier aktiv geworden sind. Wir haben unsere Quellen befragt, ob es in der Szene Hinweise gibt zu diesen Mordfällen und wie die Quellen diese Taten einschätzen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie uns noch mal darlegen, wie Sie darauf gekommen sind, also wie Sie den Zusammenhang zu den zwei Morden hergestellt haben. Also, haben Sie selbst gedacht: „Oh, das könnte fremdenfeindlicher Hintergrund sein, da müssen wir aber mal in der Szene nachhören“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Man denkt eigentlich: Jedes Mal, wenn ausländische Mitbürger Opfer sind, wird ein rechtsextremistischer Hintergrund zumindest mit ins Auge gefasst und dann auch entsprechend nachgefasst, ob es hier entsprechende Erkenntnisse gibt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist sehr interessant, dass Sie das sagen, weil wir bisher nämlich die Erkenntnis gewonnen haben, dass dieser fremdenfeindliche Hintergrund nicht automatisch mitgedacht wird. Sie sagen jetzt: Also, wenn Sie von einem Mord hören an einer Person mit Migrationshintergrund, dann sind Sie auf jeden Fall schon mal unterwegs in Ihre rechte Szene und hören da mal nach.

**Zeuge Edgar Hegler:** Bei uns in Bayern werden auch entsprechende Straftaten gegen Ausländer in der Regel, wenn es keine sonstigen Gegenfeststellungen gibt, als politisch motiviert, rechts, gewertet.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, können Sie uns dann noch mal sagen, wie viele Quellen, wie Sie sagen, da unterwegs gewesen sind? Also, wie viele haben Sie dann nach dem zweiten Mord, oder ungefähr nach dem zweiten Mord, zu Recherchen in der rechten Szene geschickt bzw. Informationen erbeten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ungefähr?

**Zeuge Edgar Hegler:** Würde ich auch öffentlich nie sagen. Das war auch nie Thema bei uns im Parlamentarisches Kontrollgremium, und ich würde diese Aussage hier auch nicht machen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann stelle ich eine andere Frage, die auch interessant ist: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren zu diesem Zeitpunkt damit befasst, auch ungefähr?

**Zeuge Edgar Hegler:** Von den Außendienstlern so zwischen 10 und 15.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Personen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Personen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. - Dann wüsste ich ganz gern mal: Sie haben ja dann diese Recherchen gemacht zu diesem frühen Zeitpunkt, bewusst mit dem Hintergrund fremdenfeindliches Motiv der Täter dieser zwei Morde -

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, Befragungen haben wir gemacht. Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - ja, genau, Befragungen in der rechten Szene, aber bewusst mit der Überschrift „fremdenfeindliches Motiv der Täter, mögliche Täter aus der rechten Szene“, zu diesem frühen Zeitpunkt -, und haben dann keine Erkenntnisse gewonnen; das haben Sie uns gesagt. Was ist dann weiter geschehen? Dann haben Sie keine Erkenntnisse gewonnen. Wem haben Sie das übermittelt, dass keine Erkenntnisse gewonnen wurden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da ist bei uns im Haus drüber gesprochen worden, und bei diesen informativen Gesprächen mit den Polizeidienststellen, auch mit „Bosporus“, ist das erwähnt worden, selbstverständlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie uns noch mal genau sagen, wem Sie das mitgeteilt haben, zu welchem Zeitpunkt? Können Sie sich daran erinnern? Das war ja eine

wichtige Sache, einerseits die Mordermittlungen und andererseits Ihre eigenen Erkenntnisse.

**Zeuge Edgar Hegler:** Kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich die Übermittlung selber nicht gemacht habe. Nachdem es keine Erkenntnisse gegeben hat, war für uns die Sache auch nicht wertig.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie so freundlich sein und uns mal sagen, wie Sie sich das erklären, dass sich dazu rein gar nichts in den Akten findet? Wir hören heute zum ersten Mal, dass Sie eigene Recherchen in der rechten Szene angestrengt haben, und wir finden in den Akten gar nichts dazu.

**Zeuge Edgar Hegler:** Weil wir keine positiven Erkenntnisse hatten, ist das nicht hier festgehalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, darf ich Sie ganz kurz an dieser Stelle an Ihre Wahrheitspflicht erinnern; denn auch eine Nichterkenntnis ist für eine ermittelnde Polizeibehörde natürlich eine Erkenntnis. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz in der rechten Szene vor dem Hintergrund von Morden mit der These „fremdenfeindlicher Hintergrund“ ihre Quellen losschickt und versucht, Erkenntnisse zu gewinnen - wenn es keine Erkenntnisse gibt, ist ja auch das eine Erkenntnis -: Wird das nicht normalerweise dann auch den ermittelnden Behörden mitgeteilt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn eine entsprechende Anfrage ist, wird das mitgeteilt; ansonsten wird das informatorisch weitergegeben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie sind doch selbst tätig geworden. Das ist doch dann eine relevante Erkenntnis, wenn Sie zu dem Ergebnis kommen: Wir gehen davon aus, dass die Täter nicht aus der rechten Szene kommen, jedenfalls nicht aus der Szene, die wir im Griff haben und beobachten.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das wurde von unseren Kollegen in Nürnberg auch der „Bosporus“ mitgeteilt, dass es keine Erkenntnisse gibt in der Szene im Hinblick auf rechtsextremistische Begehungsweise.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, ich rede über den Zeitpunkt 2001, nicht später. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie „Bosporus“ mitgeteilt, dass Sie keine Erkenntnisse haben?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, da gab es immer wieder informatorische Gespräche, wo man sich über die rechtsextremistische Szene unterhalten hat, und in diesem Rahmen ist das sicher auch übermittelt worden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, zu diesem Zeitpunkt gab es die BAO „Bosporus“ noch gar nicht.

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gab es entsprechende Vorgängerorganisationen, also - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber ich muss wirklich noch mal fragen: Also, wenn Sie so eine wichtige Untersuchung machen, dann ist es doch wirklich verwunderlich, dass wir dazu nicht ein Blatt Papier, nicht eine Aktennotiz, nichts in den Akten haben. Dann lenke ich jetzt mal meinen Blick in Richtung Bayern. Fehlt uns da etwas in den Akten? Denn das ist wirklich ein erstaunlicher Vorgang, dass Sie zu keinen Erkenntnissen kommen und das nirgendwo vermerkt ist. Wie gesagt, ich rede über diesen frühen Zeitpunkt 2001. Ist das üblich?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das kann man informatorisch erklären, dann klärt es sich vielleicht auf! Wie läuft die informatorische Weitergabe ab?)

- Ja. - Sagen Sie mal, wie das läuft! Wem übermitteln Sie das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Kollegen treffen sich regelmäßig mit der Polizeidienststelle hier in Nürnberg, und da wird über die rechtsextremistische Szene gesprochen. Da wird dann auch gesagt: Ja, habt ihr irgendetwas zu diesen Mordfällen? - Dann wird gesagt: Wir haben unsere Quellen befragt, und es gibt keine Erkenntnisse dazu über rechtsextremistische Motivationen. - So erfolgt das.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Alles Mögliche!)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja. - Herr Hegler, nur es geht nicht allgemein über Erkennt-

nisse der rechten Szene - das haben wir jetzt ja herausgearbeitet -, sondern ich rede darüber, dass Sie selber in Richtung rechte Szene Ihre Quellen losgeschickt haben, um einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund der Morde herauszufinden, also nicht allgemein über rechte Szene. Wir finden sehr viel über Ihre Erkenntnisse zu den Opfern und ihren Angehörigen in den Akten; aber zu diesem Gesichtspunkt haben wir nicht ein Blatt Papier. Deswegen frage ich: Wie wird das normalerweise -- Wird das nicht irgendwo aktenkundig? Wird das nicht mal vermerkt, wenn man keine Erkenntnisse hat?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, wenn wir keine positiven Erkenntnisse haben und keine gezielte Nachfrage da war, sage ich jetzt einmal, dann ist das nicht vermerkt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, ich halte auf jeden Fall fest, dass das ein ungewöhnlicher Vorgang ist. Denn wir haben in den Akten ansonsten, wenn es keine Erkenntnisse gibt, immer natürlich Vermerke und Hinweise darauf, dass es keine Erkenntnisse gab, weil das ja für Ermittlungsbehörden auch ein wichtiger Gesichtspunkt ist. Also, ich bin mir noch nicht sicher, Herr Hegler, ob Ihre Recherchen da in der rechten Szene zu diesem frühen Zeitpunkt mit dem Hintergrund tatsächlich so der Fall ist; aber dem werden wir weiter nachgehen.

Ich komme jetzt noch mal zum Zeitpunkt 2006 - auch das ja ein kritischer Zeitpunkt. Sie haben vorhin selbst gesagt - ich zitiere Sie da eben in Ihrer Ausführung mit der Datenübermittlung -, das sei Ihr größter Fall gewesen. Jetzt möchte ich noch mal nachhaken - die Kollegen haben da ja auch schon nachgefragt -: Wie haben Sie genau Ihre Behördenleitung informiert? Mit wem haben Sie gesprochen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, dass ich mit dem Präsidenten gesprochen habe und im Vorgriff natürlich mit unserem Rechtsreferenten, dem ich das geschildert habe und seine Prüfung haben wollte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben mit dem Präsidenten über die Anfrage vom 28.12.2006 der BAO „Bosporus“ gesprochen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja. Der Präsident hat auch vor Auslauf der Personenübermittlung das zur Kenntnis bekommen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie mit dem Präsidenten auch schon vor der Anfrage vom 28.12.2006 gesprochen? Also, es war ja ein langer Zeitraum, in dem es hin- und herging; darüber haben wir ja heute schon gesprochen. Haben Sie da schon vorher mit dem Präsidenten gesprochen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke; aber ich kann es nicht sicher sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Als dann die Anfrage kam vom 28.12.2006 von der BAO „Bosporus“, die ja im Hin und Her mit Ihnen entwickelt wurde, wie sie zu fassen ist -- Dann habe ich in den Akten gesehen, dass Ihr Präsident die gesehen hat, diese Anfrage. Aber hat es danach dann mal eine Leitungsvorlage gegeben oder so, welche Daten tatsächlich übermittelt werden? Denn das war ja nur die Anfrage. Wir haben aber auch kein Blatt Papier darüber, was dann in Ihrer Behörde mit dieser Anfrage geschehen ist.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Anfrage wurde beantwortet, und die Antwort wurde dem Präsidenten vorgelegt, bevor sie ausgelaufen ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das haben wir aber nicht in den Akten. Wir haben die Anfrage in den Akten. Das hat der Präsident gesehen.

Wie läuft denn das üblicherweise? Wenn dann die Anfrage kommt, dann wollen Sie die beantworten, da Sie vorher mit dem Präsidenten über den Vorgang gesprochen haben. Machen Sie dann üblicherweise eine Leitungsvorlage, oder sprechen Sie noch mal mit dem Präsidenten, oder wie geht das dann, die Beantwortung der Anfrage jetzt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Bei uns wird mit dem Präsidenten gesprochen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie eine Anfrage beantworten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn es eine Anfrage ist im üblichen Rahmen, dann machen wir das eigenständig. Wenn es über den üblichen Rahmen hinausgeht, dann wird der Präsident informiert und mit einbezogen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, was hat der Präsident denn dann gesagt? Sie haben ihm dann also vorgeschlagen, welche Daten Sie übermitteln und ob das okay ist; Sie haben sein Okay eingeholt. Was hat der Präsident dann gesagt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Der Präsident hat das Anforderungsprofil, das Ermittlungsersuchen gesehen. Dann hat er das vorgelegt bekommen, bevor wir diese Daten übermitteln haben, bevor es ausgelaufen ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der genehmigt das dann, so was? So was geschieht doch in Form einer Leitungsvorlage? Sie sagen: Jetzt hat er vorgelegt bekommen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, da ist im Entwurf dringestanden: Herrn Präsidenten vor Auslauf zur Kenntnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, das haben wir nicht in den Akten. Ich habe es jedenfalls nicht gesehen. Also, das läuft dann über eine Leitungsvorlage.

Dann habe ich noch eine Frage, und dann stellt meine Frau Kollegin Iris Gleicke noch eine Frage. Herr Hegler, wir hatten es mit über zehn Jahre erfolglosen Ermittlungen zu tun, zehn Morde insgesamt, neun Morde, die im Zusammenhang standen - was man wusste -, an Personen mit Migrationshintergrund. Wir hatten sechs Polizeibehörden, fünf Staatsanwaltschaften, Sie waren beteiligt, Verfassungsschutz war umfassend - - Was ist im Nachhinein, wenn Sie draufschauen jetzt auf diesen Zeitraum, den wir hier untersuchen und über den wir uns Gedanken machen - wir versuchen rauszufinden: Was ist schiefgelaufen? -, Ihrer Meinung nach schiefgelaufen? Woran hat es gelegen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Eventuell eine stärkere bundesweite Koordination.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was hätte stärker?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Bayern vor  
allem!)

Stärkere bundesweite Koordination wäre notwendig gewesen, auch im Bereich des Verfassungsschutzes?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Gleicke.

**Iris Gleicke (SPD):** Ja, schönen Dank. - Herr Hegler, Sie haben gesagt, wenn Sie Anhaltspunkte und Hinweise haben auf Gewalttaten, dann geben Sie Ihre Erkenntnisse an die Polizei weiter. Es gab ein Flugblatt, das aus der rechten Szene gekommen ist, das an Pendler verteilt worden ist, acht oder neun Tage vor dem ersten Mord in Nürnberg. Dieses Flugblatt kann man so deuten, dass darin auftaucht: Taten statt Worte.

Haben Sie in diesem Bereich Erkenntnisse gesammelt als LfV in Bayern und Erkenntnisse da weitergegeben, weil Sie gleichzeitig vorhin gesagt haben, Sie seien überrascht gewesen, dass diese Morde von Rechtsextremen begangen worden sind? Es ist doch hoffentlich auch dem LfV Bayern bekannt gewesen, dass seit Anfang der 90er-Jahre sich die rechtsextreme Szene, in Thüringen genauso wie in Bayern, stark militarisiert hat und stark gewaltbereiter geworden ist.

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, wir waren immer in der Szene entsprechend vertreten und haben, wenn wir entsprechende Erkenntnisse gehabt haben, die natürlich auch weitergeleitet.

**Iris Gleicke (SPD):** Welche Erkenntnisse hatten Sie zu diesem Flugblatt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zu dem Flugblatt im konkreten Fall kann ich jetzt nichts sagen.

**Iris Gleicke (SPD):** Gab es dann zumindest auch - - Nachdem der zweite Mord passiert ist: Ist dann noch mal zurückgegangen worden, und hat man sich dann auch solche Sachen noch mal angeschaut, und ist das weiterbearbeitet worden, und wenn nein, warum nicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kann jetzt zu dem konkreten Flugblatt aus dem Stegreif nichts sagen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Vielleicht  
können Sie es ihm mal vorlesen,  
damit er es in Erinnerung hat!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Gleicke, ich muss auf die Zeit hinweisen. - Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Wolff, bitte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Hegler, kleiner Exkurs; aber wir kommen gleich direkt auch wieder zurück auf die Situation bei Ihnen bzw. auch in Franken. Ist Ihnen bekannt, dass in den 90er-Jahren viele deutsche Rechtsradikale nach Ex-Jugoslawien gegangen sind, um dort auch zu kämpfen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist uns bekannt. Wir haben uns auch speziell diesen Personenkreis, wenn der wieder nach Deutschland gekommen ist, ganz genau angeschaut, weil wir davon ausgegangen sind, dass dieser Personenkreis durch diese Kriegshandlungen verroht ist und möglicherweise auch Waffen mitgebracht hat.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wie groß war denn der Personenkreis?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, in Bayern um fünf bis zehn Personen, denke ich jetzt einmal, die wir enger in der Beobachtung hatten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): War der Personenkreis auch gerade in Franken unterwegs, oder war das in ganz Bayern?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war in ganz Bayern; aber es waren auch fränkische Personen dabei, soweit ich jetzt weiß.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Weil wir ja auch Anhaltspunkte dazu, also vom BfV, in den Akten gefunden haben: Halten Sie es denn für wahrscheinlich, dass sich das Trio nach Ex-Jugoslawien - man bedenke: Ende der 90er-Jahre hat der Kosovo-Konflikt damals angefangen -, in die Richtung, bewegt hat und untergetaucht ist und sich dort gegebenenfalls radikalisiert oder - in Anführungszeichen - professionalisiert hat?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dazu ist mir nichts bekannt. Ich weiß nur, dass immer wieder - jetzt aus den Akten - hier im Gespräch war, dass diese Personen nach Südafrika oder sonst unterkommen wollen, und zwar bei Rechtsextremisten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ist Ihnen denn bekannt, dass genau diese Kenntnis, gerade in Richtung Ex-Jugoslawien, auch in den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz geteilt wurde bzw. beim BfV, noch darüber hinaus? BfV haben wir, wie gesagt, ja in den Akten einen Hinweis gefunden.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke aus der Erinnerung, dass das ein bundesweites Thema war.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Ich frage deswegen auch: Wir hatten auch Anhaltspunkte dafür bzw. es gab ja auch ein Treffen, sogar eine gemeinsame Operation mit dem Militärischen Abschirmdienst, dem BfV und dem Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen und Ihnen, also dem LfV, wo in dieser Tätigkeit der „Thüringische Heimatschutz“ auch konkret seitens des LfV 97 beobachtet und analysiert wurde. Da wird festgehalten, so jedenfalls in den Akten, dass eine stärkere Aktivität des „Thüringer Heimatschutzes“ in Bayern auch deswegen zu verzeichnen sei, weil Soldaten aus dem THS-Umfeld in bayerischen Standorten stationiert gewesen seien. Nach unserer Kenntnislage ist beim Bundesamt für Verfassungsschutz vor dieser Situation ganz deutlich gewarnt worden. Beim Landesamt für Verfassungsschutz soll aber ein Herr - Genaueres ergibt sich nicht aus den Akten - abgewiegelt haben und gesagt haben: Ist nicht so schlimm. - Waren Sie der Herr?

**Zeuge Edgar Hegler:** War ich nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Kennen Sie den?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich weiß jetzt nicht, wer es war. Ich vermute, dass es eventuell jemand von der damaligen Außenstelle war.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber das Treffen können Sie bestätigen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gibt es einen Aktenhinweis.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Weitere Erkenntnisse, gerade an der Stelle, weshalb da eine unterschiedliche Einschätzung, BfV auf der einen Seite, LfV auf der



anderen Seite bzw. des einen Herrn bei Ihnen, war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir nicht bekannt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich frage deswegen noch mal so konkret nach, weil Sie vorhin ja sagten, die Strukturen hätten sich in Franken nicht so richtig verfestigt. Würden Sie Kasernen und auch die Unterbringung von Soldaten als verfestigt ansehen, wo ja durchaus für eine gewisse Zeit entsprechende Strukturen da gewesen sein könnten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Im Bereich der Kasernen sind wir nicht zuständig. Wir sind in engem Kontakt mit dem MAD immer gewesen, haben auch unsere Erkenntnisse jeweils an den MAD abgegeben, und umgekehrt natürlich auch. Diese Soldaten, wenn sie Wehrpflichtige waren, die haben natürlich dann schon am Wochenende immer wieder versucht, in die Heimat zu fahren, und waren dann nur sporadisch bei uns in Bayern aktiv.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie sagten ja vorhin, Tino Brandt sei gerade im Fränkischen gewesen. Der war ja jetzt nun nicht als Soldat da, sondern durchaus außerhalb. Gab es da Netzwerke? Haben Sie sich da intensiv mit dem MAD abgestimmt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gab es intensive Gespräche, auch mit Thüringen, im Hinblick auf Tino Brandt, weil Tino Brandt ja beim Nation Europa Verlag in Coburg gearbeitet hat und dadurch natürlich enge Bindungen nach Bayern hatte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gut. - Ich habe noch weitere Fragen im Zusammenhang auch mit der Datenübermittlung. Wurden eigentlich vom LfV damals vor allem männliche oder auch weibliche Personendaten an die BAO weitergegeben?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es wurden auch weibliche Personendaten übergeben, weil das ausdrücklich in dem Ermittlungsersuchen so dargestellt war.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also es gab keine Aussortierung Ihrerseits oder eine Aussortierung bei der BAO?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Es ist natürlich deswegen interessant: Hat man damit nicht noch einen möglichen Ankerpunkt, beispielsweise auch in Nürnberg, vor allem vor Ort, Personen weiblicher oder männlicher Art gesucht und gefunden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Man ist da nicht weiter fündig geworden, soweit ich weiß.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dann eine andere Frage: Wir hatten das letzte Mal einen Versprecher von Herrn Pfister, der davon sprach, er hätte die Daten von Mandy Struck weitergegeben. Er sagte zuerst, von Beate Zschäpe, und sagte dann verbessernd, von Mandy Struck. Wir wissen ja zumindest aus den Akten, dass Beate Zschäpe gelegentlich auch den Decknamen Mandy Struck verwendet hat. Ist jetzt ganz klar, welche Mandy Struck weitergegeben worden ist?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke - ich kann es nicht hundertprozentig sagen -, dass die Daten von der Mandy Struck weitergegeben wurden, weil bei der Flugblattverteilung, als die Mandy Struck festgestellt wurde - das hat die Polizei festgestellt -, ist wohl ein Ausweis auf Mandy Struck vorgelegt worden, und Mandy Struck war auch gemeldet in Büchenbach bei Nürnberg, soweit ich weiß. Gut, wenn sie natürlich mit falschen Papieren gehandelt hätte - - Das kann man nicht mehr aufklären.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Kann man nicht mehr aufklären, ob es jetzt wirklich Mandy Struck oder Beate Zschäpe gewesen sein könnte, an den Daten?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Person, die festgestellt wurde, hat wohl einen Ausweis gehabt auf Mandy Struck. Und die Person, die gemeldet war, war auch eine Mandy Struck. Und das würde auch insgesamt passen, weil eine Mandy Struck auch in der Oberpfalz sich zeitweise aufgehalten hat; ich denke sogar, ja, in der Zeit, bevor die Zschäpe untergetaucht ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, eine Lichtbildanalyse gab es nicht? Also dass man sagen - - An der Person könnte man es ja erkennen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Polizei hat wohl schon überprüft, ob aufgrund von Lichtbildern bei anderen Veranstaltungen hier die Mandy Struck oder die Zschäpe da war, oder auch eine sonstige Person. Also, da gab es entsprechende Ermittlungen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Später!)

- Später, ja, im Nachgang.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Später jetzt. Also nicht in der Zeit damals?

**Zeuge Edgar Hegler:** Damals nicht, nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Machst du mal weiter?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe noch mal eine Nachfrage zur Zusammenarbeit mit dem Thüringer Verfassungsschutz von Ihrer Seite aus. Ich beziehe mich auf Presseveröffentlichungen aus dem Jahr 2000. Die *Thüringer Allgemeine* schrieb am 19.06.2000 über den damaligen Referatsleiter Rechtsextremismus im Landesamt für Verfassungsschutz, namentlich in der *Thüringer Allgemeinen* genannt Friedrich-Karl Schrader [sic!], der von Behördenleiter Roewer disziplinarisch belangt werden sollte. Und Schrader wendete sich dagegen und schrieb an den Innenminister Köckert von einem - so Zitat in der *Thüringer Allgemeinen* - „nachhaltig gestörten Arbeitsklima“. Nachdem er dann daraufhin von Roewer endgültig suspendiert worden ist, hatte er laut Aussage des *Freien Wortes* vom 31.08.2000 erklärt:

Wenn ich gehe, gehen auch andere.

Daraufhin setzten eine Vielzahl von In-diskretionen ein, die zum Teil dann auch Roewer zum Verhängnis wurden, also dass der Heron-Verlag als Scheinfirma des Thüringer Verfassungsschutzes aufgefliegen ist, die ersten Gerüchte über den V-Mann Dienel usw. usf.

Wie hat sich das denn bei Ihnen im Amt auf Ihre Arbeitsweise in Bezug auf den Thü-

ringer Verfassungsschutz ausgewirkt, solche Berichte?

**Zeuge Edgar Hegler:** Mit dieser Frage bin ich jetzt überfragt. Ich kann jetzt - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wussten Sie über diese Zustände im Nachbarland?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir wussten, dass es in Thüringen nicht ganz einfach ist, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Was heißt „nicht ganz einfach“?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dass es hier, sage ich jetzt einmal, Schwierigkeiten gibt, also dass es ein schwieriges Amt ist, dass es hier immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat, auch mit der Stellenbesetzung usw. Das war durchaus bekannt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Hat sich das auf den Informationsaustausch ausgewirkt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich jetzt weiß, nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie haben ganz normal weitergearbeitet mit dem Landesamt, -

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): - obgleich dieses - -

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, mir ist jetzt nichts in Erinnerung, sage ich jetzt einmal, nichts Negatives in Erinnerung, was die Übermittlung von Erkenntnissen betroffen hätte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie nun alles, was Sie - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Letzte Frage.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Oh, letzte Frage. Wir machen dann ja noch eine Runde. - Nein, dann würde ich noch mal kurz fragen: Als dann die beiden V-Männer aufgefliegen sind, Dienel und ein Jahr später

Brandt, hat sich das bei Ihnen ausgewirkt auf die Zusammenarbeit mit dem Thüringer Landesamt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das hat sich auf die Zusammenarbeit nicht ausgewirkt. Ich kann mich erinnern: Das war ein großes Problem damals im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens. Also von daher ist mir das in Erinnerung, wobei damals ja nie offengelegt wurde, dass das V-Leute waren, sondern das ist halt in den Medien kolportiert worden, sage ich jetzt einmal. Aber eine offizielle Bestätigung gab es damals, soweit ich weiß, nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt damit zur Linksfraktion. Herr Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Bevor Kollegin Pau einsteigt, habe ich eine kurze Nachfrage, und zwar zum Umgang im Amt mit der Nachfrage, die vom LKA kam. Die Frage ist: Welchen Einfluss hatte der Präsident Weber auf den Umgang mit dieser Erkenntnisnachfrage? Hat er darauf Einfluss genommen, und wenn ja, welchen? War es vielleicht auch Chefsache?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich weiß, hat er keinen Einfluss genommen. Er ist im Vorgriff, soweit ich jetzt mich erinnern kann, informiert worden. Er hat die Anfrage gesehen, soweit ich weiß. Und er hat die Erkenntnisübermittlung, bevor sie das Haus verlassen hat, zur Kenntnis bekommen. Ob er dann im Endeffekt - - Ob es da noch weitere Gespräche gab, weiß ich jetzt nicht mehr.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, das war für ihn nicht so wichtig, dass er das zur Chefsache gemacht hat, möglicherweise?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, er war mit der rechtlichen Bewertung des Rechtsreferenten und mit meiner Bewertung d'accord.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Danke.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Guten Tag! Ich möchte noch mal anknüpfen an die Fragen meines Kollegen Petermann und des Kollegen Wieland vorhin.

Erstens. Ich teile das Entsetzen nach der Lektüre des Protokolls Ihrer Arbeitsbesprechung mit der BAO „Bosporus“ vom 07.07.06, welche Informationen Sie zu aktuellen Strategien von Neonazis dort übermittelt haben. Aber nun haben Sie ja die Polizei über die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ unter anderem in diesem Gespräch informiert. Können Sie mir sagen, warum ausgerechnet Karl-Heinz Hoffmann hier aufgenommen wurde? War es so, weil Sie wussten um seine Kontakte und seinen Wohnort in Thüringen und damit auch zumindest die räumliche Nähe - also aus heutiger Sicht - zu dem Trio? Oder warum ausgerechnet Hoffmann?

**Zeuge Edgar Hegler:** Hoffmann hat auch in der jüngsten Vergangenheit immer wieder eine Rolle gespielt in der Szene. Ich hätte jetzt gedacht, dass der in Sachsen aktiv war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Sie haben dem Kollegen Wieland vorhin bestätigt, dass Ihnen natürlich als zuständig für diesen Fachbereich die Konzepte des führerlosen Widerstandes oder auch von „Blood & Honour“ bekannt sind. Haben Sie dann - - Oder wie sehen Sie das heute? Wäre es nicht sinnvoll gewesen, auf die Nachfrage der BAO „Bosporus“ den Kollegen von der Polizei genau diese Konzepte und das, was dazu ja in der Szene nicht nur diskutiert wurde, sondern es gab ja auch konkrete Straftaten und Gewalttaten in der Bundesrepublik an anderen Orten, zu übermitteln?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir hatten keinerlei Erkenntnisse, in welche Richtung die Ermittlungen laufen oder wie der Ermittlungsstand ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann komme ich einfach einmal zur konkreten Frage der BAO „Bosporus“ zurück. Sie haben ja vorhin beklagt, dass Sie erst im Dezember 2006 eine Präzisierung des Auskunftersuchens bekommen haben. Ich zitiere aus unseren Materialien - MAT A BY-6/1, Seite 80. Da bittet die BAO „Bosporus“ im Schreiben vom 28.12.2006 an Ihr Amt:

Die Erhebungen zur „Rechten Szene“ sind flankierend zu dem Ermittlungsansatz „Einzeltäter“ zu sehen.

Ergänzend dazu sind örtliche und zeitlich fallverbindende, insbesondere auf die Mobilität abzielende Komponenten in die Erhebung mit einzubeziehen.

Beispielhaft wären dies:

Rechte Musikveranstaltungen zu den jeweiligen Tatzeiträumen. Entsprechende Erkenntnisse sollten sich nicht nur auf die bayerischen Tatorte beschränken. Die Tatorte in Hamburg, Rostock, Dortmund und Kassel wären in die Erhebung mit einzubeziehen.

Gibt es rechte Assoziationen zu den Tatorten und/oder Tatzeiten ...?

Die Frage ist: Haben Sie der BAO „Bosporus“ Hinweise zu dieser Frage geliefert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben abgeprüft, ob im zeitlichen Zusammenhang mit den Mordtatorten irgendwelche rechtsextremistischen Veranstaltungen waren oder im räumlichen Umfeld, und haben geprüft, ob hier Rechtsextremisten aus Bayern an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben. Es gab weder hier rechtsextremistische Veranstaltungen im zeitlichen und räumlichen Umfeld dieser Mordtatorte, noch gab es eine Beteiligung von bayerischen Rechtsextremisten. Wir haben auch geprüft, ob es Handelsvertreter gibt, die hier bundesweit unterwegs sind, bzw. ob es Berufskraftfahrer gibt, die hier eventuell bundesweit unterwegs sind, die hier eventuell infrage kämen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und haben Sie diese Nichterkenntnis der BAO „Bosporus“ mitgeteilt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das haben wir der BAO „Bosporus“ übermittelt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Da ich das bisher nicht gefunden habe - das kann ja meiner Aufmerksamkeit gegangen sein -:

(Dr. Eva Högl (SPD): Meiner auch!)

Wo muss ich das suchen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist telefonisch erfolgt. Da gibt es keine Unterlagen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also auch keinen Vermerk darüber, dass das Gespräch stattgefunden hat, oder so?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es ist so, dass, nachdem die Datenübermittlung erfolgt war, man die Unterlagen noch eine Zeit lang aufgehoben hat und dann vernichtet hat.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Können Sie sich denn erinnern, wann das ungefähr gewesen ist?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das war, soweit ich mich erinnere, vor der schriftlichen Übermittlung der Personenerkenntnisse.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Danke schön. - Ich komme noch mal zurück zu der vorhin schon eingeführten Broschüre oder Dokumentation des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Thema „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten - Entwicklungen von 1997 bis 2004“. Können Sie mir sagen, ob der BAO „Bosporus“ diese Broschüre nach ihrer Anfrage zum Thema Rechtsextremismus und auch Strategien übermittelt wurden? Und bei der Gelegenheit wüsste ich auch gern, ob Sie Kenntnis davon haben, ob der damalige Innenminister Bayerns über den Inhalt dieser Broschüre oder diese Strategien unterrichtet wurde.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich gehe davon aus - aber ich weiß es nicht -, dass diese Broschüre nicht der BAO „Bosporus“ übermittelt wurde. Und ob unser Minister davon Kenntnis hat, das weiß ich nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann möchte ich mal zurückkommen zur Befragung des Herrn Geier hier bei uns im Ausschuss, weil, auf die Frage des Kollegen Wolff von der FDP, ob denn bei der Ermittlungstätigkeit der BAO „Bosporus“ eine Rolle gespielt hat, dass es überregionale extremistische Netzwerke geben könnte, und ob die in Betracht gezogen werden müssen, antwortete uns der Kollege Geier:

Wir haben natürlich - das haben wir nicht nur wegen dieses Falles gemacht - die Verfassungsschutzberichte gelesen. In keinem davon habe ich gefunden, dass es in Deutschland oder in Bayern rechtsterroristische Vereinigungen - zu diesem Zeitpunkt - gibt. Wir sind ja jetzt eines Besseren belehrt worden; aber zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Ansatz in den Berichten,

aber auch nicht bei den Kontakten zu den Diensten, dass uns da welche genannt worden sind.

Protokoll der 12. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 27.

Wäre es denn wenigstens aus heutiger Sicht aus Ihrer Sicht nicht notwendig gewesen, da man ja offensichtlich aus den Berichten - das weiß ich auch aus eigener Erfahrung - sowohl des Bundesamtes für Verfassungsschutz als auch der Landesämter für Verfassungsschutz diese Informationen über die Szene nicht bekommen konnte, den Ermittlern der BAO „Bosporus“ dieses Material zur Verfügung zu stellen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Der Ermittlungsansatz und das Ermittlungsersuchen uns gegenüber war ein anderes, und wir haben keine Veranlassung gesehen, diese Broschüre, die VS-Vertraulich eingestuft war, hier weiterzugeben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau, ich muss Sie leider darauf hinweisen, dass Ihre Zeit überzogen ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Dann habe ich nachher noch eine Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger hat allerdings eine Nachfrage an Sie.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Frau Kollegin, wir haben diese Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2004 über rechtsterroristische Strukturen, wo laut Herrn Hegler ja auch das Trio noch mal erwähnt wurde, leider nicht in den Akten gefunden. Haben Sie es gefunden? Dann wäre ich für die Fundstelle dankbar.

Andersrum gleich die Frage an das BMI: Dass so eine Broschüre natürlich zuallererst zu uns kommen muss, wenn wir Beweisbeschlüsse machen, wenn das Trio 2004 noch mal genannt wurde, das erwarte ich dann schon. Es sei denn, wir hätten es jetzt nicht gefunden; dann entschuldige ich mich dafür, dass wir es nicht gefunden haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau, wollen Sie dazu etwas sagen, oder der Vertreter des BMI?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, die Broschüre ist nicht in den Akten; das ist richtig. Die haben wir aus unserer sonstigen Tätigkeit in diesem Bereich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, dann müsste es eigentlich beigezogen worden sein. - Herr Reinfeld.

**MR Richard Reinfeld (BMI):** Ich habe gerade noch mal kurz Rücksprache mit dem Projektleiter des BfV genommen. Wir werden Ihnen unverzüglich die Broschüre zukommen lassen. Die war, wie Sie erkennen können, weil, wir haben Ihnen ja unseren kompletten Aktenbestand zugeliefert, nicht in dem offenen Aktenbestand. Sie ist auch nicht in dem VS-Bestand. Aber Sie werden sie unverzüglich bekommen. Also, ich kümmere mich darum.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So zur Kenntnis genommen. - Das Fragerecht ist jetzt wieder bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Hegler, Sie haben gesagt, dass Sie im Jahr 1998 Fotos bekommen haben mit der Frage, ob Ihnen dazu was bekannt ist, Fotos von dem Trio. Was ist Ihnen da mitgeteilt worden, warum Sie - - was mit den Leuten los sein soll?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben keine Akten mehr aus dieser Zeit. Wir haben diese Übermittlung an Thüringen erst wieder von Thüringen in der Aufarbeitung des NSU-Komplexes bekommen. Und daraus kann man schließen, dass damals nach Untertauschen der drei Personen hier wohl Fotos an die Länder geschickt wurden, um zu klären, ob sich diese Personen - - ob es Erkenntnisse zu diesen Personen in den Ländern oder im Bund gibt. Und bei uns gab es einen Hinweis einer Quelle, die gemeint hat, dass es hier einen Kontakt zwischen Mundlos und dem erwähnten Herrn Tag in Rheinland-Pfalz gegeben hat.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das hatten Sie ja schon alles erzählt. Danach habe ich nicht gefragt, sondern ich habe danach gefragt, was Ihnen mitgeteilt worden ist über diese Personen, warum Sie da nachgucken sollten,

dass die gesucht werden und warum sie gesucht werden. Da gab es ja dann Haftbefehle. Ist Ihnen das mitgeteilt worden? Sind Ihnen die Haftbefehle beispielsweise mitgeteilt worden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das weiß ich nicht. Ich war damals in einem anderen Bereich tätig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch nicht geklärt. - Und von wem kam die Anfrage?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Frage kam vom LfV Thüringen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom LfV Thüringen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagen, die ist auch an andere gegangen, an andere LfVs?

**Zeuge Edgar Hegler:** Davon gehe ich aus.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ob da drinstand, dass das Personen sind, die wegen Sprengstoffdelikts gesucht werden, das wissen Sie auch nicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man das vielleicht erfahren? Können Sie bei sich mal nachfragen? Oder haben Sie das nachträglich mal gemacht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da sind keinerlei Akten mehr vorhanden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht Personen, die damals noch bei Ihnen gearbeitet haben.

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gibt es niemanden mehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es keinen mehr.

Wissen Sie, das verwundert mich schon. Denn dann hätten Sie ja 98 gewusst, dass die drei gesucht werden, möglicherweise, wenn Ihnen der Haftbefehl mitgeteilt worden ist oder dessen Inhalt, wegen Sprengstoffdeliktes. Und das hätten Sie ja vielleicht später dann verwerten können. Aber gut, wir werden der Sache nachgehen.

Zweiter Punkt: Sie haben gesagt, dass Ihnen bekannt war und Sie auch Erkenntnisse darüber aufgenommen haben, dass die Thüringer Szene auch in Bayern, in Franken, tätig war, da sogar einen „Fränkischen Heimatschutz“ gründen wollte, der dann gescheitert ist. Sie haben da Einzelheiten geschildert. Sie haben auch davon gesprochen, dass Sie ein Gespräch hatten über Tino Brandt, der ja in Coburg da beim Verlag war, usw. Mit wem haben Sie darüber sich ausgetauscht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich weiß, waren das die Kollegen von der Außenstelle, die hier mit den Kollegen aus Thüringen - ich denke auch, dass da der MAD dabei war und das BfV - darüber gesprochen haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, mit den Kollegen aus Thüringen haben sie sich da ausgetauscht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Thüringer Verfassungsschutz?

**Zeuge Edgar Hegler:** Jawohl.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch über Tino Brandt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten sie, dass der V-Mann war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Kollegen von der Außenstelle wussten das.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wussten das. Und

das Problem war, dass der jetzt nicht in Bayern tätig werden sollte.

**Zeuge Edgar Hegler:** Der sollte in Bayern keine Aktivitäten entwickeln in der rechtsextremistischen Szene.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie in der Zeit von 1995 bis 1998 oder bis 2000 über die Aktivitäten von Thüringern auf bayerischem Boden, nordbayerischem Boden - Nürnberg, Aschaffenburg oder wo auch immer -, selber Informationen, Erkenntnisse gesammelt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben die Erkenntnisse zu Ereignissen in Bayern und von bayerischen Personen gesammelt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur von Bayern oder auch von anderen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Auch Personen, wenn sie in Bayern aktiv waren; die haben wir auch gesammelt, wobei: Wenn dann längere Zeit keine Erkenntnisse mehr angefallen sind, dann werden diese Daten wieder gelöscht. Wenn allerdings bei uns in Bayern durch unsere Zugänge Erkenntnisse anfallen zu Personen außerhalb von Bayern, dann werden diese Erkenntnisse an das zuständige Landesamt und an das Bundesamt weitergesteuert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Befinden sich in Ihren Erkenntnissen auch Namenslisten von Personen, die in Bayern von 95 bis 2000 an rechtsextremen Veranstaltungen - Konzerten, Treffen, Treffen im Steinbruch usw. - teilgenommen haben?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zu Veranstaltungen gibt es entsprechende Erkenntnisse. Die Erkenntnis, die Sie ansprechen, von 94 im Steinbruch, die war bei uns nicht mehr gespeichert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und ab 95?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es gibt eine Erkenntnis - 98, glaube ich, ein Münstermann-

Marsch - über die Teilnahme von Personen aus dem NSU.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hegler, haben Sie Listen von Personen, die auf bestimmten Veranstaltungen sich aufgehalten haben - woher auch immer, ob durch polizeiliche Kontrollen oder durch Quellen, durch V-Leute? Haben Sie solche Listen von Personen aus den Jahren 1995 bis 2000?

**Zeuge Edgar Hegler:** Da gibt es vereinzelt noch Listen. Wenn aus diesen Listen noch Personen gespeichert sind, dann gibt es diesen Papierhinterhalt als Akte als Grundlage für die Speicherung. Allerdings kommt man auf diese Papierakten nur, wenn wir bereits eine Person haben, die noch bei uns im System gespeichert ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert jetzt nicht, wie Sie an die Informationen kommen, sondern mich interessiert: Befinden sich auf diesen Listen Frau Zschäpe, Herr Mundlos und Herr Böhnhardt als Personen, die in Bayern an solchen Veranstaltungen teilgenommen haben, auch in Nürnberg?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dazu haben wir jetzt keine Erkenntnisse mehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben „wir“ oder Sie persönlich?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich weiß - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seien Sie vorsichtig: „wir“ oder Sie persönlich? Gibt es beim Landesamt darüber Erkenntnisse, ja oder nein?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich weiß es jetzt nicht konkret.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben darüber keine Erkenntnisse. Aber dass es da welche geben könnte - - Ja, wir haben umfangreiche

Listen dazu. - Kann es sein, das Sie 1995 Veranstaltungen festgestellt haben, wo Frau Zschäpe und Herr Mundlos dabei waren?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist denkbar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das nachgeprüft, entweder jetzt oder als Sie dann in der Zeitung gelesen haben, dass das die Täter sein sollen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben unseren Aktenbestand überprüft aufgrund von noch vorhandenen Speicherungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und haben Sie die Namen da gefunden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich jetzt weiß, haben wir die Namen nicht gefunden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht gefunden? Aha. Sehr interessant. - 97 auch nicht? Auf vier Veranstaltungen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich weiß, dass bei der Wehrmachtsausstellung hier die Personen waren. Da gab es Fotos. Aber dass die Personen in einer Liste gewesen wären, das weiß ich jetzt nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wo sie herkamen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich muss Sie auf die Zeit hinweisen, Herr Ströbele. Die haben Sie schon überschritten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich mache das dann nachher weiter.

**Zeuge Edgar Hegler:** Jetzt in der Aufarbeitung weiß ich, dass Personen bei uns in Bayern waren, bevor sie untergetaucht sind.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll ich Ihnen die einzelnen Konzerte auflisten? Versammlung, Gründungsversammlung für den „Fränkischen Heimatschutz“.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kenne jetzt diese Dinge nicht, muss ich eingestehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen Sie eingestehen. Dann sollten Sie sich vielleicht noch mal vorbereiten, bevor Sie hier aussagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Rederecht wechselt jetzt, Herr Ströbele, in der Annahme, dass es weiteren Fragebedarf gibt, zur Unionsfraktion. Herr Binninger, bitte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Kollege Ströbele, Sie haben gerade ja - für mich nicht ganz schlüssig - versucht, so einen Schwerpunkt zu setzen in die 95er-Jahre, und fast unterstellt, man hätte schon gewusst, dass man nach diesem Trio sucht, und man hätte es nur noch finden müssen. Das Problem war ja, dass man leider nie die Spur hatte nach diesem Trio unter den vielen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gucken Sie mal in die Akte!)

- Ja, die waren in den Namen aufgetaucht, wie 600 andere auch. Das macht es ja - - Anhand welchen Kriteriums hätten Sie 1995 in der Lage sein wollen oder dann 2001, zu sagen: „Von den 500 Teilnehmern, die es hier mal gab bei diesen Aufmärschen, sind das die drei, die wir suchen“? Also, die Konstruktion habe ich jetzt nicht verstanden.

Herr Hegler, wenn Sie uns einfach noch mal deutlich machen, dass wir es auch verstehen: Sie haben immer schon bei rechts-extremistischen Veranstaltungen, Aufmärschen, Treffen im Steinbruch, wo auch immer, aufgeklärt, sofern Sie davon wussten, und alle Personen, die Sie dort erkannt haben, auch namentlich in einer Liste oder in einem Bericht, Vermerk, Fernschreiben, wie auch immer, erfasst. Trifft das zu?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das trifft zu. Und wir haben auch diese Erkenntnisse immer an die Länder weitergesteuert, aus denen diese Personen hier teilgenommen haben. Ebenso machen das die anderen Länder und das Bundesamt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Genau. Wenn also Mundlos 1997 noch vor dem Abtauchen als bekannter Neonazi bei einer Veranstaltung in Bayern auftaucht, dann stellen Sie das fest. Eventuell wird er kontrol-



liert. Und dann geht diese Information an das LfV und an die polizeiliche Staatsschutzdienststelle seines Wohnsitzes.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Erkenntnis geht an das LfV, und wenn es um eine polizeiliche Erkenntnis geht, dann steuert das die Polizei an die Polizei des Wohnsitzes.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Können Sie mir oder auch uns überschlüssig sagen - um mal ein bisschen die Dramatik aus so einer Personenfeststellung herauszunehmen, die der Kollege Ströbele ja verzweifelt versucht, hier reinzulegen -: Wie häufig passiert denn so etwas? Also, wie häufig im Laufe von, nehmen wir mal den Zeitraum 1995 bis 2000 oder auch länger, zahlenmäßig, stellen Sie Personen bei Veranstaltungen fest und melden das weiter? Sind das im Lauf der Jahre 200, 500 Namen, zum Teil auch immer wieder die gleichen? Kann man das in etwa ein bisschen quantifizieren?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, dass das im Jahr mindestens an die 20 Veranstaltungen sind, wo Personen aus diversen Ländern hier zusammenkommen. Und wenn ich allein die Demo gegen die Wehrmachtausstellung nehme, da waren circa 5 000 Rechtsextremisten in München, die hier demonstriert haben, von denen wir natürlich auch nur teilweise die Namen hatten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, wir sind hier im drei- bis vierstelligen Bereich der normalen Erkenntnisgewinnung. Und jetzt war ja die Schwierigkeit - - Oder die Chance für Sie wäre gewesen, hätte es eine Möglichkeit gegeben, aus dieser Fülle an bekannten Rechtsextremisten eine Spur zu destillieren, die zu den Morden geführt hätte oder, wenn das nicht möglich war, zu dem gesuchten Trio. Gab es dafür außer dem Fahndungsaufruf 98 mit den drei Fotos danach mal irgendwie noch irgendeine Erkenntnis, dass Ihnen jemand gesagt hat: „Die waren nicht nur vor dem Untertauchen ein, zwei Mal in Bayern, sondern die waren es auch danach“?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Binninger ist der Verteidiger! - Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzweifelt!)

- Nein, ich bin nicht der Verteidiger. Aber wir müssen ihm ja auch faire Fragen stellen, und wir dürfen ja nicht Erwartungen wecken, die mit der Rechtslage nichts zu tun haben. Gerade von Ihnen.

(Memet Kilic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine Antwort, keine Frage!)

- Nein. Ich will von ihm wissen, ob er nach 98 außer diesem Fahndungsaufruf der Thüringer noch mal etwas gehört hat über dieses Trio.

**Zeuge Edgar Hegler:** Ab 98 gab es keine Erkenntnisse mehr zu den Personen des Trios.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Dann habe ich keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sonst Kollegen aus der Unionsfraktion? - Auch nicht. Die SPD-Fraktion? - Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, ich habe noch eine Frage zu der ominösen Aktenvernichtung - das ist ja jetzt bei Ihren weiteren Antworten auch noch mal rausgekommen -, ich möchte dazu noch mal eine Frage stellen. Sie haben es ja auch mit Datenschutz begründet, dass diese Akteile offensichtlich vernichtet worden sind. Was mich doch sehr wundert, ist, dass Ihr Antwortbrief an die BAO „Bosporus“ mit der Übermittlung von 682 Namen, die wir sehr klar und deutlich in den Akten haben - - dass wir diese in den Akten finden, aber offensichtlich alles drumherum - wie es dazu gekommen ist, zu dieser Auswahl der Daten und der Übermittlung, auch Ihre Telefonate usw. - - das ist alles vernichtet worden. Ist das ein normaler Vorgang, dass Personendaten nicht vernichtet werden, aber alles drumherum wird vernichtet?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Telefonate, die geführt wurden mit der BAO „Bosporus“ usw: Da gab es Notizen über diese Telefonate; die haben wir eine Zeit lang aufgehoben. Und nachdem dieser Auftrag erledigt war, hat das für uns keine Rolle mehr gespielt. Und deswegen ist das nach ein paar Jahren vernichtet worden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber ich halte noch mal fest: Dieser Antwortbrief mit den Daten,

mit den Personendaten, 682 - - Weil Sie haben ja vorhin auch auf Datenschutz natürlich - - sind Sie zu sprechen gekommen und haben gesagt: Wir vernichten unsere Akten aus Gründen des Datenschutzes - was ja nachvollziehbar ist. Da wäre ich die Letzte, die das nicht versteht, ja. Aber es mutet etwas merkwürdig an, wenn man einen Aktenkomplex hat mit Telefonnotizen usw., und dann wird ein Teil vernichtet und ein Teil nicht. Aber das machen Sie häufiger so?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, sofern Personendaten übermittelt werden, müssen wir das ja schriftlich fixieren und festhalten. Und das haben wir in dem Fall gemacht - weil das wird ja auch überprüft immer vom Datenschutzbeauftragten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Hegler, nun habe ich noch nie beim Verfassungsschutz gearbeitet, und das kommt, glaube ich, in meiner beruflichen Laufbahn auch nicht mehr auf mich zu. Aber ich habe zehn Jahre in einem Bundesministerium gearbeitet. Ich kenne mich mittelmäßig mit Aktenführung aus - denke ich jedenfalls; wir haben das auch immer ordentlich gemacht -: Das ist zumindest eine sehr merkwürdige Aktenführung. Aber wir halten es jetzt so fest, dass das so ist, dass diese Gesprächsvermerke vernichtet worden sind. Denn auf der anderen Seite hat die BAO „Bosporus“ also wirklich jedes Telefonat dokumentiert. Wir haben umfangreiche Vermerke über alle Absprachen und auch detaillierte Auskunft. Und es wundert doch etwas, dass wir auf der Gegenseite, also auf Ihrer Seite, in den Akten dazu gar nichts haben. Aber danke; das reicht mir als Auskunft.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Kolbe.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Ich würde Ihnen gerne noch mal meinen Eindruck schildern: dass Sie ein Beamter sind, der sehr wohl und sehr gut einordnen kann, wann in diesem ganzen Zusammenhang was passiert ist, auch auf Nachfragen mit Jahreszahlen eigentlich immer agiert, aber bei der Frage, wann das LfV selbst in diesem Bereich tätig geworden ist, überhaupt nicht auch nur wirklich in der Lage ist, einzuordnen, wann das denn stattgefunden hat, also wann da die Idee aufkam, mal die eigenen Quellen zu befragen. Das hinterlässt bei mir

einen sehr eigentümlichen Eindruck, nämlich den, dass ich mir nicht ganz sicher bin, ob das wirklich in dem Umfang stattgefunden hat. Können Sie das nachvollziehen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Für mich war dieses Ermittlungsersuchen ein besonders einschneidender Punkt. Deswegen ist da die Erinnerung noch relativ gut da. Das andere war eine Abfrage, die wir in der Szene gemacht haben, wo kein positives Ergebnis da war. Von daher war das dann auch wieder relativ schnell weg.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hegler, ich habe auch noch zwei, drei Fragen. - Können Sie dem Ausschuss mitteilen, was Inhalt von Art. 14 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes ist?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, ich habe ihn dabei:

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt ...

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau. Das habe ich so auch gefunden. Das Landesamt darf Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn es unter anderem um Zwecke der öffentlichen Sicherheit geht. Bei einer Mordserie, der neun Menschen zum Opfer gefallen sind: Würden Sie dann sagen, dass die Kooperation mit der zuständigen Polizeibehörde, konkret der BAO „Bosporus“, zwingend geboten war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Kooperation mit der BAO „Bosporus“ war zwingend geboten. Räume ich Ihnen ein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich frage deshalb nach Art. 14 des Landesverfassungsschutzgesetzes, weil ich Sie gerne konfrontieren möchte und einen Vorhalt machen möchte aus den Akten. Das ist MAT A BY-4, ein Vermerk von Herrn Pfister. Den

hatten wir in der letzten Sitzungswoche über ein Telefonat mit Ihnen - - Das Telefonat hat sich demnach am 04.12.2006 ereignet. Das war ein gutes halbes Jahr, nachdem er das erste Mal auf Sie zugekommen war mit der Bitte, Daten aus Ihrem Bestand der BAO „Bosporus“ zur Verfügung zu stellen. Und ich will kurz aus diesem Vermerk ein halbes Jahr nach der ersten Anfrage von Herrn Pfister zitieren:

Herr Hegler führte aus, dass nach Erhebung der Daten Rücksprache mit der juristischen Abteilung im eigenen Hause genommen wurde, ob man das Ergebnis der BAO Bosporus übermitteln kann/darf.

Beim LfV kam man nach der Überprüfung zu dem Ergebnis, dass die Daten der Polizei nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen, da

- die Anfrage nicht konkret genug war

- eine Gefährdung von „Quellen“ nicht ausgeschlossen werden kann.

Herrn Hegler wurde deshalb nochmals der EZT-Ansatz ... vorgetragen, wobei auch der Hinweis gegeben wurde, dass die Anfrage aus hiesiger Sicht

- BAO „Bosporus“ -

„konkret“ und genau definiert sei.

Herr Hegler blieb trotz vorgebrachter Bedenken bei seiner ersten Aussage, dass die Anfrage nicht konkret genug sei.

...

Zum Abschluss des Gesprächs konnte Herrn Hegler das Einverständnis abgerungen werden, zumindest die Daten der beim LfV bekannten Skinheads mitzuteilen.

Wissen Sie, wenn ich das lese, habe ich den Eindruck, dass die BAO „Bosporus“ bei Ihnen regelrecht gebettelt haben muss, um Informationen zu erhalten, und dass das in einer für mich nicht nachvollziehbaren Art und Weise auf die lange Bank geschoben worden ist - zu einem Zeitpunkt, wo es bereits neun Tote zu beklagen gab.

Können Sie mir und uns hier sagen, ob Sie glauben, dass Sie von Ihrem Ermessensspielraum, was Auskunftserteilung gegenüber der BAO „Bosporus“ betrifft, in einem angemessenen Maße Gebrauch gemacht haben?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, dass wir von unserem Ermessen in angemessenem Maße Gebrauch gemacht haben. Und diese Feststellung in diesem Aktenvermerk ist meines Erachtens falsch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben dann letztendlich fast ein Dreivierteljahr nach der ersten Anfrage - das ist auch von Ihnen selber unterschrieben - am 27. Februar 2007 eine Liste mit über 600 Personen an die BAO „Bosporus“ übermittelt. Das ist korrekt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist korrekt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und zwar eine Liste mit Personen aus der rechten Szene, beschränkt auf die Postleitzahlengruppen mit den Anfangsziffern 90 bzw. 91.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ist auch korrekt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist korrekt.

(Der Vorsitzende hält Unterlagen hoch)

Das können Sie vielleicht von dort aus schlecht sehen. Der rechte markierte Fleck ist die Stadt Nürnberg; das ist 90. Westlich davon ist die 91. Das ist aber wirklich nur hart westlich von Nürnberg. Der ganze Ostbereich - wäre 92 gewesen - ist nicht erfasst worden. Warum hat man denn nicht auch die Postleitzahlen 92 mit hinzugezogen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Absprache, welche Postleitzahlenbereiche genommen werden sollen, ist erfolgt zwischen unserem Rechtsreferenten und, ich denke, der BAO „Bosporus“, speziell mit dem Herrn Pfister. Aber ich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Mit dem Rechtsreferenten? Der Rechtsreferent hat das - -

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, der hat das abgesprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist der denn in der Materie? Hat der irgendwie Ahnung von Rechtsextremismus? Oder nur von Recht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zusammen mit der EDV sollte der ein entsprechendes Programm - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber ich meine, das ist ja nicht mal der Großraum Nürnberg gewesen. Also, Nürnberg ist 90; der westliche Großraum von Nürnberg ist 91. Der östliche ist gar nicht erfasst worden; das wäre die 92 gewesen. Wissen Sie, was das für einen Eindruck macht? Das macht den Eindruck, dass das ziemlich erratisch und relativ willkürlich definiert worden ist.

Und wir haben Herrn Pfister hier im Ausschuss gehört. Er hat argumentiert, dass er sozusagen immer weitere Abstriche von dem gemacht hat, was er eigentlich an Daten haben wollte. Und das war dann offenkundig, ist mein Eindruck, der kleinste gemeinsame Nenner, zu sagen: Okay, Stadt Nürnberg und ein bisschen westlich von Nürnberg; östlich schon nicht mehr; das wären mehr Daten geworden als die 600, die man übermitteln wollte. - Finden Sie, das ist ein sachgerechtes Vorgehen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, in diese konkrete Absprache war ich nicht mehr mit eingebunden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Würden Sie sagen, das war sachgerecht, wenn Sie das jetzt so hören?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, soweit ich weiß, ist diese Absprache zusammen mit dem Herrn Pfister getroffen worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ob sie erfolgt ist oder nicht erfolgt ist - - Also, offenkundig ist sie ja erfolgt. Aber halten Sie das aus Ihrer fachlichen Bewertung für sachgerecht? - Also, man hat ja den Eindruck: Das, was ursprünglich gewollt war - es waren über 3 000 Datensätze -, war Ihnen zu viel - das hätte man auch anders bewerten können nach Art. 14 vor dem Hintergrund einer Mordserie mit neun Opfern -, und dass man am Ende gesagt hat: Stadt Nürnberg und westliches Umfeld, aber das östliche schon nicht mehr. - Herr Hegler, ganz ehrlich gesagt: Das macht nicht den Eindruck professioneller Arbeit, was da geleistet worden ist.

Ich will Sie abschließend was anderes fragen, weil ich glaube, das ist ganz interessant für die Bewertung, wie die Kooperation

eigentlich bei Ihnen so läuft in Bayern zwischen Verfassungsschutz und Polizei. Kennen Sie eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion aus dem Bayerischen Landtag?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich weiß nicht, welche Anfrage Sie meinen. Es gibt diverse.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist eine Anfrage, ich glaube, der Kollegin Tausendschön von den Grünen gewesen.

(Zuruf: Schön ist sie auch!)

- Es gibt ja in Bayern immerhin schöne Familiennamen; das will man ja gar nicht bestreiten. - Da geht es unter anderem um das Thema Auskunftserteilung. Jetzt muss ich mal kurz selber nachgucken. - Das ist also die Beantwortung durch das bayerische Innenministerium einer Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Tausendfreund. Tausendfreund heißt die; Tausendfreund. Da geht es unter anderem um die Soko „Bosporus“ und die Rolle des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Und da findet sich eine ganz interessante Frage, wie ich finde.

Da wird also von Frau Tausendfreund gefragt in Richtung bayerische Landesregierung:

War dem LfV bereits vor November 2011 bekannt, dass die rechtsextreme Band Gigi und die braunen Stadtmusikanten, die bereits nach dem Attentat auf den Leiter der Passauer Polizeidirektion, ... Mannichl, ...

- ein rechtsextremes Lied produziert hatte -

im Jahr 2010 das Hetzlied „Dönerkiller“ veröffentlicht hat?

Also: War dem Landesamt bekannt, dass diese rechtsradikale Gruppe

im Jahr 2010 das Hetzlied „Dönerkiller“ veröffentlicht hat?

Dann sagt die bayerische Landesregierung:

Die CD ..., auf dem [sic!] sich das ... Lied ... befindet, wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in ...

die

Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen. Dies wurde durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger ... vom 30.09.2010 be-

kannt gemacht und war zu diesem Zeitpunkt dem LfV bekannt.

Dann fragt Frau Tausendfreund:

Wurden diese Erkenntnisse

- also das Wissen um dieses Lied „Döner-Killer“, Herbst 2010 dem Landesamt für Verfassungsschutz bekannt -

an die SOKO Bosphorus weitergeleitet?

Und dann sagt die bayerische Landesregierung:

Nein. Aufgrund der oben beschriebenen Veröffentlichung im Bundesanzeiger wurde hierfür keine Veranlassung gesehen.

Herr Hegler, wenn Sie Ihre Rolle als Verfassungsschützer betrachten, auch bei der Frage: Kann ich einen Beitrag dazu leisten, dass der Kenntnisstand bei der Polizei, die sich bemüht um die Aufklärung einer sehr, sehr schlimmen Serie von schwersten Straftaten - - Wenn Sie da die Möglichkeit der Information haben, sehen Sie es nicht als Ihre Aufgabe, da selber proaktiv tätig zu werden und Informationen weiterzugeben, auch wenn Sie dazu nicht gerade aufgefordert worden sind? - Keine weiteren Fragen.

Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Daran anschließend: Wie verstehen Sie sich in der Zusammenarbeit mit der Polizei, insbesondere mit den Kollegen von der BAO „Bosphorus“? Sind Sie Dienstleister, der Anfragen und Aufträge wortgenau ausführt? Oder sind Sie tatsächlich Ermittlungspartner, der an Strategien mitarbeitet?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir sind Dienstleister, wenn es um konkrete Ermittlungsverfahren geht. Ansonsten sind wir eine Behörde, die im Vorgriff entsprechende Erkenntnisse übermittelt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die im was?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die im Vorgriff zu irgendwelchen Aktionen entsprechende Erkenntnisse übermittelt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten vorhin gesagt, wenn ich es richtig

verstanden habe, dass es eine Kontaktperson gab, die in Thüringen und Bayern nachrichtlich übermittelte. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das haben Sie nicht richtig verstanden. Es gibt immer wieder V-Leute, die in der Szene sind und natürlich mit der Szene in Veranstaltungen in anderen Bundesländern sind, auch in den anderen Bundesländern mit auftauchen und dann natürlich auch entsprechende Erkenntnisse liefern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also kein V-Mann - um es nur klarzustellen -, der in Thüringen und Bayern agierte?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und dann sagten Sie - -

**Zeuge Edgar Hegler:** Zumindest nicht in unserem Auftrag.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Dann sagten Sie, die Außenstelle wusste, dass Tino Brandt V-Mann war. Was ist denn die Außenstelle?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Außenstelle ist ein operativer Zweig, der Nordbayern bearbeitet.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ein kooperativer Zweig? Was heißt das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, ein operativer Zweig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Operativer Zweig.

**Zeuge Edgar Hegler:** Nachrichtenbeschaffung. Die Auswertung wird zentral in München gemacht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wo sitzt die?

**Zeuge Edgar Hegler:** In Nürnberg.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): In Nürnberg. - Aber Sie können nicht sagen - - Meinen Sie, dass sie das wussten, oder wis-

sen Sie, dass sie das wussten, mit Tino Brandt als V-Mann?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich weiß, dass sie das wussten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die Beschaffung und Auswertung bei Ihnen ist getrennt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, die Auswertung und Beschaffung ist bei uns organisatorisch zusammengelegt - mit dieser Besonderheit, dass für Nordbayern die Beschaffung im Bereich Rechtsextremismus und in anderen Bereichen hier ausgelagert ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Organisatorisch zusammengelegt. Heißt das auch, personell zusammengelegt? Ist der Beschaffer auch der Auswerter?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, personell gibt es die strikte Trennung. Der Beschaffer darf nicht gleichzeitig auswerten, um hier eine gewisse Kontrolle zu haben.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Was spricht dagegen, zu beschaffen und auszuwerten, außer dieser Kontrolle?

**Zeuge Edgar Hegler:** Zum einen hat der Auswerter diverse sonstige Erkenntnisse - spricht: Berichte aus anderen Bundesländern, polizeiliche Erkenntnisse -, die jetzt der Beschaffer nicht in diesem Umfang hat. Und um auch eine gewisse Kontrolle der beschafften Informationen zu haben, ist es sinnvoll, diese beiden Bereiche personell zu trennen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie, ob es Dienste bzw. Verfassungsschutzämter gibt, die das zusammengelegt haben, auch personell?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir nicht bekannt. Wäre auch, sage ich jetzt mal, artfremd.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Noch mal zu unserem Thema vorhin zurück - da war die Zeit dann zu Ende -, Ihrer Zusammenarbeit mit Thüringen: Also Sie sagen, es gibt die Zusammenarbeit mit Thüringen. Dann gibt es diverse Vorfälle, die, glaube ich,

tatsächlich auch insoweit erschreckend waren, weil sie in die Öffentlichkeit gekommen sind. Das waren unter anderem die - 2000/2001 - von mir zitierten Presseartikel, die ja wirklich ins Amt hineinführen. Und Sie sagen, es hat aufgrund dieser Presseartikel aber keine Änderungen in der Arbeit gegeben seitens Ihrer Behörde.

**Zeuge Edgar Hegler:** Zumindest mir nicht bekannt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also die Informationen wurden ausgetauscht so wie immer?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich weiß, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dann ist nach 2001 die Behördenleitung gewechselt - bzw. zu 2002. In Thüringen gab es einige Reformen innerhalb des Verfassungsschutzes. Auch da war die Arbeit weiterhin so wie vor 2001/2002 im Datenaustausch?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit ich weiß, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie von Verfassungsschutzämtern, die Vorbehalte hatten im Austausch mit Thüringen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Weiß ich jetzt konkret nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, wir haben einen Hinweis darauf in dem Gasser-Bericht, der darauf hinwies, dass es möglicherweise zu Vorbehalten anderer Verfassungsschutzämter kam.

**Zeuge Edgar Hegler:** Habe ich keine Kenntnis dazu; weiß ich nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und dann noch eine letzte - - Moment; das habe ich mir hier abgespeichert, damit ich es auch richtig vorlese. - Im Schäfer-Bericht heißt es nämlich - - Wenn man es braucht, hat man es nicht. - Im Schäfer-Bericht heißt es - ich muss es aus dem Kopf machen - auf Seite 203 - das habe ich mir aufgeschrieben -, dass es in Thüringen Vorbehalte gegenüber dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gab und deshalb möglicherweise nicht sehr viel - - oder deshalb der

Informationsaustausch nicht gewährleistet war, der vollständige. Haben Sie da Erkenntnisse?

**Zeuge Edgar Hegler:** Habe ich keine Erkenntnisse. Wie ich vorher erwähnt habe: Die Lichtbildvorlage, da hatten die Thüringer noch diese Erkenntnis, die bei uns nicht mehr vorhanden war.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich meine, ich rede aber jetzt zu dem Zeitpunkt während der Verfahren - nicht im Nachhinein, sondern während der Verfahren.

**Zeuge Edgar Hegler:** Weiß ich nicht, dass es Vorbehalte gegeben hätte. Also, mir ist jetzt nichts bekannt konkret.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann wechselt das Fragerecht zur Linksfraktion. Herr Petermann.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Von mir zunächst noch eine Frage: Herr Hegler, die Freistaaten Sachsen und Thüringen beginnen ungefähr in 150 Kilometer Entfernung von den Tatorten in Nürnberg. Die Stadt Zwickau liegt ungefähr anderthalb Autostunden von den Tatorten entfernt. Das ist, denke ich mal, bekannt. Und das sollte man bei seinen Recherchen auch zugrunde legen. Wenn nun in Thüringen Neonazis mit Bundeswehresprengstoff hantieren - das ist jedenfalls bekannt geworden - und ein Terrortrio in Garagen Bomben bastelt und deswegen steckbrieflich mit BKA-Fahndungsplakat gesucht wird, wenn dieses Terrortrio also abgetaucht ist: Sollte das nicht eine Rolle spielen bei Überlegungen, die Sie ja selber angestellt haben, dass nach dem zweiten Mord möglicherweise auch ein rechtsextremistischer Hintergrund besteht? Sollte das nicht eine Rolle spielen bei den Überlegungen, ob man auch woanders nach diesen Straftätern sucht? Gehört es nicht zum Selbstverständnis, quasi zum Handwerk, eines Verfassungsschützers, die Antennen so weit draußen zu haben, dass einem so was nicht durchrutscht? Müsste nicht das Netz so engmaschig sein, dass man derartige Vorgänge bei den Ermittlungen mit einbezieht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, wir waren im Rahmen dieses strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens nicht Ermittlungsbehörde. Wir wussten nicht, in welche Richtung bei der BAO „Bosporus“ ermittelt wird. Wir hatten keine Erkenntnis über deren konkreten Ermittlungsstand. Von daher sahen wir keine Veranlassung, in anderen Bundesländern irgendwelche Aktivitäten zu tätigen.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Dann frage ich noch mal nach. Gehört es nicht zum Selbstverständnis eines Verfassungsschützers, die Neonaziszene auch in angrenzenden Bundesländern zu beurteilen und zu beobachten, insbesondere, ich sage mal, auf dem Schirm zu haben, dass dort ein Bombenbauertrio abgetaucht ist? Ist das nicht irgendwo verankert, wenn man Überlegungen anstellt in diese Richtung?

**Zeuge Edgar Hegler:** Soweit es konkrete Erkenntnisse mit Bezug dann zu Bayern gibt, wird es näher betrachtet, ansonsten nein.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Dann möchte ich wieder an unser Gespräch vorhin anknüpfen. Erst mal noch eine Verständnisfrage, weil die Zeit rum war: Habe ich es vorhin richtig verstanden, dass Sie die Dokumentation des Bundesamtes für Verfassungsschutz, über die wir vorhin gesprochen haben, nicht an die BAO „Bosporus“ übermittelt haben, weil sie sie erstens nicht angefordert haben, und zweitens dass Sie auch heute noch meinen, dass das kein Fehler war, dass nicht das Landesamt selbst initiativ geworden ist und das mitgeliefert hat?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Kurze, klare Antwort. - Dann eine andere Frage: Ich kann mir auch nach der Befragung heute hier eine Sache überhaupt nicht erklären. Die Akten sagen uns, dass alle Anfragen der BAO „Bosporus“, aber auch der Vorgänger zu den Opfern, zu ihrem persönlichen Umfeld, zum Abklären von milieubedingten Straftaten, was immer das in diesem Zusammenhang dann auch ist, zügig auch durch Ihr Haus beantwortet wurden, dass hier also offensichtlich entweder der Rechtsreferent, der das beraten hat, keine datenschutzrechtlichen Bedenken hatte in Bezug auf diese Übermittlung oder aber vielleicht jemand anders zu-

ständig war - weiß ich nicht -, während die Anfrage der BAO „Bosporus“ zum Themenfeld Rechtsextremismus erstens sehr, sehr lange in Ihrem Haus gelegen hat, zweitens ja offensichtlich sehr lange mit diesem Rechtsreferenten verhandelt wurde, was man überhaupt nach Gesetzeslage und unter Berücksichtigung aller schutzwürdigen Interessen herausrücken kann. Können Sie mir eine Erklärung liefern für diese Diskrepanz?

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Anfragen in den anderen Bereichen betrafen jeweils konkrete Einzelpersonenabfragen. Im Fall Rechtsextremismus war es eine Unmenge von Daten, die abgefragt wurden, und die Einbeziehung des Rechtsreferenten und die Erfüllung letztendlich des schriftlichen Ermittlungersuchens, das waren knapp zwei Monate mit umfangreichen Recherchen der EDV und einem entsprechenden eigenständigen Programm, dass diese Daten erhoben werden konnten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann kommen wir jetzt mal wieder zurück zu Ihrem Spezialfeld, nämlich dem Thema Rechtsextremismus. Ich wüsste gerne, welche Schlussfolgerungen Sie und natürlich auch das Landesamt insgesamt aus den Waffenfunden bei bayerischen Neonazis am 28. November 2006 - zu dieser Zeit wartete die BAO „Bosporus“ ja noch auf Auskünfte nicht nur zu Personen, sondern zum Rechtsextremismus überhaupt - gezogen haben, als bei einer Razzia bei vier Neonazis in Rosenheim und Umgebung 55 Kurz- und Langfeuerwaffen, darunter Maschinengewehre, gefunden wurden. Also, es stellt sich mir einfach die Frage: Welche Schlussfolgerungen haben Sie aus diesen Waffenfunden gezogen, auch mit Blick auf die Strategien von Neonazis? Die wollen ja sicherlich etwas damit anfangen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Waffenfunde in Rosenheim, da gab es - - Ich kann mich zwar vage an diesen Fall erinnern. Aber - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, ich kann es auch einfacher machen. Wenn ein solcher Waffenfund vorkommt, was würden Sie als Fachmann, der jetzt eins und eins zusammenzählt - also die Neonazis, diese Waffen und die ja damit wahrscheinlich verbundenen Straftaten zur Beschaffung dieser Waffen -, dann daraus schlussfolgern: Was haben die

damit vor, und was planen die eigentlich? Also, zu dieser Zeit ist ja nicht nur in Rosenheim dieser Waffenfund gemacht worden, sondern wir haben bundesweit - die IMK hat sich sogar damit beschäftigt - Waffenfunde bei Neonazis.

**Zeuge Edgar Hegler:** Es ist ja generell so, dass Neonazis eine gewisse Affinität zu Waffen haben - und natürlich zum Teil auch Waffen sammeln, um diese Waffen für den Kampf zu nutzen. Deswegen geben wir ja Erkenntnisse, wenn wir sie bekommen, im Hinblick auf legale oder illegale Waffen an die entsprechenden Ermittlungsbehörden weiter, damit hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden können.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, das hoffe ich, dass da Maßnahmen durchgeführt werden, damit diese Waffen nicht zum Einsatz kommen. - Aber Sie ermitteln ja nicht, sondern Sie denken ja darüber nach, wenn Sie etwas beobachten, welche Gefährdungen für die Verfassung und die Verfasstheit des Landes und natürlich auch für Leib und Leben davon ausgehen. Und deswegen würde mich noch mal interessieren: Welchen Schluss zieht man denn aus einer solchen Entwicklung, wenn das dann auch noch massiv sich bundesweit so entwickelt? Und welche - - Oder anders: Ich meine, wir hören heute noch den damaligen Innenminister. Sie müssen ja in irgendeiner Weise auch den Innenminister unterrichten und ihn vielleicht auch darauf hinweisen, welche Gefährdungen hier sind und welche Strategien dort diskutiert werden, sodass dann Maßnahmen ergriffen werden können von den Zuständigen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wenn verstärkt Waffen in der rechtsextremistischen Szene festgestellt werden, dann ergibt sich natürlich eine andere Bewertung im Hinblick auf Gefährdungspotenzial.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, welche? Können Sie mal versuchen, uns das zu erklären?

**Zeuge Edgar Hegler:** Dass sich entweder die Szene stärker zur Militanz entwickelt oder dass man damit rechnen muss, dass es hier entsprechende - entweder terroristische oder sonstige gewalttätige - Straftaten geben kann.



**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Und wenn man zu einer solchen Einschätzung kommt - und damit bin ich wieder bei meiner Frage von vorhin -, wäre es dann nicht eigentlich sinnvoll, wenn die Öffentlichkeit einmal im Jahr mit der Vorlage eines Verfassungsschutzberichtes informiert wird, in welchen Bereichen sich Gefährdungen irgendwo entwickeln könnten, dann auch auf diese Dinge aufmerksam zu machen? Und das wäre ja dann spätestens der Zeitpunkt, dass Sie dem bayrischen Innenminister bei der Zuarbeit zu diesem Verfassungsschutzbericht genau diese Schlussfolgerung irgendwie mitteilen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Die Fakten werden ja auch immer in den Jahresberichten dargestellt, und eine entsprechende Schlussfolgerung ist ja dann auch in den Jahresberichten drin.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Genau diese rechtsterroristische Gefahr fanden wir ja dort nicht oder sogar verneint. - Ich sehe, meine Zeit ist um, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Schade eigentlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vorläufig, Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das ist gut so.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich bitte, auch noch daran zu denken, dass wir um 12.30 Uhr Herrn Köhler hören werden. - Das Fragerecht geht zu den Grünen. Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will noch mal anschließen an Fragen des Kollegen und auch an meine Fragen vorhin. Ich versuche es mal von der anderen Seite. Sie haben auf die Frage des Kollegen gesagt, Sie wussten ja nicht, in welche Richtung die BAO jeweils ermittelte. Das mag ja für weite Teile stimmen. Aber 2006 hat man sich ja an Sie gewandt mit dem ausdrücklichen Ziel, in eine bestimmte Richtung zu ermitteln. Da wussten Sie: Die BAO ermittelt in Richtung rechtsextreme Szene. Ihnen wurden Informationen gegeben - Sie können sagen: „Das stimmt

nicht“; ist aber nach unseren Akten so -, unter anderem auch, dass es sich um Personen handeln müsse, über die Vorerkenntnisse in Sachen Waffen oder Sprengstoff vorliegen. Ist das auch Ihre Erinnerung?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ja, es ging in Richtung Einzeltäter oder eventuell kleine Gruppe, die für eine derartige Tat infrage käme.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Und mir ist wichtig: Vorerkenntnisse bezüglich Waffen- oder Sprengstoffdelikten. So steht das von Herrn Pfister in der Akte.

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese Thematik ist ja bei diesem einen Gespräch zwischen unserer Außenstelle und der BAO „Bosporus“ behandelt worden, ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wussten Sie das auch, dass es um solche Personen geht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Mir wurde berichtet, dass es hier dieses Treffen mit der BAO „Bosporus“ gegeben hat, ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und dann haben Sie im nächsten Jahr diese Liste geliefert, diese 682 Personen, wo Sie zu den einzelnen Personen lediglich das Geburtsdatum mitgeteilt haben, woraus sich ja nicht unbedingt eine rechtsextreme Tätigkeit oder Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Szene ergibt. Darüber hinausgehend haben Sie zu den einzelnen Personen ja nichts mitgeteilt. Stimmt das?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das stimmt so - wobei wir auch zu diesem Zeitpunkt keine Anhaltspunkte bekommen haben und auch keine Hinweise, trotz Nachfragen, was mit diesen Daten passieren soll.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber die ermitteln jetzt - das wussten Sie - wegen schrecklicher Straftaten, möglicherweise zukünftiger Straftaten, ähnlich oder genauso schrecklich, gegen Personen. Und Sie sollten jetzt versuchen, aus Ihren Erkenntnissen über die rechtsextreme Szene Leute rauszufinden.

Wäre es da nicht naheliegend, dass Sie zu den 682 Personen vielleicht nicht jeweils eine Akte liefern, aber mindestens mal ein paar Stichworte, worin die in Erscheinung getreten sind oder warum die in der Liste drinstehen? Sind Sie auf die Idee nicht gekommen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Diese umfangreiche Datenübermittlung haben wir als rechtlich nicht zulässig gesehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also mehr als die Namen und Geburtsdatum und Wohnung, meinten Sie, dürfen Sie nicht mitteilen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Auf konkrete Nachfragen und Einzelanfragen hätten wir die entsprechenden Erkenntnisse übermittelt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt habe ich Sie ja vorhin nach etwas ganz anderem gefragt. Ich bin darauf gekommen, weil Sie gesagt haben: Wir haben ja auch anhand unserer eigenen Unterlagen Ermittlungen angestellt. Sie haben vorhin gesagt, Sie haben in die Szene reingehört: „Gibt es da irgendwelche Gerüchte, irgendwelche Erklärungen dazu?“, und da war nichts. Und Sie haben auch Ihre eigenen Unterlagen durchgesehen. Hätte es für Sie nicht nahegelegen, als Sie wussten, dass die Kollegen von der Polizei in Richtung rechtsextreme Szene in Bayern ermitteln, dass sie da ein Profil haben, nach dem sie vorgehen, Ihre eigenen Akten als Allererstes aus den Jahren 95 bis 2006 - darauf bezog sich ja dieses Ersuchen - durchzusehen: Was haben wir eigentlich - wir, jetzt gar nicht mal Bundesamt und andere Landesämter, sondern wir - konkret über Rechtsextreme in dieser Zeit, auf die einige dieser Merkmale, die uns da im Profil mitgeteilt worden sind, zutreffen? - Haben Sie das gemacht? Sind Sie auf die Idee gekommen, mal selber Ihre eigenen Unterlagen durchzugehen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Das haben wir nicht gemacht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre vielleicht eine Arbeit von einem Nachmittag gewesen - soweit die uns jetzt vorliegen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben das nicht gemacht. Wir haben allerdings im Vorgriff einige Personen, wo wir uns haben vorstellen können, dass die für derartige Taten eventuell in Betracht kämen, ohne dass wir jetzt auch nur vage Hinweise hatten, ja der BAO „Bosporus“ benannt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wenn Sie auf die Idee gekommen wären, Ihre eigenen Akten von den Jahren 1995 bis 2006 mal durchzugehen - welche Personen sind da in unserem Raum in Erscheinung getreten auf solchen Veranstaltungen, die ich vorhin angesprochen habe? -, wenn Sie einfach mal die Namensliste durchgegangen wären und geguckt hätten - und dann noch mit der Erkenntnis: Da gab es drei aus dem Jahr 98, die gesucht wurden, über die Sie sogar Fotos bekommen hatten, um festzustellen, ob Sie über die irgendwelche Erkenntnisse haben -, dann wären Sie eigentlich auf die drei gekommen. Die kannten Sie ja mit Namen. Die kamen in Ihren Listen vor, von 95 bis 97 immer wieder auf Veranstaltungen in Bayern. Das heißt, sie hatten auch das notwendige Ortswissen, oder: Ein Teil konnte es haben.

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, diese Personen waren sicher 2006 bei uns nicht mehr gespeichert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren nicht -- Ich habe hier eine Akte. Haben die anderen, glaube ich, auch. Es ist hier für diesen Untersuchungsausschuss eine dicke Akte zusammengestellt worden, in der sich Namenslisten finden, wo unter anderem die drei Namen auch immer wieder vorkommen, von Veranstaltungen in Nürnberg, in Franken, in Bayern.

**Zeuge Edgar Hegler:** Dass sie in den Papierakten noch vorhanden sind, das mag sein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

**Zeuge Edgar Hegler:** Aber sie waren im elektronischen Datensystem nicht mehr gespeichert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und zum Papieraktendurchsehen hatten Sie keine Zeit, oder wie?

**Zeuge Edgar Hegler:** Es ist so: Wenn wir Daten löschen, also wenn die Datenaufbewahrungsfrist abgelaufen ist, dann werden die Daten in unserem elektronischen Datensystem gelöscht. Und um diese Arbeit nicht zu haben, dann in den Papierakten diese Namen auch löschen zu müssen, bleiben die Papierakten weiterhin bestehen, solange aus dieser Papierakte eine Person noch gespeichert ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir haben ja die Namenslisten. Die sind ja bis heute offenbar vorhanden.

**Zeuge Edgar Hegler:** Schon. Aber aufgrund der elektronisch vorhandenen - noch zugelassenen - Speicherung wären wir auf diese Namen nur dann gekommen, wenn wir alle Papierakten durchgesehen hätten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Haben Sie nicht gemacht?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also die Listen, die Sie jetzt dem Ausschuss überreicht haben, sind Sie damals nicht mal durchgegangen? Veranstaltungen, Events, Treffen, Gründungsveranstaltungen vom „Fränkischen Heimat-schutz“: Gucken wir, wer dabei war. - Da wären Sie auf die gekommen.

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben ja damals überhaupt keinen Ansatzpunkt für derartige Dinge gehabt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Sie sollten in der rechtsextremen Szene feststellen, wer dafür infrage kommen könnte. - Haben Sie nicht gemacht.

**Zeuge Edgar H.:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, vielleicht säßen wir dann jetzt nicht hier.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, Sie sind am Ende der Redezeit der Grünen. - Wir hätten jetzt die nächste Berliner Runde. Ich darf fragen, ob die Union noch Fragen hat.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Ich habe noch eine Frage!)

- Eine Frage. Herr Binninger.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich will bei dem anknüpfen, was Kollege Ströbele jetzt von Ihnen verlangt hat, und das etwas präzisieren auf eine Fragestellung hin, die vielleicht leistbar gewesen wäre. Wir müssen ja bei allem auch immer in Betracht ziehen, was für Sie anhand der Löschfristen möglich ist. Es gibt neben den Papierakten ja auch andere Informationssysteme im Verfassungsschutzverbund, zum Beispiel NADIS. Jetzt einfach meine Frage an Sie, mal losgelöst vom Ankerpunkt Nürnberg und was auch immer: Hätte es technisch eine Möglichkeit gegeben, im gesamten Verfassungsschutzverbund alle 17 Ämter einfach abzufragen, welche amtsbekannten, gespeicherten Neonazis mit Schusswaffen- oder Sprengstoffdelikten in Erscheinung getreten sind? Gibt es diese Recherchemöglichkeit?

Und zweite Frage, wenn das gegangen wäre: Haben Sie ein Gespür dafür, wie viele Personen das System dann dabei als Treffer deutschlandweit hergibt?

**Zeuge Edgar Hegler:** Also, diese Suchmöglichkeit gibt es nicht. NADIS ist eine reine Fundstellendatei.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das heißt, Sie brauchen immer einen Namen? Sie können nicht nach straffälligen Eigenschaften wie Waffe, Sprengstoff suchen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Nein, ich kann in NADIS nicht recherchieren, sondern wenn ich eine Person habe oder - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das heißt, Sie müssen wissen, nach wem Sie suchen?

**Zeuge Edgar Hegler:** Genau.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Das war ja aber hier das Problem. Leider, tragischerweise wusste man nicht, nach wem man sucht. Man kannte aber die Eigenschaften, nämlich Personen mit fremdenfeindlicher Motivation, die mit Waffen und Sprengstoff - zumindest mit Waffen; das ist ja hier offensichtlich durch die Taten - zu tun hatten. Und diese Suchmöglichkeit, die eigentlich naheliegt, zu sagen: „Kann ich meinen gesamten gespeicherten Personenbestand nach dieser Eigenschaft durchforschen, um all die Personen herauszubekommen?“, die gibt es nicht in NADIS und auch in keiner anderen Datei?

**Zeuge Edgar Hegler:** Korrekt. Diese Suchmöglichkeit gibt es nicht. Die wurde immer wieder gefordert im Hinblick auf NADIS-neu, wird aber nicht kommen, soweit ich jetzt weiß.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Aber sie wäre doch mehr als sinnvoll.

**Zeuge Edgar Hegler:** Das ohne Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Die SPD-Fraktion hat auch noch eine Frage. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja, ich habe auch noch eine abschließende Frage. - Herr Hegler, haben Sie seit November 2011 aus diesem Desaster, das sich heute hier darstellt, eine Schlussfolgerung für Ihre Arbeit in Ihrer Abteilung Rechtsextremismus gezogen? Haben Sie schon irgendwas bei Ihrer Arbeit verändert?

**Zeuge Edgar Hegler:** Wir haben eine organisatorische Änderung vorgenommen. Wir haben auch zusätzliches Personal für unseren Bereich bekommen. Wir werden noch stärker fallbezogen und personenbezogen versuchen die Szene aufzuklären.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Darf ich noch eine Frage stellen? - Ziehen Sie aus diesem Hin und Her, das sich uns hier darstellt, zusätzlich auch eine Lehre für die Kooperation mit anderen Behörden?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich denke, wenn ein ähnlicher Fall kommen würde, würde man versuchen, das auf die Bundesebene zu

bekommen, damit man hier noch einen intensiveren Austausch hat, auch wenn es zunächst nicht so aussieht, als wenn ein anderes Land tangiert sein könnte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich die FDP-Fraktion fragen, ob sie Fragen hat. - Das ist nicht der Fall. Linksfraktion? - Frau Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ich habe noch zwei Fachfragen. - Können Sie sich erinnern, dass Sie mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gemeinsam die sogenannte Operation „Rennsteig“ bearbeitet haben? Können Sie uns erstens noch mal erklären, was das war, was da seit 1995 stattfand, aus Ihrer Erinnerung

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): 97!)

- oder 97; Entschuldigung -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): 20.03.!)

- herzlichen Dank -, und wann das Ganze zu Ende gegangen ist und was das Ergebnis Ihrer Analyse war?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ich kenne diese Operation „Rennsteig“ auch nur aus den Akten. Ich selber war damals nicht tangiert, weil ich in einem anderen Bereich tätig war. Es ging wohl um diese grenzüberschreitenden Verbindungen von Rechtsextremisten zwischen Thüringen, Bayern und auch Soldaten, weil der MAD mit eingebunden war. Recht viel mehr kann ich Ihnen dazu leider auch nicht sagen.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Und noch eine zweite Frage: Ist Ihnen bekannt geworden, dass es Nachfragen des Landesamtes Sachsen zum Verbleib und auch zu Aktivitäten von Mandy Struck in Bayern gab? Und gab es da einen Informationsaustausch - aus welchem Anlass? - und eine Zusammenarbeit?

**Zeuge Edgar Hegler:** Ist mir nicht bekannt. Wenn es eine derartige Anfrage gegeben hätte, hätten wir die auch beantworten können, weil die Struck damals bei uns gespeichert war.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Grünen-Fraktion noch Fragen?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, möchten Sie nicht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach so. Sie verwirren mich. Das ist ja kaum zu glauben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss ja nicht, oder?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann stelle ich fest, dass es keinen weiteren Bedarf gibt, was Fragen an den Zeugen betrifft. - Herr Hegler, dann herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, der Entwurf des Protokolls geht Ihnen dann zu, wenn er erstellt worden ist, und Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturbedarf geltend zu machen. Dann so weit herzlichen Dank, auch dafür, dass Sie dreimal uns besucht haben. Jetzt haben wir es ja geschafft - vorläufig jedenfalls. Danke schön.

Ich glaube, wir brauchen jetzt keine Beratungssitzung, weil wir gerade auf Zuruf zwischen den Obleuten eigentlich geklärt haben, dass alle einverstanden sind, dass wir bei dem Fahrplan, der verabredet worden ist, bleiben, das heißt, um 12.30 Uhr, jetzt gleich, Herrn Köhler hören, um 14 Uhr Herrn Beckstein und dann Herrn Dr. Weber, damit wir ihn nicht wieder nach Bayern schicken und neu holen müssen, wir nach der Vernehmung von Ex-Minister Beckstein hier also Herrn Weber hören. Sind Sie damit einverstanden? - Dann wird Herr Weber entsprechend informiert, dass er sich bitte bereithält, am späteren Nachmittag oder am frühen Abend zur Verfügung zu stehen.

Dann machen wir mal fünf Minuten Pause und setzen die Sitzung um 12.35 Uhr mit Herrn Köhler fort.

(Unterbrechung von  
12.30 bis 12.50 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen die öffentliche Sitzung fort. Ich begrüße als Zeugen Herrn Kriminaldirektor Lothar Köhler.

**Vernehmung des Zeugen  
Lothar Köhler**

Herr Köhler, es ist Ihnen bekannt, dass es eine Tonbandaufnahme gibt vom Ausschuss zur Vorbereitung und Unterstützung des stenografischen Protokolls. Die wird dann - auch das wissen Sie - gelöscht, wenn das Protokoll erstellt ist. Die Vorabfassung des Protokolls wird Ihnen übermittelt mit der Möglichkeit, Korrekturwünsche geltend zu machen. Das sollte oder muss dann innerhalb von zwei Wochen erfolgen.

Ich stelle fest, dass eine Aussagegenehmigung, was Ihre Einvernahme betrifft, vorliegt, und zwar ist die ausgestellt durch das Bayerische Landeskriminalamt mit Datum vom 18. Mai 2012.

Wenn Sie bis hierhin keine Fragen haben, würde ich jetzt zu Ihrer Zeugenbelehrung übergehen, wenn Sie einverstanden sind.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist. Herr Köhler.

**Zeuge Lothar Köhler:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Lothar Köhler. Ich bin 50 Jahre alt, Kriminalbeamter beim Bayerischen Landeskriminalamt. Die Anschrift, die verwendet wurde, ist nach wie vor zutreffend.

Zu meiner Funktion im Innenministerium möchte ich kurz anführen, dass ich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Einen Moment noch; da darf ich kurz reingrätschen. Falls Sie es wünschen, haben Sie nach dem Untersuchungsausschussgesetz die Möglichkeit, vor der Befragung durch den Ausschuss sich kurz zum Sachverhalt zu äußern oder auch länger, wie Sie möchten.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich würde mich gerne zu meiner Funktion, die ich während meiner Tätigkeit im Innenministerium innehatte, äußern und dann gerne für Fragen zur Verfügung stehen. - Ich war von Juli 2000 bis Januar 2011 als Referent im Bayerischen Staatsministerium des Innern tätig, dort im Fachbereich E 3/Verbrechensbekämpfung. Der Fachbereich E 3 ist einer von vier Fachbereichen im Sachgebiet I C 5/Einsatz der Polizei, und das Sachgebiet I C 5 wiederum gehört zur Abteilung I C/Öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Ich war bis Ende April 2006 maximal punktuell - vielleicht im Vertretungsfall mal - in der Sache „Bosporus“ befasst. Und ab Ende April 2006 habe ich dann zur Entlastung des seit 2000 im September bis dahin tätigen Sachbearbeiters koordinierende und unterstützende Aufgaben im Fachbereich wahrgenommen. Das waren in erster Linie die Beschaffung von Informationen, die Aufbereitung von Informationen zur hausinternen Verwendung, die Vorbereitung von Be-

sprechungen oder die Umsetzung von Entscheidungen, die im Hause gefallen sind. Ich hatte in meiner Funktion auf der strategisch-politischen Ebene des Innenministeriums in dieser Mordserie zu keinem Zeitpunkt eigene Entscheidungskompetenzen, sondern habe quasi Unterstützungs- und Koordinierungsaufgaben wahrgenommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank für die einleitenden Bemerkungen. - Bis wann einschließlich waren Sie denn mit der Thematik befasst?

**Zeuge Lothar Köhler:** Von Ende April 2006 bis zu meinem Weggang im Januar 2011, wobei hier ja nicht eine permanente Befassung mit der Sache vorlag, sondern immer nur dann, wenn es vonseiten des Innenministeriums oder eben in unserem Fachbereich Aufgaben gab, die zu bewältigen waren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nun ist ja der Grund dafür, dass wir Sie heute hier als Zeugen eingeladen haben, dass bei der Befragung von Herrn Geier dieser uns hier einen handschriftlichen Vermerk aus dem Jahre 2006 präsentierte, wo es um die Frage ging, wie man im Bereich der Öffentlichkeit mit der sogenannten Einzeltätertheorie umgehen sollte. Können Sie uns kurz darstellen, inwiefern Sie mit diesem Vorgang konkret befasst gewesen sind und welche Stellung Sie auch gegenüber dem Innenminister hatten?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich habe die Akten aus der Abteilung I C danach gesichtet, ob es von mir ein Gegenstück zu diesem Vermerk von Herrn Geier gibt. Ich habe keins gefunden. Ich kann mir aus der Nachbetrachtung und anhand des Studiums der Akten die ganze Sache so erklären, dass ja bekannt war im Fachbereich und im Sachgebiet, dass am 9. Mai eine neue Fallanalyse der Operativen Fallanalyse in München vorgenommen worden ist. Es gab dann am 18. Mai eine Anfrage unseres Ministers Dr. Beckstein ins Sachgebiet, ob denn bei diesen neuerlichen Taten, bei den Mordtaten, Fremdenfeindlichkeit das Motiv sein könnte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war 2006 erst?

**Zeuge Lothar Köhler:** 2006, im Mai. Am 18. Mai ging das im Sachgebiet ein, soweit ich das aus den Akten noch nachvollziehen konnte. Und am 23. Mai ist dann diese Anfrage zunächst vorläufig beantwortet worden an das Ministerbüro damit, dass es eine neue Fallanalyse gibt und dass das auch Gegenstand dieser Fallanalyse sei.

Ebenfalls am 23. Mai wurde das PP Mittelfranken, also das Polizeipräsidium Mittelfranken, von uns beauftragt, einen Bericht zu übermitteln, mit einem aktuellen Organigramm, mit einem Bericht über ein Gespräch mit Professor Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut in Niedersachsen, und eben auch zu der Einschätzung und Bewertung der neuerlichen Operativen Fallanalyse.

Zu dieser Anforderung vom 23. Mai hat dann der Herr Geier in seiner Funktion als BAO-Leiter am 30. Mai eine Führungsinformation, einen Bericht, übermittelt. Und in dieser Information war auch die Aussage enthalten, dass der Täter oder die Täter auch vor dem Hintergrund eines Motivbündels gehandelt haben könnten, dass hier möglicherweise auch fremdenfeindliche Motive hinter dieser Tat stecken könnten, dass es sich bei dieser These allerdings um eine Arbeitshypothese handelt, die noch näher sozusagen hinterfragt werden würde - man würde aus den Ermittlungen sehen, ob es Kriterien, weitere Kriterien gibt, die diese These unterstützen oder eben auch infrage stellen -, und dass man sich auch bereits geeinigt hätte, eine neuerliche Fallanalyse durchzuführen, um diese zweite Analyse der Operativen Fallanalyse in München noch einmal zu überprüfen. In diesem Vermerk war auch der Hinweis darauf enthalten, dass das Öffentlichwerden eines möglichen fremdenfeindlichen Motivs in der Öffentlichkeit, insbesondere in der türkischen und türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe, unter Umständen Unruhe auslösen könnte und dass insoweit man dieser Aussage eine gewisse Brisanz zumisst.

Ich habe dann am 13. Juni einen Vermerk an die politische Spitze des Hauses erstellt. Es sollte eine Rücksprache stattfinden. Und in diesen Vermerk habe ich dann diese Aussagen, auch was eine mögliche Brisanz dieser Veröffentlichung eines möglichen fremdenfeindlichen Motivs angeht, hinein übernommen. Und dieser Vermerk war dann Gegenstand einer Rücksprache bei Minister Dr. Beckstein, damals zusammen mit mei-

nem Abteilungsleiter und meinem Sachgebietsleiter. Diese Rücksprache hat am 14. Juni stattgefunden. Und soweit ich - auch aus den Akten - habe nachvollziehen können, gab es zwei schriftliche Rückmeldungen aus dieser Besprechung. Die eine besagte, dass Minister Dr. Beckstein mit dem türkischen Innenminister Kontakt aufnehmen wollte, um über den Fall zu sprechen, und dass für Mitte Juli eine Rücksprache angesetzt werden sollte, auch zusammen mit der BAO „Bosporus“ und einem Vertreter des PP Mittelfranken und auch vom Polizeipräsidium München.

Einen weiteren Hinweis auf das Ergebnis dieser Rücksprache habe ich darin gefunden, dass mein Sachgebietsleiter mir in einer Besprechung gesagt hat, dieser Vermerk vom 13. Juni müsse nicht mehr schriftlich an die Hausspitze weitergesteuert werden, weil Inhalte dieses Vermerks Gegenstand dieser Rücksprache gewesen wären.

Ich kann jetzt nur mutmaßen - entsprechend den handschriftlichen Aufzeichnungen von Herrn Geier -, dass ich offenbar dann am 20. mit ihm über dieses Ergebnis telefoniert habe und auch in Aussicht gestellt habe, dass Mitte Juli eine größere Rücksprache stattfinden soll, dass hier noch entsprechende Unterlagen vonnöten sein sollen. Ob ich dem Herrn Geier, so wie er das aufgeschrieben hat, gesagt habe, dass der Minister hier Bedenken hätte wegen dieser Veröffentlichungen aus Gründen „Ängste seitens der türkischen oder türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe“, das kann ich heute beim besten Willen nicht mehr sagen. Ich weiß nicht, was der Herr Geier sozusagen aus welchen Gründen auf seinem Blatt notiert hat. Also, ich selbst kann mich nicht erinnern. Ich werde sicher gesagt haben, dass diese Äußerung mit in dem Vermerk an die Spitze enthalten war und dass das auch Gegenstand der Rücksprache am 14. war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will den Punkt gerne verlassen, weil ich davon ausgehe, dass die Kollegen dazu noch Fragen stellen werden. - Sie haben gesagt, Sie waren ab 2006 mit der Materie befasst.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie über den Sachverhalt mit dem Minister selber mehrfach gesprochen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich habe mit dem Minister Dr. Beckstein in der Sache persönlich überhaupt nicht gesprochen. Ich kann mich dann nur noch daran erinnern, dass am 3. August eine größere Rücksprache stattgefunden hat - eben nicht Mitte Juli, wie ursprünglich ins Auge gefasst, sondern am 3. August - und dass ich bei dieser Rücksprache damals dabei war. Aber in der Sache selbst habe ich mit Minister Dr. Beckstein persönlich nicht gesprochen.

Ich muss insoweit einschränken: Es gab einmal einen Anruf vom Minister Beckstein bei mir im Büro - das ist eher die absolute Ausnahme -, wo er zu einem Vermerk, den ich erstellt hatte, eine Rückfrage hatte. Aber das hat jetzt nichts mit dieser konkreten Sache „Medienstrategie und damit verbunden“ zu tun.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Köhler, ein Punkt, der uns hier im Ausschuss nun dauerhaft beschäftigt, ist ja auch die Frage der Kooperation der Länderebene, konkret Bayern mit dem Bund, zum Beispiel dem Bundeskriminalamt. War das nach Ihrer Erinnerung eine gute Zusammenarbeit?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich selbst habe ja dazu keine Wahrnehmungen, sondern bin da auf Berichte vom Hörensagen angewiesen. Und ich weiß lediglich von dem BAO-Leiter, vom Kollegen Geier, dass die Zusammenarbeit durchaus nicht immer ganz einfach war. In der Steuerungsgruppe, die dann eingerichtet worden ist - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Köhler, können Sie sich erinnern, dass Sie selber nach unseren Akten am 19. Juli 2007 einen Brief an den tschechischen Innenminister Ivan Langer geschrieben haben?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir finden dazu - das will ich Ihnen gerne vorhalten und um eine Beurteilung bitten - in den Unterlagen - das ist MAT A BKA-2/28.O14, Blatt 93 ff. - ein Memorandum des Verbindungsbeamten des BKA in der deutschen Botschaft in Prag für die Leitung des Bundeskriminalamtes. Ich will das nur auszugsweise zitieren. Also, der Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes ist von der tschechi-



schen Polizei kontaktiert worden. Dann schreibt er:

Herr Svoboda

- also von der Polizei -

legte die Übersetzung eines Briefes von KOR Lothar Köhler vor, der offenbar durch das Projektbüro der Hanns Seidel Stiftung in Prag übersetzt und an den Innenminister der ČR, Ivan LANGER, weitergeleitet wurde.

Bei der tschechischen Polizei herrscht „Unverständnis und Verärgerung“.

Die unsachgemäße Einbindung der völlig unzuständigen Hanns-Seidel-Stiftung und der ministeriellen Ebenen hat einen unverhältnismäßigen Mehraufwand an Berichterstattung verursacht, der die Bearbeitung noch offener Ermittlungen nur verzögert.

Dann heißt es unter „Auswirkungen“:

Form, Übermittlungsweg und der Inhalt des Schreibens an IM LANGER haben auf tschechischer Seite zu einer deutlich erkennbaren Trübung des Ansehens von Teilen der deutschen Polizei geführt, da die Vorgehensweise als unprofessionell eingestuft wird ...

Bewertung:

... In Anerkennung der generell hohen Leistungsfähigkeit der bayerischen Kriminalpolizei fällt ... auf, dass z. B. die Zuständigkeiten des BKA und Meldeverpflichtungen häufig nicht beachtet oder gegenüber den tschechischen Ansprechpartnern nicht erläutert werden ... Die Initiative aus dem bayerischen IM führt dazu, dass die tschechische Seite schlecht koordinierte und unsachliche Vorgehensweise innerhalb der deutschen Polizei vermuten muss.

Wie ist es denn dazu gekommen, dass Sie einen Brief an den tschechischen Innenminister geschrieben haben, übersetzt von der Hanns-Seidel-Stiftung? Es ging ja offenkundig um die Waffenspur. Ich dachte, das war Sache des Bundeskriminalamtes.

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, wenn ich das richtig erinnere, war es so, dass der Innenminister Langer hier zu einem Besuch im Bayerischen Staatsministerium des Innern

war und dort unter anderem auch mit meinem Abteilungsleiter gesprochen hat und dass mein Abteilungsleiter hier auch die Mordserie mit angesprochen hat - vor dem Hintergrund, dass es wohl im Bereich der Rechtshilfe mit Tschechien, Auskünfte von der Firma Ceska zu erhalten, zu gewissen Schwierigkeiten kam. Und offenbar ist dann in der Folge ein Brief geschrieben worden. Die genauen Zusammenhänge, warum und wieso, kann ich Ihnen heute nicht mehr beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der ist ja nicht geschrieben worden. Den haben Sie doch selber verfasst:

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Köhler

An Herrn Langer.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich an den -- Nein, das kann ich -- Dass ich einen Brief an den tschechischen Innenminister geschrieben habe, kann ich mir schlicht nicht vorstellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** MAT A BKA-2/28.O14. - Können wir dem Zeugen den Brief bitte zeigen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also wenn, dann habe ich einen Brief im Auftrag geschrieben, aber nicht direkt an den Herrn Minister Langer.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Ihr Name findet sich auf der zweiten Seite, und auf der ersten Seite findet sich als Adressat der tschechische Innenminister. - Ist von Ihnen aus das Bundeskriminalamt über dieses Vorgehen informiert worden? Weil offenkundig -- Der BKA-Verbindungsmann in der deutschen Botschaft in Prag hat von dem Sachverhalt nach seinem Vermerk ja offenkundig deshalb erfahren, weil ihn verärgerte tschechische Kollegen angesprochen haben, was das denn für ein Brief sei. - Können Sie sich erinnern, dass Sie diesen Brief geschrieben haben?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich kann mir das nur so erklären, dass das ein Entwurf eines Briefes war, der ins Tschechische übersetzt

werden sollte und der dann sozusagen von-seiten des Hauses - sprich: des Innenministerium in Bayern - auf dem offiziellen Weg an den Innenminister Langer weitergeleitet werden sollte. Also, ich schließe hier aus, dass ich persönlich einen Brief an den tschechischen Innenminister geschrieben habe mit dem Ziel, hier in meinem Namen eine Ermittlung in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Also, das schließe ich hier aus. Man müsste jetzt konkret den Weg zurückverfolgen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, dann hat der Verbindungsbeamte die Unwahrheit aufgeschrieben:

Herr Svoboda legte die Übersetzung eines Briefes von KOR Lothar Köhler vor, der offenbar durch das Projektbüro der Hanns Seidel Stiftung in Prag übersetzt und an den Innenminister der ČR, Ivan LANGER, weitergeleitet wurde.

**Zeuge Lothar Köhler:** Es kann sein, dass ich diesen Brief - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kann sein?

**Zeuge Lothar Köhler:** Es kann sein. Ich kann das mit Bestimmtheit heute nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also Sie wissen es nicht, und deswegen wissen Sie auch nicht, ob Sie das BKA informiert haben?

**Zeuge Lothar Köhler:** Es kann sein, dass ich diesen Brief entworfen habe und mit der Bitte an die Hanns-Seidel-Stiftung übermittelt habe, diesen Brief übersetzen zu lassen ins Tschechische, nicht mehr und nicht weniger.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** „Durch ... die Hanns-Seidel-Stiftung ... übersetzt und an den Innenminister ... weitergeleitet.“ - Können Sie verstehen, dass die tschechische Polizei nach Darstellung des Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes den Eindruck gewinnt, dass das kein professionelles Vorgehen ist?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich kann mir das nur so erklären, dass irgendwo in der ganzen

Informationskette eine Weiterleitung passiert sein muss, die in keiner Weise beabsichtigt war. Aus eigenem Antrieb hätte ich auch in meiner Funktion im Innenministerium nie einen solchen Brief geschrieben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Auch mit Blick auf die Zeit würde ich dann vorschlagen, dass die Fraktionen jetzt ihr Fragerecht anwenden können. Herr Kollege Binninger fängt an oder Frau Winkelmeier-Becker? - Herr Binninger, bitte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nun will ich nicht weiter in die Geschichte eines Briefes einsteigen. Ich wollte Sie nur kurz nach der möglichen Motivation fragen. Wir haben den Akten entnommen, dass das wohl eine Phase war, wo man bei der Waffenspur Ceska, deren Ursprung ja zunächst mal beim Hersteller in Tschechien aufgenommen werden musste, nicht weiterkam und es Verzögerungen gab, und dass man mit so einem Kontakt eben eine Beschleunigung auf tschechischer Seite erreichen wollte. Ist das zutreffend?

**Zeuge Lothar Köhler:** Das ist so zutreffend. Und der Kontakt ist nicht unmittelbar mit dem tschechischen Innenministerium aufgenommen worden, sondern dem voraus ging, wie gesagt, ein Besuch des tschechischen Innenministers im bayrischen Innenministerium. Und an diesem Gespräch hat unter anderem - - Ich weiß nicht, wer noch dabei war. Aber ich habe damals eine Vorlage für meinen Abteilungsleiter erstellt. Der war bei dem Gespräch dabei. Und ich kann mich daran erinnern - das ist auch aus den Akten ersichtlich -, dass nach diesem Gespräch eine sehr schnelle Reaktion erfolgte von dem Direktor der Firma Ceska, der im bayrischen Innenministerium angefragt hat dahin gehend, wo es denn Probleme gebe und wie er denn helfen könne. Begleitend dazu ist dann die Information eingegangen - wiederum über die BAO „Bosporus“ -, dass auch auf dem Rechtshilfeweg sich die Dinge zum Positiven verändert hätten und dass durch das Engagement einer Staatsanwältin in Tschechien die Dinge befördert worden wären und das Ganze auf einem guten Weg wäre. So habe ich das in Erinnerung.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wäre die Beschreibung zutreffend: „Der Weg war protokollarisch und formal vielleicht nicht

ganz der richtige, aber hat sehr schnell zum Ziel geführt, und das BKA war dann danach beleidigt“?

**Zeuge Lothar Köhler:** Das kann ich nicht beurteilen, Herr Abgeordneter. Ich - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** So entnehmen wir es den Akten zumindest, dass danach wieder eine der vielfältigen Missstimmungen zwischen BKA und BAO „Bosporus“ entstanden war.

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich denke, ich habe deutlich gemacht, dass ich sehr überrascht bin, jetzt von diesem Brief in dieser Form Kenntnis zu erlangen, und dass ich bislang überhaupt keine Kenntnis davon hatte, dass überhaupt dieser Brief oder dieser Entwurf einen solchen Weg genommen hat.

Und was die Gespräche auf politischer Ebene im Staatsministerium des Innern angeht, bitte ich um Verständnis, dass ich dazu keinen Kommentar abgeben werde.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich habe jetzt nur noch eine Frage. Das betrifft diesen handschriftlichen Vermerk von Herrn Geier, der Sie ja hier in die Situation gebracht hat, jetzt als Zeuge auszusagen. Sie haben selber klar beschrieben, so direkte Gespräche, auch von Beamten des höheren Dienstes, mit dem Minister sind eher die Ausnahme oder die absolute Ausnahme; denn meistens machen es die Abteilungsleiter oder der Staatssekretär. Und jetzt sollte Herr Geier ja auch zu einem Gespräch mit dem Minister. Und Ihr Telefonat war, in Vorbereitung quasi dieses Gesprächstermins zwischen Herrn Geier, anderen Vertretern und dem Minister - - einfach den Herrn Geier fachlich zu briefen, nach dem Motto: Was wird erwartet an Inhalten, an Kenntnis? Ging es darum bei diesem Telefonat?

**Zeuge Lothar Köhler:** Darum ging es im Schwerpunkt. Und es ist ja infolge dieses Telefonats dann auch noch ein schriftlicher Auftrag an das Polizeipräsidium Mittelfranken ergangen, den ich damals auch geschrieben habe, mit dezidierten Fragestellungen, die dann in der Besprechung mit Herrn Minister Beckstein zur Sprache kommen sollten und zu denen auch eben in Vorbereitung dieser

Besprechung die Informationen übermittelt werden sollten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ist es üblich oder ist es eher ungewöhnlich, dass ein Telefonat zwischen zwei Kollegen von einer Seite dann mal für die eigenen Handakten protokolliert wird und dem anderen nichts gesagt wird? Oder ist es eigentlich ständige Praxis, dass Telefonate dauernd auch noch irgendwie gegenprotokolliert werden, warum auch immer? - Also Sie machen es nicht. Sie können ja für sich sprechen. Sie hätten das Telefonat ja auch protokollieren können, wenn der Herr Geier es protokolliert.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich habe in meiner Zeit im Innenministerium nicht jedes Telefonat protokolliert, sondern ich habe mir im Wesentlichen dann Notizen gemacht, wenn ich das sozusagen für die Arbeit benötigt und gebraucht habe. Und meistens sind diese Notizen dann, wenn sie nicht mehr nötig waren, vernichtet worden. Das war eine Arbeitshilfe für mich. Dass jemand, der in der Verantwortung einer BAO-Leitung steht, hier eine andere Praxis auf der operativen Ebene hat, das halte ich durchaus für sachgerecht. Aber mit dieser Frage hatte ich mich zuvor, ehrlich gesagt, nicht beschäftigt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt klang ja mal kurz an - nachdem wir dieses Papier gesehen hatten, anhand der Notizen von Herrn Geier, wo Sie selber sagen, diese Bewertung, die man hineininterpretieren könnte, sehen Sie nicht -, dass es eine Vorgabe für die Medienstrategie gab, also nicht für die Ermittlungsstrategie der Spur 195, sondern: Wie gehen wir mit den Erkenntnissen oder der Hypothese „fremdenfeindlicher Hintergrund“ an die Öffentlichkeit? Das ist ja die Medienstrategie, die sich von der Ermittlungsstrategie fundamental unterscheidet. Und da gab es ja die Vermutung: Gab es da Vorgaben? Und deshalb lief es so, wie es lief.

Uns hat der Profiler, der Herr Horn, hier gesagt - - Und er hat ja nicht nur die Hypothese „fremdenfeindlicher Hintergrund“ aufgestellt, sondern er hat ja auch die Medienstrategie skizziert und entwickelt. Und Herr Horn - ich darf es noch mal kurz vorhalten - schreibt in seiner Empfehlung der Medienstrategie zur Verfolgung der Spur „Einzeltäter mit fremdenfeindlicher Motivation“ selber in den Akten - ich zitiere jetzt aus dem Ver-

nehmungsprotokoll, wenn ich darf; es ist noch vorläufig; aber ich zitiere ja nur die Aktenfundstelle -:

Eine denkbare Nähe zur rechten Szene ist vorstellbar, jedoch nicht Voraussetzung für die Taten, daher soll dies im Beitrag

- also im Medienbeitrag -

auch mit entsprechend geringer Priorität platziert werden, da vermutlich die Persönlichkeitsstruktur ...

etc. Also dieser Vorschlag kam, so wie wir es der Zeugenvernehmung entnehmen mussten, vom Experten selber. Und Herr Horn hat in seiner Vernehmung auch zweimal auf Nachfrage bestätigt, dass das seine fachliche Meinung ist, an der er bis heute festhält, dass sie die richtige war und er da keinerlei Einfluss ausgesetzt war. Ist das auch Ihre Erkenntnis?

**Zeuge Lothar Köhler:** Das entspricht auch meiner Wahrnehmung. Hier mit besonderer Vorsicht vorzugehen, entstammt der Fachlichkeit und ist begründet im Zuleitungsschreiben. Für uns ist ja maßgebend nicht der Experte Alexander Horn, sondern letzten Endes der Leiter der BAO bzw. der Verantwortliche des Polizeipräsidiums Mittelfranken - - was von dort vorgeschlagen wird. Und dieser Vorschlag wurde meines Wissens auch in der Steuerungsgruppe diskutiert, und mit diesem Hinweis, man sollte das Ganze aufgrund der Tatsache, dass es sich um eine Arbeitshypothese handelt, dass diese Arbeitshypothese zur damaligen Zeit nicht gesichert war, sondern eben schlicht eine Hypothese, dass es ja vorher schon Demonstrationen in Kassel gegeben hatte, dass man vonseiten der Polizei Gespräche geführt hatte mit den türkischen Kleingewerbetreibenden in Nürnberg, in Fürth, in München und dort wohl auch eine gewisse Befindlichkeit festgestellt hat - - Man wollte schlicht mit einer reinen Hypothese nicht Unruhe bringen. Also, so habe ich das fachlich verstanden.

Und ich habe damals auch nach der Erstellung der OFA-Analyse mit dem Kollegen Horn persönlich telefoniert. Den Kollegen Horn kenne ich schon sehr lange. Und zu meinen Aufgaben gehört es ja auch, sich sachkundig zu machen in der Angelegenheit.

Und es war die fachliche Haltung, die weitertransportiert worden ist.

Und ich persönlich habe keinerlei Wahrnehmung darüber, dass es vonseiten der Verantwortlichen im Ministerium in irgendeiner Form hier eine Einflussnahme gegeben hätte. Wenn man sich den Verlauf der Einzeltäterkonzeption und Vorlage Medienstrategie anschaut, dann wird man feststellen, dass Mitte Juli 2006 zunächst die Einzeltäterkonzeption und erst Ende Juli die Medienstrategie als Konzept vorgelegt worden ist. Und am Tag der Rücksprache bei Minister Dr. Beckstein am 3. August ist sie schon umgesetzt worden in der Sendung *Aktenzeichen XY*. Eigentlich war vorgesehen, diese Medienstrategie erst nach Ende der bayrischen Schulferien im September umzusetzen, weil man davon ausgegangen ist, dass sehr viele türkischstämmige und türkische Personen in den Sommerferien in die Türkei fliegen und gar nicht da sind, sozusagen diese Medieninformationen gar nicht mitbekommen. Und aufgrund dessen, dass verschiedene Medien sozusagen schon im Juli erste Informationen quasi publik gemacht haben, sah man sich im Zugzwang und hat das Ganze vorverlegt. Aber - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber so, wie es der Profiler empfohlen hat.

**Zeuge Lothar Köhler:** So, wie es der Profiler und letzten Endes der Verantwortliche, der BAO-Leiter, Kollege Geier, dann auch empfohlen hat.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Gut. Danke. - Ich habe keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hat für die SPD-Fraktion die Kollegin Högl das Wort.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Köhler, schönen guten Tag! Herr Köhler, Sie sind ausweislich unserer Akten als Ansprechpartner benannt gewesen für Führungsinfo und Sachstandsberichte und Ähnliches. Das finden wir - für unser Protokoll - in MAT A BY-2/3 c, Seite 230 ff. Können Sie uns mal kurz erläutern, wenn Sie die Führungsinfos und die Sachstandsberichte bekommen haben, was dann im Ministerium damit geschah? Haben Sie alle vorgelegt in Richtung Minister? Oder

haben Sie eine Auswahl getroffen? Oder wie war das?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, zu meiner Funktion als Ansprechpartner für den Kollegen Geier, der ja schon seit Juli 2005 in diesem Amt war: Da gab es ja neben mir auch den Sachbearbeiter, der quasi vor Mai 2006 diese Sache im Fachbereich E 3 betreut hat. Daneben gab es den Fachbereichsleiter E 3, es gab den Sachgebietsleiter I C 5 und dessen Vertreter, es gab den Abteilungsleiter und dessen Referenten. Alle diese Personen waren Ansprechpartner für den Herrn Geier als BAO-Leiter. Wen der Herr Geier dann im Konkreten angesprochen hat, dürfte sich danach gerichtet haben, was der Anlass war, was die Bedeutung der Sache angeht oder aber auch, was die Erreichbarkeit dieser Personen angeht.

Und ab Ende April/Anfang Mai 2006 ist Kollege Geier natürlich dann auch immer wieder bei mir aufgeschlagen. Wenn es mündliche Informationen gegeben hat, dann habe ich die in der Regel an meinen Fachbereichsleiter weitergegeben bzw. an den Sachgebietsleiter. Und es oblag dann der Entscheidung dieser beiden Personen, darüber zu befinden, was mit diesen Informationen weiter geschieht, sprich: ob die dann an den Abteilungsleiter oder gar die politische Spitze weitergegeben werden. Und dieses wiederum konnte in mündlicher, aber auch in schriftlicher Form erfolgen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann will ich noch mal auf den Zeitungsartikel vom 7. Mai 2006 zurückkommen. Da hat Herr Beckstein mit Datum vom 13. Mai 2005, nein, 13. Mai 2006 - jetzt habe ich es sortiert - ja handschriftlich notiert:

Ausländerfeindlicher Hintergrund:  
Könnte das Motiv der Täter  
sein? (?)

Sie haben ja eben selbst darauf Bezug genommen, dass das zu Ihnen gekommen ist. Können Sie uns noch mal schildern, was das ausgelöst hat, also was Sie dann damit gemacht haben, was dann passiert ist? Also, das haben Sie ja auf Ihre Arbeitsebene zurückbekommen. Und was wurde dann in Gang gesetzt, nachdem der Minister das handschriftlich vermerkt hatte?

**Zeuge Lothar Köhler:** Es wurde am 23.05. das Polizeipräsidium Mittelfranken

beauftragt, letzten Endes zur neuen Fallanalyse zu berichten und diese zu bewerten. Und diese Information ist dann quasi am 30. Mai vom Herrn Geier übermittelt worden und hat Einfluss gefunden in den Vermerk vom 13. Juni und in die Rücksprache am 14. Juni beim Minister dann.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann hat der Minister den 13. Sachstandsbericht bekommen. Das haben wir in den Akten: MAT A BY-2/96, Seite 658 ff. Und da sieht man, dass der Minister sich sehr detailliert diesen Sachstandsbericht angeschaut hat und einige handschriftliche Bemerkungen da drangemacht hat. Und was auffällt, ist, dass bei dem Komplex „Einzeltäter“ der Minister zwei Fragezeichen dranmacht. Können Sie sich noch erinnern - das kommt ja dann sicherlich auch zurück; der Minister macht Anmerkungen, und es kommt zurück auf die Arbeitsebene -, ob es dann eine Aufklärung des Ministers gegeben hat? Denn grüne Fragezeichen auf einem Sachstandsbericht lösen ja in einem Ministerium etwas aus.

**Zeuge Lothar Köhler:** Dafür gab es dann die Rücksprachen am 14.06. bzw. am 3. August. Und dann sind diese Fragen - davon gehe ich aus - mitbehandelt worden. Ob es hier noch mal einzelne Gespräche zwischen Minister und Abteilungsleiter oder Sachgebietsleiter gegeben hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Es hat also - - Wir gehen mal davon aus, dass es eine Aufklärung des Ministers über die Frage „Einzeltäter“ und „rechten Hintergrund“ gegeben hat. Danach fällt ja auf, dass in den Sachstandsberichten, obwohl der Minister nach diesem fremdenfeindlichen Hintergrund gefragt hat und damit den richtigen Riecher hatte, immer nur ganz rudimentär von der Einzeltätertheorie die Rede ist und auch Maßnahmen nur sehr gering sind. Ist das mal diskutiert worden, inwieweit nach dem richtigen Riecher des Ministers dieser neue Ermittlungsansatz auch engagiert verfolgt wird? Können Sie sagen, ob das besprochen wurde?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich kann das insoweit beantworten, dass man sich natür-

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BY-2/9 b, Seite 658 ff.

lich mit der Frage des Controllings der Ermittlungsarbeit der BAO „Bosporus“ intensiv befasst hat. Und das war auch zu dieser Zeit. Aber es ist ja nicht Aufgabe der strategischen Ebene des Ministeriums, hier sozusagen ein Controlling im operativen Sinne durchzuführen. Dazu wären wir gar nicht in der Lage, das zu tun. Und die Frage des Controllings ist dann, soweit ich mich erinnere, in dieser Besprechung am 3. August auch eingeflossen und behandelt worden. Ich kann mich jetzt, ehrlich gesagt, nicht daran erinnern, ob sozusagen die Berichterstattung in Form von Sachstandsberichten, was die Einzeltäter- oder Serientäterthese angeht, in irgendeiner Form diskutiert wurde; mag sein, aber dann zu Zeiten oder zu Gelegenheiten, an denen ich nicht beteiligt war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Köhler, ich möchte Sie noch mal danach fragen, ob Sie informiert waren bzw. ob darüber diskutiert wurde, welche verdeckten Ermittlungsmaßnahmen ergriffen wurden. Wir haben ja hier zur Kenntnis nehmen müssen, dass von der BAO „Bosporus“ ein Dönerimbiss aufgebaut wurde, was ja hier zu Recht zu einigem Erstaunen geführt hat. Ich habe jetzt in den Akten auch gefunden -- Wir haben das in MAT A BY-2/9 g, insbesondere da auf Seite 2957. Das ist ein Bericht zum Sachvortrag im Rahmen der AK-II-Sondersitzung am 18. September 2007. Und da ist davon die Rede - ich lese das mal eben kurz vor -:

Ziel des Einsatzes Verdeckter Ermittler war es, Informationen aus dem Opferumfeld abzuschöpfen. Dazu wurden zwei Konzepte mit den Legenden „Detektiv“

- das kannten wir bisher noch nicht -

und „Journalist“ entwickelt. Nachdem binnen kurzem erkennbar war, dass die Journalistenlegende in bestimmten Konstellationen problematisch ist, wurde durchgängig nur das Detektivkonzept umgesetzt.

Letztlich konnten keine weiterführenden Informationen gewonnen werden.

Ziel des VP-Einsatzes war in erster Linie, die Gepflogenheiten und Abläufe bei „Dönergeschäften“ festzustellen bzw. unbestätigte Informationen zu Abnahmepflichten und Bestrafungsaktionen bei Zahlungsverzug zu verifizieren.

Trotz verschiedener taktischer Varianten kam es zu keinen Auffälligkeiten.

Ist Ihnen während Ihrer Beschäftigung im Ministerium mal untergekommen, dass es da verdeckte Ermittlungsmaßnahmen gab?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich habe dazu keine Kenntnisse.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben nie davon gehört? Das ist nie erörtert worden, auch bei den Besprechungen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Soweit ich dabei war, nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** War nie Gegenstand. - Haben Sie denn -- Da Sie ja Ansprechpartner für Berichte waren, hätten Sie diesen Bericht des Polizeipräsidiums Mittelfranken eigentlich auf Ihren Tisch kriegen müssen.

**Zeuge Lothar Köhler:** „Müssen“ ist ein starkes Wort; können.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn es so gewesen wäre; irgendwie so etwas im Konjunktiv, ja? - Nein, weil Sie Ansprechpartner für Berichte und Führungsinformationen usw. waren, bin ich davon ausgegangen -- Da diese verdeckten Ermittlungsmaßnahmen in allen Sachstandsberichten auftauchen, nicht so detailliert, wie hier beschrieben, wie ich es jetzt vorgetragen habe -- Aber es tauchen verdeckte Ermittlungsmaßnahmen auf. Deswegen wollte ich von Ihnen wissen, ob das mal Gegenstand der Beratung war; denn es ist ja nicht ein alltäglicher Vorgang - das hatte ich hier schon mal geäußert -, dass verdeckte Ermittlungsmaßnahmen dieser Gestalt durchgeführt werden: Journalist, Detektiv, Dönerbude.

**Zeuge Lothar Köhler:** In aller Regel haben wir uns vonseiten des Ministeriums in die operativen Maßnahmen der BAO „Bosporus“ nicht eingebracht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. - Ich habe noch eine Frage zu dem Hickhack, wie ich finde, zu diesem Desaster der Nichtkooperation zwischen der BAO „Bosporus“ und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungs-

schutz - davon konnten wir uns eben auch noch mal ein Bild machen -, dieses Hin und Her über Monate. Hatten Sie davon Kenntnis? Ist das mal erörtert worden? Denn bei Ihnen flossen ja auch die Informationen zusammen. Das bayrische Innenministerium ist zuständig sowohl für die polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen als auch für den Verfassungsschutz, ohne operativ tätig zu sein, selbstverständlich, strategische Ebene. Aber hatten Sie davon mal Kenntnis, dass es da zum Hin und Her gekommen ist und dass es offensichtlich schwierig ist, Informationen zu bekommen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Während meiner Tätigkeit im Innenministerium hatte ich davon keine Kenntnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Keine Kenntnis davon?

**Zeuge Lothar Köhler:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das haben Sie erst später erfahren. - Ja, dann bin ich eigentlich durch, und dann kann Frau Kolbe noch Fragen stellen. - Danke schön, Herr Köhler.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Wir haben ja gerade mit dem Landesamt für Verfassungsschutz - - oder uns ein bisschen da einfühlen können, wie die Arbeit gelaufen ist. Und eine Erkenntnis war, dass das Landesamt für Verfassungsschutz schon deutlich vor 2006 selbst die eigenen Quellen - - sozusagen versucht hat, nachzuhaken, ob die Quellen Kenntnis haben von Debatten in der rechtsextremen Szene zu diesen Morden, um den Hintergrund herauszufiltern. Der Beamte war sich nicht ganz sicher, ob dahin gehend eine Weisung oder ein Hinweis vom Innenministerium ergangen sein könnte, das eben zu tun, eben an die Quellen heranzutreten und zu eruieren, inwiefern sich da ein rechtsextremistischer Hintergrund abzeichnet. Können Sie etwas dazu sagen, ob vonseiten des Innenministeriums da irgendeine Bitte ergangen ist? Oder hatten Sie Kenntnis davon, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in diese Richtung tätig geworden ist?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich selbst hatte keine Kenntnis davon. Und das ist auch nicht verwunderlich, weil das Landesamt für

Verfassungsschutz nicht in der Abteilung I C im Ministerium angebunden ist, sondern in der Abteilung I D und wir sozusagen unsere Aufgaben auch getrennt wahrnehmen, wenngleich es zu einer guten Kooperation zwischen beiden Abteilungen kommt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Na, hoffentlich  
stimmt das diesmal!)

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Wie sieht denn diese Kooperation aus? Also, Sie arbeiten sozusagen - - Sie haben sich ja mit dem Fall beschäftigt in C, und bei D ist dann die Koordination oder die Kommunikation in Richtung Landesamt für Verfassungsschutz. Wie läuft denn da die Kommunikation?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, in diesem konkreten Fall kann ich mich nicht an eine Kooperation erinnern, weil ich auch, wie gesagt, während meiner Tätigkeit im Innenministerium keine Informationen darüber hatte, dass es hier wohl zu einer Datenanforderung beim Verfassungsschutzamt gekommen war. Das habe ich erst im Nachhinein jetzt erfahren. Aber diese Aussage, was die Kooperation angeht, war grundsätzlich gemeint. Dass natürlich in Fällen, wo dies erforderlich ist - - Und da sind wir jetzt ja in den letzten Jahren seit dem 11.09. alle miteinander sozusagen noch enger zusammengedrückt. Dass es zu einer grundsätzlich guten Kooperation zwischen Abteilung I C und I D kommt, das wollte ich damit zum Ausdruck bringen.

**Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):** Jetzt haben Sie gesagt, Sie hätten erst im Nachgang Kenntnis davon erhalten, dass es eine Datenabforderung gegeben hätte. Also gab es die in Richtung Landesamt für Verfassungsschutz?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich habe jetzt im Zuge der Befassung mit dem Untersuchungsausschuss von diesem Thema erfahren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn ich darf, stelle ich noch eine Frage. - Mir ist noch etwas eingefallen, was mich interessiert, Herr Köhler; Stichwort Medienstrategie noch mal. Können Sie uns vielleicht noch mal sagen, was es aus Ihrer Sicht - Sie waren ja damals mit dieser Erörterung „offensive Diskussion

fremdenfeindlicher Hintergrund in der Öffentlichkeit“ befasst - für Vorteile gehabt hätte, wenn man den möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund der Täter offensiv in die Öffentlichkeit kommuniziert hätte.

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, mit einer solchen Bewertung, Frau Abgeordnete, tue ich mich sehr schwer, weil es jetzt in der Nachbetrachtung erfolgt. Und ich denke, in der damaligen Zeit war das Ganze vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Arbeitshypothese handelt und man nicht wusste, wie wirkt eine solche Information insbesondere auf türkische Kleingewerbetreibende, von einer besonderen Vorsicht geprägt. Und ich tue mich jetzt schwer, sozusagen sechs Jahre später hier eine Bewertung abzugeben. Das möchte ich ungern tun.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der Punkt ist ja auch: Wir fragen ja nach der Situation damals. Wir wissen natürlich, wie schwierig es ist, das jetzt aus dieser Perspektive zu beurteilen. Aber wurde das damals debattiert? Sie waren ja an diesen Diskussionen beteiligt. Hat das eine Rolle gespielt?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich habe mit Sicherheit mit dem Kollegen Geier damals über diesen Aspekt gesprochen. Und soweit ich das jetzt heute nachvollziehen kann, erschien mir das alles sehr plausibel, wie gehandelt worden ist. Und ich könnte mich jetzt an keinen Punkt erinnern, wo ich damals anderer Auffassung gewesen wäre, das anders zu machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weitere Fragen? - Frau Gleicke.

**Iris Gleicke (SPD):** Ich habe nur die Frage, ob das denn auch innerhalb des Hauses debattiert worden ist. Sie haben ja von den zwei Abteilungen gesprochen, I C und I D. Hat man da untereinander über so eine Strategie auch debattiert?

**Zeuge Lothar Köhler:** Darüber weiß ich nichts.

**Iris Gleicke (SPD):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das passt auch sehr gut mit der Fragezeit. Die ist bei der SPD-Fraktion jetzt nämlich gerade

ausgeschöpft. Dann hat die FDP-Fraktion das Wort, der Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Köhler, nur der Vollständigkeit halber: Sie sagten, der Minister hätte Sie mal angerufen zu einem Vermerk von Ihnen. Um welches Thema ging es da?

**Zeuge Lothar Köhler:** Da ging es um den Verdächtigen im Zusammenhang mit dem Mord in Kassel, wo ein Angehöriger des Verfassungsschutzes Hessen eine Rolle gespielt hat.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Können Sie Genaueres sagen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Das ist eine - - Wie gesagt, ich habe einen Bericht geschrieben, einen Vermerk an die politische Spitze geschrieben. Zu dem Inhalt damals - - Der müsste eigentlich auch in den Akten vorhanden sein, die Sie übermittelt bekommen haben. Und meines Wissens ging es darum, inwieweit man sich sozusagen gegenüber der Presse zu dem Fall überhaupt äußern sollte oder nicht, also vonseiten Bayerns.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Anknüpfend an das, was die Kollegin Högl sagte: Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Medienstrategie in Ihrem Haus würde mich noch interessieren, ob Sie wissen, ob Sie selbst oder ob jemand aus Ihrem Haus die Medienstrategie auch mit anderen Ministerien diskutiert hat, also innerhalb der betroffenen Bundesländer beispielsweise.

**Zeuge Lothar Köhler:** Dazu ist mir persönlich nichts bekannt.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ehrlich gesagt - - Wurde dann im Haus überhaupt nicht groß drüber diskutiert?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, es war ein Thema von mehreren. Aber eine, sagen wir mal, besonders hohe Bedeutung oder einen besonders hohen Stellenwert hat meines Wissens dieser Punkt in der hausinternen Befassung mit der Thematik damals nicht eingenommen.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Das ist interessant, weil die Tatsache, dass man



ganz bewusst gezielt in eine Richtung eine Medienstrategie macht und die andere etwas weniger beleuchtet, war durchaus eine sehr, na ja, bedeutsame Entscheidung in eine Wegrichtung zur damaligen Zeit, als die Medienstrategie erarbeitet worden ist. Und dass man da jetzt nicht großartig drüber diskutiert hat, gerade wenn es darum geht - - auch hier in Anbetracht der Mordfälle und auch der Serie nicht so viel diskutiert hat: Können Sie sich das erklären? Hat man also gesagt: „Das spielt mal eigentlich keine Rolle; das sollen jetzt mal im Prinzip die Fachleute machen“? Oder wie erklären Sie sich, dass darüber nicht groß diskutiert worden ist?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, die Medienstrategie ist von der Fachlichkeit erarbeitet worden. Sie war aus meiner Warte heraus gut begründet und wurde sukzessive umgesetzt. Es war immer wieder sozusagen das Thema Medienstrategie - wie soll ich sagen? - ein Punkt der Befassung. Aber es hatte, soweit ich mich jetzt zurückerinnere und zu den Gelegenheiten, an denen ich teilnehmen konnte, was Gespräche angeht, nie eine besondere Bedeutung, wo sozusagen Einflussnahme vonseiten des Ministeriums in irgendeiner Form damit verbunden gewesen wäre, sondern man hat es zur Kenntnis bekommen, man hat es angesprochen, man hat es hinterfragt, und dann ist es umgesetzt worden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber dass es so wenig diskutiert wurde, obwohl der Minister nach eigenem Bekunden einige Male an den Rand von Vermerken oder auch von Artikeln „Ist das Fremdenfeindlichkeit?“ drangeschrieben hat. Da hat man sich dann auch nicht weiter damit befasst?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich muss hier noch mal deutlich machen, dass ich nur eine eingeschränkte Rolle in der ganzen Angelegenheit hatte und dass viele Gespräche auf anderen Ebenen stattgefunden haben, an denen ich schlicht nicht beteiligt war. Und ich kann hier nur für meine Kenntnisse sprechen, und die waren so oder sind so, wie ich das gerade zum Ausdruck gebracht habe.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Für die Linksfraktion hat die Kollegin Pau das Wort.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Guten Tag, Herr Köhler! Herr Beckstein hat ausweislich eines handschriftlichen Vermerks vom 22. Juli 2006 auf einem Entwurf eines Schreibens, mit dem Ministerialdirigent Kindler den Leiter des LKA Baden-Württemberg um die dritte Fallanalyse durch die OFA Baden-Württemberg bittet, handschriftlich angemerkt - ich zitiere -:

Ich habe nichts gegen OFA B-W, halte dies aber für völlig nutzlos, weil in alle Richtungen weiter ermittelt werden muß.

Nachdem fast keine Spuren vorhanden sind, kann OFA nicht viel beitragen.

Das Ganze habe ich gefunden in MAT A BY-2/9 b, Blatt 918\*.

Heißt das, dass bei Ihnen im Haus die OFA-Analyse im Hinblick auf ein mögliches rechtes oder fremdenfeindliches Tatmotiv und Täterspektrum für genauso möglich gehalten wurde wie die Ermittlungsansätze zur organisierten Kriminalität bzw. Mafia? Oder war das lediglich die Einzelmeinung des Innenministers, welche natürlich nicht unerheblich ist?

**Zeuge Lothar Köhler:** Was die Ermittlungsstrategien und die Ermittlungsrichtungen angeht, war es immer so, dass man gesagt hat: Man muss alle möglichen und denkbaren Ermittlungsrichtungen weiterverfolgen. Es gab ja - wenn man das mal versucht, zu sortieren - zum einen die Standardermittlungsmaßnahmen, wo Hinweise, Zeugenvernehmungen usw. abgearbeitet worden sind. Es gab dann die Hauptermittlungsrichtung Organisationstheorie. Und es gab dann ab Mitte 2006 die Ermittlungsrichtung Serientätertheorie.

Und es gab darüber hinaus ja eine sehr intensive Befassung damit, an den Tatorten zu den relevanten Tatzeiten objektive Informationen in Form von unterschiedlichen Daten zu finden, diese Daten über entsprechende Beschlüsse zu erheben, aufzubereiten und miteinander abzugleichen mit der Erwartung, mit der Hoffnung, dass man über diese Abgleiche sogenannte Kreuztreffer

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BY-2/9 b, Seite 917.

generiert, um dann Personen feststellen zu können, die sich meiner wegen an mehreren Tatorten jeweils zu den tatrelevanten Zeiten aufgehalten haben. Diese Maßnahme war ja nicht von irgendeiner Ermittlungsthese begründet, sondern das war ja ein Suchen nach objektiven Anhaltspunkten dafür, auf den Täter zu kommen, wie gesagt, völlig losgelöst von irgendwelchen Arbeitshypothesen.

Und das hat einen ganz erheblichen Anteil der Ermittlungen der BAO „Bosporus“ ausgemacht. Ich meine, es sind, glaube ich, rund 125 Rasterfahndungsbeschlüsse erlassen worden und rund 30 Millionen Datenbestände erhoben und analysiert worden. Das war ein sehr großer Kraftakt. Ich habe das von meiner Warte aus aus der Entfernung mitverfolgen können.

Und was die Einschätzung von Minister Dr. Beckstein angeht: Er war immer jemand, der gesagt hat: Man muss in alle Richtungen ermitteln, man darf nichts außen vor lassen. - Und es war jede denkbare Unterstützung durch das Haus vorhanden, um die Arbeit der BAO „Bosporus“ und die beteiligten Sonderkommissionen, Ermittlungsgruppen erfolgreich zu machen. Es gab hier keine Scheuklappen oder Denkverbote, sondern es war der Wille aller Beteiligten hier, diese Taten aufzuklären und die Täter zur Rechenschaft bringen zu können.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, aber es fällt natürlich auf - natürlich auch jetzt im Nachhinein, wenn wir die Akten betrachten, aber auch nach den ersten Befragungen hier im Ausschuss; Sie haben ja eben schon die beeindruckenden Zahlen genannt, was an Daten erhoben wurde -, dass die Spur 195 erstens nur in einem zeitlich ziemlich kleinen Fenster überhaupt verfolgt wurde. Aber vor allen Dingen fällt auf, dass es ganz unterschiedliche Proportionen gibt, auch beim Einsatz von Personal, von allen anderen Geschichten. Hat man bei Ihnen im Haus denn gelegentlich mal sich das angesehen und darauf gedrungen, wenn man denn in alle Richtungen ermittelt, dass das auch seinen Niederschlag in der Ausstattung und auch in der Ermittlungsrichtung findet?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, es gab ja immer wieder Gespräche mit der Leitung der BAO, mit den verantwortlichen Präsidenten, vonseiten unseres Hauses, wo die Dinge diskutiert und hinterfragt wurden. Und wenn Anforderungen, ob jetzt finanzieller oder per-

soneller Art, da waren, die an das Ministerium gerichtet worden sind, dann hat man das geprüft und, so gut es geht, diese Unterstützung zugesagt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und in all diesen Gesprächen hat die BAO niemals Klage geführt, beispielsweise über die doch sehr lange Zeit, die die Beantwortung ihrer Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz zu möglichen rechtsextremen Tätern und natürlich auch zu Strategien von Rechtsextremisten überhaupt, global - - also, dass die Beantwortung der Anfrage so lange gedauert hat?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich persönlich habe während meiner Zeit im Innenministerium von dieser Anfrage nichts erfahren. Ob das auf anderen Ebenen des Hauses der Fall war, das kann ich nicht sagen, aber ich persönlich nicht. Und was die Abarbeitung dieser Spur 195 angeht: Es wäre eine Sache des operativen Ermittlungscontrollings, hier quasi zu schauen, ob das Ganze sachgerecht und in der entsprechenden Zeit auch abgearbeitet werden kann. Das ist jetzt nicht Aufgabe der strategischen Ebene eines Ministeriums, solche Dinge zu prüfen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann bleiben wir mal beim Controlling. Ist es richtig, dass die Leitung des Referats IC dem Büro des Staatssekretärs und dem Ministerbüro sowie dem Innenminister persönlich monatlich über den Fortgang der Ermittlungen der BAO berichtet hat? Und wenn ja: Fiel nicht auch bei der Erörterung dieser Berichte auf, dass die Einzeltätertheorie mit einer viel geringeren Intensität verfolgt wurde als die seit mehr als sechs Jahren verfolgte Organisationstheorie?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ob das so ist, das kann ich nicht bewerten. Wenn Sie das daran festmachen, wie groß der Anteil an den Sachstandsberichten war, dann mag das Ihr Eindruck sein. Ich kann das so nicht feststellen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich hätte noch eine letzte Frage zum Thema Medienstrategie - also jenseits der Frage, dass ich es nach wie vor nicht nachvollziehen kann, dass man Gefahren der emotionalen Reaktion in der türkischen Bevölkerung befürchtet und deswegen den möglichen rechtsextremen

Hintergrund ausblendet -: Hat denn in irgendeiner Beratung, an der Sie teilgenommen haben und gegebenenfalls auch der Innenminister teilgenommen hat, eine Rolle gespielt, dass es ja im Jahre 2006 schon zwei Demonstrationen gab - einmal in Kassel: „Kein 10. Opfer!“ und einmal in Nordrhein-Westfalen -, wo deutsche wie auch türkischstämmige Menschen genau darauf aufmerksam machten und emotional hoch erregt waren? Insofern müsste man doch bei solchen Erörterungen eher darüber nachdenken: Wie kann man dieser Erregung entgegenreten, auch durch eine entsprechende Medienstrategie und die Botschaft: Wir ermitteln tatsächlich in alle Richtungen, auch in die Richtung, die ihr vermutet.

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, das Thema „Ängste in der türkischen Bevölkerung“ war gerade in dieser Zeit ein Thema. Und wenn ich mich recht erinnere, haben wir insbesondere für die Besprechung am 3. August explizit eine Stellungnahme von der BAO „Bosporus“ eingeholt: Was gedenkt man denn zu tun, um mit den Ängsten der türkischen Bevölkerung umzugehen?

Und da gab es meines Wissens zwei Dinge. Zum einen hatte man in Bayern - in Nürnberg, in Fürth und in München - ja Ende 2005 und Anfang 2006, ich glaube, an die 1 000 Kleingewerbetreibende persönlich aufgesucht, mit denen gesprochen, Ansprechpartner benannt, Informationen an die Hand gegeben zu den entsprechenden Hintergründen. Und wenn ich mich recht erinnere, war durchaus geplant, sofern Anlass dazu sein sollte, eine solche Maßnahme zu wiederholen. Und wenn ich mich auch recht erinnere, hatte man das Ganze ja in der Steuerungsgruppe dahin gehend besprochen, dass Flugblattverteilungen, wie es in anderen Städten von einzelnen Sokos gemacht worden ist, bundesweit nicht vorgenommen werden sollten. Mehr weiß ich dazu nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht haben die Grünen. Herr Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Herr Köhler, das Schreiben, das Sie ans Ministerbüro gerichtet haben in Sachen „Vorfall in Kassel“, wurde hier ja schon erwähnt. Können Sie

sich noch erinnern, wie das Schreiben zurückkam, was der Minister darauf notiert hat?

**Zeuge Lothar Köhler:** Welches Schreiben meinen Sie konkret?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ein Schreiben vom 12. - da hat er nun gerade rübergeschrieben; kann ich nicht mehr lesen - 2006: bundesweite Mordserie usw. Und da geht es um *Bild*-Zeitung und Verfassungsschutz Hessen, und Verfasser/Bearbeiter: Herr Köhler, und Speicherstelle: Herr Köhler. Leider hat der Minister über das Datum rübergeschrieben. Haben Sie es jetzt im Kopf, worum es da geht?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja, das Schreiben habe ich jetzt im Kopf.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und da hat er auch mit Ihnen telefoniert?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann kam das Schreiben zurück mit langen handschriftlichen Vermerken. Wissen Sie noch, was er da vermerkt hat?

**Zeuge Lothar Köhler:** Er hat wohl Klage darüber geführt, dass er von Personen außerhalb der Abteilung oder des Sachgebiets mehr Informationen bekommen hätte als das, was in dem Vermerk drinstand, und dass ihm die ganze Geschichte zu langsam ginge.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das haben Sie gut im Kopf. Er hat wohl wörtlich vermerkt, wenn ich seine Handschrift lesen kann:

Warum wird nicht intensiver ermittelt, zum Beispiel V-Leute befragt?  
(?)

Ich weiß bis heute nicht, ob das je geschehen ist. - Und dann kommt:

Unsere Behandlung des Falles ist lahm. Ich habe angeboten, Innenminister Bouffier telefonisch zu kontaktieren, damit das da ein bisschen vorwärtsgeht in Hessen. (?)

Wissen Sie, ob ein solches Telefonat mit Innenminister Bouffier stattgefunden hat?

**Zeuge Lothar Köhler:** Nein, das weiß ich nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich mal eine andere Frage: auch wieder ein Schreiben, das Sie ans Ministerbüro offenbar konzipiert haben, was dann immer Herr Dathe bei Ihnen wohl unterschreibt. Da haben wir einen zweiten Entwurf, und dann haben wir das Schreiben, das dann wohl rausgegangen ist. Das ist der zweite Entwurf vom 13.06.2006 - darauf hatten wir auch schon hier Bezug genommen -, wo Sie den Minister ausführlich unterrichten. Mich interessieren Änderungen in diesem Schreiben, die aufgrund von handschriftlichen Korrekturen vorgenommen wurden. In dem zweiten Entwurf heißt es auf Seite 3:

Die vorgelegte 2. Analyse beschreibt für die Ermittler nachvollziehbar einen Einzeltäter ...

Daraus wurde durch Korrekturen:

Die vorgelegte 2. Analyse beschreibt einen möglichen Einzeltäter ...

Also wurde diese Aussage zweimal abgeschwächt: Das „für die Ermittler nachvollziehbar“ flog raus, und „möglichen“ wurde vor „Einzeltäter“ eingesetzt.

Dann war in dieser Passage der Zusatz drin, dass der Täter

... in manchen Fällen auch zusammen mit einem weiteren Schützen ...

das Ganze vollzieht. Dieser Zusatz „in manchen Fällen auch zusammen mit einem weiteren Schützen“ fiel auch raus.

Können Sie uns die Gründe dafür nennen, warum man einmal abgeschwächt hat - nicht mehr gesagt hat: „für die Ermittler nachvollziehbar“ - und warum man das, wovon ja viele ausgehen - und heute wissen wir, es war so -, dass es sogar immer wohl zwei Täter und manchmal wahrscheinlich auch zwei Schützen gegeben hat - - Warum wurde das gestrichen?

**Zeuge Lothar Köhler:** Also, ich habe es nicht gestrichen, sondern ich hatte das ja entsprechend der Berichterstattung vom

Herrn Geier vom 30. Mai so dann auch formuliert. Und die Beweggründe, die den Mitzeichner, der diese Änderungen vorgenommen hat, veranlasst haben, diese Streichungen oder Veränderungen vorzunehmen: Das weiß ich nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben dann auch nicht mal Rücksprache genommen - das ist ja unter Kollegen doch nicht so unüblich, selbst wenn es im Über-/Unterordnungsverhältnis ist -, nach dem Motto: „Können wir dem Minister nicht die ganze Wahrheit zumuten, dass es möglicherweise zwei Täter sind, und dann die Frage kommt: Sind das dann noch Einzeltäter?“? Also, man macht sich doch Gedanken, wenn der eigene Text abgeändert wird.

**Zeuge Lothar Köhler:** Es ist nicht unüblich, dass Änderungen in Entwürfen vorgenommen werden. Ich denke, das werden Sie auch aus anderen Aktenstücken ersehen, die Sie bekommen haben. Nur allgemein ist es so, dass man - sagen wir einmal - bei solchen Vermerken eher zu einer vorsichtigen Darstellung neigt als zu einer - wie soll ich sagen? - scheinbar gesicherten und vielleicht etwas zu weit gehenden. Also man ist grundsätzlich eher vorsichtig bei dem, was man hier sozusagen in internen Vermerken auch an die Hausspitze letzten Endes dokumentiert.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und dann heißt es in dem Bericht unter „3. Bewertung“, also in dieser Ministervorlage - da steht der schöne Satz -:

Der [sic!] von der OFA Bayern aufgeworfene Einzeltätertheorie, nach der ein fremdenfeindliches Motiv näher ins Spektrum der Ermittlungen rückt, ist relativ heikel.

Dieses falsche Deutsch wurde nicht korrigiert. So ging das dann auch raus:

Der ... Einzeltätertheorie ... ist relativ heikel.

Was sollte es denn sagen an dieser Stelle? „Heikel“ für wen? Was wollte der Dichter uns damit sagen: „Der ... Einzeltätertheorie ... ist relativ heikel“?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich denke, das steht in Verbindung mit dem, was mit der

Medienstrategie in Verbindung zu bringen ist, nämlich dass, wenn man hier sozusagen vor dem Hintergrund dieser Arbeitshypothese an die Öffentlichkeit geht und sagt, es gibt möglicherweise einen fremdenfeindlich motivierten Serientäter, das für eine gewisse Beunruhigung sorgen könnte. Ich kann mir das nur aus diesem Zusammenhang erklären.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl: Die Medienstrategie wurde schon vorher abgehandelt -

**Zeuge Lothar Köhler:** Aber das Letzte ist ja die - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in diesem Schreiben. Da wurde schon vorher das gesagt, was Sie hier auch vorgetragen haben: Im Hinblick auf „Beunruhigungen“ unter „türkischen Kleingewerbetreibenden“ wurde - so heißt es hier -

... der Inhalt der 2. OFA-Analyse nur einem sehr begrenzten Personenkreis bekannt gegeben. Außerdem wurde die Hypothese im Rahmen von Medieninterviews bislang nicht besonders in den Mittelpunkt gestellt.

**Zeuge Lothar Köhler:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und in der Bewertung wird dann aber jenseits der Vermittlung einfach gesagt: „ist ... heikel“. Frage: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, muss man hier vorsichtig sein, weil es so ungeheuerlich wäre, dass so etwas geschieht?

**Zeuge Lothar Köhler:** Dieser Bewertungspart drückt ja die Haltung des Sachgebiets I C 5 aus, und zwar zu dem, was quasi vor diesem Bewertungspart berichtet wird. Und das war damals die Haltung des Sachgebiets, der Sachgebietsleitung, dass man das, was letzten Endes eine Veröffentlichung eines möglicherweise fremdenfeindlich motivierten Täters angeht, als insoweit heikel eingeschätzt hat, weil man nicht wusste, was es sozusagen für Sorgen und Unruhe in der türkischen Bevölkerung auslöst, obgleich es sich hier damals nur - aus heutiger Sicht sehen wir das alle anders - um eine Arbeitshypothese gehandelt hat, die ja auch in der Steuerungsgruppe, wie wir auch wissen, kontrovers diskutiert wurde und wo es nicht

unbedingt, sagen wir mal, überwiegende Auffassung wohl war, dass diese These tatsächlich so viel Gehalt hat. Nichtsdestotrotz ist sie von der BAO-Leitung ja als weitere Ermittlungshauptrichtung mit aufgenommen worden. Es ist extra Personal hinzugeführt worden, um dieser These weiter nachzugehen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Gibt es noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Ich habe auch gerade gehört, der Herr Beckstein stünde schon - erwartungsfroh, hoffe ich - vor der Ausschusstür. Dann würde ich jetzt - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine kleine Frage!)

- Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren ja relativ nah, in der Nähe des Ministers tätig, und es gibt ja immer wieder Vermerke von Ihnen oder Briefe von Ihnen für ihn. Haben Sie sich denn mal jetzt außerhalb dieser Vermerke - - Hat der Minister Sie mal angesprochen auf die Frage dieser neuen These oder dieses neuen Profils? Und kannten Sie denn das Profil im Einzelnen und haben mit ihm dann darüber gesprochen oder - ich sage mal - gerichtet, also das bewertet?

**Zeuge Lothar Köhler:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kannten die These, also Sie kannten das Profil gar nicht?

**Zeuge Lothar Köhler:** Ich kannte die Einzeltäterkonzeption, und ich kannte die Medienstrategie. Aber ich habe mit Herrn Minister Dr. Beckstein in dieser Angelegenheit nie persönlich gesprochen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann sind jetzt aber tatsächlich keine Fragen mehr vorhanden. - Dann bedanke ich mich beim Zeugen. Vielen Dank, Herr Köhler.

Dann unterbrechen wir jetzt für fünf Minuten und setzen dann die Sitzung mit der Befragung von Herrn Beckstein fort.

(Unterbrechung von  
14.02 bis 14.10 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die öffentliche Sitzung fort. Ich darf die Medienvertreter, soweit sie Kameras mit sich führen, bitten, den Saal zu verlassen. - Ich darf als Zeugen jetzt Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dr. Günther Beckstein begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Günther Beckstein**

Herr Beckstein, ich will Sie einleitend darauf hinweisen, dass es seitens des Ausschussesekretariates einen Tonbandmitschnitt Ihrer Vernehmung geben wird, der allerdings ausschließlich dazu dient, die Vorbereitung des stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn dieses dann gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Die erste Version des Protokolls wird Ihnen als Zeugen zugeleitet, mit der Möglichkeit, dort sachliche Unrichtigkeiten möglicherweise zu korrigieren oder Anmerkungen zu machen. Dafür haben Sie dann eine Frist nach Zugang von zwei Wochen.

Ich stelle fest, Herr Beckstein, dass, was Ihre heutige Vernehmung betrifft, eine Aussagegenehmigung der Bayerischen Staatsregierung vorliegt. Die ist ausgefertigt worden am 17. April 2012.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden und verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie diesbezüglich auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit,

aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss für ein entsprechendes Verfahren fassen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie zunächst bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift noch aktuell ist. Herr Beckstein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie erlauben, dass ein Landtagsabgeordneter die Bundestagskollegen so anspricht! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Dr. Günther Beckstein. Ich bin 68 Jahre alt, verheiratet, von Beruf Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter; das ist meine derzeitige Berufsbezeichnung. Adresse: dienstliche Adresse. Ich würde lieber meine Privatadresse angeben, weil sich mein Büro in Kürze ändert: [REDACTED].

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Ich denke, dass wir die genaue Adresse dann aus dem Protokoll entfernen können.

Herr Beckstein, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorhin bei der Begrüßung beim Reinkommen gefragt, ob Sie das wünschen, und Sie wünschen das. Das heißt, Sie haben jetzt zunächst das Wort, bevor wir dann mit der Befragung beginnen. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Vorsitzender, ich möchte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen - allerdings nicht nach den Maßstäben, die andere Innenminister gesetzt haben, vom zeitlichen Umfang.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Das war ja auf  
Bundestagebene!)

Am 22. November 2011 hat dieses Hohe Haus eine Entschließung gefasst, mit der es seiner Trauer um die Opfer der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ Ausdruck verleiht. Diesem Ausdruck von Trauer möchte ich mich hier und heute ganz deutlich anschließen. Aber nicht nur meine Trauer möchte ich bekunden, auch meine tiefe Bestürzung angesichts des unvorstellbaren Maßes an Brutalität, Hass und Menschenfeindlichkeit, mit dem die Terrorgruppe auf ihre Opfer losgegangen ist. Und auch das möchte ich heute ausdrücklich sagen, zuerst als Mensch persönlich, dann aber auch als ehemaliger bayerischer Innenminister: Es schmerzt mich, und ich bedaure es sehr, dass es den zuständigen Ermittlern in Bayern und außerhalb Bayerns nicht gelungen ist, diese Mörderbande beizeiten dingfest zu machen und Morde zu verhindern, dass es nicht gelungen ist, den Bedürfnissen des Staates und der Angehörigen nach Aufklärung gerecht zu werden. Den Angehörigen der Opfer gilt mein aufrichtiges Mitgefühl.

Dieses Mitgefühl empfinde ich im Übrigen nicht erst seit dem Wissen um die Terrorgruppe, sondern bereits seit dem 9. September 2000, als der erste Mord in Nürnberg verübt wurde, direkt vor meiner Haustüre. Von Anfang an haben mich diese Morde umgetrieben. Von Anfang an habe ich den Kontakt zur türkischen Community und zu Vertretern der Türkei gesucht. Von Anfang an habe ich als Minister um Auskunft und Rücksprache gebeten, um sicher zu sein, dass alles Menschenmögliche zur Aufklärung dieser Morde unternommen wird.

Diese Mordserie war der Fall, der mich in meinem ganzen Leben als Innenminister am meisten bewegt und beschäftigt hat, noch stärker als der Untersuchungsausschuss „Plutonium“; da waren parlamentarische Diskussionen. Aber Sie wissen, wenn Sie die Unterlagen gesehen haben, Frau Dr. Högl, wie intensiv ich mich selber um diese Fragen gekümmert habe. Ich war natürlich nicht derjenige, der die Ermittlungen geführt hat. Geachtet habe ich aber darauf, dass ordentlich gearbeitet wurde, dass die Grundbedingungen für eine Zusammenarbeit zwischen den Behörden gegeben waren und dass die personellen Ressourcen, soweit möglich, gestimmt haben. Auch habe ich mich regelmäßig über den generellen Fortlauf der Ermittlungen unterrichten lassen.

Ich betone: Wir haben den größtmöglichen Aufwand betrieben, um diese Mord-

serie aufzuklären. Zeitweise waren weit über 100 Leute mit diesem Fall betraut. Die Beamtinnen und Beamten haben Millionen von Verbindungsdaten gerastert und Zigtausend Videoaufnahmen überprüft. Tausende von Spuren wurden überprüft, Hunderte Aktenordner kamen zusammen. Es war keine einzige heiße Spur darunter.

Ich begrüße es, dass der Deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat, um Licht ins Dunkel um den Gesamtkomplex „Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund““ zu bringen. Dieser Ausschuss hat eine besondere, eine multiple Verantwortung der Aufklärung: eine Verantwortung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen, eine Verantwortung, dass Demokratie sich gegenüber Bedrohungen wehrhaft zeigen muss. Für politische Winkelzüge ist dieser Untersuchungsausschuss aufgrund dieser hohen ethischen Verantwortung nicht der Ort. Trotzdem wird sicher die eine oder andere politische Kontroverse sein. Das gehört einfach auch dazu. Nein, selbstverständlich. Sie dürfen mir aber abnehmen, dass ich, wenn ich meine Meinung sehr dezidiert sage, mir dieser Verantwortung bewusst bin, weil es darum geht: Wie kann man so etwas wieder verhindern?

Was ich an Beitrag zur Arbeit dieses Ausschusses leisten kann, leiste ich gerne und vorbehaltlos, nach bestem Wissen und nach bester Erinnerung. Das ist auch übrigens der Grund gewesen, warum ich, wie meine Fraktion, nicht Filmaufnahmen haben wollte, weil ich sonst - ich sage das völlig ungeniert -, wenn hier Fernsehkameras wären, für Phoenix, die Zuschauer und den Fernsehsender gesprochen hätte. Ich weiß aber: Ich will diese Verantwortung Ihnen gegenüber wahrnehmen. Ich bin selber fast 40 Jahre Parlamentarier und nehme diese parlamentarische Verantwortung ernst. Und deswegen will ich aus diesem Respekt nicht für die Öffentlichkeit reden, sondern für Sie.

Ich werde trotzdem einige Fragen nicht mehr detailliert beantworten können. Dafür bitte ich um Nachsicht. Die Ereignisse sind im Schwerpunkt länger als fünf Jahre, teilweise mehr als zehn Jahre zurückliegend. An manches erinnere ich mich schlechthin nicht. Der Aktenbestand des Bayerischen Staatsministeriums des Innern ist mir im Zuge meiner Vorbereitungen nicht vollständig zur Kenntnis gelangt, weil ich als Einzelner nur eine begrenzte Menge an Akten verarbeiten kann und im Übrigen auch nicht mehr Herr



der Akten bin. Ich sage auch ganz offen - ich war ja schon bei mehreren Untersuchungsausschüssen -: Ich erlebe das erste Mal, wie es ist, wenn man sich selber im Wesentlichen vorbereitet und nicht 20 Leute hat, die einem zuarbeiten. Ich habe einen Mitarbeiter, der mir geholfen hat. Aber als Innenminister war es so, dass es dann immer Rundumkasko ohne Selbstbeteiligung war. Jetzt ist das anders, und ich merke, welche Begrenzungen einfach auch vom Zeitlichen damit verbunden sind. Und andere Akten, etwa Ermittlungsakten zum Beispiel von der BAO „Bosporus“ oder anderer Bundesländer oder Akten von Bundesbehörden, konnte und wollte ich sowieso nicht einsehen.

Sie wissen, dass ich fünf Jahre Staatssekretär und 14 Jahre Innenminister war, bevor ich Ministerpräsident geworden bin, und ich lege Wert darauf - der Untersuchungsausschussauftrag, zu dem ich ja insgesamt rede, beinhaltet ja auch insgesamt die Frage „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ -: Ich bin von Anfang an auf das Schärfste gegen Rechtsextremismus vorgegangen, weil ich es für den Staat und unsere Demokratie von existenzieller Bedeutung halte, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, der gegen die Menschenwürde verstößt, gegen Grund- und Gleichheitsrechte, der übrigens auch nichts mit einem anständigen Patriotismus zu tun hat, sondern den Patriotismus in den Schmutz zieht. Es war die Verpflichtung aus unserer Geschichte, sich dem Rechtsextremismus besonders zu stellen; aber ich habe auch zwei persönliche Gründe, die ich hier auch vorbringen will.

Erstens. Rechtsextremismus bedeutet Antisemitismus, den ich zutiefst verabscheue. Ich habe alles darangesetzt, dass jüdisches Leben in Deutschland nach dem Holocaust wieder gestärkt wird. Es war mir ein großes persönliches Anliegen, dass die Ohel Jakob Synagoge in München errichtet werden konnte. Das war ein Staatsvertrag, den wir zwischen der Staatsregierung und dem Landesverband der Israelitischen Kulturgemeinden abgeschlossen haben. Zum Teil unzuständig als Innenminister, aber zum Teil zuständig als Ministerpräsident habe ich mich da sehr eingesetzt. Mein letzter Termin als Ministerpräsident, bevor ich abgetreten bin, war die Unterzeichnung der Novelle des Staatsvertrags zwischen Staatsregierung und Landesverband.

Und ich verhehle auch gar nicht, dass ich ein Stück stolz darauf bin, dass ich verschie-

dene hohe jüdische Auszeichnungen erhalten habe. Und ohne dass ich allzu stark in die Gefahr der Selbstbeweihräucherung kommen will - ein bisschen haben wir Politiker immer das Gefühl; aber ich will das zurückhaltend machen -, will ich einige Sätze aus der Laudatio von Frau Knobloch vorlesen, als sie mir das Shield of Keren Hayesod, eine hohe Auszeichnung, vor wenigen Wochen verliehen hat. Ich zitiere Frau Knobloch:

Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Juden in Deutschland in Sicherheit und in Frieden leben können. Das betrifft insbesondere Ihren intensiven Einsatz gegen Rechtsextremismus. Mehr denn je wissen wir heute, wie wichtig und richtig Ihre Null-Toleranz-Strategie und Ihr rigoroses Durchgreifen gegen rechte Gewalt und neonazistische Machtdemonstrationen waren. Sehr früh haben Sie, früher als zu viele andere, unsere Warnungen ernst genommen. Sie haben erkannt, welche Ausmaße der braune Sumpf auch hier in Bayern, aber in der gesamten Bundesrepublik Deutschland anzunehmen drohte und, wie wir heute wissen, leider schließlich annehmen konnte. (?)

Weiter will ich es nicht zitieren, weil es sonst zu weit führen würde.

Und der zweite persönliche Grund ist: Rechtsextremismus bedeutet Fremdenfeindlichkeit, die ich nicht minder verabscheue. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, dass ich von Neubürgern einen aktiven Integrationsbeitrag und die Befolgung von Recht und Gesetz erwarte. Ich bin deswegen vor allem in Deutschland, weniger in der Türkei, dafür kritisiert worden. Hinter diesen Grundsätzen, Integration zu verlangen, stehe ich auch heute, übrigens auch die große Mehrheit der Bevölkerung. Es darf keine Zuwanderung ohne Integration geben. Es darf keine Parallelgesellschaften geben. Es darf in einem demokratischen Rechtsstaat keine Laxheit bei der Anwendung von Recht und Gesetz geben.

Im Gegensatz zu vielen anderen Politikern habe ich aber nicht nur über Zuwanderer und insbesondere Türken oder türkischstämmige Deutsche geredet, sondern vor allem auch mit ihnen. Das hat zu zahlreichen Reisen geführt - über 30-mal in die Türkei. Ich habe enge Freundschaften in die türkische Community hinein. Ich bin seit vielen

Jahren Schirmherr bei einem Ereignis, das mir sehr wichtig ist, dem Deutsch-Türkischen Medizinerball, dem Austausch zwischen Medizinerinnen aus dem Raum Erlangen/Nürnberg und Antalya. Aber auch sonst habe ich viele Kontakte. Ich habe zur DITIB enge Kontakte. Ich bin da - ich sage einmal - Ehrenmitglied geworden, was für ein Mitglied der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands etwas Besonderes ist. Und außerdem: Diese Verbindungen führen immer noch zu erfreulichen Terminen. Ich bin vor einiger Zeit mit dem Deutsch-Türkischen Freundschaftspreis ausgezeichnet worden. Nachfolgerin war übrigens Claudia Roth, und es war eine besonders schöne Sache, dass ich dann der Laudator für Claudia Roth sein durfte.

Aber aus diesen Begegnungen - um das wieder völlig ernst zurückzuführen - mit Türken weiß ich, welche ungeheure Verunsicherung insbesondere bei türkischen Kleingewerbetreibenden die Mordserie zur Folge hatte. Diese ganz persönliche Prägung ist auch der Grund dafür, dass ich nicht nur aus Pflichtgefühl, sondern auch aus fester innerer Überzeugung stets strikt gegen den Rechtsextremismus vorgegangen bin. Ich darf etliche Beispiele nehmen, weil ich auch der Auffassung bin, dass für alle Politiker der Kampf gegen Rechtsextremismus eine zentrale Aufgabe ist. Nur damit es deutlich ist: Ich habe mich auch immer hart gegen Linksextremismus ausgesprochen. Das relativiert nicht, und man darf es nicht gegeneinander aufrechnen. Aber ich will es erwähnen, damit mir dann nicht gesagt wird: Heute redest du und - - An anderer Stelle habe ich mich beispielsweise natürlich für die Überwachung der Linken,

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Aber nicht der  
Partei!)

zum Beispiel - - Nein, Frau Bulling-Schröter ist nicht da. Frau Kollegin Pau, manches habe ich dienstlich über Sie gelesen.

(Heiterkeit)

Aber Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine zentrale Aufgabe.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Waren Sie nun  
für oder gegen die Überwachung  
der Linken? Das habe ich nicht ver-  
standen!)

Und dass wir diesen Rechtsextremismus - - Und ich sage „wir“, weil es nicht nur mir als Leitungsperson, sondern auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also jedenfalls den Beamten, eigentlich in Fleisch und Blut übergegangen sein muss, ganz klar zu sagen, dass wir eine ganz gezielte Arbeit gegen Rechtsextremismus auch machen.

Das, was mich auch bewegt, ist, dass die mit den Ermittlungen beauftragten Beamtinnen und Beamten und Mitarbeiter mit unglaublichem Eifer gearbeitet haben und trotzdem kein Erfolg erzielt wurde. Das ist etwas, was auch mich heute noch bewegt. Da waren Millionen von Daten, Hunderte Aktenordner, Handys, Bankautomaten gerastert. Vieles von dem werden nicht alle hier in dem Raum als besonders vorbildlich ansehen. Wir werden uns da noch über manches auseinandersetzen.

Ich bin mir auch darüber klar, dass wir eine Fehleranalyse brauchen. Ich sage Ihnen aber auch - ich bin ja seit Oktober 2007 nicht mehr dienstlich mit diesen Vorgängen betraut; aber was ich jetzt in den letzten Monaten in den Zeitungen gelesen habe -: Ich sehe keinen substanziellen Fehler bei den Ermittlungen der bayerischen Behörden bei dem Versuch der Aufklärung der Mordtaten ab September 2000. Ich rede bewusst nicht über die Zeit von 98 bis 2000, was auch in anderen Bundesländern gelaufen ist, verhehle nicht, dass ich da Fragen habe, ob tatsächlich, wenn gegen jemanden wegen Sprengstoffdelikten ermittelt wird - - dass das letztlich praktisch irgendwie versickert, ohne dass man die Täter hat. Da gibt es Fragen. Und ich weiß, dass diese Fragen auch in Thüringen ernsthaft gestellt worden sind. Aber es ist nicht meine Aufgabe, zu anderen Ländern etwas zu sagen, zumal ich das auch nur aus der Zeitung kenne. Ich habe meine Aufgabe mit den bayerischen Behörden.

Da kann ich nur sagen: Die besondere Schwierigkeit dieses Falles war, dass es keinerlei Spuren gegeben hat mit Ausnahme der Opfer und des Projektils, das in dem Körper der Opfer war oder aus dem Körper ausgetreten war. Es gibt keine DNA-Spuren, es gibt keinerlei Spuren von irgendwelchen Auseinandersetzungen, es gibt nicht einmal die Patronenhülsen aus den Projektilen, weil wahrscheinlich aus einer Einkaufstasche heraus geschossen worden ist, sodass die Projektilhülsen von den Tätern wieder mit weggenommen worden sind.

Es gibt also damit keine<sup>1</sup> objektiven Spuren, und das war eine ganz große Schwierigkeit. Diese Schwierigkeit sehe ich übrigens selbst heute noch. Ich bin überzeugt, jedenfalls nach dem, was ich aus Medien weiß, dass bis heute noch nicht alles aufgeklärt ist. Wir wissen nicht, warum die Mordserie einmal 2001 bis 2004 unterbrochen war, warum seit 2007 - ich sage: Gott sei Dank - es unterbrochen war. Ich hoffe, dass der aufgebaute Ermittlungsdruck einer der Gründe dafür war; man weiß es nicht. Ich verhehle auch nicht, dass ich immer noch, auch wenn Sie im Ausschuss da möglicherweise Beamte - jedenfalls nach dem, was ich gelesen habe - und auch mich vielleicht kritisieren - - Ich bin überzeugt, dass irgendwas im Nürnberger Raum da sein muss. Wir können das nachher im Einzelnen hinterfragen.

Speziell zu den vielfach der Untätigkeit gescholtenen Beamtinnen und Beamten des LfV, des Landesamts für Verfassungsschutz, möchte ich sagen, dass das Landesamt mit großem Aufwand wie auch partiell mit großem Erfolg die rechte Szene in Bayern beobachtet hat; die ermitteln nicht, die beobachten. Aber auf das NSU-Trio gab es in Bayern keine hinreichenden Hinweise.

Ohnehin gab es schon vor 2006 Quellenbefragungen der rechtsextremen Szene zu einem möglichen rechtsextremen Hintergrund der Mordserie. Ich selber habe leider nicht mehr in den Akten irgendetwas gefunden, ich kann es auch zeitlich nicht mehr präzise sagen; aber ich weiß absolut sicher, dass ich selber auch gefragt habe: Was ist denn in der rechtsextremen Szene los? Dann ist mir erklärt worden nach Überprüfungen, die gelaufen sind - wie das halt bei einer Behörde dauert; das hat einige Zeit gedauert -, als das Ergebnis - - Aber noch mal: Ich kann es nicht verifizieren; Unterlagen habe ich keine gefunden dazu, und ich kann es nicht mehr hundertprozentig zeitlich terminieren. Es dürfte aber auf jeden Fall nicht vor 2003 gewesen sein. Da ist mir gesagt worden, auch in der rechtsextremen Szene sind die Türkenmorde kein Thema. Ich erinnere mich, dass die Formulierung „Unsere Kameraden haben nichts damit zu tun“ etwa gekommen ist.

Der Austausch zwischen LfV und BAO „Bosporus“ hätte besser sein können, vor allem schneller. Aber Sie werden mich da sicher etwas genauer noch löffeln. Ich meine, dass das, jedenfalls nach dem, was ich an Eindruck hatte, gelaufen ist; ich kann

jedenfalls nichts Gegenteiliges sagen. Ich will auch hier bei dieser Gelegenheit sagen, weil ich weiß, dass auch die Tätigkeit dieses Ausschusses, aber vor allem auch andere öffentliche Äußerungen bei vielen Beamtinnen und Beamten ein ganz seltsames Gefühl hinterlassen: Es haben viele Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes extrem intensiv gearbeitet. Ich weiß, dass etliche Urlaube verschoben haben, feiertags, manchmal auch nachts gearbeitet haben, viele Überstunden angefallen sind, außerordentlich kreativ waren, vielleicht auch kreativer, als mancher in diesem Raum es für richtig hält, und dass sie trotzdem jetzt sich zu Unrecht an den Pranger gestellt fühlen, so nach dem Motto: Sie wollten einfach nichts arbeiten. Ich sage Ihnen: Ich war lange Jahre Dienstherr und sehe mich verpflichtet, dass ich sage: Insgesamt ist hier mit größtem Einsatz gearbeitet worden, und die Tragik des Falles ist, dass aus der vielen Arbeit keine einzige heiße Spur gekommen ist.

Natürlich ist dieser Dank, den ich an die Ermittler jetzt mal pauschal sage, nicht die Verhinderung, etwaiges individuelles Fehlverhalten aufzuklären oder systemische Probleme anzusprechen; das muss selbstverständlich sein. Aber ich halte es für meine Pflicht als ehemaliger Chef dieser Behörde oder der Behörden, muss man sagen, für außerordentliche Einsatzbereitschaft und wenn auch letztlich erfolglose Kreativität ein Dankeschön zu sagen.

Zu den Maßnahmen gegen Rechtsextremismus will ich noch etwas sagen. Wir haben seit den 90er-Jahren die Republikaner, die Rechtsextremen<sup>2</sup> beobachtet, systematisch beobachtet. Ich selbst war bei den Beschlüssen der Beobachtung der Repts ganz entscheidend mit dabei als Staatssekretär. Seit den 90er-Jahren erstellen wir Lagebilder zur extremistischen gewaltbereiten Szene in enger Abstimmung mit Verfassungsschutz und Polizei. Seit den 90er-Jahren setzen wir den IMK-Katalog zur Bekämpfung der rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Kriminalität konsequent um.

Skinheadkonzerte und Rechtsextremistenaufmärsche oder Versammlungen werden unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten verhindert. Ich sage aber hier: Leider hat das Bundesverfassungsgericht eine Rechtsprechung, die dem Versammlungsrecht auch von Extremisten einen außerordentlich hohen Stellenwert zumisst. Ich

<sup>1</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>2</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

halte diese Rechtsprechung für problematisch; jedenfalls für die polizeiliche Praxis ist sie verheerend. Aber das Bundesverfassungsgericht sagt, Rechtsextremisten dürfen demonstrieren, solange sie nicht verboten sind. Wir haben in vielen Fällen deswegen mit diesen Schwierigkeiten zu tun.

Das bayerische Innenministerium hat mit meiner Zustimmung den „Nationalen Block“ 1993 verboten. Wir haben 1993 den Rechtsextremisten Irving aus Bayern, aus Deutschland ausgewiesen. Wir haben 1994 ein 15-Punkte-Programm zur inneren Sicherheit aufgelegt unter anderem mit dem Schwerpunkt „Kein Spielraum für Extremisten“.

1994 hatte ich Weisung erteilt - eine der wenigen schriftlichen Weisungen, die ich erteilt habe -, dem Rechtsextremisten Frey seine Waffenerlaubnis zu entziehen, weil es mir nie eingeleuchtet hat, dass deswegen, weil der Rechtsextremist von Linksextremisten bedroht wird, er ein Bedürfnis für eine Waffe hat und wir dem anständigen Bürger die Waffenerlaubnis verweigern. Ich habe allerdings erleben müssen, dass die rechtliche Beurteilung meiner Mitarbeiter richtig war, dass das nicht bei den Gerichten hält. Aber ich habe dann mitwirken dürfen an einer Gesetzesänderung, die bei Leuten, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden, eine Regelunzuverlässigkeit annimmt. Also das bedeutet, dass das Rückspiel dann schon stattgefunden hat.

1994 wurde das Verfassungsschutzgesetz im Bereich des Einsatzes technischer Mittel zur Informationshebung in Wohnungen und Büros zur Beobachtung des Rechtsextremismus geändert. 1994 haben wir, hat das Bundesinnenministerium die „Wiking-Jugend“ verboten; wir haben mitgewirkt. 1995 Verbot der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“, 1996 wurde das Personal im Landesamt für Verfassungsschutz im Bereich Rechtsextremismus unter meiner Verantwortung um 50 Prozent aufgestockt. 1996 haben wir den rechtsextremen „Skinhead Allgäu“ verboten, 1999 haben wir es geschafft, die Skinheadszene München Süd zu zerschlagen, 1999 hat Bayern im Bundesrat einen Gesetzesantrag eingebracht, der bewirken sollte, dass Straftaten Heranwachsender in der Regel nach allgemeinem Strafrecht geahndet werden und die Höchstgrenze für schwere Straftaten Heranwachsender von 10 auf 15 Jahre angehoben wird. Weil viele Rechtsextremisten zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, wäre diese leider abgelehnte Initiative

ein wirksamer Schlag gegen Rechtsextremismus geworden.

2000 haben wir einen Ministerratsbeschluss gegen verschiedene Formen des Rechtsextremismus gehabt, unter anderem die Verbesserung der Überwachungsmöglichkeiten durch eine entsprechende Gesetzesänderung<sup>3</sup>. 2000 habe ich die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe angeregt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus mit dem Fokus auf der Zielgruppe Schüler und Jugendliche. Das sollte nicht nur allein repressiv sein, sondern wir wollten, weil es bei jungen Menschen einen oft - aus meiner Jugendzeit weiß ich das - oder manchmal mangelhaften Staatsbürgerunterricht gibt, von vornherein junge Menschen immunisieren gegen Rechtsextremismus.

Im Oktober 2000 hat die IMK unter unserer Mitwirkung die Bekämpfung des Rechtsextremismus als wichtiges Thema gehabt und zum Beispiel Fahrverbote als eigenständig verhängbare Sanktion nach einer extremistisch motivierten Straftat eingesetzt<sup>4</sup>, unabhängig, ob bei dem Delikt ein Kraftfahrzeug benutzt worden ist. 2000 wurden<sup>5</sup> die Gruppierungen „Blood & Honor“ und „White Youth“ durch das BMI im Zusammenhang mit dem Staatsministerium des Inneren verboten.

In 2001 habe ich massiv bei dem Antrag auf ein NPD-Verbot mitgewirkt. Es ärgert mich heute noch, dass dieser Antrag gescheitert ist. Ich sage ganz offen: Ich halte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für einen Fehler, übrigens - deswegen traue ich mich, das hier zu sagen - in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Verfassungsrichter damals. Es war ja nur, dass die qualifizierte Mehrheit nicht erreichbar war und dass Dissenting Opinion war, dass die Einstellung des Verfahrens von der Mehrheit für falsch gehalten worden ist, von mir dezidiert.

Warum wollte ich das Verbot? Weil die NPD sich ganz eindeutig nach meiner Überzeugung verändert hat, auch den Schulterchluss zu den Gewaltbereiten gesucht hat. Ein enger Freund, der einer anderen Partei in Nürnberg angehört und bei der Jüdischen Gemeinde aktiv ist, spricht immer von der Schlipsfraktion bei der NPD - das sind diejenigen, die öffentlich auftreten -, und der Gewalt- und Schlägerfraktion, die unten sind. Deswegen wäre auch heute ein NPD-Verbot aus meiner Sicht sehr anzustreben, allerdings nur dann mit Erfolg, wenn das Verfassungsgericht seine übertriebenen Hürden

<sup>3</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>4</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>5</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

reduziert. Sonst erleidet man wieder eine Bauchlandung.

2001 haben wir ein Aussteigerprogramm für Rechtsextreme aufgelegt, und 2003 haben wir die Anschlagpläne des Rechtsterroristen Martin Wiese und der „Kameradschaft Süd“ auf das Jüdische Gemeindezentrum aufgedeckt und vereitelt. Ich will diesen Fall ein Stück noch erläutern, weil er viele Verfahrensweisen zwischen Behörden zeigt. Es war folgendermaßen: Der Verfassungsschutz war in der Szene des Rechtsextremismus und hat einen V-Mann gehabt, der um den Wiese herum eingesetzt war, und ist mit dem Wiese zu einem Kauf einer Pistole entweder nach Ostdeutschland oder nach Polen gefahren; das habe ich nicht mehr genau in Erinnerung. Die Folge war, dass der Verfassungsschutz zu Recht gesagt hat, er darf bei weiteren Reisen des Wiese nicht mehr dabei sein, weil dort eine Straftat passiert ist. Es werden zwar Propagandastraftaten in gewissem Umfang von V-Leuten geduldet, aber zum Beispiel ein Verstoß gegen Waffenrecht nicht. Wir haben dem betreffenden V-Mann nicht mehr gestattet, dass er mit dem Wiese unterwegs ist. Allerdings war er in dem Umfeld weiter tätig und hat dann festgestellt, dass Wiese über 10 Kilo Sprengstoff irgendwo eingekauft hat, um einen Anschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum zu planen.

Der Fall ist dann abgegeben worden vom Verfassungsschutz an die Polizei. Die Polizei hat dann eine Wohnraumüberwachung geschaltet. Ich sage das ganz bewusst: Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit in diesem Raum diese Maßnahme für überzogen gehalten hätte, weil der Wohnraum auch den Schlafrum mit umfasst hat. Wir könnten das heute nicht mehr machen, weil das Verfassungsgericht gesagt hat, es bleibt immer ein bestimmter Kernbereich geschützt. Aber nur aus dieser Wohnraumüberwachung, die geschaltet worden war, konnten wir feststellen, wo die, wenn ich es recht in Erinnerung habe, 14 Kilo Sprengstoff lagen, die eigentlich für den Anschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum, die Eröffnungsfeier mit Prominenz aus Deutschland, dem Bundespräsidenten, ich glaube, der Kanzlerin oder - - Ich weiß nicht mehr, wer das damals war; 2003 müsste es Schröder gewesen sein. Jedenfalls ein ganzer Stall von Bundesministern und Landesministern war da und international. Es wäre furchtbar gewesen, auch für den

Ruf Deutschlands in der Welt, wenn ausgerechnet in München - Stichwort 1972, Olympiade - wieder ein Anschlag gewesen wäre. Durch diese Maßnahme Wohnraumüberwachung ist es gelungen, das zu verhindern. Verfassungsschutz hat Hinweise, und die Ermittlungen macht dann Polizei<sup>6</sup>.

2004 haben wir die rechtsextremistische „Fränkische Aktionsfront“ verboten. 2005 ist dann das Versammlungsrecht geändert worden wegen der Heiß-Gedenkmärsche in Wunsiedel. Ich selber war, glaube ich, auch mehrfach hier in diesem Haus, um die Gespräche zu führen. Auch habe ich<sup>7</sup> 2005 massiv mit angeschoben, als es um die Gründung des erfolgreichen bayerischen Bündnisses „Für Toleranz - Demokratie und Menschenwürde schützen“ gegangen ist. Der damalige evangelische Landesbischof Friedrich hat sich da wunderbar eingebracht. Wir haben eine Projektstelle in Bad Alexandersbad ein Stück mitfinanziert, weil es wirklich auch nicht darum geht, alles über Polizei oder Sicherheitsbehörden zu machen, sondern wir müssen schauen, wie wir die Gesellschaft, junge Leute immunisieren. Wir haben eine Aufklärungskampagne „Wölfe im Schafspelz“ gemacht, um Schüler, insbesondere junge Leute gegen Extremismus zu immunisieren.

Ich selber habe auch eine große Anzahl von Reden gehalten - zum Beispiel bei einer Demonstration gegen die NPD -, und als Ministerpräsident auch mitgewirkt. Ich zitiere aus der Pressemitteilung:

Wir stehen hier zusammen für den Grundkonsens aller demokratischen Kräfte, dass menschenverachtende und antidemokratische Kräfte in Deutschland niemals mehr Macht erlangen. Ich danke Ihnen, dass Sie heute gemeinsam mit uns auf die Straße gegangen sind, um Farbe zu bekennen, um Gesicht zu zeigen. Sie alle beweisen den Feinden der Demokratie: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Wir werden niemals untätig zusehen, wie Rechtsextremisten unsere Stadt missbrauchen.

Das alles ist ein Ausschnitt aus einer umfangreichen Tätigkeit. Ich bitte um Verständnis, wenn ich sage: Die immer wieder aufscheinende Mär von den Bayern, die auf dem rechtsextremistischen Auge blind waren oder sind, ist vor diesem Hintergrund unvertretbar; ich persönlich empfinde sie sogar zum Teil als infam.

<sup>6</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>7</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

In dem Zusammenhang - das wird sicherlich noch eindrucksvoller hinterfragt werden -, dass die Spur 195 nicht weiter verfolgt werden sollte, will ich gerade hier ein paar persönliche Notizen ansprechen, die bei den Unterlagen sind, die Sie kennen. Zum Bericht der *Nürnberger Zeitung* vom 12. September 2000 zum ersten Mord der Serie notiere ich: Bitte mir genau berichten, ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar? - Warum *Nürnberger Zeitung* und keine Weltzeitung? Ich wohne in Nürnberg. Die *Nürnberger Zeitung* ist die kleine konservative Zeitung, während die große nicht unbedingt unsere politische Richtung hat. Darum habe ich natürlich als Allererstes, wenn ich früh aufstehe, meine *Nürnberger Zeitung* gelesen, und weil es der erste Bericht war, habe ich das daraufgeschrieben.

Aber am 9. Mai ist eine Notiz handschriftlich an die Abteilung I C, die Polizeiabteilung, gegangen: Türkenmordserie - ich habe immer von Türkenmordserie gesprochen und nicht die unterschiedlichen Bezeichnungen genommen; ob das allerdings besser oder schlechter ist, wage ich nicht zu sagen, es ist halt eine dienstinterne Bezeichnung gewesen -, bitte mir zu berichten, wie Sachstand ist. Wie können Ermittlungen beschleunigt werden, sodass alle Spuren abgearbeitet sind? Koordination über LKA, PP München, Verstärkung der BAO? - Am 13. Mai 2006 - vor der Profilerthese des Herrn Horn, 13. Mai - frage ich handschriftlich: Könnte bei den Türkenmorden Fremdenfeindlichkeit das Motiv sein? - Auf diese Notiz hin teilt man mir umgehend mit, dass Fremdenfeindlichkeit als Motiv aktueller Gegenstand der OFA, der Operativen Fallanalyse, ist, und es wird gebeten, eine Zeit lang zu warten, bis die berichten, sodass die von mir verlangte Rücksprache dann eine Zeit lang verschoben worden ist. Sie hat dann im Juni stattgefunden, wo mir dann mitgeteilt worden ist, dass neben der organisierten Kriminalität, der Organisationstheorie, auch die Einzeltätertheorie kommt. Also, von daher sage ich: Wir haben wirklich in alle Richtungen ermittelt.

Die Frage kommt da und dort nach der Kollektivschuld der bayerischen Behörden. Lange Zeit hat die Organisationstheorie an der ersten Stelle gestanden; aber das war ja nicht im luftleeren Raum. Es hat ja verschiedene Hinweise nicht zuletzt von türkischer Seite gegeben. Heute wissen wir, dass man sich das hätte alles sparen können. Aber kann nur ein Einziger in diesem Saal von

sich sagen, er hätte als ermittelnder Beamter real vorhandene Hinweise zugunsten einer zunächst nicht sichtbaren anderen Spur einfach ignoriert? Das wäre falsch gewesen, so paradox es heute klingt, zumal diese nicht sichtbare Spur auch die Annahme eines neuartigen, bisher unbekanntem Terrors von Rechts bedingt. - Herr Vorsitzender, ich darf Sie zitieren nach der *Zeit*:

Edathy versuchte selbst eine Antwort: „Weil wir alle es uns einfach nicht vorstellen können. Wir konnten bisher keinen organisierten rechten Terror mit Mordopfern. Es ist einfach etwas völlig Neues, Unbegreifliches, was wir da sehen.“

Es kommt hinzu die Frage, kein Bekenner schreiben oder keine sonstige Botschaft. Das ist nicht zwingend, weil es bei Fremdenfeindlichkeit nicht immer Bekenner schreiben gab. Bei terroristischen Fällen ist eigentlich ein Bekenner schreiben oder irgendwas, was darüber hinaus noch Terror erzeugt, eher die Regel. Aber es hat dazu nichts gegeben.

Ich nehme gerade im Eingangsstatement einige Dinge eben schon auf, die auch nach den Medien intensiv hier diskutiert worden sind. Ich würde mir komisch vorkommen, wenn ich nicht das aufnehme. Ich selber habe natürlich in der Regel die Medien verfolgt, zum Teil auch die Homepage des Bundestags, wo ja dann immer berichtet worden ist, was hier gewesen ist.

Es hat eine Rolle gespielt ein Vermerk des Herrn Leitenden Kriminaldirektors Geier zu einem Gespräch am 20. Juni 2006, das, wie es sich für ein Beweisstück gehört, in der *ZDF-Mediathek* im Internet landete, wo ich es dann einsehen konnte. Der entscheidende Satz auf diesem Zettel lautet: „Minister sieht Einzeltätertheorie als kritisch für die Öffentlichkeit“. Dann folgt ein<sup>8</sup> Pfeil: „Angst der türk. Bevölkerung“. Also, dass ich insgesamt von Anfang an auch die Mitberücksichtigung von Fremdenfeindlichkeit gesehen habe, ist klar. Aber ich sehe überhaupt nicht, dass ich da in irgendeiner Weise, jetzt sage ich mal, was verhindert hätte oder verhindert haben wollte; denn der Herr Geier wird noch Ende Mai selber in der *Nürnberger Zeitung* wiederum zitiert:

Polizei wirbt um Vertrauen bei der türkischen Bevölkerung  
...

<sup>8</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

„Wir haben keine eindeutige Ermittlungsrichtung“ ...

Der Pressechef des Innenministeriums hat mich darauf hingewiesen, dass dieser Artikel Ausfluss eines Gesprächs von Herrn Geier mit der *dpa* gewesen ist.

Unter dem 13. Juni entsteht ein Sachstandsbericht der Abteilung I C, in dem über die beiden neuerdings nebeneinander bestehenden Ermittlungsrichtungen „organisierte Kriminalität“ und „fremdenfeindlicher Einzeltäter“ berichtet wird. Ich zitiere zwei längere Passagen aus diesem Bericht:

Mit Datum vom 09.05.06 legte die OFA Bayern ihre zweite Analyse vor. Darin kommen die Beteiligten zu einer weiteren Arbeitshypothese, die von der BAO „Bosporus“ zwar ständig als eine der möglichen Motivlagen gesehen wurde,

- ich wiederhole: „als eine der möglichen Motivlagen gesehen wurde“ -

nach dem jetzt bekannt gewordenen Analyseergebnis allerdings gleichrangig neben der sogenannten Organisationstheorie gesehen werden muss. Aus diesem Grunde wird auch das Ermittlungspersonal für diese Ermittlungshypothese Einzeltätertheorie aufgestockt, weil das bisherige Personal mit den Aufgaben der Organisationstheorie ausgelastet ist.

Weiter unten heißt es:

Im Hinblick auch<sup>9</sup> darauf, dass im Falle des Bekanntwerdens des bislang lediglich als Arbeitshypothese verfolgten, bisher aber nicht mit konkreten Beweisen belegten Ergebnisses der zweiten OFA-Analyse vor allem unter türkischen Kleingewerbetreibenden Beunruhigung verursachen könnte, wurde der Inhalt der zweiten OFA-Analyse nur einem sehr begrenzten Personenkreis bekannt gegeben. Außerdem wurde die Hypothese im Rahmen von Medieninterviews bislang nicht besonders in den Mittelpunkt gestellt.

Also das war von der Kommission Geier seinerseits dem Innenministerium vorgelegt. Die Sorgen, passt auf, das ist sensibel - - Wohl am 14. Juni - das ist wohl der nächste Tag - hat ein Gespräch in dieser Angelegenheit mit meinem Büro stattgefunden, gemeinsam mit meinem damaligen Pressechef und

einem Vertreter der Abteilung I C. Das Gespräch war nicht besonders strittig; sonst würde ich mich daran erinnern. Aber auch der Pressechef hat weder Aufzeichnungen über das Gespräch noch irgendwelche Erinnerung. Daraus schließe ich heute, dass wir damals gesagt haben, ja, die sollen die Medienstrategie entwickeln, allerdings sich darüber klar sein, dass die Einzeltätertheorie sensibel ist, man muss überlegen, wie man das der türkischen Community kommuniziert, dass man nicht nur Hysterie und nicht Anschlussstaten provoziert. Übrigens hat der Profiler Horn selber darauf hingewiesen, dass bei der Medienstrategie darauf zu achten ist, dass nicht Nachahmungstäter ermuntert werden.

Von dieser Notiz vom 20. Juni, die Herr Geier hier vorgelegt hat, die ich jetzt erst von den Medien erfahren habe, dass Herr Geier einen Anruf Köhler zitiert, habe ich jetzt erst erfahren. Der ist in den Medien aus meiner Sicht völlig falsch bewertet worden. Noch mal: Ich habe hier keine Weisungen erteilt. Wenn ich eine Weisung erteile, ist es so, dass die unzweifelhaft ist. Wer mich kennt, weiß, dass ich da ziemlich deutliche Vorgaben habe. Wenn ich allerdings sage: „Denk dran, dass so eine These kritisch ist und bei der türkischen Bevölkerung Verunsicherung zu haben“ - - Dann muss man überlegen, ob man beispielsweise eine Pressekonferenz mit *Hürriyet* oder Ähnliches macht oder eine sensible Medienstrategie entwickelt und die mit mir bespricht, was später auch erfolgt ist.

Die Sensibilität war deswegen angebracht, weil man einmal deutlich machen musste, dass es um eine Hypothese und nicht um eine Spur gegangen ist. Die Fachleute unter Ihnen wissen: Hypothese ist das eine, Spur ist das Nächste, heiße Spur ist das Dritte. Hier ist es um eine Arbeitshypothese gegangen.

Das, was das Profiling ist, hat mich ungeheuer fasziniert. Ich glaube, wir waren einer der Ersten, die Profiler überhaupt in Deutschland eingesetzt hatten. Aus der Handschrift kann man auf den Menschen, der schreibt, schließen. So hatte man die Idee, aus der Täterhandschrift, aus den Spuren kann man auf den Täter schließen. Weil aber die Spuren zu dürrig waren, konnten wir von dem Profiler auch nur eine Hypothese erwarten und nicht eine Spur.

Der zweite Punkt bei der Sensibilität war die Gefahr der Verunsicherung bei der eh schon ziemlich verängstigten türkischen

<sup>9</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

Community. Ein Hochschaukeln der Angst sollte verhindert werden. Deswegen sollte nicht etwa die Information der Öffentlichkeit unterbleiben; aber man sollte sich überlegen, wie man das ganze Thema kommuniziert.

Das Dritte, was mich auch heute noch wurmt, ist, dass das nicht ordentlich irgendwo kommuniziert ist und auch lange gedauert hat. Die Einzeltätertheorie hat einen großen Fehler gehabt nach meiner Überlegung: Nämlich bei einer der Taten, die kurz vorher passiert sind, waren zwei Fahrradfahrer ins Blickfeld der Behörden gekommen. Wir hatten in Nürnberg Öffentlichkeitsfahndung nach zwei Fahrradfahrern - Öffentlichkeitsfahndung nach zwei Fahrradfahrern! -, und ich habe gesagt: „Ihr könnt nicht gleichzeitig Öffentlichkeitsfahndung nach zwei Fahrradfahrern machen und dann von einem Einzeltäter reden.“ Aber nachdem der Profiler immer seine Einzeltätertheorie hat, ist das bis heute immer noch die Einzeltätertheorie, obwohl man zum Teil dann in den weiteren Erläuterungen hört, dass man durchaus von den Einzeltätern auch auf zwei Täter übergegangen ist. Das hängt damit zusammen, weil ich selber von meiner Nachbarschaft wusste, wo die Plakate hängen mit den gesuchten Fahrradfahrern, und dass ich gesagt habe: Überlegt euch, dass man dann das so kommuniziert, dass nicht gleich die Medien uns reißen.

Die Ausarbeitung der Medienstrategie ist im Übrigen nicht im Innenministerium in besonderer Weise erfolgt; die wären auch gar nicht zuständig. Ermittlungsführer ist der Staatsanwalt. Ich möchte auch hier sehr deutlich herausstellen, dass ich nicht etwa selber Ermittler war oder Chefermittler war. Wer die Hierarchie kennt, weiß, da ist erst der Minister, und dann kommt der Amtschef, und dann kommt der Leiter Polizeiabteilung, und dann kommen Polizeipräsidenten. Also, meine Aufgabe war nicht etwa, in Ermittlungen einzugreifen. Ich füge auch hinzu: Wenn ich mich nicht um diesen Fall so intensiv gekümmert hätte, könnte mir niemand einen Vorwurf machen. Ich bin überzeugt, dass kein anderer Innenminister in Deutschland sich so intensiv um diesen Fall gekümmert hat. Aber ich habe mich ausschließlich darum gekümmert: Wie sind Informationsflüsse, wie ist die Zusammenarbeit mit Behörden?

Am 3. August hat es dann übrigens eine große Besprechung im Innenministerium gegeben mit der Polizei Nürnberg, Polizeipräsident, Vizepräsident, Herrn Geier, sei-

nem Vertreter, Polizeipräsident München, dem Leiter der Polizeiabteilung, dem Leiter der Einsatzabteilung Innenministerium; wir haben den großen Sitzungssaal meines Ministeriums gehabt. Der Herr Köhler war wohl auch bei diesem Gespräch dabei, hat aber möglicherweise nur Protokoll geführt; ich weiß das im Einzelnen nicht. Bei diesem Gespräch ist dann auch die Pressearbeit von der BAO dargestellt worden, die dann in vielen anschließenden Berichterstattungen umgesetzt wurde:<sup>10</sup> 7. August *Süddeutsche Zeitung*, 8. August *Berliner Zeitung*, 8. August *Münchner Merkur*, *Abendzeitung* 8. August, „Serienkiller aus Türkenhass?“, 8. August „Motiv: Hass auf Türken?“, *tz*, dann gleichzeitig Sendung *Aktenzeichen XY ... ungelöst*. Geier hat erwähnt - ich zitiere ihn -:

Bei allen Opfern handele es sich um türkischstämmige Menschen mit Ausnahme des Griechen, der allerdings ein türkischstämmiges Erscheinungsbild hat. Wir können keine Möglichkeit ausschließen, die als Hintergrund ist. (?)

Es wurde davon gesprochen, dass angeblich wegen der Fußballweltmeisterschaft wir irgendwelche Medienstrategien verhindert hätten oder ich selber. Also, ich selber halte das auch nach der Erinnerung für falsch; ich will mich korrekt ausdrücken, nicht so deutlich, wie ich es normalerweise mache. Ich zitiere jetzt wieder die BAO „Bosporus“ selber, die den zweiten Sachstandsbericht mir vorgelegt hat am 14. Juli 2005 - Entschuldigung -:

Die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit hat bisher noch nicht zu einem durchgreifenden Erfolg geführt. Die Ausstrahlung der Fernsehsendung „XY ungelöst“ ... führte lediglich zu 5 vagen Hinweisen.

In der vom Bayerischen Fernsehen ... ausgestrahlten Sendung „Glasklar“ ... erfolgte lediglich eine Reaktion eines Zuschauers.

Ich habe dann angemerkt: türkische Medien, türkische Polizei?

Wir haben dann bei späteren Sachstandsberichten auch jeweils darauf noch mal Bezug genommen. Ich selbst habe im Übrigen im April 2006, also als die Vorbereitungen für die WM auf Hochtouren gelaufen sind, darauf hingewirkt, die Belohnung auf 300 000 Euro zu erhöhen, eine Höhe der Belohnung, die, wenn ich mich recht ent-

<sup>10</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)



sinne, in Bayern jedenfalls einzigartig ist. Mir ist es darum gegangen, wirklich durch eine ganz massive Belohnung auch die, jetzt sage ich mal, Hinweisgabe oder Verrat von Mit Tätern anzustoßen, und habe das auch kommuniziert über *Bild*-Zeitung und übrigens auch über die *Hürriyet*. Von daher spricht das nicht gerade dafür, dass wir vor der WM das Ganze geheim halten wollten.

Dass diese 300 000-Euro-Erhöhung nicht so erfolgreich war, wundert mich auch heute noch. Vielleicht wäre es auch noch wirksamer gewesen, wenn wir eine Kronzeugenregelung dabei gehabt hätten; denn meine Erfahrungen sind, dass selbst in hartgesottenen Extremistenkreisen Geld schon auch eine magische Wirkung hat. Selbst bei Islamisten haben wir das immer wieder gesehen. Gerade bei dem, was wir heute über NSU wissen - aber ich spekuliere hier -, vielleicht waren irgendwann einmal auch Zschäpe und irgendwelche aus dem Umfeld drauf und dran, zu sagen: Wir wollen doch aufgeben. - Wenn es da eine Kronzeugenregelung gegeben hätte, ob man dann vielleicht die 300 000 Euro mitgenommen hätte? Also, das weiß kein Mensch heute.

Ich selber habe im April übrigens noch darauf hingewiesen:

Ich will eine Pressekonferenz für türkische Medien; das will ich vorantreiben, Teilnahme Innenminister Aksu aus der Türkei oder türkischer Botschafter?<sup>11</sup>

Also, von daher glaube ich, dass es eindeutig ist, dass man da nicht etwa Rücksicht auf die WM genommen hat, ganz abgesehen davon, ob fünf oder, was weiß ich, neun nicht aufgeklärte Morde durch OK sehr viel sympathischer sind als fremdenfeindliche Morde - Fragezeichen.

Was kann man besser machen? Einmal meine ich, die Vorratsdatenspeicherung ist dringend notwendig. Ich wüsste gerne heute - ich sage das auch in Richtung FDP -: Wie sind die Gespräche, die die NSU-Leute geführt haben, bevor sie sich umgebracht haben? Das kann nicht eine Frage des Zufalls sein, wie die Tarife sind. Ich selber war bei dem Europäischen Rat dabei, wie andere Länder zwei Jahre Vorratsdatenspeicherung eigentlich gewollt haben. Aber ich kenne keinen ernsthaften Kriminalen<sup>12</sup>, der nicht eine Vorratsdatenspeicherung für notwendig hält. Herr Geier hat in seinen Vermerken die sechs Monate für nicht ausreichend gehal-

ten; das hat er auch irgendwann einmal bei uns erwähnt. Weil wir ja ganz friedliche Menschen von Bayern sind, haben wir uns dann auch bei Gesprächen mit sechs Monaten zufriedengegeben. Aber dass eine Vorratsdatenspeicherung notwendig ist, kann nicht bestritten werden.

Das Zweite: Bitte überprüfen Sie Speicherfristen! Bei den NSU-Tätern wissen die Ermittlungsbehörden - - Oder wenn ich mir die NSU-Täter ansehe: Das, was ich heute noch nicht akzeptieren kann und verstehen kann, ist, dass, obwohl sie wegen Sprengstoffdelikten gesucht waren, das dann verjährt, und dann gehen die aus den ganzen Dateien raus.

(Dr. Eva Högl (SPD): Aber nicht überall!)

Also, ich war immer ein Freund langer Speicherungen; ich mache da keinen Hehl daraus. Ich sage denn: Heute kann nicht mehr das dem Gedächtnis des Einzelnen überlassen bleiben; denn was nicht im Speicher ist, ist in der Regel für polizeiliche Arbeit nicht da. Von daher die Frage Speicherung!

Dritter Punkt: Erleichtern Sie den Datenaustausch zwischen Behörden! Das hat hier immer wieder eine Rolle gespielt, Verfassungsschutz, Polizei. Ich werde mich da, wenn Sie mich fragen, sehr deutlich äußern: Ich habe mich immer dafür eingesetzt, das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei nicht zu übertreiben; aber ich erinnere mich an einen Untersuchungsausschuss, wo ich übrigens schon mal als Zeuge vorgeladen war, Plutonium, wo die Frage Trennungsgebot extrem herausgestellt worden ist. Ich sage: Erleichtern Sie den Datenaustausch zwischen Behörden! Nur dann können Informationsdefizite vermieden werden.

Ich begrüße ausdrücklich, dass das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum Rechts jetzt auf den Weg gebracht worden ist. Wir hatten nach dem September 2001 das GTAZ auf den Weg gebracht. Ich selber war einer der maßgeblichen Schreier dafür; das sage ich auch heute noch. Ich habe immer die Meinung vertreten: Wir brauchen ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum gegen Islamisten, gegen Rechts- und Linksextremisten. Die Linksextremisten fehlen. Dass jetzt was zu Rechtsextremisten gekommen ist, ist gut. Die Linksextremisten brauchen wir auch drin, wobei ich jetzt nicht, um das auch klar zu sagen, die Linke meine, die wir - jetzt hätte

<sup>11</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>12</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

ich beinahe gesagt: pflichtgemäß - auch beobachten. Das ist auch richtig. Es handelt sich zum Teil um Altkommunisten, die ja seit 150 Jahren in dem Milieu sind, wenn ich das etwas ironisch sagen darf. Aber die linksextremistischen Gewalttäter - solche gibt es - gehören auch in eine zentrale Datei. Ich begrüße die Extremistendatei, also das Gemeinsame Abwehrzentrum, und die gemeinsame Datei. Das sind Fortschritte.

Was ich nicht abschließend beurteilen kann - - Ich bin seit fünf Jahren nicht mehr in dem Job drin; sonst könnte ich es Ihnen im Detail erzählen. Sie merken, dass ich immer noch was vom Innenminister-Gen in mir trage, aber das ist jetzt ganz durch Altersweisheit verdeckt.

(Heiterkeit - Wolfgang Wieland  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die  
muss noch kommen!

Die Verbesserung der EDV, dass wir eine Tatmitteldatei haben, dass man nachfragen kann, dass zur Tat Fahrräder verwendet worden sind. Oder was meine Idee immer gewesen ist: dass wir ein Polizei-Google haben, dass die Polizei nach den spezifischen Fragen die gesamten Ermittlungsunterlagen googeln kann, und dann gibt man ein wegen mir „Fahrrad“ oder gibt man an für einen anderen Fall „roter Ferrari“, und dann kommen alle Fälle, wo dieses Stichwort eine Rolle spielt. Das wären Fortschritte aus meiner Sicht.

Einen Punkt will ich noch ansprechen: Behördenzusammenarbeit. Ein wesentlicher Grund wird von vielen darin gesehen, dass ein Mangel an Teamarbeit in der Behörden-eifersucht begründet war. Ich gebe hier offen zu, dass ich nicht wie die meisten von Ihnen jetzt plötzlich vom Föderalisten zum Zentralisten werde. Ich bin im Gegenteil der Meinung, dass zunächst einmal bei Landesbehörden Fälle am besten aufgehoben sind. Daher habe ich auch die BAO „Bosporus“ unterstützt. Ich selber war in der 1988er-Zeit in den USA und habe dort gesehen, wie das ist, wenn zentrale Ermittlungen durchs FBI sind, wenn der General Agent vom FBI mit dem Hubschrauber einschwebt und nicht mehr automatisch Ortskenntnisse vorhanden sind.

Ich sage: Eine tatortnahe Ermittlung ist überlegen, wenn eine intensive Zusammenarbeit besteht, intensivste Zusammenarbeit. Das war daher auch immer mein Anliegen: Klappt die Zusammenarbeit in optimaler

Weise? Die Frage Weisungsrechte - in Klammern - durch BKA oder auch durch eine federführende Behörde: Die Möglichkeit einer zentralen Übernahme hätte es natürlich immer gegeben sowohl über Staatsanwaltschaft, über Generalbundesanwalt, wenn es nicht ordentlich läuft.

Also, die Frage der Zusammenarbeit war mir ein zentrales Anliegen. Ich will jetzt ein paar Beispiele aus den Unterlagen nennen. Am 10. Mai notiere ich handschriftlich auf die Zuleitung eines Schriftstücks: Dies muss massiv beschleunigt werden - es geht sicher um Ermittlungen -, wie hoch ist Belohnung, 100 000 Euro? Bei Sonderkommission Bayern Hamburg, BKA, Meck-Pomm beteiligen, neue Kommission? Einbindung LfV, bitte Rücksprache.

18. Juni 2005: Ist es richtig, dass in der Mordserie ein Mord in Thüringen vor etlichen Jahren schon mit derselben Pistole verübt wurde? Haben wir bei Interpol abgefragt, ob mit der Pistole auch im Ausland Straftaten verübt wurden? Ist mit der niederländischen Polizei abgeklärt worden, ob dort die Pistole verwendet wurde?

Am 14. Januar frage ich I C: Ist im Falle der Serie der Türkenmorde mit derselben Waffe Europol eingeschaltet worden, wenn nein, warum nicht?

9. Mai 2006: I C, Türkenmordserie, bitte mir berichten, wie Sachstand ist. Wie können Ermittlungen beschleunigt werden, sodass alle Spuren abgearbeitet sind? Koordination über LKA, PP München, Verstärkung der BAO?

Ich habe mich auch mehrfach um die Unterstützung durch türkische Beamte bemüht. Ich glaube, dass das der erste Fall war, wo in Deutschland in eine Ermittlungsgruppe türkische Beamten eingebunden waren. Aus heutiger Sicht eine falsche Richtung, und trotzdem war es richtig; denn sonst hätten wir wie bei anderen Dingen, wie beispielsweise bei Solingen, sofort die Frage: Sind die deutschen Behörden untätig, weil Türken die Opfer sind? Dadurch, dass türkische Beamte dabei waren, sind in umfangreicher Weise auch die Ermittlungen durch die Türkei unterstützt worden. Aber, wie gesagt, das war letzten Endes eine Spur, die nicht weitergebracht hat.

Es gibt dann eine Diskussion über die Übernahme des BKA. In Bayern hat es im April 2004 Überlegungen gegeben, den Fall an das BKA abzugeben. Landespolizeipräsident Kindler, der jetzige Präsident des Lan-

deskriminalamts, Dathe, und die BAO „Bosporus“ waren in diese Überlegungen eingebunden. „Bosporus“ kann ich nicht selber aus eigenem Zeugnis sagen; aber jedenfalls mit Kindler und Dathe hatten wir das besprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Zeuge, die BAO „Bosporus“ ist 2005 eingerichtet worden.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die BAO „Bosporus“ ist 2005 eingerichtet worden; die gab es 2004 noch nicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Ich selber sage - Vorläufer war der „Halbmond“, glaube ich - mal untechnisch: Ob die Nürnberger das auch gewollt haben, kann ich nicht aus eigener Kenntnis sagen; aber es wurde mir gesagt, dass da die Überlegung war, und zwar nach der Serie. Na, mal gucken, müssen wir uns nachher mal anschauen.

2000 war der erste Mord, 2001 waren dann drei Morde, dann war eine Zeitlang Ruhe. Warum? Und wie dann 2004 wieder ein Mord in Rostock war, da hatten wir gesagt: Es könnte sinnvoll sein, das ans BKA zu geben. Das BKA, da hätte es aus meiner Sicht und aus unserer Sicht Sinn gemacht, weil der zu befürchtende Datenverlust nicht besonders groß gewesen wäre. Es hat dann eine Besprechung zwischen BKA und den Beamten bei uns gegeben mit dem Ergebnis, dass strukturelle Ermittlungen durch das BKA ergänzend geführt werden, aber dass es bei der Federführung der Nürnberger Leitung der Soko bleiben sollte.

Man hat 2005 eine gesamt-bayerische Soko begründet. Am 17. Juni hat IC 5 mir einen Vermerk gemacht unter dem Titel „Bundesweite Serie von Tötungsdelikten an überwiegend türkischen Geschäftsleuten unter Nutzung derselben Waffe - Organisation der weiteren Ermittlungen“. Dabei ist dann gekommen:

Im Hinblick auf die bisherigen und weiterhin durchzuführenden Strukturermittlungen wird eine umfangreiche Beteiligung des BKA eingefordert.

Da habe ich ein großes Ja persönlich hingeschrieben, weil ich immer darauf geachtet

habe, dass es eine enge Zusammenarbeit gegeben hat.

Weiter unten heißt es in demselben Schreiben:

Mit dieser Organisationsform wird für Bayern eine zentrale Ermittlungsführung und ein einheitlicher Informationsstand gewährleistet und zugleich das BKA durch begleitende Strukturermittlungen wie bisher eingebunden ...

Eine Generalverweigerung gegenüber dem BKA hört sich meines Erachtens anders an.

Ich habe dann in der Zeitung gelesen, dass das Wort „Kriegserklärung“ eine Rolle spielt. Der BKA-Beamte Hoppe hat da einen Vermerk gemacht, den ich nicht kenne. Ich habe mit dem Herrn Hoppe nicht gesprochen. Nach meiner Kenntnis hat auch der Herr Kindler nicht mit dem Herrn Hoppe gesprochen. Ich habe Herrn Kindler gefragt, ob er - also ich selber habe den Begriff „Kriegserklärung“ nicht verwendet - das verwendet hat. Da sagte er, das glaubt er nicht, er weiß es aber nicht sicher, aber wenn, in anderem Zusammenhang. Das sei ein langes Gespräch gewesen. Im Übrigen habe ich bei der danach folgenden Innenministerkonferenz nicht den Eindruck gehabt, dass es zwischen Ziercke und Kindler ganz schlechte menschliche Beziehungen gibt; die sind seit langer Zeit per Du und haben auch am Rande der Innenministerkonferenz im AK II und in sonstigen Bereichen sich auch ordentlich verstanden, auch wenn es natürlich immer wieder mal einzelne Reibereien gibt; das ist selbstverständlich. Im Übrigen hätte das BKA jederzeit übernehmen können, wenn es gewollt hätte, oder der GBA. Also, Sie kennen den § 4 Abs. 2 Nr. 2 und werden mich vielleicht auch noch mehr dazu fragen.

Aber wie das dann 2006 im Vorfeld der Innenministerkonferenz eine Rolle gespielt hat, ist Kindler zu mir gekommen und hat gefragt: Hast du - - Herr Kindler und ich duzen uns, was für uns im Ministerium untypisch ist; aber wir kennen uns seit Jahrzehnten. Der Herr Kindler fragt: Hast du dem Schäuble versprochen, dass das ans BKA geht? - Da habe ich gesagt: Der hat mit mir nicht geredet; ich weiß nichts. - Und dann ist besprochen worden, dass wir Bedenken äußern gegen eine Übernahme durch das BKA und dass geprüft werden soll, welchen Mehrwert eine Übernahme durch das BKA haben sollte. Das war auch das Ergebnis

einer Besprechung oder des Telefongesprächs, auf das sich möglicherweise der Vermerk des Herrn Hoppe bezieht, dass man sagt: Was ist der Mehrwert?

Ich selber sage Ihnen meine Beurteilung: Ich hätte es im Jahr 2006, als die Ermittlungen äußerst heiß gelaufen waren, für einen schweren Fehler gehalten, im laufenden Galopp die Pferde zu wechseln. Anders als Sie, Herr Vorsitzender, glaube ich nicht, dass automatisch 20 BKA-Beamte das besser behandelt hätten als 200 Länderbeamte. Ich glaube nicht, dass das BKA aus dem Stand 150 oder 200 Beamte gehabt hätte. Wir haben mehrere Hundert Leitz-Ordner an Ermittlungsunterlagen. Wenn das jemand neu überarbeitet, ist es zwangsläufig - wir haben darüber gestritten -, dauert es Wochen, Monate oder Jahre, bis jemand sich in die Ermittlungen einarbeitet. Aber dass man in der heißesten Phase der Mordermittlungen - das waren die Morde vom April 2006 - nach einem Dreiviertelmonat die Ermittlungen unterbricht und auf jemand anderen überträgt, wäre auch aus heutiger Sicht ein fachlich schwerer Fehler. Diese Beurteilung haben alle Länder geteilt, und dem ist auch nicht ernsthaft in den Besprechungen vom BKA widersprochen worden<sup>13</sup>.

Herausgekommen ist Folgendes: dass man eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit vornimmt, aber die Federführung in Nürnberg belässt<sup>14</sup>, die Einrichtung der LIST, glaube ich, war dann auch noch die Folge -, und eine Intensivierung der Zusammenarbeit noch mal zwischen Ländern und Bund. Da hat es alle möglichen EDV-Fragen gegeben; vor allem sind aber Verbindungsbeamte über Kreuz jeweils ausgetauscht<sup>15</sup> worden.

Bei der Innenministerkonferenz in Garmisch ist das Thema entweder im Kamingespräch oder am Rande des Kamins kurz angesprochen worden, war aber gar kein großes Thema. Es gibt keine Aufzeichnungen im Bayerischen Staatsministerium des Innern darüber, weil es halt so offensichtlich kein großes Thema gewesen ist. Nach dem, was ich von meinen Mitarbeitern jetzt in den letzten Tagen zur Vorbereitung auch gehört habe, meinen damaligen Mitarbeitern, insbesondere von Herrn Kindler, war es so, dass man gesagt hat: Also, das BKA müsste darlegen, wo der Mehrwert ist, wenn sie übernehmen wollen. Aber alle Innenminister haben diesen Pferdewechsel bei vollem Galopp nicht für richtig gehalten. Ich füge heute hinzu, aus meiner heutigen

Kenntnis: Das BKA hätte die Einzeltätertheorie noch weniger verfolgt als die bayerischen Behörden; denn das BKA hat die Bewertung der OFA-Analyse des Herrn Horn kritisch gesehen. Ich weiß aus der Lage<sup>16</sup> des Jahres 2007, wo wir in einer Sackgasse waren mit den Ermittlungen in Bayern und wo ich dann gesagt hatte: Wenn wir nicht weiterkommen, dann muss ein Zweiter übernehmen, eine zweite Kommission neu hinschauen lassen, gegebenenfalls unter Führung der GBA, weil wir einfach nicht mehr weitergekommen sind. - Dann habe ich gesagt: Dann können wir nicht einfach das zu den Akten legen, sondern dann muss jemand das noch mal machen. - Da hat es Gespräche zwischen BKA und dem Mitarbeiter des Innenministeriums bzw.<sup>17</sup> dem Landespolizeichef Kindler gegeben, wo das BKA sich vorher auch auf Arbeitsebene gegen eine Übernahme zu diesem Zeitpunkt wieder gewendet hat mit der Begründung, sie wären kapazitätsmäßig dafür nicht da. Es ist aber auch nicht zu einer formellen Frage hier mehr gekommen, dass eine Übergabe ist<sup>18</sup>.

Ab dem Oktober 2007 bin ich dann nicht mehr dienstlich eingebunden gewesen. Ich bin ja nicht mehr Innenminister gewesen bekanntlich. Damit kann ich ab diesem Zeitpunkt auch nichts Weiteres mehr sagen.

Aus der Rückschau: Manches hätte noch besser laufen können. Zum Beispiel hätte man noch mehr Gewicht auf den Rechtsextremismus legen müssen, man hätte nicht von der Einzeltätertheorie, sondern von der Fremdenfeindlichkeitstheorie sprechen sollen und die auch zugrunde legen; die Dauer der Auskunft des LfV oder die Frage, den Thüringer LfV um Auskunft zu bitten. Aber ich sage: Es gibt nichts bei den ganzen Maßnahmen, wo ich heute im Nachhinein sage: Wenn man das optimal gemacht hätte, dann hätte es geschnackelt, dann hätte die Falle zugeschnappt. Bei all den Dingen, was ich auch jetzt diskutiert, lese<sup>19</sup>, sage ich: Nach menschlichem Ermessen hätte auch das nicht zu den Tätern geführt.

Vielleicht sehen Sie das anders. Es geht mir wirklich nicht hier um politische Rechthaberei, sondern es beschäftigt mich jetzt als Privatperson. Wenn ich Innenminister wäre, würde ich die Arbeit dieses Ausschusses und übrigens die zugrunde liegende Arbeit der Schäfer-Kommission und die sonstige Arbeit intensivst verfolgen, weil es mich wahnsinnig gequält hat: Da mordet einer mit einer Waffe neun Menschen, und wir haben weit über

<sup>13</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>14</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>15</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>16</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>17</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>18</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>19</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

100 Leute dran, wir kümmern uns um alles, und trotzdem erwischen wir den Täter nicht.

Das ist etwas, was - - Ich war immer stolz - - Herr Binninger, Sie kennen das, dass ich auch in der CDU-Runde immer geprahlt habe mit den Aufklärungsquoten Bayerns; es war immer die höchste Aufklärungsquote. Ich habe manchmal auch Kollegen genervt damit, dass wir Bayern da immer den Benchmark angegeben haben. Ich wollte eine hohe Aufklärungsquote, bei Mord wollte ich eine 100-Prozent-Aufklärungsquote. Und dann haben wir die große Serie nicht aufgeklärt! Das quält mich. Und deswegen ist es nicht eine Formalie, dass ich sage, ich - - Freuen ist der falsche Ausdruck; aber ich halte es für wichtig, dass wir jetzt in ein intensives Frage- und Antwortverfahren übergehen, damit ich Ihre Fragen, Ihre Einwände sehe, um dazu auch sachgerecht Stellung nehmen zu können.

Danke, dass Sie mir jetzt doch 65 Minuten zugehört haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank, Herr Beckstein, für die einleitenden Ausführungen. Sie haben ja im Rahmen dessen, was Sie vorgetragen haben, unter anderem ein paar Vorschläge gemacht, was man künftig im Bereich der Aufklärung von solchen Straftaten anders und besser machen könnte. Uns interessiert natürlich aus der Sicht von heute: Was hätte man denn früher vielleicht anders und besser machen können?

Wir hatten heute zum Beispiel den für Rechtsextremismus zuständigen Abteilungsleiter aus dem Landesamt Bayerns für Verfassungsschutz zu Gast. Wir haben da gehört, ja, 2006 habe es die Theorie gegeben, eine Mordserie mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund, und dann hat die BAO „Bosporus“, die Sie ja gerade hier sehr umfassend gelobt haben, Unterlagen angefordert vom Verfassungsschutz bezüglich Rechtsextremisten aus Bayern. Das war Mitte 2006, und dann ist über ein halbes Jahr nichts passiert.

Sehen Sie: Wenn wir heute das Gespräch miteinander führen, geht es, glaube ich, schon auch um die Frage: Hat man die richtige Organisationsform für die Ermittlungen gewählt? Hätte man nicht im Laufe der Jahre, möglicherweise spätestens 2006, auch zu einer anderen Entscheidung, nämlich einer Zentralisierung der Ermittlungsarbeit kommen können, vielleicht - das mag

der eine oder andere so sehen - auch kommen müssen?

Ich kann mir übrigens, Herr Beckstein, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass das Bundeskriminalamt es hingenommen hätte, von einer Verfassungsschutzbehörde ein halbes Jahr hingehalten zu werden. Die BAO „Bosporus“ hat das nach alledem, was wir in den Akten gefunden haben, und nach den bisherigen Zeugenvernehmungen hingenommen. Vor dem Hintergrund von neun Morden, wo die Experten gesagt haben: „Es kann jederzeit zu einer Fortsetzung der Mordserie kommen“, hat man eine Spur, und man geht ihr - ich habe nicht den Eindruck - gleichwertig nach wie der Überlegung, es könnte sich um einen Hintergrund mit organisierter Kriminalität handeln, sondern man geht dieser Spur Rechtsextremismus, vorsichtig formuliert, ein wenig halbherzig nach.

Ich möchte jetzt einsteigen, bevor dann auch die Fraktionen natürlich ihr Fragerecht wahrnehmen sollen, und ein paar Fragen an Sie richten. Sie haben sich ja nach dem Auffliegen der Terrorzelle, aber auch in den letzten Tagen mehrfach öffentlich geäußert. Unter anderem haben Sie sich geäußert in der Zeitung *Straubinger Tagblatt*. Ich zitiere eine dpa-Meldung vom 20.05., also erst vor wenigen Tagen erfolgt, und da werden Sie mit Blick auf die Frage 2006, weiterhin Federführung BAO „Bosporus“ oder Übertragung ans Bundeskriminalamt, zitiert mit folgender Aussage:

Wenn ihr jetzt das übernehmt, müsst ihr schon darlegen, dass ihr wenigstens die Qualität der Ermittlungen haltet. Das ist nicht passiert.

- Seitens des BKA.

War Ihr Eindruck damals wirklich, dass gerade mit Blick auf das, was Sie selber - Sie haben es zutreffend gesagt - öfter mal angemerkt haben handschriftlich: „Könnte es einen rechtsextremen Hintergrund geben bei der Mordserie?“ - - Glauben Sie wirklich, wenn Sie das hören als Beispiel, über ein halbes Jahr gibt das Landesamt für Verfassungsschutz der bayerischen Polizei keine Rückmeldung: Das ist ein Niveau, dass das Bundeskriminalamt nicht mindestens auch hätte einhalten können? Kein hohes, aber ein einhaltbares Niveau sicherlich.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Vorsitzender, natürlich ist das ein alles andere als optimales Verhalten, sechs Monate für

die Antwort zu brauchen. Ich hebe allerdings hervor, dass Herr Geier, obwohl er mehrfach bei mir war, kein einziges Mal beanstandet hat, dass das LfV eine Auskunft nicht gibt. Wie ich das in der Zeitung gelesen habe, dass es nicht angekommen ist, war meine erste Meinung: Warum hat sich denn diese BAO nie an den Kindler oder an mich gewendet? Das hätten wir schnell abgestellt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum, glauben Sie, war das der Fall?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Weil die selber nicht recht wussten, was sie mit der Auskunft sollten. Ich gehe jede Wette mit Ihnen ein, dass das BKA keine Auskunft ans BfV oder das LfV gestellt hätte. Die hätten überhaupt nicht gefragt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist jetzt aber natürlich Spekulation, Herr Beckstein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist natürlich Spekulation, Herr Beckstein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, Entschuldigung, die Frage -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir haben es ja mit Fakten zu tun.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - hat was mit rechtlichen Dingen zu tun. Sie müssten darlegen, wie die rechtliche Begründung ist, dass es eine Voraussetzung der Datenübermittlung gibt, wie das BKA begründet, dass es Datenübermittlung über zum Beispiel die rechtsextremen Mitglieder der Republikaner geben soll. Das ist doch eine höchst problematische Geschichte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder geregelt. Auch in Bayern war das ja geregelt im Landesgesetz, im Verfassungsschutzgesetz.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich kann Ihnen nur sagen: Ich bin mir sicher, das BKA hätte allenfalls das BfV abgefragt, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - aber nicht das LfV, und die Frage „Übermittlung von personenbezogenen Daten“ ist etwas, was eine Rechtsgrundlage braucht, und Sie wissen, jedenfalls habe ich das von Dritten übermittelt bekommen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Beckstein - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Lassen Sie mich bitte ausreden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gerne.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jedenfalls habe ich das von Dritten gehört, dass auch der zuständige Mann vom Verfassungsschutz sich darauf zurückgezogen hat, dass er zunächst eine genauere Spezifizierung des Antrags gebraucht hat, um rechtlich Auskunft geben zu können.

Jetzt noch einmal: Wenn der Herr Geier und seine Kommission sich darüber geärgert hätten, wäre es mir aus heutiger Sicht sehr recht, denn dann dürfen Sie glauben, dass das Ganze sehr viel schneller gegangen wäre. Unter Umständen hätten Leute dann auch sehr viel intensiver gearbeitet, weil aus heutiger Sicht sind sechs Monate keine Zeit, völlig klar. Bloß trotzdem: Die Ermittlungen haben auch nichts gebracht, leider. Ich sage: Es ist nicht optimal gewesen. Aber die Überprüfungen der vom Landesamt übermittelten Daten haben nicht zu einer heißen Spur geführt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil man nur in Bayern gesucht hat, und das auch nur im Großraum Nürnberg. Sie haben gerade gesagt - ich will mich jetzt gar nicht an Ihren Spekulationen beteiligen -, aber Sie haben gesagt: Wäre das BKA federführend zuständig gewesen, spätestens ab 2006, hätten die ja vielleicht einmal beim Bundesamt für Verfassungsschutz angefragt. - Ja, genau! Das ist ja nie passiert von der BAO „Bosporus“. Man hat genau da gesucht, wo die Täter nicht waren.

Ich frage Sie, bevor ich Ihnen einen Vorhalt machen möchte aus den Akten, allen Ernstes: Glauben Sie - - Sie haben ja viel ausgeführt zur guten Arbeit der bayerischen Sicherheitsbehörden und auch der guten Kenntnis, die man da vom eigenen Bundesland hat. Fanden Sie es eigentlich unplausi-

bel, zu sagen, im Sommer 2006, vor dem Hintergrund von neun Toten, Opfern einer Mordserie, mit ein und derselben Waffe begangen, mit neun Toten - nicht neun Toten aus Bayern, sondern neun Toten aus fünf Bundesländern -, dass es im Nachhinein richtig gewesen ist, die Federführung bei der BAO „Bosporus“ zu belassen, die ganz offenkundig ihren Blick, was die Spur „Rechtsextremismus“ betrifft, nicht über die Landesgrenzen von Bayern hinaus gerichtet hat, die nicht angefragt hat bei benachbarten Landesverfassungsschutzämtern, die nicht angefragt hat - jedenfalls nicht nachhaltig - beim Bundesamt für Verfassungsschutz? Glauben Sie, dass für die Aufklärung einer bundesweiten Mordserie bayerisches Kirchturmdenken der richtige Ansatzpunkt gewesen ist?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Vorsitzender, aus heutiger Sicht hat man viele Fragen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Da wäre das Nächstliegende, nach Thüringen zu gehen, nach heutiger Sicht. Aus damaliger Sicht wäre es sehr viel naheliegender gewesen, den Verfassungsschutz in Hamburg zu befragen, wo ein Mord war, oder in Meck-Pomm oder in NRW. Aus heutiger Sicht frage ich auch: Da ist das BKA mit drin in dieser Frage - lauter gscheite Leut' - und haben nicht die Idee selber, das BfV anzufragen?

Ich meine schon, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sie müssen sich das auch selber fragen lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Eine Anfrage „Übermitteln Sie die Daten aller bei den Dateien bekannten Rechtsextremisten“ ist offensichtlich rechtswidrig, *offensichtlich* rechtswidrig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ist ja das Problem.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Warum? Weil man nämlich nicht sagen kann, dass jedes Mitglied der Republikaner auch sofort in einem Verfahren wegen neunfachen Mordes Gegenstand der Ermittlungen sein darf.

Also, man hätte es schon spezifizieren müssen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Diese Spezifizierung ist wahnsinnig schwierig, weil es ausschließlich um eine Arbeitshypothese gegangen ist. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass, wenn ich das von meiner Rechtsabteilung hätte überprüfen lassen, die noch genauere Spezifizierungen verlangt hätten, als es von der BAO „Bosporus“ damals gemacht worden ist. Darum sage ich ja: Dieses Trennungsgebot, das seit dem Plutonium-Untersuchungsausschuss immer höher gemacht worden ist - - Da gibt es Leute, die sagen, das hat Verfassungsrang. Wir müssen ein Stück weg davon. Herr<sup>20</sup> Ströbele wird das nicht gern hören.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! Ich höre es nicht gern!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Beckstein - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wir müssen die Frage „Zusammenarbeit der Behörden“ verstärken -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - und nicht den Informationsaustausch zwischen Behörden reduzieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber auch das Trennungsgebot, Herr Beckstein - da sind wir uns hoffentlich einig -, ist nicht gleichzusetzen mit einem Kooperationsverbot.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, natürlich nicht. Ich sage: Wenn man das ordentlich begründet, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist der Punkt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - kann jede Auskunft gegeben werden. Der Datenschutz ist bei Weitem -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau.

<sup>20</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - weniger Hindernis, als er es in der Praxis ist. Aber es muss sorgfältig begründet werden,

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

und das ist offensichtlich zunächst nicht erfolgt. Aber ich verhehle nicht, dass die sechs Monate nicht akzeptabel sind, und trotzdem hat es auch nach den Verzögerungen nicht zum Ergebnis geführt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber dass sich Herr Geier nicht gemeldet hat, obwohl er da so lange warten musste, das ist - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, die Auskünfte sind ja alle abgearbeitet worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber dass sich Herr Geier nicht beschwert hat bei Ihnen über mangelnde Zulieferung des Landesamtes für Verfassungsschutz - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, Herr Edathy, Entschuldigung!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das haben Sie doch vorhin gesagt, dass er sich nicht gemeldet hätte.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, Sie müssen schon auch die Antwort zur Kenntnis nehmen und dann die Frage danach stellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich sage: Mit Verzögerung sind die Auskünfte abgearbeitet worden, und das Ergebnis war null, keine heiße Spur.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, Moment! Vorhin haben Sie aber noch etwas anderes gesagt. Da haben Sie gesagt: Eigentlich hätte sich der Geier ja mal melden können bei Ihnen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigung, drehen Sie mir das Wort nicht herum! Das kann ich schon verlangen, dass Sie ordentlich mit mir umgehen und nicht in einer Weise, wie ich es im Parlament in Bayern nicht geschehen lasse und erst recht auch nicht hier, um das klar zu sagen!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Zeuge, wir können auch gerne -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe gesagt - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - die Sitzung unterbrechen, -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und dann machen wir Ihnen den Vorhalt aus dem Protokoll.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe gesagt, und ich wiederhole das: Die sechs Monate sind nicht akzeptabel, und der Geier hätte sich beschweren können -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das sage ich doch.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - und sollen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. Das habe ich doch gesagt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Und zweitens: Nach den sechs Monaten ist die Auskunft gegeben und sie ist vollständig abgearbeitet worden, und das Ergebnis war: keine heiße Spur.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, man hat nur im Bereich von Teilen des Großraumes Nürnberg dann gesucht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Dann müssen Sie sagen: Dann hätte noch eine weitere Auskunft gestellt werden müssen. - Ja, richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, das Erstaunliche ist, Herr Beckstein - ich interpretiere das einmal so, dass Sie sagen: Herr Geier hat sich wahrscheinlich auch deshalb nicht gemeldet, weil er die Spur nicht so richtig ernst genommen hat, die Rechtsextrémismus-Spur, -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, die Frage - -



**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - deswegen kann man ja auch mal ein halbes Jahr warten.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die Frage heißt doch - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das andere ist - wenn ich auch mal ausreden darf, Herr Zeuge - ja wirklich das Spannende, dass man noch im Sommer 2006 gesagt hat: Wir suchen eigentlich Leute mit Affinität zu Sprengstoff, Leute mit einem Bezug zur rechten Szene, Leute mit Bezug zu Waffenbesitz. Daraufhin hätte man natürlich schon die Anfrage spezifizieren können. Das ist aber nicht passiert, sondern man hat da mit einem relativ groben Sieb gearbeitet. Ich möchte aber trotzdem jetzt zu dem Punkt kommen - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, Entschuldigung, lassen Sie mich noch darauf antworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch gar keine Frage gestellt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bei der Frage „nicht optimal“ sehe ich durchaus, dass man genauere Spezifizierungen, einen größeren geografischen Umkreis hätte machen können, und trotzdem ist meine Bewertung, die ich aus heutiger Sicht habe, wie gut diese Anfragen gewesen wären. Es hätte keine Antwort gegeben, weil in keiner Datei zum damaligen Zeitpunkt die NSU und ihre Mitglieder mehr verzeichnet waren.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Doch!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, Herr Beckstein, wenn man zum Beispiel das benachbarte Land Thüringen und den dortigen Verfassungsschutz gefragt hätte und hätte gefragt: „Habt ihr Leute auf dem Schirm bei euch mit einer Nähe zu Sprengstoff aus dem Bereich der rechten Szene?“, dann hätte sich ja möglicherweise jedenfalls das Landesamt Thüringen daran erinnern können, dass da drei Leute 1998 abgetaucht sind, Vorbereitung einer Rohrbombe oder mehrerer mit 1,7 Kilogramm TNT. Das hätte ja sein können. Aber diese Anfrage ist ja unterblieben, die ist ja gar nicht erfolgt. Man hat also sozusagen neun Morde in fünf Bun-

desländern gehabt, und die BAO „Bosporus“ hat zumindest die Rechtsextremismus-Spur außerhalb von Bayern überhaupt nicht verfolgt.

Jetzt will ich Ihnen folgenden Vorhalt machen; das findet sich in MAT BKA-2/19, Paginierung 9 ff\*. Das ist der Entwurf eines Schreibens des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Herrn Ziercke, datierend vom 02.05.2006, also zwei Tage vor der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen - Sie waren ja Vorsitzender 2006 -, und da wird für Herrn Ziercke Folgendes notiert, also am 02.05.2006:

Die Bewertung aus dem Jahr 2004 - keine zentrale Ermittlungsführung durch das BKA - ist nach der Lageänderung durch die Fortsetzung der Tatserie und die Ausweitung der Tatortbehörden auf Dortmund und Kassel (also auch auf zwei weitere Bundesländer) nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Wir hatten ja leider am 04.04.2006 den Mord an Herrn Kubasik in Dortmund und am 06.04. den Mord an Herrn Yozgat in Kassel. Dann hatten wir insgesamt neun Fälle in der Serie, fünf betroffene Bundesländer.

Das BKA schreibt also dazu:

(Zuruf: Welche Material-Stelle ist das?)

- Habe ich vorhin genannt, die MAT-Stelle.

Inzwischen führen fünf (5) Staatsanwaltschaften und sechs (6) Polizeibehörden in neun (9) Mordfällen weitgehend getrennte Ermittlungen zu einem oder mehreren gemeinsamen Tatverursacher(n).

Das BKA hat also sehr deutlich gesagt: Jetzt, 2006, nach den Morden acht und neun, ist der Zeitpunkt gekommen, selber die zentrale Ermittlungsbefugnis als BKA zu bekommen, um es anders zu organisieren, als es bisher organisiert war mit der BAO „Bosporus“.

Jetzt würde ich ganz gern von Ihnen Folgendes wissen: Sie haben das nur ganz kurz erwähnt mit der Innenministerkonferenz am 04.06. Sie haben gesagt, Sie könnten sich gar nicht so richtig erinnern, inwieweit das Thema gewesen sei bei dem Kaminesgespräch oder bei einem ähnlichen Treffen.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BKA 2/20.06.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Mai!)

- 4. Mai 2006.

Wenn Sie da noch einmal zurückdenken an diese IMK: Mich wundert, dass hier ein relativ umfangreicher, sehr deutlicher Vermerk aufgeschrieben wird für Herrn Ziercke, der ja selber auch bei der IMK war. Wenn Sie noch einmal versuchen, sich zu erinnern: Ist es nicht doch - und wenn ja, in welcher Form - angesprochen worden, das Interesse des Bundes an Übernahme der zentralen Ermittlungsbefugnis?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Einen Entwurf eines Schreibens Ziercke kenne ich nicht. Wenn das an bayerische Behörden gegangen sein sollte - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Für Schäuble.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war für die Vorbereitung des Bundesinnenministers.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, aber die Vorbereitung des Bundesinnenministers wird mir ja leider nicht zugeleitet, nicht einmal damals.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Frage war ja, ob er Sie angesprochen hat.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nicht einmal Otto Schily hat es für notwendig gehalten - was ich oft kritisiert habe -, seine Unterlagen mir vorher zur Billigung zuzuleiten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist jetzt nicht ganz so lustig, Herr Beckstein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kenne das natürlich nicht. Ich kann nur sagen: Es hat nach dem Telefongespräch Kindler/Ziercke - - Die Frage ist zwischen mehreren Leuten im Polizeibereich in der Weise gestellt worden: Was ist der Mehrwert durch BKA? Die Fragen, die ich auch heute gerne dem BKA stellen würde: Wie viele Leute hätten ihr denn damals eingesetzt? Wie

viele hätten ihr denn sofort zur Verfügung gehabt? Oder - darum ist es gegangen -: Wird das BKA nur übernehmen und dann sofort wieder ein Land beauftragen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Beckstein, ich frage noch einmal, weil Sie sind Zeitzeuge und heute Zeuge im Ausschuss. Wir waren allesamt - außer Ihnen - nicht beim Kaminesgespräch bei der IMK dabei, im Mai 2006. Haben Sie an dem Kaminesgespräch teilgenommen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja, selbstverständlich. Ich habe das geleitet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. Ist das Thema „Eventuelle Ermittlungsbefugnisübertragung zentraler Art an das BKA“ dort angesprochen worden, im Kaminesgespräch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich glaube nicht. Ich weiß noch sehr gut, dass Herr Ziercke ausführlich über die Frage „Terrorlage“ berichtet hat. Er war deswegen, weil er über die Terrorlage vor der Fußballweltmeisterschaft berichten sollte, übrigens auch Präsident oder irgend so was vom BfV und möglicherweise BND oder so - - Also, jedenfalls wollten wir eine umfangreiche Lageanalyse vor der Weltmeisterschaft.

Aber ich glaube nicht, dass es überhaupt angesprochen worden ist. Ich nehme an, wenn, dass es am Rande angesprochen worden ist zwischen beteiligten Innenministern; es waren ja nicht alle Innenminister beteiligt. Es könnte aber - ich will das nicht ausschließen - auch im Kaminesgespräch gewesen sein. Es war jedenfalls keine lange Diskussion darüber; sonst wäre irgendwo in den Unterlagen des Innenministeriums irgendeine Notiz darüber.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, es ist ja zum einen gerade mal sechs Jahre her. Zum anderen haben Sie das Gespräch geleitet, und zum dritten haben Sie ja vorhin ausgeführt, dass diese Mordserie Sie ja nun in einem besonderen Maße auch beschäftigt habe, dass Sie das geradezu umgetrieben habe, dass man da immer noch nicht den Tätern auf die Spur gekommen ist.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, wenn Herr Ziercke gesagt hätte: „Übergebt es uns, und wir werden mit hoher Wahr-

scheinlichkeit in einem Vierteljahr die Täter haben“, hätte ich garantiert nicht gezögert. Aber auch Herr Ziercke hat, obwohl ich ihn bestens kenne - - Ich habe keinerlei Erinnerung, dass mich Herr Ziercke auch nur ein einziges Mal angesprochen hätte, wir sollten übergeben. Was wir schon gerne gehört hätten, ist, warum sie das besser können, wie viele Leute und wie das gehen soll. Sonst ist ein Mehrwert nicht erkennbar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Beckstein, ich mache Ihnen einen Vorhalt. Das ist ein Vermerk aus dem Bundeskriminalamt, MAT A BKA-2/20, Paginierung 389 ff. Das ist ein Vermerk von Herrn Hoppe aus dem Bundeskriminalamt. Da schreibt er: -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Er war nicht dabei.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - Telefonat mit KD Hoffmann:

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Hoppe war nicht im Gespräch dabei.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:**

Nach Gesprächen des Landespolizeipräsidenten mit KD Hoffmann sei beim Kaminesgespräch -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Der Landespolizeipräsident war im Kaminesgespräch nicht dabei.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich frage Sie einfach, ob das zutreffend ist oder nicht.

- der IMK die Entscheidung gefallen, dass die Verfahren in den Ländern wie bisher weiter geführt werden.

Dann heißt es auf Seite 2:

Im Rahmen des Kaminesgesprächs habe Präsident Ziercke eine Mängelliste vorgetragen, ...

Das ist Ihnen nicht Erinnerung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein. Noch einmal: Es war weder Herr Hoppe dabei noch irgendeiner der Polizeipräsidenten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schließen Sie das aus, dass das thematisiert wor-

den ist, oder können Sie sich bloß nicht mehr daran erinnern?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also ich, auch wenn ich - - Sechs Jahre sind eine gefährliche Zeit. Aber ich halte es für außerordentlich unwahrscheinlich, dass tatsächlich eine Mängelliste vorgetragen worden ist. Ich wäre doch elektrisiert gewesen. Ich hätte meinen Kindler kommen lassen und hätte dem den Kopf - -

(Heiterkeit)

Ich hätte um Auskunft gebeten, um das - - Entschuldigung. Ja, manchmal geht es - - Ich hätte um Auskunft gebeten, wie er dazu Stellung nimmt. Aber das - -

Ich habe mit Kindler auch zur Vorbereitung für heute noch einmal gesprochen: Wie hast du es in Erinnerung? Auch er sagt, er glaubt, dass - wenn überhaupt - es eher nur im Kamin abgehakt worden ist. Es waren ja auch alle Länder derselben Meinung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War Kindler beim Kaminesgespräch dabei?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War Kindler beim Kaminesgespräch dabei?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er war nicht dabei.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Kaminesgespräch ist nur auf Ministeriebene plus Ziercke und die Präsidenten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ziercke kommt ja noch; da können wir ihn ja fragen, ob sich sein Erinnerungsvermögen mit dem Ihren deckt. Ich will Ihnen - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich darf auch sagen: Mit Herrn Schäuble weiß ich, dass ich darüber gesprochen hatte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja, in Garmisch irgendwann.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach so. Ja, das ist ja interessant. Das hören wir jetzt zum ersten Mal.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Erzählen Sie doch mal!

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jetzt sage ich mal etwas. Das habe ich übrigens vorhin schon erwähnt - ich bitte um Nachsicht -, aber Sie waren mit anderen Gesprächen beschäftigt. Ich müsste es vielleicht aus dem Manuskript sonst noch einmal vorlesen, wo ich dargelegt habe, dass ich am Rande in Garmisch - ob im Kamin oder am Rande des Kamins, so habe ich ausgeführt, weiß ich nicht mehr zuverlässig - auch mit Herrn Schäuble und übrigens den betroffenen Kollegen gesprochen habe. Wir hatten dann gesagt: Es bleibt bei der Länderzuständigkeit, Federführung Bayern, es wird eine LIST eingerichtet, und das BKA verstärkt die Koordination.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Schäuble auf Sie zugekommen? Ist der damalige Bundesinnenminister Herr Dr. Schäuble auf Sie zugekommen wegen des Themas? Ich meine: Warum ist es angesprochen worden? Sie hatten ja kein Interesse, dass das BKA das übernimmt. Insofern werden Sie es wahrscheinlich nicht thematisiert haben. Hat Herr Schäuble es angesprochen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, das kann ich Ihnen - - Noch einmal: Die Frage, dass das in Garmisch angesprochen wurde, habe ich nicht mehr unmittelbar in Erinnerung gehabt, sondern habe das erst auch aus den Medien erfahren, auch, dass hier sogar Bilder von der Zugspitze vorgezeigt worden sind. Ich selber hatte zunächst in Erinnerung, dass wir bei der Innenministerkonferenz in Nürnberg darüber gesprochen hatten. Aber es ist richtig, dass wohl am Rande von Garmisch irgendwie darüber gesprochen wurde, wie gesagt, am Rande des Kamins oder im Kamin - da sind ja auch einige Beamte dabei, bei der Konferenz selber, nicht beim Kamin -, und dass man dabei eben gesagt hatte - das war aus meiner Sicht nichts besonders Strittiges -, dass es bei der Regelung bleibt, die ich vorgetragen habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie waren ja nun dabei. Sie meinen sich jetzt erin-

nern zu können, dass Sie mit Herrn Schäuble über das Thema gesprochen haben.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das habe ich vorhin bereits dargelegt, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Welche Position hat denn Herr Schäuble vertreten in dem Gespräch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch einmal: Jetzt komme ich ins Spekulieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich meine, Sie sollen sich erinnern; Sie sollen nicht spekulieren. Sie sollen uns aus Ihrer Erinnerung hier berichten - deswegen sind Sie als Zeuge eingeladen worden -, was Sie noch wissen von dem Gespräch, das Sie damals mit Herrn Schäuble über die Frage geführt haben, ob das BKA die zentrale Ermittlungsbefugnis bekommt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch einmal: Ich selber habe das Thema nicht als sehr strittig in Erinnerung. Es war nicht so, dass es einen Krach gegeben hat - was manchmal bei der Innenministerkonferenz durchaus der Fall ist -, sondern dass man bei der Frage: „Bleibt es bei den Ländern, die betroffen sind, oder geht es zum Bund?“, relativ einig darüber gewesen ist: Es bleibt bei den Ländern, weil eben volle Ermittlungen gefahren worden sind; aber die Koordination muss verstärkt werden, auch durch die LIST; das BKA soll sich stärker einbringen.

Das war etwa das, was gelaufen ist, und ich habe nicht in Erinnerung, dass Herr Schäuble da irgendwo massiv remonstriert hätte oder, was übrigens wahrscheinlicher gewesen wäre, Herr Hanning, der damals ja der Staatssekretär war, der wahrscheinlich diese Fragen auch mit uns durchgesprochen hat. Denn ob eine derartige eher organisatorische Frage zunächst einmal trotz der neun Morde den Bundesinnenminister beschäftigt oder auf Staatssekretärsebene ist, weiß ich nicht. Ich weiß aber, wir haben mit dem Schäuble irgendwo dort gesprochen, aber, wie gesagt, es war klar: Es verbleibt Federführung Bayern, Verstärkung der Information, übrigens Verstärkung Mitarbeit BKA.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt muss ich aber - ich bin auch gleich fertig mit

der Befragung, Herr Beckstein, was Sie betrifft - noch einmal nachfragen: Welche Position hat denn Herr Schäuble vertreten? War der auch Ihrer Meinung, auch zu Beginn des Geschehens?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, da müssen Sie den Herrn Schäuble fragen. Ich selber habe keine konkrete Erinnerung daran. Ich kann Ihnen auch nicht mehr sagen, ob es fünf Minuten gedauert hat oder eine Stunde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ist natürlich - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich meine, ausschließen zu können, dass es eine halbe Stunde oder länger gegangen wäre.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wo Sie diese Mordserie doch so beschäftigt und aufgewühlt hat, dachte ich, dass Sie sich nach sechs Jahren noch daran erinnern können, aber das ist offenbar nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Befragung durch die Fraktionen. Das Wort hat zunächst für die Unionsfraktion der Kollege Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Zeuge Beckstein, vielen Dank für Ihre Ausführungen bislang. Ich will dort weitermachen, wo Kollege Edathy aufgehört hat, nicht, um Ihnen noch einmal die gleichen Fragen zu stellen - die haben Sie plausibel beantwortet, auch den ganzen Einsatz, den Sie über die Jahre gezeigt haben -, sondern weil ich so ein bisschen das Gefühl habe, dass wir im Ausschuss einer These hinterherlaufen, die mir zu einfach ist, nach dem Motto: Wäre es nur zum BKA gegangen - und die wollten ja auch -, dann wäre alles gut gewesen.

Ich will Sie vorneweg mit einer Aussage von Herrn Geier konfrontieren und fragen, wie sehr Sie es für realistisch halten, dass wir sie umsetzen können in diesem Land - in einem Land, das föderal geprägt ist, aber die Landesinnenminister schon ein ganz eigenes Selbstbewusstsein haben. Das sage ich jetzt nicht spöttisch, sondern einfach auch aus zehn Jahren Innenpolitik, die ich ja mache.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Richtig.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Richtig. - Herr Geier hat gesagt, entscheidend wäre gewesen - jetzt im Nachhinein, in der Nachschau -, wenn man ab 2006, vielleicht auch schon vorher, eine zentrale Ermittlungsführung gehabt hätte, und es wäre dabei weniger entscheidend, ob die beim BKA gelandet wäre, die dann kraft Gesetzes das Sagen haben, oder ob man es einer Landesbehörde, einem LKA, gegeben hätte, dann aber mit Weisungskompetenz gegenüber allen anderen auch, was heute ja die Rechtslage so nicht hergibt. Wir arbeiten da ja im Kollegialprinzip.

Frage von mir: Wäre das die richtige Konsequenz, und wäre es überhaupt vorstellbar, dass Landesinnenminister, die den Tatort haben, dann gesagt hätten: Jawohl, wir sehen ein, es muss zentral, und zwar auch mit Weisungsbefugnis geführt werden? Das Problem von Herrn Geier war ja, dass er niemandem etwas sagen konnte. Er war ja immer darauf angewiesen, dass die Länder mit Tatorten mitarbeiten. Deshalb gab es diese Steuerungsgruppe, um einigermaßen die Unwucht zu reduzieren. Aber so richtig steuernd eingreifen konnte er ja nicht, konnten auch Sie nicht, immer nur für Bayern.

Wäre das die richtige Konsequenz gewesen - aber dabei unbeachtlich, ob BKA oder LKA, aber eine Stelle, die das Sagen hat -, mit dem Wissen von heute, und kriegt man so etwas hin in unserer föderalen Struktur, auch mit der rechtlichen Anpassung, dass Landesinnenminister bereit sind, zu sagen: Jawohl, bei uns ist ein Tatort, in Bayern sind fünf, wir geben das ab, wir stellen zwar das Personal, aber das LKA Bayern darf uns etwas sagen? Halten Sie so etwas für realistisch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Zunächst: Wenn die Kommission und Herr Geier 2006 im Mai gesagt hätten: „Wir wollen das, wir halten es für besser, es wird abgegeben“, dann wäre überhaupt keine Frage gewesen, dass es dann anders auch zwischen Kindler und Ziercke gelaufen wäre. Die Kommission wollte das in Bayern behalten und hat das für zwingend notwendig gehalten, und zwar nicht etwa aus Behörden-eitelkeit; denn möglicherweise hat es da sogar Interessen von Personen gegeben, irgendwo anders hinkommen zu können, versetzt zu werden oder eine Leitungsaufgabe woanders zu bekommen. Vielmehr hat nach dem, was mir gesagt worden ist - ich habe ja

die Gespräche mit den Leuten dort in der Phase nicht im Detail geführt; das ist auch nicht meine Aufgabe -, die Kommission es für zwingend gehalten, zu sagen: Wechselt die Pferde nicht im Galopp!

Das war der Hintergrund, dass man gesagt hat: Da muss der Präsident Ziercke schon darlegen, warum die es besser können, warum das einen Vorteil hat. Der Krach zwischen Kindler und Ziercke soll gewesen sein - Hörensagen, nicht eigene Kenntnis -, weil es um die Frage gegangen ist, dass das ohne irgendwelche Absprachen übertragen wird; denn dass dann, wenn man miteinander redet, Dinge übertragen werden, wäre ja nicht ganz ungewöhnlich. Noch einmal: 2004 hatten wir das angeboten.

Jetzt frage ich auch: Natürlich ist die zentrale Weisung etwas, worüber man diskutieren kann. Auf der anderen Seite: In dem Augenblick, wo es echte Meinungsunterschiede zwischen Ländern gibt, hätte man sich halt an die Minister gewendet. Ich bin mir absolut sicher, dass innerhalb von wenigen Minuten entsprechende Unterschiede bereinigt sind oder schon darunter. Die Landespolizeichefs kennen sich so gut, dass die alle Augenblicke miteinander telefonieren. Wenn es ernsthafte Unterschiede gibt, dann kann man die ausräumen.

Mir ist nicht irgendwo ein Fall bekannt, wo wegen der mangelnden zentralen Weisungsbefugnis, die der Geier gerne für andere Länder gehabt hätte, etwas Ernsthaftes unterblieben ist. Mir sind einzelne Fälle in Erinnerung, wo ich angesprochen worden bin, weil es beispielsweise einmal mit Hessen Konflikte gegeben hat im Zusammenhang mit dem Temme, sodass ich da auch mit dem dortigen Innenminister dann ein Gespräch geführt habe. Aber sonst, noch einmal: In dem Augenblick ist es entweder auf der Ebene der Landespolizeipräsidenten oder spätestens auf der Ebene der Minister eine Frage von Minuten, dass man sich auf das einigt, was sinnvoll ist. Wurscht ob Rot oder Schwarz, haben wir uns in allen Fragen in ganz kurzer Zeit jeweils geeinigt.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Trotzdem: Glauben Sie nicht, dass eine BAO „Bosporus“ mit anderen beteiligten Ländern, mit dem BKA in der Unterstützung, nicht funktionsfähig sein kann, sodass man deshalb zu einem Konstrukt greift, das mich etwas stutzig gemacht hat, einer Steuerungsgruppe? Ich sehe schon immer jetzt

aus eigener beruflicher Erfahrung: Steuerungsgruppen sind nicht ein Zeichen dafür, dass vorhandene Organisationen funktionieren, sondern eher, dass es hakt und dass man nach irgendeinem Ausgleichsgremium sucht, das irgendwie die Probleme beseitigen soll. So eine Steuerungsgruppe - das haben jetzt auch die Akten gezeigt - hat hohen Zeiteinsatz verschlungen und sicher auch viele Male Führungsressourcen gebunden. Deshalb war meine Frage: Wenn wir so etwas brauchen, glaube ich, sind wir nicht gut organisiert. Würden Sie das in der Rückschau jetzt auch so sehen?

Deshalb wäre die zentrale Ermittlungsführung eine Voraussetzung, aber eben nur eine, weil es muss ja nicht immer das BKA sein, und deshalb die Weisungsbefugnis, zu entscheiden - trotz des guten Kennens; aber Sie wissen auch, es hängt ja von Personen ab. Was machen Sie, wenn Sie mal zwei haben, die nicht miteinander können? Das waren meine Lehren daraus, die ich bisher gezogen habe.

Wenn heute die Situation wieder wäre, was wir alle nicht hoffen, in einem vergleichbaren Bereich - es wäre wieder nicht ganz so klar: Ab wann steigt wer ein? Und wenn ein Land sagt: „Die Ermittlungen bleiben bei uns, wir sind allein in der Lage“? Also, wir sind noch nicht so aufgestellt, rechtlich und in Erlassen, dass man sagen könnte, das geht ohne politischen Streit ab. Das, glaube ich, müssten wir als Aufgabe für uns im Ausschuss behalten.

Ich will aber jetzt auf etwas anderes eingehen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Vielleicht darf ich doch noch - -

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Ja, kurz, weil meine Zeit nicht ganz so üppig ist wie vom Vorsitzenden, aber gerne.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigung, vielleicht kann man das in der nächsten Runde noch nachholen. - Ich habe in meiner ganzen Amtszeit, den fast 19 Jahren im Innenministerium, keine fünf Weisungen schriftlich erteilt, weil man das in der Regel nicht über Weisungen macht, sondern indem man den anderen überzeugt. Wenn jemand zentrale Ermittlungen für notwendig gehalten hätte - das BKA hätte das anordnen können, und der GBA hätte es anordnen können. Nach den Vorfällen in Erfurt sind die

zentralen Ermittlungen angeordnet worden, ohne dass das nach meiner Kenntnis die Bayern überhaupt mitgekriegt hatten, sondern das haben sie aus der Zeitung erfahren.

Das ist eine Möglichkeit. Aber das hat damals auch der Generalbundesanwalt nicht für zwingend gehalten und, wie ich meine, auch der BKA-Präsident nicht für so zwingend oder der Bundesinnenminister, dass daraus eine große Diskussion streitiger Art geworden ist.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Jetzt glaube ich aber, dass es eben doch einen Konflikt gab, der möglicherweise unterschwellig - nicht bei Ihnen, aber bei den leitenden Ermittlern - schon auch eine Rolle gespielt hat in der Zusammenarbeit, weil nämlich das BKA hier alles andere als so eine eindeutige Rolle eingenommen hat, wie es vielleicht manchmal den Eindruck erweckt. Neben dem schwankenden Gemütszustand - 2004: „Wir übernehmen die Ermittlungen nicht, wir sind zu weit weg“; 2006, nach dem neunten Mord: „Wir übernehmen auf jeden Fall, der Minister soll anweisen“ - gab es ja 2007 wieder eine Kehrtwende durch das BKA, und zwar immer durch den gleichen Beamten, der diese Vermerke schreibt. Wir werden sicher Herrn Ziercke einmal fragen müssen, wie die Wirkung dieser Vermerke bei ihm war. 2007 schreibt das BKA dann - der Gleiche, der 2006 empfohlen hat, wir müssen es auf jeden Fall haben -: „Auf keinen Fall, selbst wenn die Bayern darum bitten, wir haben schon genügend getan“. Ein Jahr später! Er hat nicht einmal ein ... (akustisch unverständlich)

Aber der Konflikt, glaube ich, der sich im Hintergrund abgespielt hat, ist, soweit ich es aus den Akten entnehmen kann - - Ich will an zwei Stellen Ihnen das nicht vorhalten, weil es BKA-Akten sind, aber einfach zitieren und Sie fragen, ob Ihnen dieser Konflikt auch in dieser Schärfe bekannt war: Das BKA hatte zur Hypothese fremdenfeindlicher Einzeltäter, soweit ich es aus den Akten entnehme, eine nahezu hundertprozentige Ablehnung, die mich phasenweise auch erschreckt, wenn ich sehe, wie hier in einem Vermerk des BKA - die MAT-Nummer ist hier ein bisschen unleserlich; ich reiche es nach - über mehr als zehn Seiten die Hypothese von Horn auseinandergenommen wird, warum das alles nicht fremdenfeindlich sein kann. Das BKA, im August 2006!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, zur Geschäftsordnung, oder was?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Binniger, zu 100 Prozent ist nicht ganz zutreffend.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, wenn Sie bitte das Mikrofon benutzen!

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche es ja. - Herr Kollege Binniger, in dem gleichen Vermerk steht, dass der Abteilungsleiter Maurer, heute Vizepräsident des BKA, es anders sieht. Also, auch beim BKA gab es verschiedene Ansichten.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Dann beziehe ich meine Aussagen auf die Akten, die mir hier zur Verfügung stehen, die von dem Referat oder von dem leitenden Beamten stammen, der damals, 2006, unbedingt den Fall übernehmen wollte, und da halte ich es schon für beachtlich.

Also: Dieses Referat versucht auf über zehn Seiten, die Einzeltätertheorie zu widerlegen, im August 2006, und es fallen dann Bewertungen durch das BKA:

Jedoch konnte festgestellt werden, dass es durchaus kriminelle Gruppierungen gibt, die zumindest mittelbar zu mehreren Opfern Verbindungen aufweisen.

...

... durch Ermittlungen bei mehreren Opfern Btm-Bezüge ...

All das - Frau John ist ja hier -, was für die Familien so schmerzhaft war, ist sechs Jahre nach der ersten Tat hier für das BKA offensichtlich noch von überragender, nicht widerlegbarer Bedeutung.

Dann heißt es weiter hinten,

dass tatrelevante „Bedrohungen“ tatsächlich stattgefunden haben.

Die Nichtidentifizierung der Bedroher darf kein Beleg dafür sein, dass es sie nicht gab. Für die Einzeltäterhypothese ist bislang ebenfalls nichts bewiesen.

So zieht sich das durch.

Dann wird jedes Opfer wieder sehr punktuell dargestellt, was es alles für Verdachtsmomente doch gäbe, über mehrere Seiten.

Am Ende findet sich, dass man sich mit den Opfern vorher am Tatort getroffen hat, auch, dass bislang nur die Nutzung derselben Waffe maximal ein Zeichen sei, aber doch überhaupt keine Botschaft - wie wir heute wissen, genau das Gegenteil.

Gegen die Einzeltäterhypothese spricht außerdem, dass man aufgrund der Verwendung von zwei Tatwaffen ... mit hoher Wahrscheinlichkeit auch von zwei Tätern ausgehen muss.

Was sich im Nachhinein ja bestätigte.  
Aber jetzt kommt der Fehlschluss:

Dies würde eine absolute Seelenverwandtschaft der Täter verlangen, die sich dann auch noch rein zufällig zusammen gefunden hätten.\*

Also auch hier widerlegt man.

Kurz später kritisiert das gleiche Referat die Medienstrategie der Bayern, indem sie sagen: Sie, also die Bayern, sind nach hiesiger Auffassung einseitig auf die Einzeltätertheorie festgelegt, und man möchte unbedingt, dass hier nach wie vor Ansätze für kriminelle Beziehungen und Vortaten der Opfer gesehen werden. - Hier sieht das BKA nach wie vor, auch nach sechs Jahren, immer noch diese völlig falschen Verdachtsmomente und möchte, dass die OK-These mindestens wieder gleichwertig wie die These fremdenfeindlicher Täter behandelt wird.

Ich muss schon sagen, ich bin über diese Dokumente des zuständigen Referats, das ja als EG „Ceska“ in der BAO integriert war und da doch über genügend Informationen verfügt hat, schon etwas entsetzt, dass man das - nicht im Jahr 2000, als man gar keine Ansätze hatte und vielleicht wirklich in alle Richtungen ermittelt, aber sechs Jahre danach - noch so in den Vordergrund stellt.

Glauben Sie, dass ebendieser Konflikt, der ja auch bei den Fallanalytikern zutage trat - Horn war ja lange Zeit auf Bundesebene isoliert; die Fallanalytiker der anderen Länder wollten das ja nicht so sehen -, der bei den Sachbearbeitern schon auch bekannt war, auch dazu geführt hat, dass man sagte: „Wir wollen den Fall bei uns behalten, weil die Schwerpunktsetzung, wenn er jetzt weg geht, dann so vorgenommen wird, wie

sie das BKA hier in seinen internen Vermerken ja auch beschreibt, nämlich nicht mehr Einzeltätertheorie, sondern Schwerpunkt OK“?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Herr Kollege Binninger, ich habe ja vorhin versucht, darzulegen: Das BKA wäre ja durch nichts gehindert gewesen, selber eine Anfrage an das BfV zu stellen. Aber wenn man die Einzeltätertheorie ablehnt, macht das ja überhaupt keinen Sinn.

Die Frage insgesamt, dass die Analyse des Herrn Horn eher kritisch gesehen worden ist - - Da gibt es dann noch eine weitere, noch einmal eine gemeinsame Beauftragung des baden-württembergischen Profilers. Da habe ich irgendwo eine Notiz darauf geschrieben: Ich habe nichts dagegen, dass man einen weiteren Profiler befragt, aber ich halte davon nichts, weil, solange wir nicht eine heiße Spur haben, muss in alle Richtungen ermittelt werden.

Es war immer mein Anliegen, sowohl die Frage „Drogen“ als auch die Frage „Fremdenfeindlichkeit“ als auch die Organisations- theorie zu verfolgen. Ganz am Anfang habe ich noch eine zusätzliche Theorie gehabt, die aber sehr schnell beiseitegelegt worden ist, und das war die Frage „Ehrenmord- geschichte“. Das gibt es in den Unterlagen, dass ich da auch herumgetan habe. Solange man nichts weiß, solange man nichts hat an heißen Spuren, muss alles ermittelt werden. Das war mein zentrales Anliegen. Ob das jetzt mit ein paar mehr oder weniger Leuten ist, das kann ich auch nicht im Einzelnen sagen. Da hat es auch Veränderungen je nach Arbeitsanfall und je nach Dringlichkeit gegeben. Das müssen ordentlich bezahlte Leitende Kriminaldirektoren dann auch selber machen.

Jedenfalls bin ich felsenfest überzeugt, dass nach allem, was ich heute weiß, die Einzeltätertheorie im Mai 2006 vom BKA nicht mit größter Intensität verfolgt worden wäre, wenn sie überhaupt verfolgt worden wäre, sondern dass - aber das ist eine Schlussfolgerung; das ist damals nicht Gegenstand der Debatten gewesen - dies eher die BAO „Bosporus“ gemacht hatte, die ja zumindest in gleichwertiger Form die Einzeltätertheorie, die ich immer lieber Fremdenfeindlichkeitstheorie - - Noch einmal: Wir haben nach zwei Radfahrern gefahndet. Darum habe ich mich immer über diese Frage Einzeltätertheorie aufgeregt. Frem-

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle der vorgetragenen Zitate lautet: MAT A BKA 2/39.09.



denfeindlichkeitstheorie hätte es sein müssen. Aber wenn der Profiler von Einzeltäter spricht, zieht sich das bis heute her.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Jetzt müssen wir ja fairerweise gegenüber allen Beteiligten schon auch festhalten: Es ist natürlich auch für die Zukunft nie auszuschließen, dass unterschiedliche Behörden unterschiedliche Ermittlungsansätze verfolgen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Selbst in einer Behörde wird manchmal gestritten.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Selbst in einer, und am Ende müsste jemand trotzdem das Sagen haben.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

Wir sind ja jetzt im Nachhinein klüger, und es wird auch zukünftig vorkommen, dass man unterschiedliche Ermittlungshypothesen von Behörden hat, und man kann nie eine ganz auf die Seite lassen. Dieses Problem wird man irgendwie anders lösen müssen.

Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen, den Sie gerade als Stichwort gegeben haben. Neben den zwei Hypothesen, wo es also keine heiße Spur gab - das haben Sie ja einige Male betont -, gab es für mich aber jetzt auch nach dem Aktenstudium zwei Hypothesen und zwei Tatsachen, die feststanden, nach denen man hätte suchen können und zum Teil ja auch gesucht hat: zwei männliche Fahrradfahrer, die übrigens auch beim Heilbronner Polizistenmord gesehen wurden,

(Zuruf: Das war später!)

und eine Waffe, die man dann nach kriminaltechnischer Untersuchung spätestens ab 2006 ja auf das Modell Ceska 83, verlängerter Lauf, Schalldämpfer, kleines Sortiment, eingrenzen konnte.

Sie haben vorhin gesagt: Ja, wenn man bundesweit so abfragen könnte, bei welchen Gewalttaten, Raubüberfällen, wo auch immer, zwei Fahrradfahrer in Erscheinung getreten sind, dann hätte man einen Überblick und könnte all diese Fälle rastern und abgleichen. - Jetzt die Frage an Sie: Die dafür notwendige Software, PIAV, gibt es; man hat sich, glaube ich, erst jetzt darauf verständigt. Sie war aber über zehn Jahre irgendwie nicht einzuführen, so sagen mir Ministerialbeamte und auch BKA-Leute, weil es ein Streit ums Geld war. Sie kostet 70 Millionen, 35 hätte

der Bund bezahlt, 35 die Länder. Das wäre die Software gewesen, die dieses tausendfach vorhandene polizeiliche Wissen über Straftaten auswertbar gemacht hätte. Haben Sie noch eine Erinnerung daran, dass diese Debatte mal geführt wurde, und ist sie wirklich am Geld gescheitert?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Zunächst, Herr Kollege Binniger, muss ich Ihnen gestehen, dass in dieser Frage „PIAV-Software“ Sie mir an Kenntnis überlegen sind. Wenn ich noch im Amt wäre, wäre mir das nicht passiert, dass Sie mehr wüssten als ich. Aber ich habe gesagt, 2007 war es nicht da, und ab Oktober 2007 bin ich ja nicht mehr in der Fachebene drin.

Wir haben x-mal über die Frage „Verbesserung von Software“ und übrigens ein anderes, verwandtes Problem, nämlich gemeinsamer Digitalfunk, geredet. Da habe ich als ein überzeugter Föderalist eine klare Meinung vertreten, dass es in bestimmten Fragen der Technik hilfreich wäre, wenn nicht 16 Länder und der Bund sich mühsam auf ein Konzept einigen, sondern der Bund mit seinem Geld eine kluge Lösung macht, und jeder kann sich kostenlos anschließen. Dann werden Sie nämlich erleben, dass alle das nutzen. Das hat man weder bei der EDV gemacht noch bei der Frage „Digitalfunk“, und das ist die Kehrseite. In dem Bereich gibt es wirklich etwas, wo der Föderalismus ärgerlich wird, wo man sagen muss: Da ist zu wenig an Gemeinsamkeit.

Wo man gemeinsame Technik braucht, wäre mein Weg - - Den habe ich x-mal Schily und auch Schäuble erzählt. Übrigens, schon vorher auch, in den 90er-Jahren, ist meine Geschichte immer gewesen: Der Bund, der an vielen Stellen Geld gibt, soll da schlichtweg die Tatherrschaft an sich reißen, eine Technik finanzieren und allen anbieten. In dem Augenblick wird es gemacht. Das ist aber aus Haushaltsgründen meistens abgelehnt worden. Eine Weisungsbefugnis, dass der saarländische Finanzminister für eine bestimmte Technik Geld gibt, steht nicht einmal dem Innenminister zu, geschweige denn dem bayerischen, was ein Fehler ist. Früher war das mal anders.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Aber Sie haben ja vorher sehr medientauglich den Begriff geprägt, untechnisch, wie ich festhalten muss, aber sehr medientauglich: Ich wäre für ein Polizei-Google.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich frage mich: Was nützen die ganzen Datensammlungen, die wir bundesweit über 38 Sicherheitsbehörden verteilt haben, wenn wir nicht einmal in einer Serie mit neun Mordfällen in der Lage sind, das Straftatenaufkommen zu recherchieren nach zwei Radfahrern oder anderen Hinweisen?

Ich wollte Sie fragen, ob Ihnen das gleiche Problem im Verfassungsschutz auch bekannt ist. Der Zeuge Hegler hat heute Morgen eingeräumt, auch auf die Frage vom Kollegen Ströbele und mir, dass es eben nicht möglich ist, in den Verfassungsschutzdateien eine Suchanfrage mit den Begriffen „gewaltbereiter Rechtsextremist“ und „Umgang mit Schusswaffen - schon bekannt oder auffällig geworden“ zu starten, sodass man dann in der Recherche vielleicht 100 gewaltbereite Rechtsextremisten als Ergebnis bekäme, die alle schon einmal mit Schusswaffen oder Sprengstoff aufgefallen sind, darunter dann vielleicht auch ein Trio aus Thüringen. Das geht nicht. Suchen kann man nur, wenn man weiß, wen man sucht; also, man braucht den Namen - NADIS als reine Fundstellendatei.

Glauben Sie nicht, dass das alles keinen Sinn macht, diese ganze Sammlerei, wenn es am Ende, wenn es darauf ankommt, an Recherchefähigkeiten scheitert?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich sage zu dieser Frage: Ich teile Ihre Meinung, dass hier Recherchemöglichkeiten verbessert werden müssen. Polizei-Google habe ich es genannt. Als wir EASy in Bayern entwickelt hatten, waren wir ganz stolz, weil wir gedacht haben, das sei der ganz große Sprung. Es hat auch viele Verbesserungen gebracht. Aber es hat noch bestimmte Lücken, die jedenfalls bis 2007 nicht geschlossen waren. Ob das zwischen 2007 und jetzt vollständig befriedigend ist, kann ich nicht beurteilen. Wie gesagt, ich bin nicht mehr im Amt. Wenn ich im Amt wäre, könnte ich es Ihnen im Detail sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich habe eine letzte Frage, die in eine ganz andere Richtung geht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wobei, entschuldigen Sie, wenn ich das noch sage: Heilbronn war natürlich nach dieser Zeit, -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Heilbronn war 2007 im April.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - sodass die Frage der Radfahrer in Heilbronn 2006 keine Rolle spielen konnte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aus den Akten wissen wir, dass die Bayern abgeglichen haben.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber es hat ja zwei Radfahrer in Köln gegeben, wobei da die Gruppe aus Gründen, die ich nicht kenne, das nicht für weiterführend erachtet hat - aus heutiger Sicht wahrscheinlich ein Fehler.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und unter dem Strich bleibt es dabei: Wir hatten eben zwei belastbare Fakten, einmal die Waffe, wo man am Ende acht Waffen vor der Tatwaffe war und aufgehört hat, aus welchen Gründen auch immer, und wir hatten die zwei männlichen Radfahrer, die ja nicht nur die Morde, sondern 14 Banküberfälle in Thüringen und Sachsen begangen haben, wo man ja Erkenntnisse hatte, aber niemand auf die Idee kam, das zusammenzuführen.

Ich habe eine letzte Frage in diesem Teil zu etwas ganz anderem, worauf Sie mich aber vorher selber gebracht haben und das, glaube ich, auch die Kollegin von der SPD in einer der letzten Sitzungen schon einmal thematisiert hat. Ich wollte Sie einfach fragen, ob man Folgendes nicht verpflichtend in Deutschland machen müsste, als Lehre, als Konsequenz - verpflichtend, es nicht dem Interpretationsspielraum einer Polizeidienststelle überlassend. Sollte man nicht verpflichtend sagen - so sei es wohl in Großbritannien -: Wenn ein ausländischer Mitbürger oder auch ein jüdischer Mitbürger Opfer einer schweren Straftat wird und es keine Anhaltspunkte für den Täter gibt, dann müssen die Behörden auch nachweislich und belegbar einem fremdenfeindlichen Motiv oder ausländerfeindlichen Motiv nachgehen, verpflichtend und belegbar? Der Satz, den Sie sagen: „Wir ermitteln in alle Richtungen“, ist völlig richtig und ist auch keine Binse.

Aber wäre nicht so eine Verpflichtung, wie es sie in anderen europäischen Ländern gibt, das richtige Signal, dass wir für die Zukunft - darum geht es uns ja auch; wir sind ja nicht nur zur Fehleraufarbeitung hier, sondern auch für die richtigen Konsequenzen - wis-

sen: Eine mögliche - man weiß es ja vorher nie -, eine möglicherweise fremdenfeindliche oder ausländerfeindliche Motivation oder antisemitische Tätermotivation fällt nicht unter den Tisch, weil es verpflichtend ist, in diese Richtung zu ermitteln, auch belegbar zu ermitteln? Was würden Sie von so einer verpflichtenden Regelung halten?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich halte, ehrlich gesagt, das heute schon für verpflichtend, das selbstverständlich, wie es übrigens auch Herr Geier gesagt hat, dass er immer diese Frage auch mit in seinem Blickfeld gehabt hatte, die Frage nach einer möglichen fremdenfeindlichen Tat so lange, bis man nicht eine andere Spur heiß hat, Gegenstand ist. Ob es noch einmal ein Vorteil wäre, das zusätzlich in irgendeiner Dienstanweisung zu machen, darüber könnte man meines Erachtens reden.

Wenn ich mich nicht ganz täusche, hat es so etwas Ähnliches auch im bayerischen Verfassungsschutz gegeben, dass der Verfassungsschutz an Strukturbeobachtungsfragen - nicht Ermittlungen; ermitteln darf der Verfassungsschutz nicht - in die Szene hineinhört, um dann etwaige Erkenntnisse aus der Szene zu haben. Ich glaube, das war auch schon damals der Fall, dass der Verfassungsschutz da, sagen wir mal, automatisch Warnlampen aufstellt. Ob man das noch einmal deutlicher macht, darüber kann man meines Erachtens durchaus diskutieren.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt dann zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Eva Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, ich möchte zunächst vorausschicken, dass ich Ihnen ganz ausdrücklich dafür danke, dass Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen Ihr Bedauern ausgedrückt haben und auch gesagt haben, wie tief Sie das erschüttert hat; denn Sie waren jetzt bisher der erste Zeuge, der das so deutlich zu Beginn gemacht hat. Die anderen Zeugen haben sich zum Teil sehr schwergetan, dieses Bedauern zum Ausdruck zu bringen. Ich finde es für unsere gemeinsame Arbeit hier, für die Aufklärung sehr wichtig, dass wir auch ein Signal in Richtung der Opfer und ihrer Angehörigen senden. Insbesondere Frau John verfolgt

auch unsere Arbeit hier ganz genau. Insofern möchte ich Ihnen dafür ganz ausdrücklich danken.

Ich möchte eine persönliche Frage stellen. Als im November 2011 herauskam, dass die zehn Morde von der sogenannten Zwickauer Terrorzelle verübt wurden, können Sie uns sagen, was Ihr erster Gedanke war, als Sie davon gehört haben?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das war ganz ambivalent. Das eine war: Furchtbar, was da herauskommt. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass es in Deutschland eine nationalsozialistische Untergrundterrorgruppe gibt, die über Jahre hinweg Terrorakte in Serie begeht, Morde, Raubüberfälle - das ist ja dann sehr schnell klar geworden -, und es wird über zehn Jahre nicht aufgeklärt. Das war furchtbar.

Ich gestehe Ihnen aber auch, dass ich ein Stück froh war, als ich gehört habe, die Täter - - Sie haben mich gefragt, was meine Gefühle waren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die Gefühle waren nicht rechtsstaatlich, sondern ich war froh, dass die Täter tot sind und auf die Weise nicht mehr irgendwas anstellen können. Beim Nachdenken habe ich gesagt: Es wäre viel besser, wir hätten die gefangen und dann Ermittlungen durchführen können. Aber meine Gefühle waren, Gott sei Dank können sie nichts mehr anstellen, denn wir hatten ja in Behörden Vorbereitungen getroffen: Was ist bei dem zehnten Mord, etwas, was - - Das ist keine Formalie, wenn wir, das sicherste Land, Vorbereitungen treffen, was wir nach einem nächsten Mord machen, um Täter zu finden. Da war mein Gefühl: „Eine blutende Wunde“ - so habe ich in einer Zeitung gelesen - „beginnt verbunden zu werden.“

Aber dass das Ganze etwas ist, womit ich auch heute noch nicht fertig bin, merken Sie ja wahrscheinlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, selbstverständlich. Was ich noch einmal jetzt zu Beginn dessen, was ich Sie gleich fragen werde, deutlich machen möchte, ist, dass es keine grundsätzliche Kritik daran gibt, dass in alle Richtungen ermittelt wurde, also, dass auch mit viel Fantasie und Akribie usw. ermittelt wurde. Was wir aber feststellen - danach werde ich jetzt im Folgenden natürlich auch

noch einmal fragen -, ist, dass es ein unglaubliches Ungleichgewicht bei dem Engagement in den Ermittlungen gegeben hat, also bei der Akribie und auch bei der Fantasie. Es ist sehr engagiert in Richtung organisierte Kriminalität ermittelt worden, sehr umfangreich im Bereich des Umfeldes der Opfer; aber nicht ansatzweise gleichgewichtig ist dem Hintergrund „fremdenfeindliches Motiv der Täter“ nachgegangen worden. Warum das so gewesen ist, das ist das, was uns hier beschäftigt.

Deswegen möchte ich Sie, Herr Dr. Beckstein, gleich zu Beginn einmal etwas fragen. Ich habe es ja als tragisch bezeichnet, als ich in den Akten gefunden habe, dass Sie am 12. September 2000, also direkt nach dem Mord an Enver Simsek, der am 9. September 2000 ermordet wurde, drangeschrieben haben: Könnte es nicht fremdenfeindlicher Hintergrund sein?

Sie kannten - das habe ich gelesen - den Blumenhändler ja auch; das war in unmittelbarer Umgebung Ihrer Wohnung. Nun ist es so, dass offensichtlich niemand sonst auf die Idee gekommen ist, dass diese Morde fremdenfeindlichen Hintergrund haben. Sie hatten den richtigen Riecher. Können Sie uns teilhaben lassen, wie Sie auf diesen richtigen Riecher gekommen sind?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Da hätte ich jetzt beinahe Herrn Binninger zitiert, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das dürfen Sie gerne.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - weil er vorhin genau danach gefragt hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn ein Mann ermordet wird oder eine Frau ermordet wird, der oder die Ausländer ist - - Ich rede mal weniger geschwollen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, klar.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn ein Türke oder ein Jude ermordet wird oder ein türkisches Wohnheim angezündet wird, dann ist natürlich meine allererste Vermutung: Fremdenfeindlichkeit. Die weiteren Vermutungen - das war damals übrigens dann auch - betreffen die Frage „Verwandtschafts-

beziehungen, Ehrenmord“, und dann die nächste Frage waren die Drogen. Am Anfang ist das noch sehr viel breiter ermittelt worden, wobei ich - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. Also, wir haben eine Schiefelage; ich will das nur auch noch einmal sagen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie, wenn ich das noch sage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, bitte.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist mir ein zentrales Anliegen. Aber es hat sich eben sehr schnell herausgestellt, dass der Simsek ein ganz braver Mensch war und nicht etwa mit organisierter Kriminalität in Verbindung stand. Der Schneider, der als Zweiter umgebracht worden ist, war auch jemand, der ein ganz braver, biederer Bürger war, der nicht im Hauch eine Zusammenarbeit mit OK hatte. Der Hamburger Fall war da etwas anderes.

Mir ist es deswegen ein Anliegen, weil ich den Angehörigen irgendwann wieder unter die Augen treten werde, dass ich sie jetzt nicht etwa noch einmal schädige, indem wir die sozusagen alle pauschal unter OK-Verdacht stellen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Da bitte ich um Verständnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das wollen wir hier nämlich auch nicht. Genau, das waren falsche Ermittlungsansätze, denen nachgegangen werden musste - das wird nicht in Abrede gestellt -, aber wir fragen jetzt, warum fremdenfeindlichem Hintergrund nicht gleichwertig nachgegangen wurde. Ich will das nur noch einmal sagen.

Sie haben gesagt, Ihnen sei es auch darum gegangen, dass die personelle Ausstattung der BAO „Bosporus“ usw. ausreichend ist. Wir wissen, dass es ungefähr 160, 180 Beamte gegeben hat, davon aber nur sechs Beamte, die diesem Hinweis „Täter mit Verbindung zur rechten Szene“ nachgegangen sind. Da kann man nicht von Gleichwertigkeit der Ermittlungen sprechen. Wir haben entsprechende Aussagen der Zeugen hier und auch aus den Akten. Das ist etwas, was

uns beschäftigt, und deswegen möchte ich daran noch einmal gerne bleiben.

Ich selbst habe zehn Jahre in einem Bundesministerium gearbeitet. Ich weiß also, was etwas, mit grünem Stift auf einem Zeitungsartikel handschriftlich vom Minister vermerkt, in einem Hause auch auslöst, auslösen soll. Sie selbst haben ja auch gesagt, dass Sie entsprechend deutlich werden können. Ich frage mich jetzt tatsächlich, warum es in Ihrem Haus und bei Ihren Behörden nicht mehr ausgelöst hat, dass Sie diese Vermutung hatten, den richtigen Riecher: fremdenfeindlicher Hintergrund. Sie sprechen immer von Arbeitshypothese, von gleichwertigem Ermittlungsansatz. Können Sie uns noch einmal sagen, was das Ihrer Meinung nach in Ihrem Haus ausgelöst hat und wie intensiv Sie auch verfolgt haben, ob diesem Hinweis nachgegangen wurde?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich glaube, dass der Eindruck nicht zutreffend ist, wenn man die sechs Leute allein gegen die 160 stellt. Beispielsweise die Frage der Rasterung der Millionen Datenfunkzellen und die Überprüfung der über 7 000 Leute, die da gekommen sind - die sind in alle Richtungen gegangen, auch in den Bereich Rechtsextremismus oder Fremdenfeindlichkeit -, sind aber formal von Leuten aus dem OK-Bezug gemacht worden, weil die da die größeren Fähigkeiten technischer Art hatten.

Oder die Frage „Rasterung der Videoaufnahmen“: Die sind ja bei den einzelnen Banken, bei den Geldautomaten, abgeholt worden. Das war nicht rechts oder hat nicht OK-Bezug gehabt, sondern war insgesamt zu machen. Aber das hat natürlich einen Großteil der Ermittlungskapazität gehabt. Das waren Leute, die rein zufällig im OK-Bereich waren. Das könnte man auch in einen Zentralbereich nehmen.

Sie kennen die Organisationsform eines Ministeriums.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Da würden wir, wenn wir das heute von vornherein organisieren, eine Abteilung OK, eine Abteilung Fremdenfeindlichkeit und eine Zentralabteilung machen. Aber das hat man nicht gehabt. Aber da ist natürlich eine Menge von zusätzlicher Arbeit gekommen.

Trotzdem verhehle ich nicht, dass ich, wie ich das im Einzelnen jetzt noch einmal nach-

gesehen habe - - Aber ich habe das damals nicht beanstandet. Aber heute könnte ich mir sagen: Man hätte vielleicht da doch ein paar Leute noch zusätzlich nehmen können. - Ich habe denen irgendwann einmal auch gesagt: Braucht ihr noch 20 oder 50 Leute? Aber bringt mir danach den Täter innerhalb von vier Wochen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, das Problem ist fast gar nicht das personelle Aufstocken oder so, sondern es ist so, dass es bis 2006, bis zu dieser zweiten Fallanalyse von dem Profiler Horn und den anderen, überhaupt keine Ermittlungsansätze in den Akten in Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund gibt. Deswegen, weil Sie den richtigen Riecher hatten, bin ich so verwundert, dass sich bis 2006 - da hatten Sie noch einmal den richtigen Riecher; am 7. Mai oder am 13. Mai haben Sie noch einmal notiert, ob nicht doch ausländerfeindliches Motiv der Täter vorliegen könnte - hierzu in den Akten gar nichts findet.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Als die zweite Fallanalyse kam - der Profiler Alexander Horn hat ja im Grunde genommen Ihre Vermutung dann bestätigt -, haben Sie sich da bestätigt gefühlt, oder haben Sie dann darauf gedrungen, dass in diese Richtung auch engagierter ermittelt wird?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe mich zunächst insofern bestätigt gefühlt, dass er sagte, es ist ein Hass auf Fremde, Fremdenfeindlichkeit damit Motiv. Das, was mir beim Profiler nicht gepasst hat, war, dass er - für jemand, der das nun auch relativ oberflächlich kennt - die Einzeltätertheorie<sup>21</sup> hat und wir - noch einmal - zu der Zeit bereits Fahndungen nach zwei Leuten hatten. Das habe ich auch mehrfach eingewendet. Aber wie gesagt, der Profiler ist halt selber der entsprechende Spezialist und ändert dann auch nicht ohne Weiteres seine fachliche Beurteilung. Deswegen beschäftigen wir uns heute noch mit der Einzeltätertheorie, während ich immer gesagt habe: Ich will das nicht als Einzeltätertheorie, sondern Fremdenfeindlichkeit. - Aber ich bin nicht Ermittler, und deswegen habe ich auch nicht etwa da Anweisungen erteilt.

Aber die Frage, dass es wichtig war, dann zur Frage Fremdenfeindlichkeit zu ermitteln - - Ich wusste, dass das LfV eingebunden ist; ich wusste nicht, dass es so ewig dauert, gell? Aber dass das LfV da auch

<sup>21</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

noch einmal eingebunden ist, gehört zu den Dingen, die mir damals auch wichtig waren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da kommen wir vielleicht gleich auch noch mal zu. Aber Sie haben ja auch die Berichte vorgelegt bekommen, die Sachstandsberichte usw. Ich habe einen hier -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Über 20.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - genau -, an dem Sie auch Fragezeichen drangemacht haben, also in Sachen Einzeltätertheorie. Das ist mit Sicherheit auch ein Missverständnis. Der Profiler hat nie von einer Person gesprochen, sondern von mehreren; aber es war die Abgrenzung zur organisierten Kriminalität, zur sogenannten Organisationstheorie, und insofern Serientäter- versus Organisationstheorie. Das war wahrscheinlich ein Missverständnis. Sie haben da Fragezeichen notiert an diesem Sachstandsbericht. Hat Sie mal jemand darüber aufgeklärt, dass „Einzeltäter“ nicht meint eine Person, sondern dass es eben die Abgrenzung zu dieser Organisationstheorie war und der rechte Hintergrund hinzukam?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, wenn ich mich recht entsinne, war dem Profiler schon die eine Person auch wichtig.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich kann nur sagen, woran ich mich zu entsinnen meine. Ich habe selber mit dem Profiler auch nicht gesprochen, sondern es geht über mehrere Etagen hin und her. Nach meiner Erinnerung oder Kenntnis war es etwas, wo wir mehrfach darüber gestritten haben, weil ich immer wieder darauf hingewiesen habe: Ihr könnte nicht in der Öffentlichkeit in der Nürnberger Szene nach zwei Leuten fahnden und dann von einer Person reden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, ich möchte jetzt noch mal auf den Punkt „Übernahme der Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt“ -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist mir schon klar.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - kommen in der verbleibenden Zeit. Nicht immer ist zentrale Ermittlung der richtige Weg; da würde ich auch nie die Konsequenz ziehen. Aber wenn wir eine Situation haben: bundesweite Mordserie, erfolglose Ermittlungen

(Abg. Dr. Eva Högl (SPD) hält ein Schriftstück hoch)

- Sie können das wahrscheinlich auf die Entfernung nicht sehen; aber Sie wissen, worum es geht -, sechs beteiligte Staatsanwaltschaften, fünf beteiligte Polizeibehörden, in der Mitte ein großes Fragezeichen. Die Mängelliste des Bundeskriminalamtes ist Ihnen schon vorgetragen worden, auch wenn Sie nicht kennen, was der Präsident Ziercke dem Bundesinnenministerium übermittelt hat. So will ich doch noch mal nachfragen und Ihre Erinnerung hervorrufen zu dem Punkt: Wie ist das bei Ihnen intern diskutiert worden? Denn wir haben in den Unterlagen einen Vermerk aus Ihrem Sachgebiet I C 2 damals vom 26.04.2006 an den Abteilungsleiter I C. Das ist MAT A BY-2/9 a, Seite 168 ff. Da wird umfänglich dargelegt, unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme durch das Bundeskriminalamt in Betracht kommt, was dazu rechtlich vorliegen muss und was die Voraussetzungen von § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 sind. Sie haben vorhin, Herr Dr. Beckstein, gesagt, dass Sie die Diskussionen zwischen BKA und Bundesinnenministerium nicht kennen. Aber das ist ein interner Vermerk aus Ihrem Haus. Es muss also doch eine intensive Diskussion bei Ihnen im Haus gegeben haben damals; denn ansonsten kommt ja das Sachgebiet I C 2 nicht einfach auf die Idee, einen so umfänglichen Vermerk zu erstellen. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Mir selber ist der Vermerk nicht vorgelegt worden. Ich habe in den letzten Tagen von Herrn Kindler gehört, dass er nach dem Gespräch entweder auf Arbeitsebene oder mit Herrn Ziercke dann einen Vermerk von I C 2 angefordert hat über die Frage der Übernahmenvoraussetzungen, die nicht einvernehmlich erfolgt. Das scheint die Reaktion darauf zu sein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das sollte für das Gespräch dann sein mit Herrn Ziercke, oder wofür sollte dieser Vermerk sein?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wie der zeitliche Ablauf genau ist, kann ich nicht sagen. Ich wollte jetzt auch jetzt nicht - noch mal, das ist die Frage von vor wenigen Tagen - mich dem Eindruck aussetzen, allzu detailliert Zeugen zu beeinflussen, die Sie möglicherweise noch hören.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Deswegen war das nur ein oberflächliches Gespräch. Er sagte, er hat in diesem Zusammenhang dann wissen wollen, wie die rechtlichen Voraussetzungen sind. Da hat I C 2 - das ist die zuständige rechtliche Abteilung - dafür einen Vermerk gemacht. Das ist aber dann ja nicht rechtlich abschließend diskutiert worden, sondern, wie gesagt, nach meiner Einschätzung hatten wir uns geeinigt. Noch mal: Der Bund hätte ja Weisungen erteilen können; er hat es nicht gemacht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie wollten auch nicht abgeben?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, wir hätten es damals für falsch gehalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Darf ich noch mal sagen - ich bitte um Nachsicht, wenn ich darauf beharre -: Es hätte niemand - das will ich auch in Richtung von Herrn Edathy sagen - das BKA gehindert, im Jahr 2006 oder 2005 oder 2007 eine Abfrage beim BfV zu machen. Aber die haben halt das nicht gemacht. Die hätten auch selber Abfragen machen können, zum Beispiel nach Fahrradfahrern, und hätten selber die Zusammenführung machen können, Raubüberfälle in Thüringen und Fahrradfahrer in Nürnberg. Daran hat niemand das BKA gehindert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das BKA war nur für die Ceska in der BAO - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, nein, nein, die waren 20 Mann hoch zeitweise und haben nicht nur die Frage der Waffengeschichte gehabt. Das lassen wir nicht zu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, nein, aber die hatten einen Auftrag - das war 2004 so entschieden worden -, die waren einbezogen auf der Basis von § 129 Strafgesetzbuch, und das war das Einzige, wonach die - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Strukturermittlungen und Ceska!)

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Strukturermittlungen und Ceska!)

- Genau, genau, auf dieser Basis.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Wir waren uns darüber einig, dass das BKA umfassend mit zu beteiligen ist, nicht nur punktuell die Frage Ceska oder die Frage Auskünfte aus der Türkei, sondern die sollten durchaus - die waren ja auch bei den Gesprächen dabei, die zwischen den Ländern und - - Die waren bei allen Dingen eingeladen und waren jeweils dabei. Es hätte niemand das BKA gehindert, es wäre vielleicht auch richtig gewesen, wobei ich allerdings sage, wenn wir gefragt hätten, wie viele Rechtsextremisten oder alle Auskünfte über Rechtsextremisten in Deutschland, hätten wir wahrscheinlich 40 000, 60 000 Antworten gekriegt. Ob die Namensübermittlung da zulässig gewesen wäre, weiß ich nicht; aber damit hätten wir nicht so arg viel anfangen können. Selbst wenn, wären die Namen nicht dabei gewesen. Selbst wenn, wären die Namen nicht dabei gewesen! Das ist ja das, was mich auch immer noch beschäftigt: dass man Speicherfristen hat; nur weil eine Sache verjährt, fällt es aus allem raus, auch wenn die Tat nicht aufgeklärt ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Zeuge Beckstein, ich muss auch noch mal auf das zurückkommen, was die Kollegin Högl gerade am Ende sagte, und zwar auf das Zitat, das Sie schon ansprachen, im *Straubinger Tagblatt*. Ich lese es einfach noch mal vor:

Wenn ihr jetzt das übernehmt, müsst ihr schon darlegen, dass ihr wenigstens die Qualität der Ermittlungen haltet. Das ist nicht passiert.

Sie sagten vorhin, Sie wollten nicht im vollen Galopp die Pferde wechseln. Ehrlich gesagt, diese Aussage interpretiere ich als massive Kritik am Bundeskriminalamt, nämlich so, dass Sie dem Bundeskriminalamt mangelnde Ermittlungsqualitäten unterstellen. Wie kommen Sie denn zu dieser Auffassung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Überhaupt nicht, sondern die Frage ist, dass, wenn jemand auf Ermittlungen von Hunderten von Akten zurückgreift, selbst der genialste Ermittler nicht vom ersten Tag an alles kennen kann.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie sagten vorhin, Sie gehen davon aus, dass 160 Beamte besser sind als 20 Beamte vom BKA.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Woher wissen Sie denn, dass das BKA nur 20 einsetzen würde?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das hätten wir ja gern gewusst, wie viel die einsetzen, ob die 150 einsetzen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dann ist das ja eine pure Vermutung gewesen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Und selbst wenn die 150 angenommen hätten: Dass bei Hunderten von Ordnern mit Ermittlungen, die von einer Person auf die andere zu übertragen waren, was verloren geht, ist doch naheliegend. Zum Beispiel, an was ich mich noch entsinne - aber das war später -: dass das BKA gesagt hat, wir müssten ermitteln aus der Draufsicht von oben her das Umfeld der Opfer. Ich weiß, dass wir gesagt haben: Ja, Menschenskind, haben die nicht gemerkt, dass dieses Umfeld der Opfer in einem Maße ermittelt worden ist, dass es hier sogar Kritik gegeben hat? - Aber das war damals nicht allen bekannt. Jetzt muss ich noch mal sagen: Ich weiß, was die Qualitäten des BKA sind, und ich nehme für mich in Anspruch, dass ich nicht jemand bin, der blind für Länderkompetenz ist. Aber ich sage: Wenn man Hunderte von Ermittlungsakten hat und weit über 100 Beamte, dass man in dem Augenblick dann sagt, das geht auf einen anderen über, ist nicht ganz überzeu-

gend. Dann hätte ich gesagt: Wenn es am 7. April gewesen wäre, wäre es vielleicht noch überzeugender. Aber erst drei Wochen zu warten, wenn alle Riesenkommissionen haben, das ist nicht so, dass ich sagen muss, das würde irgendjemand als vorbildlich bezeichnen. Das ist besser als die sechs Monate vom LfV.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, mir scheint es sehr emotional zu sein. Das bestätigt auch Ihre Antwort ein bisschen. Aber hat sich denn das BKA danach bei Ihnen gemeldet, als Sie die Aussage getroffen haben im *Straubinger Tagblatt*? Gab es da eine Diskussion danach?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** BKA mit mir? - Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Der Hintergrund ist ja, weil Sie auch gerade an dieser Stelle die Qualitätsfrage - aus meiner Sicht stellt sie sich ja - aufgeworfen haben, obwohl eines der entscheidendsten Tatmittel oder Handlungsfäden ja die Tatwaffe selber ist: Das BKA selber hat ja gerade im Bereich EG „Ceska“ diese Spur verfolgt. Das haben Sie ihm zugetraut?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wir haben insgesamt das BKA mit allen Fähigkeiten zu nutzen versucht, mit den internationalen Kontakten. Beispielsweise bei der Ceska hat das BKA auch die offizielle Anfrage in der Tschechischen Republik genutzt, und trotzdem haben wir uns nicht allein darauf verlassen. Da gibt es vielleicht - -

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

- Bitte? Ja, freilich. - Oder die Frage: Selbstverständlich haben wir die offiziellen Wege genutzt, die Verbindungsbeamten des BKA in der Türkei sind exzellente Leute. Und trotzdem habe ich mit dem Innenminister Aksu selber drüber geredet, als der mich auch besucht hat in meinem Urlaub, oder irgendwann war er, glaube ich, auch mal hier.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn die Äußerung, die Sie vorgestern getan haben, auch gegenüber Innenminister Schäuble damals geäußert, in dieser Form?



**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Äußerung, die Qualität der Ermittlungen müsse man halten, und das sei nicht passiert, haben Sie dies auch so Innenminister Schäuble damals gesagt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Das Gespräch mit Schäuble habe ich nicht als kontrovers in Erinnerung. Ich weiß, dass auf der Arbeitsebene über diese Frage „Mehrwert des BKA“ intensiv diskutiert worden ist und dass wir dann - alle Länder - gesagt haben: Zu dem Zeitpunkt, wo der genialste Beamte - - Der kann nicht einfach hellseherisch wissen, was in Hunderten von Seiten - Entschuldigung, nicht Hunderten von Seiten -, in Hunderten von Ordnern steht. Ich glaube, Kollege Wolff, dass auch Sie nicht bestreiten werden, dass der Übergang von einer Dienststelle auf die andere zunächst mal eine Zeit lang Einarbeitungszeit benötigt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wäre es denn von Anfang an gut gewesen, es zu machen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja, freilich. 2004 hätten wir es ganz vernünftig machen können.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, und davor noch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Hätte ich nichts dagegen gehabt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie da was gemacht in der Richtung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wir haben ja 2004 das dem BKA angeboten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, und davor noch? Für mich ist entscheidend - noch mal nur ein Zitat - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich hätte es übrigens noch gerne auch, wie wir alles ausermittelt gehabt hatten, wo wir drangegangen sind, zu reduzieren, dass dann noch mal jemand ganz anderes drüberschaut. Wir haben das dann behelfsmäßig gemacht, dass bei uns noch mal eine Art

Controlling-Gruppe das gemacht hat. Aber das wäre 2007 auch noch mal möglich gewesen, ohne dass irgendwelche Ermittlungsansätze verloren gehen, vielleicht nicht verloren, um auch Ihnen entgegenzukommen, sondern verzögern. Dass es verzögert, kann niemand bestreiten. Wenn jemand Neues erst einmal ein paar Tausend, ein paar Zigtausend Seiten, wahrscheinlich mehr als 100 000 Seiten Ermittlungsprotokolle lesen müsste, um sich das zu überlegen, dass das zu gewissen Verzögerungen führt, kann doch niemand bestreiten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich möchte Ihnen noch mal kurz ein Zitat vorhalten. Das ist sicherlich in diesem Fall die Meinung BKA bzw. von Herrn Hoppe in der letzten Vernehmung hier im Untersuchungsausschuss, wo er - ich interpretiere das mal - zu den Ermittlungen 2006 sagt:

Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Dienststelle, die insgesamt verantwortlich war und das Sagen hatte.

Herr Hoppe hat auch den Bericht zum BKA am 2. Mai geschrieben, den die *Berliner Zeitung* kürzlich zitierte, in dem gesagt wird, es sei nicht sichergestellt, dass Informationen aus den bisherigen Einzeltaten vollständig an einer Stelle zusammengeführt, umfassend zentral ausgewertet, bewertet und effizient in der Strukturermittlung eingebracht wurden. Herr Hoppe war der Leiter EG „Ceska“, der mit der BAO „Bosporus“ diese wichtige Spur weitergeführt hat. Das war jemand, der direkt vor Ort war.

Noch mal an dieser Stelle: Wir haben Ähnliches von Herrn Geier gehört. Es wundert mich schon sehr, dass wir hier sehr emotional hören, was alles hätte besser laufen können; teilweise, aber von den Praktikern vor Ort vernehme ich was anderes.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich kann nur noch mal sagen, ich habe mit dem Herrn Hoppe nie gesprochen, mich hat Herr Ziercke auch nicht angesprochen. Mich hat auch nach meiner Erinnerung nicht Herr Schäuble<sup>22</sup> angesprochen, dass es wesentlich besser wäre. Herr Ziercke war vor Ort. Er hat jedenfalls mit mir nicht<sup>23</sup> geredet, auch Hanning hat mit Sicherheit mich nicht massiv angesprochen. Das mag irgendwas gewesen sein, was so am Rande gewesen ist; das will ich nicht bestreiten. Dass ich mit Schäuble drüber gesprochen habe, weiß ich. Ich weiß,

<sup>22</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

<sup>23</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

dass auf der Arbeitsebene gesagt worden ist: Ihr müsst schon darlegen, wenn ihr jetzt das in der laufenden heißen Phase übernehmen wollt, was euer Mehrwert ist. - Also von daher meine ich auch gar nicht, dass das überwiegend emotional ist. Wenn Sie mich kennen, dann würden Sie Emotionalität noch anders schätzen. Temperamentvoll zu sein, habe ich immer für mich in Anspruch genommen; aber - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Eine andere Frage, weil wir ja in 2007 den letzten Mord hatten: Haben Sie damals auch noch mal drübergeschaut, nachdem man 2004, 2006, 2007, sagen wir mal, zumindest mal als Endmarke - - Haben Sie damals noch mal drübergeschaut, haben Sie damals noch mal Anhaltspunkte geprüft, ob man möglicherweise weitergehen kann auf Bundesebene zum BKA?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, 2007 bin ich aus dem Innenministerium ausgeschieden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, kurz vorm Ausstieg zum Beispiel?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich weiß, dass das nicht -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): So als letzte Handlung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - alle befriedigen wird; aber ich bin mir sicher, dass ich am Tag oder wenige Tage vor der Verteidigung als Ministerpräsident nicht mehr derartige Gespräche im Einzelnen geführt habe, -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gut.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - sondern das der Fachebene und dem Nachfolger überlassen habe.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich habe noch eine weitere Frage, und zwar bezieht sich das darauf: Ich hatte auch den Eindruck, dass der Hausseggen - - Ich meine, Sie sagten ja vorhin - wie war das? -, „Kriegserklärung“ wäre wahrscheinlich, jetzt in diesem Zusammenhang, anders gefallen. Aber 2004: In den *Nürnberger Nachrichten*,

Ihrer Zeitung, stand geschrieben, eine Verstimmung bei den Bundesbehörden sei zu sehen, dass Sie im April 2004 eigentlich die Belohnung für die Morde auf 300 000 Euro erhöhten, also das Zehnfache der Summe, die zuvor ausgeschrieben war. Stimmt es, dass es damals - die *Nürnberger Nachrichten* titeln das - „Gerangel um die Ermittlungen“ gab?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Wann soll das gewesen sein?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Am 22. April 2004 titelten die *Nürnberger Nachrichten* „Gerangel um die Ermittlungen“.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, da kann es noch nicht um 300 000 gegangen sein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Steht hier drin. Ich kann es Ihnen vorlesen:

In die Verstimmung passt auch

- also zwischen Bund und Ländern -

eine Initiative von Bayerns Innenminister Günther Beckstein. Er kündigte an, die Belohnung in der sogenannten Döner-Mordserie auf nunmehr 300 000 Euro zu verzehnfachen. (?)

(Dr. Eva Högl (SPD): Das war 2006 gewesen!)

- 2006, 27. April 2006.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** 2006?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Richtig.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jawohl, Sie haben das Datum als 2004 - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Entschuldigung, ja. Entschuldigung.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jetzt dann bitte noch mal vorhalten, 2006!

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, 2006, zunächst einmal ein Teil:

Nach Informationen des Bayerischen Rundfunks ist der Streit bereits eskaliert. Gesetzlich ist näm-

lich geregelt, dass der Bundesinnenminister dem BKA ... in Wiesbaden bei außergewöhnlicher Komplexität die Ermittlungen übertragen kann. (?)

Dann:

In die Verstimmung passt auch eine Initiative von Bayerns Innenminister Günther Beckstein. Er kündigte an, die Belohnung in der sogenannten Döner-Mordaffäre auf nunmehr 300 000 Euro zu verzehnfachen. (?)

Obwohl ja durchaus mehrere Länder und auch der Bund beteiligt waren, haben Sie quasi im Alleingang angekündigt, hier andere Maßnahmen, neue Maßnahmen zu tätigen. Stimmt das?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn ich mich recht entsinne, haben andere Länder sogar mit zugesagt, für die 300 000 Euro zuzuzahlen. Das war mir auch -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die *Nürnberger Nachrichten* sehen das anders.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kollege!

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - ein wichtiges Anliegen, weil meine Fachabteilung gesagt hat: „Wenn wir die 300 000 allein zahlen müssen, dann ist der ganze Topf leer“, und der Finanzminister wäre sicher nicht bereit gewesen. Also, die Frage, dass es da auch intern mal Reibereien gegeben hat: Ich weiß beispielsweise, es hat lautstarke Auseinandersetzungen wegen der Frage Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise sogar innerhalb von BAO „Bosporus“ gegeben, als es um die Ceska gegangen ist. Das ist aber auch normal, wenn man bei wichtigen Dingen nicht weiterkommt und dann irgendwann einmal jemand nervös wird, dann wird vielleicht noch der politischen Spitze noch - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, ich habe den Eindruck - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Fragezeit ist schon weit überzogen; ich war schon ausgesprochen großzügig. - Das Fragerecht wechselt dann zunächst zur Linksfraktion. Frau Pau hat das Wort.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, dann noch einmal guten Tag, Herr Beckstein!

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Grüß Gott!

**Petra Pau** (DIE LINKE): Das mit der Beobachtung der Linken und was Sie über mich gelesen haben, klären wir an anderer Stelle. Aber richtig ist, wir kennen uns schon länger.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Und richtig ist, dass Sie mir bei mehreren Gelegenheiten sehr entschlossen als Gegner von Neonazis auch aufgefallen sind. Ich denke, das ist nicht nur im Fall der „Kameradschaft Süd“ so gewesen. Insofern hat es mich nicht überrascht, dass ich gestern in der *Nürnberger Zeitung* in den Akten Ihren Verdacht bzw. auch Ihre Frage „Ist das fremdenfeindlich motiviert?“ gefunden habe, sondern das passt in das in diesem Fall positive Bild, das Sie bei mir hinterlassen haben.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist mir fast peinlich, Entschuldigung.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, auf Ihre Nachfrage wurde Ihnen berichtet, auch in der rechtsextremen Szene sind die Türkenmörder kein Thema. Das mag so gewesen sein. Zum Zeitpunkt der NSU-Mordserie ereigneten sich aber bundesweit gehäuft Brandanschläge und schwerste Angriffe auf Migranten und Flüchtlinge und übrigens auch tödliche Angriffe von Neonazis auf Polizisten. Ich denke an 1997, Kay Diesner, der erst hier in Berlin einen Buchhändler anschoss, dann auf der Flucht den Polizisten Stefan Grage erschoss, oder aber 2003 [sic!] in Dortmund, wo der Neonazi Michael Berger drei Polizisten erschossen hat. In dieser Zeit wurden in der Neonaziszene die Konzepte des sogenannten führerlosen Widerstandes oder auch des weißen, arischen Widerstandes nach britischem und skandinavischem Vorbild diskutiert und leider auch umgesetzt. Ein Beispiel davon haben Sie heute selbst zitiert, die „Kameradschaft Süd“, wo man rechtzeitig dann eingreifen konnte.

Es gab in dieser Zeit zum Beispiel im Land Brandenburg durch die „Kameradschaft Freikorps“ und „Havelland“ in den Jahren 2003 bis 2004 Brandanschläge gegen neun

türkische und asiatische Imbissgeschäfte. Waren Ihnen diese Anschläge bekannt, und war Ihnen auch bekannt, dass der brandenburgische Generalstaatsanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelte?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich habe jetzt natürlich im Nachhinein nicht über einzelne Straftaten Kenntnisse; aber dass insgesamt Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremistische Gewalt damals eine Rolle gespielt hat, habe ich ja dargelegt. Ich habe ja auch dargelegt, dass für mich der eigentliche Ansatz für das Verbotverfahren NPD, wo ich auch einer der massiven Antragsteller war - Schily hat mir mal vorgeworfen, dass ich auch versucht habe, ihn unter Zugzwang zu setzen -, dass für mich der entscheidende Gesichtspunkt war, dass die NPD Schulterchluss mit gewaltbereiten Kameradschaften macht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, ich erinnere mich auch. Wir haben damals - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es war erkennbar - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten. Ich würdige das durchaus. Ich habe ja damals das NPD-Verbotverfahren für meine Fraktion hier mit begleitet; wir waren ja auch damals im Gespräch. Deshalb würde ich gern zu meiner nächsten Frage kommen. Trifft es zu, Herr Beckstein, dass Sie unmittelbar nach dem Auffliegen der Planungen des Anschlags auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Gemeindezentrums durch die „Kameradschaft Süd“ von einer „Braunen Armee Fraktion“ gesprochen haben öffentlich und dann diese Einschätzung einige Wochen später revidiert haben?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das trifft zu. Ich habe ursprünglich eine „Braune Armee Fraktion“ hierfür analysiert, und dann sind Mitarbeiter meines Hauses, und zwar sowohl aus dem Bereich Verfassungsschutz als auch aus dem Bereich Polizei, gekommen und haben gesagt, es ist zwar eine Terrorgruppe - der Wiese ist ja Gott sei Dank kräftig hinter Schloss und Riegel gekommen -; aber es war nicht ein derartig verfestigter, auch intellektueller Bereich, sodass

der Begriff BAF, „Braune Armee Fraktion“, von mir später nicht mehr verwendet wurde. Ich habe es nicht widerrufen und mich entschuldigt sozusagen. Da käme ich nie auf die Idee, -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dafür gäbe es auch keinen Grund.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - bei diesen Banditen irgendetwas zu widerrufen. Aber ich habe das nicht mehr verwendet.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also auf der Grundlage dieser Informationen und Einschätzungen haben Sie das dann nicht mehr verwendet -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** - und sind auch nicht davon ausgegangen, dass es weitere rechtsterroristische Strukturen irgendwo gibt im Sinne einer braunen RAF oder so?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, wir haben ja die Gruppe „Wiese“ vor Gericht gebracht, und es sind mehrere Leute deswegen ja auch verurteilt worden. Herr Wiese ist leider in der Zwischenzeit wieder in Freiheit.

**Petra Pau (DIE LINKE):** In diesem Zusammenhang: Im Jahre 2004 - das wissen wir jetzt; wir haben inzwischen auch das Material hier auf dem Tisch - hat das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Dokumentation mit dem Titel „BfV Spezial Nr. 21 - Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten, Entwicklung von 1997 bis 2004“ erstellt. In dieser Dokumentation wurde ein kurzer Abriss der bundesdeutschen rechtsterroristischen Aktivitäten dargelegt. Es sind auch zahlreiche bayerische Fälle, nicht nur die „Kameradschaft Süd“, dort aufgeführt. Wurde Ihnen diese Unterrichtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz durch das Bayerische Landesamt im Sommer 2004 vorgelegt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Ob ich ein bestimmtes Papier gelesen habe, kann ich jetzt nach acht Jahren sicher nicht mehr sagen, ohne gesehen zu haben, ob ich es paraphiert habe. Dass aber insgesamt hier eine völlig parallele Beurteilung zwischen BfV und Landesamt gewesen

ist und dass wir auch auf der Ebene der Innenminister ein engagiertes Kämpfen gegen Rechtsextremisten, und zwar nicht nur als politische Bereiche, sondern auch gegen gewaltorientierte Rechtsextremisten - ausländerbefreite Zonen und derartige Dinge - - Das waren Dinge, die uns jetzt nicht täglich, aber intensivst beschäftigt haben und nicht kontrovers waren.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, ich frage das natürlich vor einem gewissen Hintergrund; das ahnen Sie, weil wir jetzt nach Bayern kommen. Wir haben hier im Untersuchungsausschuss ja schon Herrn Geier gehört, sehr engagiert, was seine Ermittlungen betrifft. Der Kollege Hartfrid Wolff von der FDP hat ihm die Frage gestellt, inwieweit bei der Ermittlungstätigkeit der BAO „Bosporus“ denn überhaupt eine Rolle gespielt hat, dass es überregionale extremistische Netzwerke möglicherweise gibt, die also auch für diese Tat infrage kommen. Ich zitiere jetzt Herrn Geier aus dem Protokoll:

Wir haben natürlich - das haben wir nicht nur wegen dieses Falles gemacht - die Verfassungsschutzberichte gelesen. In keinem davon habe ich gefunden, dass es in Deutschland oder in Bayern rechtsterroristische Vereinigungen - zu diesem Zeitpunkt - gibt. Wir sind ja jetzt eines Besseren belehrt worden; aber zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Ansatz in den Berichten, aber auch nicht bei den Kontakten zu den Diensten, dass uns da welche genannt worden sind.

Das kommt aus dem Protokoll der 12. Sitzung des Untersuchungsausschusses, Seite 27.

Und heute Vormittag haben wir gelernt vom Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz, dass tatsächlich diese Dokumentation nicht an die BAO „Bosporus“ übermittelt wurde und auch ansonsten keine Hinweise auf rechtsterroristische Strukturen, die sehr wohl im Landesamt vorlagen, weil - das ist für mich eine merkwürdige Begründung - es ja keiner abgefordert hat. Ich weiß nicht, woher die Polizei hätte wissen sollen, dass es eine Studie des Bundesamtes gibt. Deshalb stellt sich für mich schon die Frage, wenn Sie das heute so hören, ob das nicht eine, ja, Aufgabe des Landesamtes gewesen wäre, nachdem es nun schon die Anfrage der BAO „Bosporus“ gab, dort umfassend

über den Erkenntnisstand auch zu unterrichten.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kann nicht sagen, ob das erfolgt ist. Der normale Weg der Information ist sicher nicht, dass das Landesamt an eine Gruppierung in der Polizei irgendwas schickt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Nein, sie haben ja gefragt: Gibt es so etwas, oder gibt es Strukturen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Der normale Weg geht, dass die Polizeiabteilung, die übrigens ja meinem Ministerium mit I C angehört, und die Verfassungsschutzabteilung, die I D ist, laufende Lagebesprechungen haben auf gemeinsamer Basis, und das wird an nachgeordnete Behörden gegeben. Zum Beispiel die Frage Gewaltorientierung der NPD, die Gewalt im rechtsextremen Bereich, wird jedem Polizisten und übrigens hoffentlich jedem Bürger bekannt gewesen sein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das ist ja richtig; aber Sie hatten es hier ausnahmsweise nicht mit der NPD zu tun, sondern offensichtlich mit Netzwerken, die sich außerhalb dieser parteipolitischen Strukturen entwickelt haben. - Aber ich sehe, die Zeit ist um; wir sprechen später weiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zu den Grünen. Das Wort hat der Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Herr Kollege Beckstein - das darf ich ja so sagen, weil Sie als Landesparlamentarier hier unter Kollegen sind -, auch uns hat sehr gut gefallen, dass Sie zunächst ein Wort der Anteilnahme für die Opfer hier geäußert haben. Das war sicherlich angemessen. Nun hat Otto Schily, mit dem Sie ja zeitweilig, wie die Medien sagten, Plisch und Plum in der Innenministerkonferenz gewesen sind, erklärt - das ging als Schilys Schuldeingeständnis durch die Medien -, dass er die politische Verantwortung dafür übernehme, dass er und die Länderinnenminister der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, die zehn Menschen ermordet hat, nicht früher auf die Spur gekommen sind. Die politische Verantwort-

tung! Hat er da auch in Ihrem Namen gesprochen, oder hat er nicht in Ihrem Namen gesprochen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Er hat mich vorher nicht gefragt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Seiner Mentalität entspricht, dass er ungefragt für alle redet.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da haben Sie ja eine gewisse Ähnlichkeit mit ihm. Deswegen frage ich Sie jetzt - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wir haben x-mal miteinander telefoniert. Er hat mich darauf nicht angesprochen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Jetzt fragen wir Sie oder jetzt frage ich Sie: Sehen Sie auch, dass Sie politische Verantwortung dafür haben, dass diese Mordserie nicht früher aufgeklärt werden konnte, möglicherweise gestoppt werden konnte?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Als Innenminister habe ich natürlich immer eine Verantwortung für alles, was passiert. Dass es mich bedrückt, dass diese Morde nicht aufgeklärt wurden, habe ich deutlich gesagt. Aber ich bitte um Nachsicht, dass ich auch im Moment noch nicht substanzielle Fehler sehe. Das heißt, insgesamt ist es furchtbar, dass man es nicht entdeckt hat; aber ich kann im Moment bei aller Hochschätzung dieses Gremiums noch nicht sehen, nicht mal die Frage, dass das BKA das alles gemacht hätte, wenn die das übernommen hätten 2004, 2006, 2007 - - sondern ich sage: Es waren eben leider Spuren nicht auffindbar.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Beckstein, die Frage ist sicherlich hypothetisch, ob das BKA es besser gemacht hätte. Dennoch müssen wir aufklären: Wie war das eigentlich? Und da habe ich ein großes Fragezeichen. Im Jahr 2004 wollen drei bayerische Polizeidirektionen - also fast alle, die damit befasst

sind, bringen es zu Papier -, dass das BKA übernimmt, und zwar richtig, die Federführung, die Ermittlungen - nicht irgendwie am Katzentisch mal einer Waffe hinterher jagen -, sondern richtig den Hut auf bekommt. Der Herr Geier sagt ja als Zeuge: Das BKA wollte nicht. - Wir werden das noch zu klären haben - Herr Ziercke wird ja kommen -, was da wirklich gewesen ist. Nach Aktenlage kann ich es nicht beurteilen.

2004 nach unseren Akten mit Ihrem Einverständnis auch: BKA soll übernehmen. Noch 2005 schreibt Ihr Abteilungsleiter - das ist er wohl -, Herr Dathe aus I C - - Oder ist Herr Dathe Referatsleiter gewesen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** I C 5.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** I C 5.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): I C 5, ja. Sachgebietsleiter, gut. Er schildert die neue Organisationsform im Juni 2005 und endet in diesem Schreiben mit folgendem Satz:

Mit dieser Organisationsform wird für Bayern eine zentrale Ermittlungsführung und ein einheitlicher Informationsstand gewährleistet und zugleich das BKA durch begleitende Strukturermittlungen wie bisher eingebunden, ohne bei entsprechender Lageentwicklung die Option auf Übernahme zu verbauen.

Das heißt, auch in diesem Jahr, 2005, hatte Ihr Referat noch im Kopf: BKA könnte ja mal übernehmen; das wollen wir nicht verbauen.

Dann gibt es in zwei weiteren Bundesländern zwei Morde, in Dortmund und in Kassel, und dann arbeitet das BKA darauf hin, dass sie jetzt übernehmen wollen und können, und Ziercke schreibt an das Bundesinnenministerium, und alles wartet auf dieses Gipfeltreffen der inneren Sicherheit auf der Zugspitze und erwartet, dass da eine Entscheidung fällt. Jetzt sagen Sie als Zeuge: Na, so richtig weiß ich gar nicht mehr, ob beim Spazierengehen in Garmisch oder doch am Kamin und ob Herr Schäuble mich da nun angesprochen hat oder ob er sich nicht getraut hat, dass er mich anspricht. - Sie munitionieren sich vor-

her mit einem rechtlichen Gutachten. Das haben wir gehört.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nicht ich.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, Ihr Haus. Also, ich verstehe es nicht. Alle dachten, da fällt die Entscheidung. Dann wird die Steuerungsgruppe eingerichtet, es fällt auch eine Entscheidung, und die Beamten schreiben dann später in ihre Akten rein: Nun geht es weiter wie bisher, aber mit Steuerungsgruppe. - Wir dachten immer - ich auch -, Beckstein hat sich da durchgesetzt und hat gesagt: Nicht mit mir. - Und jetzt sagen Sie: Wenn Herr Kindler von „Kriegserklärung“ schreibt, dann muss er das in anderem Zusammenhang gemacht haben; wir Bayern führen viele Kriege. - So habe ich das verstanden.

Sonderlich glaubhaft ist das nicht, Herr Kollege Beckstein, muss ich wirklich mal sagen. Dass der Herr Kindler von sich aus - - oder das BKA ihn völlig missversteht und „Kriegserklärung“ schreibt und noch dazu schreibt in den Vermerk, das Gespräch soll sehr unerfreulich gewesen sein mit Herrn Kindler, also nicht mal irgendwie so ein Lapsus, sondern sehr unerfreulich, dann waschen Sie Ihre Hände in Unschuld und sagen: Zwar wäre ich jetzt ganz dagegen gewesen - Sie haben uns ja die Gründe geschildert -, aber zur Auseinandersetzung kam es nicht. Ziercke war brav, Schäuble weiß ich gar nicht mehr, sozusagen, ich musste gar nicht in den Kampf gehen, weil mich keiner herausgefordert hat. - Das heißt, dann haben die alle im vorbeugenden Gehorsam gegenüber Beckstein von ihrem wohlbegründeten, wie ich finde, fachlich wohlbegründeten Vorhaben Abstand genommen und sich gar nicht getraut, an Beckstein das auch nur heranzutragen? War es so?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, Herr Wieland, um das ganz offen zu sagen von meiner Mentalität: Ich habe nicht automatisch Auseinandersetzungen gefürchtet, und ich würde ohne Weiteres Ihnen sagen: Jawohl, ich habe einen gescheiterten Krach gehabt, und es war mein Anliegen, mich durchzusetzen. Als Sprecher der Länderinnenminister - ich war Vorsitzender der Innenministerkonferenz - wäre das durchaus etwas aus meiner Sicht Erfreuliches gewesen, mich gegen andere durchzusetzen, selbst wenn sie der eigenen Partei angehört

hätten, bei aller Hochschätzung meines Freundes Wolfgang Schäuble, den ich viele Jahrzehnte kenne und unglaublich schätze. Also, ich würde das sofort sagen. Aber es hat in der Tat dann nicht diese Auseinandersetzung auf meiner Ebene gegeben. Jetzt frage ich Sie denn umgekehrt: Glauben Sie wirklich, dass es das extremste Fachliche ist, nach einem Mord dann drei oder vier Wochen später zu sagen: „Jetzt verändern wir die Ermittlungen“?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie, wenn ich das noch sage.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben mich gefragt, jetzt antworte ich.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jeder weiß, dass entweder ein Täter kurz gefasst wird, sonst dauert es in der Regel sehr lange.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Zeugenfragen beantworten, das machen wir jetzt aber nicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Deshalb werden Ermittlungen sehr schnell hochgefahren. Jetzt sage ich auch heute: Wenn es denen so wichtig gewesen wäre, dann hätte unter Umständen halt Wolfgang Schäuble bei mir vielleicht am 8. April angerufen. Das hat ja übrigens Herr Kindler zunächst vermutet, dass es eine Absprache zwischen Schäuble und mir gegeben hat, und dessen wollte er sicher sein, bevor er mit dem Ziercke telefoniert hat. Ich würde nicht das Leiseste dabei finden, zu sagen: Es hat eine unterschiedliche Meinung gegeben, und Schäuble hat sich meiner richtigen Meinung angeschlossen. - Aber so war es nach meiner Erinnerung nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ich darf hier nicht antworten; deswegen frage ich noch mal. Herr Kollege Beckstein, 2004 war es noch viel mehr eingegrenzt auf Bayern, weil wir noch nicht die weiteren Tatorte hatten. Es sah ja zwischendurch auch aus, als sei die Serie unterbrochen oder möglicherweise beendet. Da sagen Ihre bayerischen Polizisten: Wir sind am

Ende, jetzt soll das BKA übernehmen, und zwar allesamt. - Und sie sagen: in Übereinstimmung mit Herrn Beckstein. - 2004, so, auch am Tatort und, und, und.

Jetzt wird klar, noch deutlicher, dass es eine bundesweite Sache ist. Warum 2006 dann nicht mehr? Denn das alles, was Sie zu dezentraler Polizeiarbeit hier ausgeführt haben, was Sie zum Pferdewechseln im Strom ausgeführt haben, wäre auch 2004 schon ein Argument gewesen, wäre 2005 ein Argument gewesen. Warum war es nur 2006 ein Argument, wo auch wieder alle sagen: Na, nu - ist vermerkt -, wir müssen mit weiteren Morden sogar rechnen, dann gibt es möglicherweise noch weitere Bundesländer, noch weitere Staatsanwaltschaften, noch weitere Polizeibehörden, bis wir irgendwann eine Steuerungsgruppe haben, wo die ganze Bundesrepublik drinsitzt. - War das sinnvoll? Warum diese Meinungsänderung von 2004 auf 2006?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Weil drei bis vier Wochen nach den Morden in 2006 die Ermittlungen auf eine Zahl von weit über 150 Beamten angehoben waren und es Hunderte von Leitz-Ordnern Ermittlungsunterlagen gab, in die eine neue Behörde erst sich neu hätte einarbeiten müssen. Im Herbst 2006, wenn schon wieder die aktuellen Ermittlungen deutlich abflachen, hätte man meines Erachtens wesentlich leichter darüber reden können. Auch Kindler hat ja nicht völlig gesagt: „Wir lehnen es in Bausch und Bogen ab“, sondern er hat gesagt: Ihr müsst den Mehrwert darlegen. - Das ist, jedenfalls nach dem Gespräch, das Kindler mit mir hatte, nicht erfolgt. Ich kann nur noch mal sagen: Nach meiner Erinnerung hat auch kein einziger anderer Innenminister, nicht mal der Innenminister aus irgendeinem SPD-Land, gesagt, man sollte das anders machen, sondern das war eine Entscheidung von den Betreffenden, die, wie gesagt, nicht einmal in einem Protokoll aufgeführt ist, jedenfalls nicht in einem bayerischen Protokoll. Ich weiß nicht, ob es andere Länder gibt, die sich da Protokolle gemacht haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, wir sind am Ende der - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja gerade gesagt: Es gab in Garmisch Kamingsprache.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, hätte Ihre Partei 6 Prozent mehr Stimmen gewonnen bei der letzten Bundestagswahl, dann dürften Sie noch weiterfragen.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Das müssen Sie sich für die nächste Wahlperiode aufheben, Herr Ströbele.

Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Ich habe den Eindruck, es gibt noch weiteren Fragebedarf. Die Obleute schlagen vor, jetzt aber erst mal eine kleine Pause zu machen. Herr Beckstein, wenn Sie damit einverstanden sind, weil draußen das Fernsehen wohl steht und produzieren will für heute Abend.

Dann würde ich vorschlagen, wenn sich da kein Widerspruch ergeben sollte hier im Saal, dass wir bis 17.25 Uhr kurz unterbrechen. - Gut, dann ist das so.

(Unterbrechung von  
17.10 bis 17.37 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, verehrter Zeuge und Kollege Beckstein, ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Wir setzen die Zeugenvernehmung fort. Wir kommen zur zweiten Berliner Runde. - Das Wort hat der Kollege Stracke für die Union.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Beckstein, wir werden es so machen, dass ich zunächst nur ein paar Fragen an Sie richten werde, und dann wird die Kollegin Winkelmeier-Becker übernehmen.

Herr Beckstein, wir hatten ja schon die Gelegenheit, uns darüber auszutauschen, welche Veränderungen denn notwendig sein sollten, damit solche Umstände, die wir traurigerweise erleben mussten, kein zweites Mal mehr passieren können, wobei wir uns da auch klar darüber sind, dass man das natürlich nie ausschließen kann. Aber die Sicherheitsarchitektur notfalls zu verändern, ist sicherlich ein richtiger Gedanken, und es ist ja Untersuchungsauftrag.

Der Leiter der BAO „Bosporus“, der Herr Geier, hat ja im Rahmen seines Erfahrungsberichts auch die einen oder anderen Punkte angesprochen, die hier auch schon Gegenstand waren. Sie selbst haben in Ihrem Ein-



führungsstatement beispielsweise das Thema der Speicherfristen oder auch der Tatmitteldatei angesprochen gehabt. In einer Debatte des Bayerischen Landtags am 20.07.2005 haben Sie genau das, was Sie heute auch noch mal dargestellt hatten, dezidiert ausgeführt:

Wir müssen dafür sorgen,

- wenn ich Sie da zitieren darf -

dass Polizei, Nachrichtendienste, Justiz und andere Behörden wie auch die Wirtschaft eng zusammenarbeiten. ... Wir müssen uns ... darüber im Klaren sein, wenn es um Erkenntnisse von unmittelbar Gefährdenden geht, dürfen wir nicht das Trennungsgebot zwischen den verschiedenen Behörden in den Mittelpunkt stellen, sondern die gegenseitige Informationspflicht.

Zitatende.

Mich würde interessieren, Herr Beckstein: Ihnen war ja der Informationsaustausch zwischen den Nachrichtendiensten von Bund und Ländern ein wichtiges Anliegen. Welche Initiativen haben Sie denn eigentlich in Ihrer Zeit als Innenminister oder als Ministerpräsident unternommen, dass dieses gemeinsame Ziel, der Zugriff auf verfügbare Informationen, verbessert wurde, und waren denn diesen Initiativen Erfolg beschieden?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Kollege Stracke, ich bin zunächst ausgesprochen dankbar, dass Sie auf diese Rede im Bayerischen Landtag hinweisen; denn eines der Themen, wenn ich das gerade auch recht mitgekriegt habe, war heute Vormittag die Frage Informationsaustausch von Verfassungsschutz und Polizei. Da ist es üblicherweise so, dass man in der Vergangenheit - ich sage noch mal: insbesondere seit den Plutonium-Untersuchungsausschüssen - das Trennungsgebot in einer sehr starken Weise herausgestellt hat. Eigentlich ist mir immer ein Anliegen gewesen, dass wir unter voller Wahrung des Datenschutzes die Frage des Austausches von Informationen zum Mittelpunkt machen. Das war auch hier in diesem Fall, dass man versucht hat, die jeweiligen unterschiedlichen Behörden zusammenzufassen. Den unterschiedlichen Behörden ist deutlich zu machen, dass sie zusammenarbeiten. Nach meiner Kenntnis hat es auch - - Natürlich hat es übliche Reibereien gegeben; aber es hat letztlich nicht irgendwo

noch mal gehakt, wo man sagen kann: Das wäre es noch jetzt gewesen.

Zu den Fragen, die Sie auch mit gestellt haben, nach Konsequenzen: Ja, die Errichtung des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums rechts ist gut, überfällig, die Frage Terrorabwehrdatei Rechts ist richtig, die Frage Speicherfristen, die Frage Vorratsdatenspeicherung. Das sind Maßnahmen, wobei ich allerdings sage: Auch wenn wir das alles gehabt hätten, eine halbwegs bestehende Garantie, da sofort zu den Tätern zu kommen, hätte es nicht gegeben unter der Voraussetzung, dass man akzeptiert, dass irgendwo so 2002, 2003 die aus allen Dateien herausgefallen sind. Dass das aus allen Dateien herausgefallen ist, ist nun etwas, was mit den Behörden eines anderen Landes zu tun hat, was ich nicht zu beurteilen habe.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Sie hatten ja auch angesprochen gehabt, dass das Thema der Speicherfristen eines sein sollte, mit dem wir uns unter Umständen hier auch als Bundestag befassen sollten, weil ja doch auffällig ist, dass tatsächlich diejenigen, die jetzt das Mördertrio dargestellt haben, aus den Dateien rausgefallen sind. Hätten Sie denn da, aus Ihrer Erfahrung heraus gesehen, eine Empfehlung, wie man denn das Thema Speicherfristen angehen sollte?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich meine, dass es bei diesen Dateien, die wir haben, eine Befüllungsverpflichtung geben sollte. Das heißt, die Länderbehörden und der Bund müssen diese Datei mit Informationen versehen - Übermittlungspflichten -, während heute das gesamte Recht eher darauf ausgerichtet ist, zu sagen: Wenn man keine Datenübermittlung macht, dann verletzt man den Datenschutz nicht. - Wir brauchen meines Erachtens Übermittlungspflichten.

Jetzt zu der Frage der Speicherfristen: Ich meine, solange ein Vorfall nicht aufgeklärt ist, ob man da vielleicht die Fristen einer Hemmung unterzieht - - oder dass man sagt: Eine Verfristung tritt nicht ein, solange eine Tat nicht aufgeklärt ist. - In die Richtung würde ich denken.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Sie haben ja selber dafür mit gesorgt, dass beispielsweise die Belohnung auf 300 000 Euro ausgesetzt war. Das hat Bayern natürlich auch gut verkauft, wie es sich gehört; das ist ja selbstverständlich, auch wenn andere da

natürlich entsprechend mitgezahlt haben. Aber dennoch muss man feststellen, dass eine solch hohe Belohnung von 300 000 Euro eigentlich nicht zu dem gewünschten Effekt geführt hat, nämlich dass man tatsächlich Hinweise aus dem Täterbereich bekommt oder jedenfalls auf den Täter. Woran lag es denn, meinen Sie, dass hier dieser hohe Grad an Belohnung nicht zu diesem gewünschten Ergebnis geführt hat? Woran könnte denn das liegen auch nach Ihrer Einschätzung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die Frage stelle ich mir natürlich auch. Ich muss allerdings sagen, dass die Beantwortung eine Frage der Vermutung ist. Da vermute ich, dass das NSU-Trio schon eine sehr abgeschottete Gruppierung war und wahrscheinlich nur ganz, ganz wenige Leute über die drei Leute hinaus von den Taten wussten. Wenn ich jetzt auch sehe, dass Frau Zschäpe ja lange Zeit in Haft ist und trotzdem eisern schweigt, dann ist das auch natürlich ein Kennzeichen dafür, dass es eine ziemlich hartgesottene Persönlichkeit ist.

Trotzdem Belohnung und noch mal -- Man hat ja dann auch wieder die Kronzeugenregelung eingeführt; da meine ich schon, dass es gewisse Chancen für die Zukunft gibt. Ohne Kronzeugenregelung ist die Attraktivität allein nicht genug gewesen, leider, wobei ich von anderen Fällen weiß, wie hoch die Faszination einer hohen Belohnung ist.

Sie haben schon recht, dass wir das sehr stark verkauft haben, wobei das nicht eine Geschichte ist, die einem Innenminister zusätzliche Stimmen bringt, wenn man eine Belohnung von 300 000 Euro aussetzt, sondern es war wichtig, dass das in die fraglichen Bevölkerungskreise transportiert wird. Das war der Hintergrund, dass es mir ein Anliegen war, das über *Bild*-Zeitung unter anderem, aber auch, wenn ich mich recht entsinne, über die *Hürriyet* in die Öffentlichkeit zu bringen, weil damit das in einer breiten Weise gewährleistet war.

Jetzt wird der eine oder andere sagen: Aber der Beckstein hat die 300 000 Euro verkündet. - Aber ich habe in der Tat versucht, andere Länder auch mit zu beteiligen, wobei das etwas ist, was -- Ich hätte überhaupt nichts dagegen gehabt, wenn jeder andere Innenminister eine eigene Pressekonferenz gemacht hätte. Ich selber habe ja auch gar keine eigene gemacht. Ich hätte ganz gern mit dem türkischen Innenminister

eine gemacht für den Fall insgesamt, eine türkische Medienstrategie, auch, um Verunsicherungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Aber noch mal: Es war leider auch eine Idee, die nicht weitergeführt hat letztlich.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Herr Beckstein, es war ja heute schon öfters Gegenstand der Diskussion, nämlich die unterschiedlichen Ermittlungsansätze: Organisationstheorie beispielsweise und Einzeltätertheorie auf der anderen Seite. Wir haben ja auch schon darüber gesprochen gehabt, dass beispielsweise das BKA weit weniger von dem Thema Einzeltätertheorie angetan war. Wir hatten hier eine Zeugeneinvernahme, wo auch noch mal deutlich wurde, dass hier das BKA das als weit weniger wahrscheinlich angesehen hat als den Bereich der Organisationstheorie.

Mich würde interessieren, weil Sie sich ja so intensiv - auch wenn man die handschriftlichen Notizen sich ansieht im Rahmen der Akten - eingebracht haben in das ganze Verfahren: Waren denn eigentlich die unterschiedlichen Ermittlungsansätze auch Thema bei den Konferenzen, beispielsweise der Innenminister, und wie wurde denn da innerhalb Ihrer Ressortkollegen diskutiert zu dem Thema?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich glaube nicht, dass es da irgendeine echte Auseinandersetzung unter den Innenministern gegeben hat über die Frage, welche Theorie, sondern allen Innenministern war klar, die Mordserie soll möglichst schnell aufgeklärt werden. Wir alle waren der Meinung, es muss in alle Richtungen ermittelt werden, solange man nicht die Täter hat.

Die Frage „Rechtsextremismus - Fragezeichen -, Fremdenfeindlichkeit“ hat noch mal eine besondere Rolle gespielt im Zusammenhang mit dem Mord in Kassel, wobei sich ja wohl auch herausgestellt hat, dass die Person Temme auch eine Spur war, die nicht weitergeführt hat, sodass auch das letztlich -- Das ist ja das Kennzeichen dieser ganzen Geschichte, dass man nach Leuten gesucht hat, die dann in Erfurt plötzlich glasklar da waren, und vorher hat es keine Spuren auf diese Menschen gegeben.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Auffällig ist ja, dass im Rahmen der Ermittler beispielsweise die Anhängerschaft, was die Einzeltätertheorie anbelangt hat, ja durchaus

sich als reduziert dargestellt hat. Herr Geier hat hier beispielsweise deutlich berichtet gehabt. Das war also kein Thema im Rahmen der Innenminister nach Ihrem Wissen noch und Ihrer Wahrnehmung, dass es hier zu unterschiedlichen Auffassungen der Tatortländer kam, wie denn mit dem Thema der Fremdenfeindlichkeit umzugehen ist und damit auch der Ermittlungsansatz zu wählen ist?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, nach meiner Erinnerung hat das keine Rolle gespielt. Es wäre auch falsch gewesen; denn es ist ja nicht so, dass man die OK-These hätte vernachlässigen können oder man, bevor man den Profiler hatte, die Fremdenfeindlichkeit nicht auch im Hinterkopf gehabt hatte. Geier hat gesagt: Wir hatten immer an diese Möglichkeit gedacht. - Von daher war das nicht ein Streit, sondern ich bin überzeugt, dass jeder sagt: Wir müssen in alle Richtungen ermitteln. - Im Moment wird aus meiner Sicht auch dem Profiler eine zu große Bedeutung beigemessen, weil der Profiler nicht eine heiße Spur war, sondern eine Arbeitshypothese.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Sie haben ja eine Vielzahl von Gesprächen geführt, auch beispielsweise im Ausland, in der Türkei. Sie haben selber sehr eindrücklich darüber berichtet gehabt. Mich würde jetzt eigentlich interessieren, ob bei all Ihren Gesprächen, insbesondere mit Ihrem türkischen Kollegen oder auch in der Community, beispielsweise die Namensgebung dieser BAO „Bosporus“, so wie sie ja heißt, in irgendeiner Weise jemals Thema war. Also, insbesondere: Wurde das in irgendeiner Weise von Ihren Gesprächspartnern als diskriminierend angesehen oder als problematisch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, da kann ich sagen: Ich hatte ja nicht nur mit Herrn Aksu, dem türkischen Innenminister, und den türkischen Generalkonsulen, aber auch mit Angehörigen der türkischen Community viele, viele Gespräche. Es hat niemanden gegeben, der daran Anstoß genommen hatte, weder bei der Frage Halbmond noch bei der Frage Bosporus oder bei der, wie ich es immer gesagt habe, Türkenmordserie. Das war völlig unproblematisch.

Die Frage Fremdenfeindlichkeit ist übrigens auch aus dem Bereich der türkischen Community eher nachrangig behandelt wor-

den. Auch von denen hat es, soweit es an mich gekommen ist, nicht irgendwelche Hinweise darauf gegeben, dass irgendwo ansatzweise Rechtsextremisten - - Glatzköpfe haben wir mal abgefragt bei irgendeiner Veranstaltung, die ich mit dem Generalkonsul in Nürnberg hatte. Da ist aber auch von dort nichts gesagt worden, sondern man hat eben sehr stark auch gesehen, was übrigens viele interessante Details hat, dass mehrere der Täter<sup>24</sup> [sic!] Kleingewerbetreibende waren. Es wäre sicher in der türkischen Community anders gewesen, wenn es quer durch alle Bevölkerungsschichten gewesen wäre. Gerade die Frage, dass es kleine Selbstständige waren, hat in der türkischen Community möglicherweise auch zu anderen Vermutungen geführt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Herr Beckstein, Sie waren ja als Innenminister auch oberster Dienstherr nicht nur der bayerischen Landespolizei, sondern ja auch des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Wir haben uns darüber heute ja schon intensiv auseinandergesetzt, dass es hier durchaus zu Kommunikationsproblemen gekommen ist, wo dann auch beispielsweise Abfragen sehr lange dauern, bis es dann tatsächlich zu Ergebnissen gekommen ist.

Mich würde noch mal interessieren: Wurden Ihnen denn diese Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen der BAO „Bosporus“ und dem Landesamt für Verfassungsschutz eigentlich kommuniziert vonseiten des Landesamtes oder der BAO „Bosporus“, und, wenn ja, wie haben Sie denn darauf reagiert?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es sind mir weder von der BAO „Bosporus“ noch von der Polizei in Nürnberg - mit dem Polizeipräsidenten, Polizeivizepräsidenten bin ich in laufendem Kontakt gewesen - noch von meiner Polizeiabteilung noch vom Landesamt für Verfassungsschutz irgendwelche Kommunikationsprobleme vorgetragen worden.

Jetzt darf ich auch noch umgekehrt sagen: Man muss natürlich fragen: Eine Spezifizierung der Abfrage war auch zwingend notwendig. Wenn man sich vorstellt, das BKA hätte beim BfV nach allen Rechtsextremisten gefragt, wären das round about Minimum 50 000 Leute gewesen. Dass da auch rechtliche Bedenken unter Umständen der Datenübermittlung sind, über die Frage bei Ermittlungen wegen Mordverdachts gegen jemanden, der irgendwann bei den Republi-

<sup>24</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

kanern als Gemeinderat kandidiert hat, das, glaube ich, muss man schon auch entsprechend herausarbeiten. Es war deswegen schon richtig, dass man gesagt hat: Es muss weiter spezifiziert werden. - Da hat sich offensichtlich ja die Ermittlungskommission schwer getan, da eine genaue Spezifizierung zu geben; denn die Spezifizierung nach irgendwelchen Postleitzahlen war nicht unbedingt aus heutiger Sicht das Ideale.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen Dank. Die Befragung setzt nun meine Kollegin Winkelmeier-Becker fort.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Beckstein, ich hätte folgende Frage an Sie: Wir haben von Ihnen auch geschildert bekommen, dass Sie viele Hinweise gegeben haben, dass auch dem möglichen Ansatz rechtsextremistischer Tat nachgegangen werden soll. Haben Sie dann auch nachverfolgt, inwieweit diese Anregungen aufgegriffen worden sind, und waren Sie damit zufrieden, was Ihnen dann eben dargelegt wurde?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe natürlich mir berichten lassen, dass in diese Richtungen ermittelt wird, und die Auskünfte waren jeweils so, dass ich mich zufriedengeben musste, also beispielsweise am Anfang, dass man gesagt hat, das LfV hat in der rechtsextremen Szene sich herumgehört und nur die Antwort bekommen, auch die Rechtsextremen sagen: Unsere Kameraden haben damit nichts zu tun. - Oder die Polizei hat mir mehrfach gesagt: Bei aller Sorgfalt, wir finden nichts, was auf rechtsextreme und fremdenfeindliche Tätigkeit - -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Sie sagten gerade, den Ansatz einer Pressekonferenz unter türkischer Beteiligung haben Sie ja vorgeschlagen, der ist aber nicht aufgegriffen worden. Gab es das eben bei anderen Hinweisen oder Vorschlägen zur Ermittlung Ihrerseits auch?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, beispielsweise weiß ich, dass versucht worden ist, ob im Umfeld von den Tatorten Glatzköpfe in Erscheinung getreten sind oder Ähnliches - - Aber nichts dergleichen ist auch von den Vertretern der türkischen Community gesagt worden. Nachdem mir meine

Mitarbeiter gesagt haben: Wir haben immer die Frage Fremdenfeindlichkeit als Motiv für möglich gehalten, wir haben zum Beispiel bei der Frage der Rasterung, die hier immer diskutiert wird, weil einige politischen Leute die Rasterfahndung nicht für zweckmäßig halten - -

Dabei war natürlich die Rasterung eigentlich eine ganz exzellente Idee, zu sagen: „Normalerweise ist ein und derselbe Täter - von dem ist man ja ausgegangen - dann an verschiedenen Orten“, und deswegen hat man diese Rasterung vorgenommen, zum Beispiel aber auch die Videorasterung. Das sind Dinge, die völlig ohne Bezugnahme auf OK oder Fremdenfeindlichkeit oder was auch sonst immer gewesen sind, sondern man wollte halt sehen, wer ist in derselben Gegend des Tatorts gewesen. Da sind ja Tausende von Leuten danach befragt worden. Aber auch da keine heiße Spur. Wir wissen heute - ich weiß nicht; ich kenne das nur aus den Medien -, dass die Täter zum Teil ihre Telefonchipkarten umwickelt haben, sodass sie nicht mal sich angemeldet haben, unabhängig davon, ob telefoniert worden ist oder nicht. Das heißt, die haben schon hochkonspirativ da sich verhalten.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich frage Sie - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie, wenn ich noch sage: Das kann ich nur vom Hörensagen wiedergeben, nicht mehr aus eigener Kenntnis; denn alles, was nach 2007 ist, habe ich nur aus allgemein zugänglichen Quellen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja, stimmt, vielen Dank. - Sie haben selber zu Recht differenziert, dass Profiling keine heiße Spur ersetzt oder darstellt. Nun hat es aber in Anknüpfung an das Profiling eine starke Fokussierung auf den Ankerpunkt Nürnberg gegeben. Haben Sie das jemals infrage gestellt, oder fanden Sie das plausibel?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, da kann ich Ihnen nur mit einer Vermutung antworten: Ich glaube, dass ein Kontakt, eine Kontaktperson im Raum Nürnberg vorhanden sein muss. Das ist kein Wissen, sondern eine Vermutung. Warum? Ich kenne den ersten Tatort. Da fährt man nicht vorbei, wenn man von der Autobahn kommt, son-

dern das ist von der Autobahn eine Seitenstraße, und in dieser Seitenstraße war dieser Blumenladen Simsek, und hinter dem Blumenladen war das Auto, und dahinter hatte der Simsek selber gestanden. Das heißt, da muss jemand dort gewesen sein nach aller Voraussicht, um es einmal vorher abgefragt zu haben.

Erst recht bei dem Schneider: Ich kenne den Tatort der Schneiderei gut. Da war 100 oder 200 Meter entfernt der Raum, wo ich eine Jugendgruppe über mehr als zehn Jahre geleitet habe. Wenn in dem Ort ein Fremder mit Glatze kommt, dann ist das Gespräch in der Straße. Niemand käme auf die Idee, in diesen Stadtteil, von der Autobahn kommend, hinzugehen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Aber vielleicht sollten - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Dass ein Ausweis, wie wir heute wissen, des Tennisclubs Großgründlach gefälscht wurde - das ist mein Stimmkreis -, das gibt es - - Natürlich gibt es den Zufall, dass jemand das im Internet nachgeschaut hat. Aber ich glaube es nicht. Das will ich nicht öffentlich darlegen, weil das etwas mit Daten zu tun hat.

Ich habe auch in die Richtung ganz persönlich mit Namen von Rechtsextremisten nachgefragt, und dann ist mir jeweils gesagt worden: Wir haben die allesamt überprüft und haben auch bei denen nichts gefunden. Noch einmal: Es ist nicht ganz unproblematisch, wenn man Verdächtigungen äußert. Aber dies war ja nur zu Dienstzwecken. Es sind verschiedene Namen gekommen: die Namen, die ich genannt habe, aus der rechtsextremen Szene in Nürnberg. Entsprechend sind alle als nicht weiterführend abgegeben worden.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Hätte nicht, nachdem sich dann aus allen Ermittlungsansätzen eben keine heiße Spur ergab, einmal der Gedanke kommen müssen: „Wir müssen unsere Fokussierung auf Nürnberg vielleicht einmal ein bisschen weiter fassen, den Radius weiter spannen,

weil das ja vielleicht nicht das einzige Kriterium ist, der einzige örtliche Anknüpfungspunkt“? Dass man sich darauf so beschränkt hat, das ist aus meiner Sicht ein bisschen so, wie wenn derjenige, der den Schlüssel verloren hat, auch nur da sucht, wo gerade das Licht brennt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aus heutiger Sicht haben Sie recht; da wäre es richtig gewesen, in Thüringen nachzufragen. Aber wenn man sich nicht mit der heutigen Brille hinsetzt, wäre es sehr viel naheliegender gewesen, eine Abfrage in Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Thüringen, in Hessen zu machen, dort, wo Tatorte sind.

Lassen Sie es mich noch einmal sagen: Ich wundere mich, dass das so leichthin gesagt wird, dass sämtliche Namen von Rechtsextremisten bundesweit, sage ich jetzt einmal, hätten übermittelt werden dürfen. Da bin ich schon der Meinung: Das ist eine spannende Frage.

Noch einmal: Es ist draußen vorher nicht nur nach Speicherfristen gefragt worden, sondern noch 15 Jahre im Rückhinein, bei jemandem, der auf einem Blatt Papier ist, das in einem anderen Zusammenhang rechtmäßig aufbewahrt wird. Wenn man sich so weit hinstellt, dass man sagt, das hätte alles weitergegeben werden dürfen: Ich würde da selber vorsichtiger sein und wäre froh, wenn - - Na, lassen wir das. Jedenfalls erscheint mir das sehr weitgehend und eher nicht zulässig.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, letzte Frage.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Okay. Dann eine letzte Frage. Es wurde hier öfter berichtet, auch heute Morgen der Zeuge und Sie, dass der Fall am Rande von Konferenzen auf Fachebene, aber auch in der Innenministerkonferenz besprochen worden ist. Warum hat dieser Fall es eigentlich nie auf die Tagesordnung geschafft, sondern wurde immer nur - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Entschuldigung. Warum hat es dieser Komplex, der ja alle sehr bewegt hat, nicht einmal auf die Tagesordnung einer Innenministerkonferenz oder auch der Fachkonferenzen geschafft, sondern ist immer nur am Rande, am Rande des Kamins oder am Rande der Konferenz, besprochen worden?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn es Streit gegeben hätte, nennenswerten Streit zum Beispiel über Befugnisse, dann wäre das jedenfalls in ein Protokoll gekommen. Aber nachdem es nach meiner Erinnerung nie ernsthafte Probleme gegeben hat und die kleineren Fragen - - Noch einmal: Im Zusammenhang mit Temme war es das einzige Mal, wo es etwas größere Diskussionen über die Frage gegeben hat, wer befragt wen und welche Leute freigegeben werden, was dann in Gesprächen relativ schnell geklärt worden ist.

Die Innenministerkonferenz tritt zweimal im Jahr zusammen. Natürlich war das eine wichtige Mordserie. Aber die Aufgabe der Innenministerkonferenz ist nicht, sagen wir mal, einzelne Ermittlungen zu begleiten, zumal, was ja hier überhaupt untergeht, auch wegen meiner Verhaltensweise:<sup>25</sup> Die Ermittlungsführung hat nicht die Polizei, sondern Herr der Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft. Das heißt, wenn ein Staatsanwalt Kimmel gesagt hätte: „Das wird so oder so gemacht“, dann hätte er auf jeden Fall den Innenminister ausgestochen;

(Zuruf: Den können Sie vergessen!)

denn die Beamten der Polizei sind nur Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft. Von daher war es auch klar. In anderen Ländern haben sich die Minister auch nie so detailliert um diese Fragen gekümmert, wie ich das getan habe.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat man es denn nicht am Rande der Innenministerkonferenz besprochen?)

Wenn ich es nicht gemacht hätte, könnte mir auch niemand einen Vorwurf daraus machen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Dafür haben wir hochbezahlte Polizeipräsidenten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. - Frau Högl, bitte.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Beckstein, da muss ich direkt einmal einhaken: Die Leitung der Ermittlungen führt die Staatsanwaltschaft. Kennen Sie den leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Dr. Kimmel, den wir hier als Zeugen hatten?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kenne ihn nur oberflächlich.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Da haben wir leider einen ganz anderen Eindruck gewonnen, was Leitung von Ermittlungen im Konkreten heißt. Also, da war nicht der Hauch eines Ansatzes von Eigeninitiative usw., wenn ich mir diese Bemerkung hier erlauben darf. Das war jedenfalls nicht überzeugend.

Ich möchte noch einmal auf den Punkt Übernahme der Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt zurückkommen, Stichwort: 2006, Diskussion. Sie sagen, dass es darüber keinen Streit gegeben hat. Das haben Sie jetzt noch einmal bekräftigt auf die Fragen meiner Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker. Ich halte noch einmal fest, dass die Akten eine komplett andere Sprache dazu sprechen. Also, die Akten sind komplett anders. Es wird da von der berühmten „Kriegserklärung“ gesprochen.

Ich will noch einmal auf die Mängelliste des Bundeskriminalamts von Anfang Mai zu sprechen kommen. Diese Mängelliste ist dramaturgisch zugesteuert worden auf ein Gespräch in Garmisch-Partenkirchen, was avisiert worden ist. Ich will nur noch einmal ganz kurz sagen, was die Kritikpunkte waren, die vorgetragen wurden: kein Verantwortlicher, der das Ziel vorgibt; ein Nebeneinander von Zuständigkeiten; kein einheitliches Fahndungskonzept, keine einheitliche Öffentlichkeit und keine einheitliche Auswertung und Bewertung. Herr Dr. Beckstein, ist Ihnen das bekannt, dass es diese Mängel in der Ermittlungsarbeit gab?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein. Frau Dr. Högl, ich halte es, ehrlich gesagt, auch nicht für fair, mir ein nicht ausgelaufenes Schreiben vorzuhalten.

<sup>25</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, nein, Herr Dr. Beckstein. Ich halte Ihnen nicht das Schreiben des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Ziercke, an das Bundesinnenministerium vor, überhaupt nicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist nicht den Innenministern der Länder zugeleitet worden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, das ist klar. Nein, Herr Dr. Beckstein, meine Frage ist: Kannten Sie die Mängel?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wussten Sie, dass es Mängel in der Ermittlungsarbeit gibt? Sie selber haben handschriftlich vermerkt: Unsere Ermittlungen sind zu lahm.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Deswegen frage ich Sie einfach: Kannten Sie Mängel in der Ermittlungsarbeit? Haben Sie selbst da nachgefragt, darüber diskutiert? Waren Ihnen diese Mängel in der Ermittlungsarbeit bekannt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wer mich kennt, weiß, dass in einer Frage, wo ich nicht zufrieden war - - Ich wollte die Täter.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich wollte nicht - - Die haben mir immer erzählt, was sie alles machen, dass sie Millionen Daten rasstern, dass sie über 100 Leute haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe gesagt: Ich will einen Täter. Aber noch einmal: Mich hat auch nicht Herr Ziercke angesprochen. Ich glaube auch nicht, dass die Mängelliste uns jemals übersandt wurde.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Frage war ja, ob Sie diese Mängel kannten.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie kannten Sie nicht, aber dann, dass es eine Diskussion

darüber gab. Wenn Sie auch sagen, es gab keine Kriegserklärung: Es gab doch eine Diskussion darüber. Warum hätte sonst in Ihrem Haus eine umfassende rechtliche Prüfung kurz vor dem Treffen in Garmisch-Partenkirchen erfolgen sollen - die erfolgt ja nicht im luftleeren Raum -, eine Prüfung, inwieweit die Übernahme der Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt in Betracht kommt? Ein Sachgebietsleiter schreibt ja nicht einfach so einen rechtlichen Vermerk.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Der Sachgebietsleiter war weder in Garmisch, noch hat er mit Kindler gesprochen, noch mit mir.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist ein Bericht vom doppelten Hörensagen, ein Bericht vom doppelten Hörensagen. Es gibt keinen Hinweis, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, Sie kannten nicht - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - dass der mit Kindler gesprochen hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. Wir halten fest: Sie kannten - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es gibt erst recht keinen Hinweis - entgegen dem, was Sie gerade der Presse gesagt haben -, dass ich selber das zur Kenntnis bekommen hätte. Ich bitte um Nachsicht, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - aber da werde ich schon ein Stück sauer, dass mir vorgeworfen wird, dass ich unglaubwürdig bin.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, nein. Ich habe gesagt, die Akten sprechen eine andere Sprache.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es ist vom doppelten Hörensagen. Da muss ich sagen: Ein seriöser Vorhalt - - Sie sind nicht Juristin, nehme ich an.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Doch, aber sicher, mit zweitem Staatsexamen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigung, das verbergen Sie gut. Das verbergen Sie gut.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielleicht können wir uns alle ein bisschen mäßigen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Jemandem einen Vorhalt vom doppelten Hörensagen zu machen, ist alles andere als sachgemäß.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, Herr Dr. Beckstein, das ist jetzt nicht angemessen, dass Sie mich so angehen, und ich versichere Ihnen - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist sehr viel fairer, als mir draußen zu sagen: Herr Beckstein ist nicht glaubwürdig.

(Zurufe)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Wort hat die Kollegin Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe zwei ordentliche Staatsexamen, mit denen ich sogar in der bayerischen Justiz hätte arbeiten können. Herr Dr. Beckstein, wir wissen, wie die Ansprüche in der bayerischen Justiz sind, auch wenn wir hier einen anderen Eindruck gewonnen haben. Ich wollte mit meiner Frage nur herausarbeiten, dass die Akten eine andere Sprache sprechen, und noch einmal erfahren, dass Sie hier der Auffassung sind, es habe keinen Streit gegeben in dieser Frage.

Es gab in den Akten eine Dramaturgie hin auf das Kamingespräch in Garmisch-Partenkirchen: in Ihrem Hause eine umfassende rechtliche Prüfung plus eine umfassende zehnteilige Mängelliste von dem Präsidenten des BKA, Ziercke. Das hat doch nicht in einem luftleeren Raum stattgefunden. Das wollte ich noch einmal herausarbeiten.

Sie sagen, es hat keinen Streit gegeben. Dann nehmen wir das zur Kenntnis. Dass wir da ein Fragezeichen dranhängen, wenn die Akten eine andere Sprache sprechen, das darf ich hier auch noch einmal festhalten. Das kann man uns bitte nicht - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bitte um Nachsicht, dass ich schon darauf beharre. Der Vorhalt wäre ansatzweise berechtigt, wenn das unsere Akten wären oder die Akten der Innenministerkonferenz.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber Sie haben mir nicht vorgehalten, dass in der Innenministerkonferenz -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - irgendwas davon Gegenstand gewesen wäre.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein. Herr Dr. Beckstein, ich habe Sie gefragt, ob Ihnen diese Mängel bekannt waren, ob Sie darüber diskutiert haben. Sie haben das mit Nein beantwortet, und damit ist die Frage beantwortet.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kann nur noch einmal wiederholen: Auf der Ebene Schäuble/Beckstein - Bouffier war ein wichtiger Mitspieler, Gasser aus Thüringen - hat es keine Auseinandersetzung in der Weise gegeben, dass irgendeiner der Mitarbeiter, die ja Protokoll zu führen haben, irgendeine Protokollnotiz gemacht hätte. Ich bitte um Nachsicht, dass ich da schon ein Stück sauer werde. Wir sind hier ganz freundlich, und draußen wird - auf gut Deutsch - gesagt: Der Beckstein lügt. Das halte ich für eine Unverschämtheit, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - eine Unverschämtheit, wo ich mich auch zu Recht aufrege.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie dürfen sich aufregen, und - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist von jemandem, um das auch zu sagen, der, bevor ich hier aussage, bereits in den Medien hat, dass der Beckstein da nicht glaubwürdig ist. Dass das eine unabhängige Überprüfung ist, das spricht doch Hohn.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein.



**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie mal!

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, Herr Beckstein, so war das nicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Darüber sollten Sie sich auch selber klar sein, dass man so mit einem anderen nicht umgeht, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir studieren - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - auch wenn es eine andere Partei ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das mache ich gerne.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das können Sie mit dem Schily nachher machen; da freue ich mich dann darüber.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben die Akten studiert, alle sehr gut, und wenn wir einen Eindruck aus den Akten haben, dann habe ich immer gesagt: Genau danach werde ich Herrn Dr. Beckstein fragen. Das habe ich heute getan.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Sie haben die Akten des Innenministeriums zu überprüfen, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es tut mir leid ... (akustisch unverständlich)

(Glocke des Vorsitzenden)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - und da haben Sie mir nichts vorgehalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Jetzt ist es gut. Jetzt frage ich etwas anderes.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Beckstein, wenn Sie selber für sich vorhin geltend gemacht haben, Ihnen die Möglichkeit zu geben - völlig zu Recht -, ausreden zu dürfen, dann sollten Sie das den Mitgliedern dieses Ausschusses gegenüber ebenfalls einräumen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Sie haben recht, Herr Edathy.

**Dr. Eva Högl (SPD):** So, jetzt beruhigen wir uns wieder. Der Punkt BKA bleibt einer, an den wir ein Fragezeichen setzen.

Jetzt möchte ich noch einmal etwas anderes fragen, was uns hier auch einigermaßen verwundert hat. Das war das Stichwort verdeckte Ermittlungen der BAO „Bosporus“. Sie haben das vernommen, dass wir erfahren haben, dass ein Dönerimbiss von der BAO „Bosporus“ eingerichtet wurde, in dem Döner verkauft wurde, und dann wurden die Rechnungen nicht bezahlt, weil man davon ausging, dass möglicherweise dann die Täter kommen und dem Betreiber, einer verdeckten Person aus dem Umfeld der BAO „Bosporus“ der bayerischen Polizei, dann möglicherweise ins Gesicht schießen.

Ich formuliere das bewusst so drastisch, um deutlich zu machen, dass ich der Auffassung bin - - Auch wenn ich keine Ermittlerin bin, Herr Kollege Beckstein, so weiß ich doch, dass das kein alltäglicher Vorgang in polizeilicher Ermittlungsarbeit ist, wenn ein Dönerimbiss eingerichtet wird. Außerdem soll es noch einen Detektiv und einen Journalisten gegeben haben, der im Umfeld der türkischen Community, der Angehörigen und ihrer Opfer ermittelt hat. Darf ich Sie fragen, ob Sie darüber informiert waren?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, und es war auch völlig in Ordnung, dass ich davon erst jetzt aus den Medien erfahren habe. Einzelne operative Maßnahmen verdeckter Art werden üblicherweise nicht in Vermerke in einem Ministerium gegeben, wo sie über viele Schreibtische laufen. Die einzelne Überprüfung der Rechtmäßigkeit verdeckter Ermittlungen - - Ich weiß auch heute nicht, ob es ein verdeckter Ermittler oder ein V-Mann war mit der Dönerbude. Das ist auch völlig in Recht, dass das nicht über mich gelaufen ist.

Ich setze allerdings eines absolut voraus: Wenn es bayerische Polizei war, waren die sich hundertprozentig sicher, dass da niemand gefährdet wird, und das liegt auch nahe - noch einmal: jetzt Zeitungswissen -; denn auch nach allem, was man da gedacht hat, ist es nicht etwa so gewesen, dass irgendjemand einfach in den nächsten Döner geht und dort einfach um sich schießt, sondern dass es da vorher Schutzgelderpressung und Ähnliches gibt. Da werden mit Sicherheit - aber da müssten Sie Geier und die anderen fragen - ganz intensive Schutzvorkehrungen getroffen. Die Polizei macht das

in Bayern absolut professionell. Aber ich weiß das nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, zwei Bemerkungen von mir dazu. Die erste ist: Diese verdeckten Informationserhebungen, wie das genannt wird, tauchen in den ganzen Berichten auf; da wird immer von verdeckten Maßnahmen gesprochen. Die haben Sie sich ja auch vorlegen lassen, und die sind ja im Ministerium auch zur Kenntnis genommen worden.

Zweite Bemerkung ist: Die Täter, wie wir wissen, sind gekommen, haben keine Diskussion über irgendetwas geführt, Schutzgeld oder so, sondern das hat - ich weiß nicht, wie lange - nicht mehr als eine Minute gedauert, und dann waren die Leute tot, weil sie erschossen waren. Also, das war durchaus eine Ermittlungsmaßnahme - wir haben die Akten noch nicht -, die einigermaßen von Brisanz war. Deswegen habe ich gefragt, ob der Innenminister darüber informiert war.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Trotzdem glaube ich - aber das ist Vermutung -, dass die Täter nicht völlig beliebig das erste Mal an den jeweiligen Orten waren, sondern dass sie zum Beispiel geschaut haben, ob in dem Blumenladen ein Türke ist oder nicht, etwa eine Frau aus dem „Knoblauchland“, oder bei der Schneiderei, wer dahinter ist. Es deutet für mich manches darauf hin, dass die zumindest wussten, wer drin ist. Das ist nicht garantiert. Gegen meine These spricht, dass sie in München einen Griechen umgelegt hatten, der nur türkisch ausschaute.

Aber noch einmal: Das sind Dinge, die alle im Bereich der Vermutung sind, wo ich nichts Seriöses als Zeuge sagen kann und vielleicht deswegen auch hier das nicht im Weiteren darlegen sollte. Die Einzelheiten müssten Sie aber dann - - Da hätte ich auch, wenn ich noch im Amt wäre, kritische Fragen heute den Leuten gestellt; aber nachdem ich nicht mehr im Amt bin, habe ich diese Möglichkeit nicht mehr.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Dann habe ich noch eine Frage. - Herr Dr. Beckstein, Sie haben ja mehrfach noch einmal angesprochen, die türkische Community - ich finde den Begriff extrem unspezifisch, muss ich sagen - hätte keinen Anstoß an diesen Namen BAO „Bosporus“ und „Halbmond“ genommen. Nun wurde ja aber auch gleichzeitig immer ein Stück weit kommuniziert, dass

die Täter aus dem Umfeld gesucht werden. Also im Grunde sozusagen schon halb die Schlinge um den Hals habend, erwartet man, dass die Leute dann aufschreien und sagen: Ihr müsst aber irgendwie eure Sachen da anders nennen. - Das kommt mir etwas eigenartig vor.

Wir haben ja auch diesen Vermerk von Ihnen, dass Sie - das haben Sie vorhin gerade noch einmal gesagt - im Grunde die Einzeltätertheorie als kritisch betrachtet haben, weil dann die türkische Community, wie Sie sagen, Angst bekommen könnte. Ich frage mich nun - ich sage das ein bisschen provokativ -, ob es nicht aber auch ganz bequem war, diese Theorie vor allen anderen sozusagen, dass man sagt, na ja - - Wir haben das leider hier schon öfter jetzt auch so kommuniziert bekommen: Die Türken bringen sich irgendwie gegenseitig um, und man hat nicht so viel selber quasi damit zu tun. - Finden Sie nicht, dass das im Nachhinein doch ein Stück weit auch - ja - zynisch klingen muss?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich war ja durchaus dafür, wie die Ermittlungsgruppe selber gesagt hat, die Einzeltätertheorie zu kommunizieren, bloß nicht in der Weise, dass man es ohne jede Begleitung macht, sondern dass man beispielsweise sagt: Achtet darauf, wenn in eurem Umfeld Glatzen herumlaufen. Achtet darauf, dass, wenn Leute, die sonst irgendwo im rechtsextremen Bereich sind - - Das kann man manchmal an Kleidung sehen, das kann man an manchen anderen Dingen sehen. Achtet auf solche Fragen. - Das war mir wichtig mit anzusprechen, -

**Aydan Özoğuz (SPD):** Wobei Neonazis natürlich nicht nur mit Glatzen herumlaufen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - damit man nicht schlichtweg nur die Angst einflößenden Fragen macht, sondern auch ein gewisses Maß an Beruhigung. Darum wäre es mir auch ganz recht gewesen, wenn beispielsweise ein türkischer Botschafter oder der türkische Innenminister gesagt hätte: Wir vertrauen darauf, dass die deutschen Behörden mit jeder Energie das ermitteln oder irgend so etwas machen. - Übrigens hat sich auch niemand darüber aufgeregt, auch nicht bei mir, jemand aus dem Bereich der Beteiligten, dass man selbstverständlich im Um-

feld der Opfer zunächst einmal versucht hat abzuklären.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Darf ich darauf direkt eingehen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn das BKA übernommen hätte, wäre das mit einer ganz neuen Runde nach mehreren Jahren noch einmal ganz intensiv erfolgt, wie wir aus den Vermerken des BKA wissen.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Ja, aber vermutlich - das ist ja das, was uns hier sehr beschäftigt - wäre eben nicht so stark nur auf einer Seite ermittelt worden. Das ist ja das große Fragezeichen, das uns hier die ganze Zeit begleitet: Warum eigentlich so stark auf einer Seite?

Ich möchte nur eine Sache vom Antwortschreiben des Herrn Innenministers Aksu hier noch einmal kurz aufrufen. Das ist MAT A BY-2/9 c, glaube ich. Da wird wirklich akribisch aufgeführt, wo überall Vernehmungen in der Türkei durchgeführt wurden. Verwandte und Angehörige, die zum größten Teil sogar gar nicht mehr in der Türkei lebten, wurden ja dort gesucht. Ich nenne hier nur einmal Kayalik Dorf in der Provinz Elazığ; Afioukarahisar, Sarikaraağaç, Yenişehir, Suhul, Yalova, Suruç, Kovancilar, Pazarcik und Yozgat sind hier aufgeführt. Dagegen stehen zwei Postleitzahlen, in denen Deutschland Namen angefordert werden. Steht das nicht in einem völligen Ungleichgewicht zueinander?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch einmal die Frage Übermittlung von Rechtsextremisten durch das Verfassungsschutzamt: Ich weiß nicht, ob Sie es wirklich für zulässig halten, dass das LfV oder BfV alle, die in der Rechtsextremistendatei sind, übermittelt hätten. Noch einmal: Warum hat das BKA das nicht abgefragt? Es wäre auch nicht weiterführend gewesen; denn leider hätte man ja nicht einmal dann, wenn man alle Dateien der Rechtsextremisten gehabt hätte, also die 60 000 und noch mehr, die drei Leute gehabt.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Wir haben ja nun die Information: Das BKA hätte das gerne gemacht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die einzige Chance wäre gewesen, wenn man die noch aufgehobenen Papiere hätte. Aber dass man die Datenübermittlung von gelöschten Dateien, die Datenübermittlung von Zufallsdaten ermöglicht: Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das hier erlauben. Noch einmal: Daran hat auch niemand gedacht. Aber darüber sollten Sie mit den Ermittlern reden.

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich noch einmal sage: Ich selber war doch derjenige, der immer wieder auch die Frage Fremdenfeindlichkeit noch mit nachgefragt hat. Sie wissen ganz genau, was es bedeutet, wenn ein Minister in der Richtung nachfragt, dass das noch einmal einen neuen An Schub gibt. Aber ich war nicht Ermittler, und ich habe mich auch selber massiv zurückhalten müssen, nicht etwa zu versuchen, Einfluss auf Ermittlungen zu nehmen, weil das auch nicht zulässig gewesen wäre.

Ich habe nachzufragen, habe, wenn es irgendwo klemmt, dann die Geschichte überprüft. Ich habe immer wieder gefragt: Auch zwischen den Ländern, klappt das alles? Es hat schon da und dort mal, wie ich heute weiß - - Ich habe auch zum Teil mal gehört, es hat einmal einen lautstarken Streit wegen irgendeiner Ceska gegeben; was weiß ich, was da der Hintergrund war. Aber da haben sie mal lautstark gestritten; das war in der Zeitung. Aber das sind alles normale Dinge gewesen, sage ich mal aus heutiger Sicht. Es war nicht so, dass man gesagt hat: Wir brauchen da Hilfe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. - Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Zeuge Beckstein, wir werden über die verschiedenen Facetten des Polizei-Google, Vorratsdatenspeicherung, Lösungsfristen nicht automatisch die größten Freunde für die Zukunft werden. - Aber das nur vorausgeschickt.

Wir haben folgende Fragen, und zwar im Hinblick auf das Thema: Wie sich aus Preserveröffentlichungen, aber eben auch aus den Akten ergibt, haben Sie 2000 und 2006 auch überlegt, ob es eben Rechtsextremisten sein könnten; das hatten Sie schon ausgeführt. Mich würde einmal noch genauer interessieren, wie Sie konkret auf diesen Gedanken gekommen sind.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das kann ich Ihnen ganz einfach sagen. Das ist eine Serie von Morden, bei denen eines die wichtigste Gemeinsamkeit ist, nämlich dass die Opfer allesamt Türken sind, mit einer Ausnahme, der aber „wie ein Türke“ ausgesehen hat, wahrscheinlich für die Täter, sodass man bis heute davon ausgeht, dass der wahrscheinlich nur deswegen als Grieche ermordet worden ist, weil die Täter oder der Täter ihn fälschlicherweise für einen Türken gehalten haben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also auch 2000 schon, also im Prinzip, als es gleich am Anfang war, hatten Sie es ja schon nebendran notiert.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber fremdenfeindliche Straftaten sind ja etwas, was mich sehr beschäftigt hat.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welchen Stellenwert haben Sie in dem Moment, wo Sie das aufgeschrieben haben, dem beigemessen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe nicht beigemessen, dass andere Ermittlungen fehlerhaft wären, sondern ich wollte auch wissen, nachdem ich politisch nicht völlig unerfahren bin, die Frage, dass uns manchmal vorgeworfen wird, in bestimmte Richtungen nicht zu ermitteln. Ich habe deswegen an manchen anderen Stellen auch gesagt, dass wir im Rechtsextremismusbereich etwas lockerer mit Vorschriften umgegangen sind als zum Beispiel im Linksextremismusbereich, und ich hatte eine ganz besondere Sensibilität immer bei der Frage der fremdenfeindlichen Straftaten. Gerade als jemand, der auch immer für die Integration war, wollte ich unter allen Umständen, dass wir mit der letzten Sorgfalt vorgehen. Es hat mich belastet, dass ich in den Medien in der Türkei gelesen habe, dass deutsche Ermittler in anderen Ländern nur deswegen nicht ordentlich ermitteln, weil die Opfer „nur Türken“ sind. Das wollte ich unter keinen Umständen, und darum habe ich auch Wert darauf gelegt, dass türkische Stellen da immer mit informiert sind.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Was haben Sie denn konkret gemacht, als Sie die Vermutungen hatten, und was haben Sie

konkret unternommen? Gab es irgendwie besondere Berichtspflichten, haben Sie etwas besonders gesagt etc. pp.? Was haben Sie konkret unternommen, als Sie diese Vermutungen dann äußerten, 2000, aber auch 2006?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe mir laufend berichten lassen. Ich habe über 20 Sachstandsberichte bekommen, und ich schätze, dass es Minimum 10, wahrscheinlich 15 oder 20 Besprechungen gegeben hat, was völlig ungewöhnlich ist für einen Minister in so einer Geschichte. Der Kollege Binninger war lange Zeit Kriminalbeamter, wenn ich das recht in Erinnerung habe. Es ist doch ganz ungewöhnlich, dass der Minister in einem Kriminalfall sich so oft informieren lässt.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das habe ich noch nie gesehen!)

Für mich war die Geschichte, noch einmal: Ich wollte eine 100-Prozent-Aufklärungsquote bei Morden haben. Dann hat es fünf Stück gegeben - noch dazu mit einer Waffe -, die in Bayern sind, und vier außerhalb Bayerns, die wir nicht aufklären. Später wissen wir noch, dass der Polizistenmord noch hinzukommt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten vorhin ja: Wenn irgendetwas in der Koordination schiefgegangen wäre oder so etwas, hätte man mich anrufen müssen; das hätten wir in kürzester Zeit gelöst. - Jetzt ruft der Kollege Binninger dazu hinein: Na ja, das ist ja eher schon sehr ungewöhnlich, dass man so viele Treffen macht. - Wie häufig kommt denn so etwas vor, dass Sie dann aus den Referaten zum Teil Anrufe kriegen oder auch in den Abteilungsleitungen gesagt wird: „Hier läuft richtig etwas schief“?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, es hat in der Geschichte „Bosporus“ einen Fall gegeben, wo die mich in der Tat auch angesprochen haben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also die hessische Geschichte?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Im Zusammenhang mit Temme in Hessen. Es hat in anderen Fällen das doch immer wieder gegeben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ist das häufig, dass das vorkommt, oder ist es gerade der Grund, weshalb Sie sagen, Sie wollen auch gerade deswegen häufige Besprechungen, um sicherzustellen, dass Sie den Informationsfluss bekommen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch einmal: Bei den Besprechungen in meinem Ministerium war immer jemand da, der innerhalb des Ministeriums die Koordination vorgenommen hat. Wir haben zwar wegen des Trennungsgebots im Innenministerium getrennt zwischen der Abteilung I C, Polizei, und I D, Verfassungsschutz; Verfassungsschutz hat noch weitere Bereiche. Aber darüber ist der Amtschef, und die Frage des Informationsaustauschs zwischen der Aufsicht über Verfassungsschutz und der Aufsicht über Polizeibehörden ist bei uns gemeinsam. Von daher wussten die auch, was bei uns da läuft und wo nachgefragt wird.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie in dem Zusammenhang dann auch konkret die OFA-Analysen entsprechend diskutiert oder die Informationen dafür bekommen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bin über die OFA-Analyse informiert worden durch einen Vermerk, der übrigens gekommen war, weil ich, bevor diese OFA-Analyse gekommen ist, erneut über rechtsextremistischen, nein, Entschuldigung, über fremdenfeindlichen Hintergrund nachgefragt habe. Als dann die Besprechung war, haben sie gesagt: Wir sind gerade mit der Frage OFA in die Richtung dran; warten Sie ein bisschen, bis die OFA fertig ist. - Dann hat man mir einen Bericht geschrieben, mit dem ich zufrieden war, sodass ich gesagt habe: „Die Besprechung über die OFA ist nicht mehr notwendig“, -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Was haben Sie - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - wobei ich eines allerdings immer wieder anspreche: Was mir bei der OFA nicht gefallen hat, war, dass die von Einzeltätern sprechen, weil ich sage: Zu einem Zeitpunkt, wo wir nach zwei Fahrradfahrern Öffentlichkeitsfahndung haben, sollten wir nicht über Einzeltäter sprechen. Aber der Herr Horn hat das, und darum

ist die Einzeltätertheorie auch hier, obwohl jeder, der den Fall kennt, weiß, dass dieses Wort Einzeltäter auch eine falsche Fährte war.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): In einem Bericht an Ihr Ministerbüro vom 13.06.2006 - das ist in MAT A BY-2/9 a, Seite 268 - hat der Herr Dathe etwas geschrieben. Da heißt es, der Bericht der OFA Bayern zur fremdenfeindlichen Einzeltätertheorie sei heikel. Wie reagierten Sie auf derartige Bewertungen, und welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen? Es ist ein Bericht von einem Herrn Dathe, dass die fremdenfeindliche Einzeltätertheorie heikel sei.

Ich meine, Sie müssten sich ja nach der Horn-Analyse eigentlich richtig bestätigt gefühlt haben mit Ihren Vermutungen schon seit 2000, und dann bekommen Sie so einen Vermerk von Herrn Dathe, die Einzeltätertheorie sei heikel.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das erscheint jetzt so, wie wenn ich da eingegriffen hätte gegen die Beurteilung der Fachebene. Das stimmt ja nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Nein, das meine ich gar nicht. Mich interessiert erst einmal - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die Fachebene - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert erst einmal, was Sie - - Sie haben die OFA-Analysen bekommen, wo auch die Einzeltätertheorie als deutlich wahrscheinlicher dargestellt wurde, zumindest bei Herrn Horn, und dann haben wir die Situation, dass dann seitens eines Herrn Dathe in einem Bericht an Ihr Ministerbüro gesagt wird: Also, die ist eher heikel. - Wie haben Sie darauf reagiert?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Zunächst, diese Frage, dass das heikel ist, kommt von der BAO „Bosporus“ selber und dem OFA-Ermittler Horn. Die BAO „Bosporus“ schreibt am 30.05. an das Staatsministerium des Innern, I C 5, und das ist die Grundlage des Vermerks an mich. Ich lese aus diesem Vermerk vor:

Da diese Aussagen,

- OFA -

insbesondere zur möglichen Fremdenfeindlichkeit, einige Brisanz enthält, wurde der Inhalt der ... Analyse nur einem sehr begrenzten Personenkreis bekannt gemacht. Im Rahmen von Medieninterviews wurde und wird die Einzeltätertheorie nicht besonders in den Mittelpunkt gestellt, um in der potenziellen türkischen „Zielgruppe“ keine Unruhe aufkommen zu lassen.

Das war der Vortrag, den die mir gemacht haben. Das ist ja nicht von mir, sondern für mich. Da habe ich gesagt: Ja, das ist richtig; diese Frage ist kritisch. Jetzt müsst ihr euch überlegen, wie das kommuniziert wird, dass ihr nicht nur Beunruhigung verbreitet, sondern den Leuten auch - jetzt sage ich es einmal so - das Vertrauen gebt, dass das klapt.

Das hat man ja dann auch gemacht. Es ist dann im August in einer Vielzahl von Gesprächen dargestellt worden, aber jeweils auch, dass man, was weiß ich, aufpassen soll, wenn irgendwelche Rechtsextremisten herumlaufen oder wenn unbekannte Leute ins Geschäft kommen. Auf solche Fragen ist dann auch mit hingewiesen worden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): In MAT A BY-2/9a, Seite 338, hat Herr Geier in dem 13. Sachstandsbericht vom 19.06.2006 festgestellt - ich zitiere -, dass eine „Fahndung nach dem in der zweiten OFA-Analyse beschriebenen Tätertypus ... aus zweierlei Gründen zurückgestellt“ wurde. Einerseits sollte erst ein individualisierter Ansatz entwickelt werden; andererseits ging es darum, dass „die Veröffentlichung der Einzeltätertheorie die Gefahr emotionaler Reaktionen in der türkischen Bevölkerung“ hervorgerufen hätte.

Als Sie das lasen oder das zur Information bekamen, wie bewerteten Sie diese Vorgehensweise?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich wusste, dass diese Fragen dann Gegenstand einer größeren Besprechung bei mir im Ministerium werden sollten. Diese Besprechung hat dann erst relativ spät stattgefunden. Wenn ich mich recht entsinne, ist sie mehrfach verschoben worden. Aber es war völlig klar, dass die ihr Konzept vorstellen und wir dann etwa Nachfragen haben und von diesem möglichen Konzept man das dann auch

übernimmt. Das war etwas, was übrigens als Medienkonzept dann auch meines Erachtens ziemlich überzeugend war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie da nicht emotional reagiert? - Letzte Nachfrage.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Mit Sicherheit nicht so emotional wie heute.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir haben uns ja trotz der Differenz, die ich eingangs nannte, jetzt zumindest sehr anständig miteinander verhalten. Bis später!

(Dr. Eva Högl (SPD): War ich nicht anständig?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. - Frau Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Beckstein, wir kommen noch einmal auf die letzte Frage von vorhin zurück, bevor dann meine Kollegin Wawzyniak übernimmt. Ich glaube, wir waren da vorhin einem Missverständnis aufgesessen. Wir beide waren inzwischen einig, dass es zwar keine „Braune Armee Fraktion“ gibt, aber dass es sehr wohl außerhalb des in Parteien organisierten Rechtsextremismus Netzwerke gibt, Gruppierungen, die offensichtlich nicht nur über entsprechende Straftaten und den Einsatz von Waffen diskutierten, sondern das an unterschiedlichsten Stellen auch umsetzen, seien es die Polizistenmorde, die ich vorhin zitiert habe, oder anderes.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Jahr 2004 ein Material - danach hatte ich vorhin gefragt - zusammengestellt, wo auch Gruppierungen aus Bayern einschließlich der „Kameradschaft Süd“ entsprechend aufgelistet sind und ihre strategische Überlegungen auch deutlich werden. Völlig klar, dass der Minister das nicht an die BAO „Bosporus“ reichen muss.

Meine Frage war vorhin: Würden Sie aus heutiger Sicht es nicht doch für richtig befunden haben, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Bayern auf die Anfrage der BAO „Bosporus“ nicht nur nach Personen, sondern nach Strukturen und Konzepten im

Bereich Rechtsextremismus dieses Material, was es ja hatte, auch an die BAO „Bosporus“ gibt, was also nicht geschehen ist? Das ist uns heute auch vom Vertreter des Landesamtes so bestätigt worden.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Zunächst noch mal zu der „Braunen Armee Fraktion“. Das hat sich ausschließlich auf die Frage Wiese bezogen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, ja, das hatten wir ja vorhin geklärt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn ich mich recht entsinne - - Noch einmal: Es ist alles gefährlich, allein aus dem Wissen und dem Gedächtnis über 2003, neun Jahre, solche Dinge zu sagen. Wenn Sie sich vorstellen, was ein Minister auch erlebt hat an Veränderungen im politischen Leben - - dass es nicht ganz ungefährlich ist, aus der Erinnerung Dinge zu sagen. Aber ich meine, mit Sicherheit sagen zu können, dass der Wiese nicht mal wegen § 129 a angeklagt worden ist, sondern nur wegen Sprengstoffdelikten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Schon völlig klar.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Deswegen haben meine Leute mir gesagt: Beckstein, das können wir nicht sagen. Denn eine „Braune Armee Fraktion“ setzt zumindest kriminelle Vereinigung voraus, und das hatten wir nicht.

Jetzt zu Ihrer Frage BfV: Natürlich sind die Überlegungen des BfV in Lagebilder eingeflossen, die die Polizei, die bayerische Polizei und der bayerische Verfassungsschutz, gemacht haben, und diese Lagebilder habe ich beispielsweise öffentlich vorgestellt. Da war auch nach meiner Erinnerung überhaupt kein Streit. „Kameradschaft Süd“ beispielsweise ist etwas, was ich auch heute noch in meinem Gedächtnis habe. In diese Lagebilder, die wir zum Teil intern, zum Teil öffentlich vorgestellt haben, ist das mit hineingeflochten. Aber dass man die Materialien einer Kommission zuleitet, das wäre nicht verkehrt gewesen; aber ich beanstande auch nicht, dass das nicht gemacht wurde.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wir sind uns einig, dass ich noch mal nachfrage, weil wir offensichtlich hier ein Missverständnis haben. Ich habe Ihnen ja vorhin schon vorgehalten

aus der Befragung des Leiters der BAO „Bosporus“, dass er auf seine Frage zu solchen Strukturen, ob es so etwas gibt usw., keine Antwort bekommen hat, im Übrigen auch nicht - - Er ist dann eigeninitiativ geworden und hat, wie sich das gehört als ordentlicher Beamter, die Verfassungsschutzberichte gelesen und gesucht, ob es dort Hinweise gibt, sowohl den bayerischen als auch die der anderen. Dort hat er nichts gefunden, und das Landesamt für Verfassungsschutz hat ihm diese Zusammenstellung, wo übrigens auch Wiese auftaucht usw., nicht übergeben.

Deshalb meine Frage: Wenn - aus welchen Gründen auch immer; das müssen wir auch ein anderes Mal austragen - solche Dinge nicht im Verfassungsschutzbericht stehen, dass es da terroristische Ansätze gibt, dann wäre es doch wenigstens sinnvoll, wenn man ein Material vorliegen hat, was den Polizisten entsprechendes Material an die Hand gibt, ihnen das zu übergeben?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich gehe davon aus - ich kann es nicht beweisen und vermute es nur -, dass jenseits der schriftlichen Anfrage zwischen der Polizei in Nürnberg und der Zweigstelle Nürnberg des Landesamtes für Verfassungsschutz auch Dinge besprochen worden sind, die die Nürnberger Szenerie betreffen.

Also, wenn Herr Geier die Frage NPD-Verbotsverfahren nicht mitbekommen hätte, wäre er extrem schwach. Die Dinge, die Sie ansprechen, wusste doch jeder, der in dem Sicherheitsbereich war. Wir haben übrigens Fortbildungen und Konferenzen im Ministerium, wo selbstverständlich diese Fragen, Lageanalysen detailliert besprochen worden sind. Also, von daher ist zwar nicht das Papier - - Aber der Inhalt war meines Erachtens den Gremien, und zwar nicht nur „Bosporus“, sondern selbstverständlich auch den normalen Polizeidienststellen, übrigens auch dem Staatsschutz in Nürnberg - - Einer der Staatsschützer Nürnberg ist, wie ich von dem Namen schließe, dann auch in der BAO „Bosporus“ für diesen Bereich gewesen. Der war vorher im Staatsschutzbereich der Polizei. Noch mal: Wenn ich nicht einer Namensverwechslung unterliege - - Ich bitte um Nachsicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Alles klar. Das können wir dann noch einmal später klären. Ich habe es jetzt erst einmal verstanden.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, mir geht es nur darum: Ich habe ja Wahrheitspflicht und bin von Frau Kollegin Dr. Högl ja auch in sehr heftiger Weise darauf hingewiesen worden, und deswegen will ich das - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wir reden ja jetzt ganz anders gerade miteinander. Meine Frage ist erst einmal insoweit beantwortet. Ich habe vielleicht später Nachfragen. Ich würde darum bitten, dass die Kollegin Wawzyniak noch in der kurzen Zeit zum Zuge kommt. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Zehn Sekunden noch, ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ach Gott.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also eine Frage.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Ja, ich kann eine Frage stellen. - Herr Beckstein, Sie haben mehrmals jetzt gesagt, Sie haben mit Herrn Ziercke nicht gesprochen, mit Herrn Schäuble nicht gesprochen über diese Geschichten. Jetzt ist unter MAT A BY-2/6 c, Blatt 987, ein handschriftlicher Vermerk von Herrn Hampel in den Akten. Den müssen Sie jetzt auch nicht sozusagen vor sich haben. Ich kann Ihnen zwar kurz sagen, was darin steht, nämlich: „Ziercke hat argument. für BKA“, und Ziercke sagt, wo es nicht ideal gelaufen ist. Meine Frage ist - das ist vom 04.05 -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Welchen Jahres?

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** - 04.05.2004 -: Hat das Herr Ziercke direkt gesagt? Ist Ihnen dieser Vermerk hier zugegangen? Haben Sie da irgendwie noch eine Erinnerung, dass da vielleicht doch mal was war?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, im Jahr 2004, glaube ich nicht.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Entschuldigung, 2006.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich wollte gerade sagen, das ist ja der Tag der IMK gewesen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** 2004 bin ich mit Sicherheit nicht irgendwie mit Ziercke hintereinander gekommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2006 ist es gewesen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Wir hätten es gern abgegeben, aber man hat sich dann geeinigt, das anders zu machen. - Sie berichtigen jetzt auf 2006. Der Vermerk vom 04.05. - -

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Da steht 04.05., 15.45 Uhr.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

- Handschriftlich.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn Sie mich vielleicht einmal den Vermerk lesen lassen, dann kann ich Ihnen sagen, worauf er sich bezieht, oder ich muss auch sagen, ich weiß es nicht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen  
vorgelegt)

Die Zeit deutet darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz war, weil ich da zu einem bestimmten Zeitpunkt - -

(Der Zeuge liest in den ihm  
vorgelegten Unterlagen)

Also, Herr Hampel hat hier 15.45 Uhr - das ist vor Beginn der Innenministerkonferenz, nehme ich an; bin nicht ganz sicher - irgendetwas gemacht: „Ziercke hat argument. für BKA.“ Aber „FF BY“ heißt wohl Federführung Bayern.

Und:

Ziercke Papier: Mfr. sich ledigl. für die Fälle in N. zust. erklärt.  
Trenng. nicht ideal ...  
alle LÄ. VB nach BY

Das heißt irgendetwas, alle Länder sollen nach Bayern.

Ziercke wo nicht ideal gelaufen:  
Haarspur nur bayernweit abgeklärt  
...

Sagt mir gar nichts.

Und dann kommt: „Auslobung“. Dann hat man offensichtlich wie am Basar ausgehandelt, wer wie viel hat.



Das ist mit Sicherheit nicht auf der Ministerbene gelaufen, sondern es könnte ein Vermerk sein, der auf der Ebene AK II oder der Polizeichefs, die in den betreffenden Ländern mit dem BKA waren - - Das könnte das sein. Aber noch mal - ich schaue mal in die Richtung -:

(Der Zeuge blickt zu den Beauftragten des Freistaates Bayern)

Die sollten das besser wissen.

Es ist kein Vermerk, der mir irgendwie zur Kenntnis gekommen ist. Jedenfalls kommt nirgends ein „Kenntnis-genommen-Vermerk“ an mich.

04.05. war, wenn ich mich recht entsinne, während der Innenministerkonferenz. Ich habe keinen Tagesablauf mehr für die Innenministerkonferenz. Aber Hampel war nicht bei dem Kaminesgespräch dabei. Also kann er nicht von einem Kaminesgespräch einen Bericht schreiben, wo er nicht dabei ist. Das deutet darauf hin, dass da am Rande irgendein Gespräch - noch mal: Vermutung - auf der Ebene Polizeichefs - -

Auch mir selber ist diese Handelei „50 000? - Schäuble-Vorbehalt“ - - Ich habe nur gesagt: Schaut, dass die anderen auch was mit zahlen, weil sonst ist unser Topf leer. - Ich wollte ja ursprünglich mal 1 Million; aber da hat man ja gesagt: Das ist völlig ausgeschlossen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Grünen-Fraktion. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor ich an den Kollegen Ströbele übergebe - wir müssen uns ja noch steigern, Herr Kollege Beckstein -: Die erste Frage, die ich hier dem ersten Zeugen stellte, dem Herrn Geier, war: Warum sprechen Sie von einer Einzeltätertheorie, wo Sie doch davon ausgehen müssen, dass es zwei waren? Ich habe es so wenig verstanden wie Sie. Das hat ja dann sogar zu dem absurden Ergebnis geführt, dass Boulevardzeitungen aus Bayern die beiden Phantombilder brachten und darüber schrieben: „Wer ist der Döner-Killer?“ und so taten, als wäre es dieselbe Person - sollte es ja nicht sein -, und auch Herr Horn und auch Herr Geier der Presse gegenüber von *dem* Täter immer sprachen.

Nun bin ich nicht bayerischer Innenminister zum Tatzeitpunkt gewesen. Auch

wenn Sie sozusagen im Dialog geführt haben: Warum haben Sie nicht mal gesagt: „Hört auf mit dem Unsinn! Das waren zwei, und zwei sind kein Einzeltäter. Nehmt meine Begrifflichkeit, ich bin hier immerhin der Chef“? Waren Sie ja; es waren ja bayerische Beamte. Die haben ja die Federführung behalten; das ist ja das Ergebnis gewesen. Warum haben Sie das so laufen lassen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bin nicht Ermittler.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Meine Aufgabe heißt nicht, mich an die Stelle von Herrn Geier in Nürnberg zu setzen, -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - um das auch zu sagen. Meine Mitarbeiter haben mir eh manchmal geraten, ich soll mich nicht so stark einbringen; denn die Staatsanwaltschaft hat die Federführung.

Meine Aufgabe war, dass ich sage: Überlegt euch eine Kommunikationsstrategie; denn der Herr Horn hat nun halt als Profiler von der Einzeltätertheorie gesprochen. Warum er das gemacht hat, kann ich nicht sagen. Aber Faktum ist, dass Horn als der herausragende Profiler vom Einzeltäter spricht, obwohl er nach meiner Einschätzung hätte wissen können oder wissen sollen - - Fragezeichen! Jedenfalls war es für mich nicht plausibel, in Nürnberg Öffentlichkeitsfahndung - - Als Nürnberger habe ich das mitgekriegt; ich weiß nicht, ob das überall war. Darum habe ich die Frage gestellt. Aber der Horn hat halt Einzeltätertheorie gesagt, und Sie reden auch die ganze Zeit hier von der Einzeltätertheorie.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Anführungsstrichen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich selber habe dann dafür gesorgt, dass das in Medien ein Stück relativiert wird.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich rede davon, weil ich sage, sie war falsch. Wir hatten eine Organisations-

theorie. Da war der Fehler, dass sie nur auf kriminelle Organisationen abzielte. Dann hatten wir eine Rechtsextrem- oder Türkenhasser- oder wie auch immer -theorie. Sie war falsch, weil sie gleichzeitig mit Einzeltätertheorie verbunden wurde. Dann haben wir einen Innenminister zu der Zeit, der das klar gesehen hat - dieser Begriff stimmt nicht -, auch gesehen habend, dass es in die Außenkommunikation geht, in der Zeitung steht.

Dann wundern Sie sich nur und sagen: Na ja, ich bin nicht der Chefermittler. Das waren Sie wirklich nicht. Aber in die Vermittlung in die Öffentlichkeit waren Sie und war auch Ihr Sprecher zum Beispiel, der irgendwann mal gesagt hat: „Wir stoßen auf eine Mauer des Schweigens bei dem türkischen Bevölkerungsteil“, schon involviert.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** In vielen öffentlichen Äußerungen ist von „der oder die Täter“ geredet worden und dann immer auf Herrn Horn mit seiner Einzeltätertheorie gezeigt worden. Dann war wieder die Katze auf dieselben Füße - - obwohl die Leute, wenn sie die Medienstrategie, die Anfang August gelaufen ist - - Da war auch meistens von „der oder die Täter“ die Rede.

Trotzdem: Das Papier Horn, das übrigens dann nach Baden-Württemberg gegangen ist und zum BKA zur Bewertung, hat halt die Überschrift „Einzeltätertheorie“ gehabt, genauso wenig, wie man das hier weglegt. Es war halt die Horn'sche Einzeltätertheorie. Das hat man in der Medienstrategie dann versucht ein Stück zurückzunehmen, wahrscheinlich wegen meiner Einwände. Ich hoffe, dass nicht nur ich der einzige Gescheite war, sondern zum Beispiel der Staatsanwalt Kimmel.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Der Behörde gehört mein Sohn mit an. Von daher weiß ich - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da habe ich jetzt mal eine Nachfrage. Wenn Sie das ernst nehmen, dass die Staatsanwaltschaft die Herrin des Ermittlungsverfahrens ist, warum werden dann die Weichenstellungen bei der Innenministerkonferenz getroffen und nicht bei der Justizministerkonferenz? Wir hatten nur den Ein-

druck, die Staatsanwaltschaft tragt mit, und wenn man mal einen richterlichen Beschluss braucht, dann wird sie zwischengeschaltet; ansonsten ist sie zum Kaffeetrinken dabei, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bin mir sicher, dass der Generalbundesanwalt überlegt hat, ob er den Fall übernimmt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hat er. Ich meinte jetzt Nürnberg.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber wahrscheinlich hat er es dann nicht übernommen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meinte jetzt Kimmel in Nürnberg. Das ist eine andere Frage, ob der nicht hätte sollen, der Generalbundesanwalt. Ich meinte jetzt hier Nürnberg. Kimmel und die anderen Staatsanwaltschaften der anderen Bundesländer waren ja gleichberechtigt auch am Ermitteln sozusagen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich weiß auch nicht, ob es Gegenstand der Justizministerkonferenz irgendwann gewesen ist; weiß ich nicht. Aber beispielsweise bei der Frage der Auslobung, der Belohnung oder Ähnliches ist klar, dass das in meine Kompetenz auch mit fällt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie können doch nicht bestreiten, dass die ganze Frage: „Wie konstruieren wir die Ermittlungssteuerungsgruppe und anderes?“ - - Das wurde in Garmisch-Partenkirchen festgelegt, von mir aus bei den AK-Beteiligten, nicht auf Ministerebene. Aber dass Justiz da irgendwo irgendwas gemacht hätte, das können Sie doch nicht ernsthaft hier sagen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, noch mal: Die Abstimmung zwischen Justiz und BAO „Bosporus“ ist nicht über mich gelaufen, sondern das ist selbstverständlich zwischen der Nürnberger Staatsanwaltschaft und „Bosporus“ gelaufen. Dinge, die an mich gelaufen sind, waren das, was ich Ihnen berichtet habe. Trotzdem ist es völlig eindeutig, dass rechtlich Herr des Ermittlungsverfahrens nicht etwa Beckstein oder Bouffier

oder was weiß ich wer ist, übrigens auch nicht Schäuble, sondern die Staatsanwaltschaft. Warum die das nicht zentralisiert haben, weiß ich auch nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte ja den - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Ob die Frage in <sup>26</sup>der Justizministerkonferenz behandelt worden ist, will ich nicht ausschließen. Ich halte es allerdings für unwahrscheinlich, weil die Justizminister sehr viel weniger Einfluss nehmen auf die Staatsanwaltschaft als die Innenminister auf die Polizei.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider bleibt mir nicht viel Zeit. - Herr Beckstein, ich fange mal mit einer Frage an; ich führe das dann nachher noch einmal weiter. Wann haben Sie eigentlich zum ersten Mal von diesem Trio Zschäpe, Böhnhardt, Mundlos gehört oder gelesen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nach dem Selbstmordbrand<sup>27</sup> in Erfurt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher ist das nie aufgetaucht? Auch dass sie untergetaucht sein sollen und dass man sie sucht, ist bei Ihnen nie aufgeschlagen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nein, nie aufgeschlagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern nach deren Untertauchen aus Thüringen Fotos bekommen hat? Diese Fotos sollten bei den Ermittlungen helfen, als sie noch gesucht wurden.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist mir nicht bekannt. Aber ich halte es für richtig und auch naheliegend. Aus meiner Sicht hätte man das vielleicht noch länger machen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da kann ich Ihnen nur recht geben. Jetzt haben Sie ja - das ist schon mehrfach hier angesprochen worden - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Letzte Frage in der Runde, bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Letzte Frage in der Runde, bitte. - Sie können jetzt noch eine stellen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich noch eine Frage?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Um Ihnen eine Freude zu machen: Ich hätte mir vorstellen können - aber das ist Rechthaberei gegenüber anderen -, dass man beispielsweise Telefonüberwachungen der Eltern schaltet, um zu sehen, ob das Trio noch Kontakte zu ihren Eltern hat, um die damals zu haben. Wir hätten sicher uns überlegt, ob man so was machen kann.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben sie sogar gemacht! So schlau waren sogar die Thüringer!)

Aber ob das rechtlich zulässig ist, kann ich nicht sagen. Nachdem es nicht in Bayern gelaufen ist, ist es auch nicht etwas - - Aber Sie verstehen die freundliche Bemerkung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das kennen wir alles aus Thüringen; das ist da gemacht worden. Nur sind ganz offensichtlich die Eltern dort gewarnt worden vom Landesamt für Verfassungsschutz, sie sollen lieber von der Telefonzelle aus telefonieren, weil das LKA dort nämlich diese Telefonüberwachung bei den Eltern offenbar durchgeführt hat. So nett war das. - Weil Sie immer sagen, es sind keine Fehler gemacht worden.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, wenn ich dann noch eine Frage stellen darf - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, in Ihrer nächsten Runde.

<sup>26</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>27</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch nachher weitermachen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na gut, okay. - Gibt es weiteren Fragebedarf?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Lasst halt den Ströbele noch ein wenig reden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der kommt noch früh genug wieder dran, Herr Beckstein. Machen Sie sich da keine Sorgen oder falschen Hoffnungen.

Wir hätten jetzt die dritte Berliner Runde. Ich darf fragen, ob die Union noch Fragen hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir haben nach fast fünf Stunden jetzt keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die SPD-Fraktion? - Frau Kolbe hat das Wort.

**Daniela Kolbe** (Leipzig) (SPD): Herr Dr. Beckstein, ich habe noch ein paar kleine Fragen. Zunächst einmal hat mich positiv beeindruckt, zu sehen, dass Sie bereits 2000 nach dem ersten Mord an Herrn Simsek tatsächlich notiert haben: Bitte mir genau berichten. Ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar? - Das, finde ich, zeugt davon, dass Sie da wirklich auch ein Problembewusstsein haben.

Gehe ich richtig in der Annahme - Sie hatten das in Ihrem Eingangsstatement auch erwähnt -, dass Sie um das Jahr 2003 herum deshalb eine Anfrage Ihres Hauses an das Landesamt für Verfassungsschutz gerichtet haben, in der rechten Szene die eigenen Quellen noch einmal zu befragen, ob es Hinweise auf einen rechtsextremen Hintergrund bei dieser Serie gibt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Sie gehen richtig, dass ich das zu einem Zeitpunkt gemacht habe, den ich nicht mehr genau bezeichnen kann, weil ich keinerlei Unterlagen darüber gefunden habe. Die Antwort war nach einer gewissen Zeit: Auch in der rechten Szene führt man die Türkenmorde nicht auf rechtsextreme Kameraden - in Führungszeichen - zurück. - Sie verstehen, dass ich das zitiere und nicht etwa mir zu eigen mache. Ich würde sagen: Es ist nicht auf

rechtsextreme Verbrecher zurückzuführen. Aber die Szenerie hat da natürlich eine andere Diktion, die ich hier zitiere.

Das war etwas, was mir wichtig war. Sonst hätten wir ja auch noch mehr an Einbindung des LfV vornehmen können.

**Daniela Kolbe** (Leipzig) (SPD): Ich frage das auch deshalb, weil wir vorhin Herrn Hegler hatten, den zuständigen Abteilungsleiter des Landesamtes, der auch davon sprach, das aber im Zusammenhang mit einer Eigeninitiative des Landesamtes für Verfassungsschutz. Er war sich nicht ganz sicher, ob da - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wann?

**Daniela Kolbe** (Leipzig) (SPD): Er war sich nicht sicher, wann das gelaufen war, und er war sich auch nicht ganz sicher, ob da vorher vom Innenministerium eine Anforderung kam. Was mich in diesem Zusammenhang wirklich wundert, ist, dass wir in den Unterlagen wirklich gar nichts dazu gefunden haben. Während bei der Polizei wirklich alles schriftlich niedergelegt worden ist, hatte das Landesamt nichts Schriftliches dazu, zu diesem Vorgang, dass irgendjemand den Auftrag gegeben hat, in der Szene nach dem Motiv Rechtsextremismus zu suchen. Können Sie sich das erklären?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich selber habe keinen Zugang heute zu den Unterlagen des Landesamts für Verfassungsschutz gehabt, sodass ich da auch jetzt nichts im Einzelnen sagen kann. Die Frage, wie Lösungsfristen sind, übrigens auch Ministerbüro - - Sie merken ja, dass ich sehr viel aus dem Gedächtnis zitiere, weil die Unterlagen im Ministerbüro nach fünf Jahren auch im Wesentlichen gelöscht worden sind. Was nicht körperliche Papiere sind, ist gelöscht. Das kann im Landesamt auch eine Rolle spielen.

Wenn Sie irgendwo einen Hinweis darauf finden, wann das gewesen ist, interessiert es mich brennend. Mich interessiert auch noch, ob da gegebenenfalls auch auf bestimmte Namen hingewiesen wurde. Allerdings sage ich auch heute: Bei etlichen der Namen ist es heute ganz eindeutig, dass die nichts damit zu tun hatten.

**Daniela Kolbe** (Leipzig) (SPD): Vielleicht noch eine letzte Frage. Ich finde es ein bisschen verwunderlich, dass sozusagen sowohl im Landesamt als auch bei Ihnen nach fünf Jahren die Protokolle alle weg sind; aber in Ordnung.

Was ich noch einmal nachfragen wollte: Herr Hegler hat heute auf viele Fragen, die wir ihm gestellt haben, warum nicht in bestimmte Richtungen noch der BAO Unterstützung angeboten worden sei, geantwortet, sie seien nicht danach gefragt worden. Das Landesamt für Verfassungsschutz habe sich sozusagen auf die Position zurückgezogen, dass sie eigentlich nur in dem Fall tätig werden, wenn eine konkrete, und zwar eine ganz präzise, Anfrage seitens der BAO kommt. Herr Hegler hat in dem Zusammenhang auch gesagt, dass er die erste Anfrage nicht beantwortet hat, weil er dann den gesamten Datenbestand hätte übermitteln müssen, und man bräuchte dann ja nicht mehr zwei Behörden. Wie bewerten Sie diese Aussagen und diese Haltung?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es entspricht der Rechtslage, dass Ermittlungen nicht vom Landesamt geführt werden. Das Landesamt beobachtet allgemein; aber konkrete Ermittlungen werden von der Polizei geführt. Das bedeutet, dass wir beispielsweise im Staatsschutzbereich auch bei der Polizei in der Regel keine V-Leute führen - in der Regel! -, sondern die sind beim Landesamt. Wir wollten da keine Überschneidungen. Jetzt sage ich mal: Nachdem V-Leute auch eine gewisse Problematik haben, die Ströbele in anderen Verfahren sehr deutlich herausgestellt hat, wollte ich nicht, dass bei der Polizei V-Leute geführt werden, sondern das ist beim Landesamt. Ermittlungen umgekehrt konkreter Art werden bei der Polizei geführt. Von daher ist es richtig, dass konkrete Ermittlungen - -

Es wäre völlig falsch, wenn beispielsweise das Landesamt Zeugenbefragungen in der rechtsextremen Szene geführt hätte, völlig unmöglich. Das hätte ich, wenn ich, sage ich jetzt mal, Staatsanwalt gewesen wäre, auch verboten; denn es kann ja durchaus Ermittlungen gefährden, wenn da irgendjemand anders noch befragt. Strukturfragen ja - noch mal: Wie ist die Szenerie? -, aber Ermittlungen im Konkreten sind nicht Aufgabe des Landesamts.

**Daniela Kolbe** (Leipzig) (SPD): Jetzt war aber nicht mein Eindruck, dass das beim Landesamt für Verfassungsschutz wirklich nur rechtliche Bedenken waren, sondern es war tatsächlich auch ein großer Unwille zu erkennen, sich da hineinzusetzen in die andere, in die, wie Sie sagen, tatsächlich ermittelnde Behörde und zu überlegen, in welcher Hinsicht man möglicherweise bei so einer großen Mordserie mit Informationen behilflich sein kann. Das ist schon der Eindruck, der hängen geblieben ist von Ihrem Landesamt für Verfassungsschutz heute Vormittag.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, dass das Landesamt unwillig gewesen wäre, da mitzuwirken, sondern die Anfrage: „Teilt uns alle Rechtsextremisten mit!“ ist auch nicht verwertbar. Die Konkretisierung, die ich nicht im Einzelnen kenne - - Noch mal: Das ganze Problem war - - Mit den sechs Monaten - - höre ich ja jetzt alles das erste Mal, obwohl der Herr Geiger [sic!] dauernd bei mir herumgesprungen ist und obwohl der Herr Hauptmannl und der Kimmelzwingler - - Nach meiner Kenntnis ist auch nicht zum Landespolizeipräsidenten Kindler irgendeine Beschwerde über die Zusammenarbeit da gekommen, und das wäre schon nett gewesen, wenn es so problematisch ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch eine Frage, Herr Beckstein. Im bayerischen Innenministerium gab es zu Ihrer Zeit - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wenn Sie ein bisschen lauter sprechen! Sie wissen, dass ich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. - Im bayerischen Innenministerium gibt es Mitarbeiter im sogenannten Sachgebiet I C 5 - E 3, Allgemeine Verbrechensbekämpfung. Haben Sie Kenntnis davon, dass diese Mitarbeiter aus dem Bereich des bayerischen Innenministeriums beteiligt waren, was die Ermittlungen der BAO „Bosporus“ betrifft?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe jetzt den Vorhalt nicht kapiert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, also Sachgebiet I C 5 - E 3, das sind Mitarbeiter - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** In welcher Behörde?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Im bayerischen Innenministerium, Odeonsplatz 3.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Welches Aktenzeichen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, also wir finden hier aus den Akten - das ist BY-2/6 c eine ganze Reihe von E-Mails, unter anderem einer - - Ich will jetzt die Namen gar nicht nennen. Da ist die Absenderangabe immer: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Sachgebiet I C 5 - E 3, Allgemeine Verbrechensbekämpfung, Odeonsplatz, München.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Vielleicht sind Sie so nett und lassen mich das mal sehen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ein Aktenzeichen G 3 - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das ist kein Aktenzeichen, das ist die Bezeichnung der Verwaltungseinheit.

(Zuruf: I C 5!)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** I C 5, also dann ist es die Polizeiabteilung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ist Ihnen bekannt, ob oder dass diese Polizeiabteilung involviert war in die Tätigkeiten der BAO „Bosporus“?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Vielleicht kann mir das Papier mal vorgehalten werden, dann kann ich was dazu sagen. Aber - -

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, es geht jetzt nicht um den Text selber, Herr Beckstein - dazu komme ich gleich -, son-

dern es geht um die Absenderangabe. Das ist doch im konkreten Fall eine Mitarbeiterin aus dem bayerischen Innenministerium. Oder sehe ich das falsch? Die Autorin dieser E-Mail, die Ihnen da vorliegt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Frau Himmelein sagt mir jetzt, ehrlich gesagt, nichts.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Auch das Thema sagt mir, ehrlich gesagt, jetzt im Moment gar nichts.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Zu dem Thema wollte ich auch gar nicht fragen. Ich frage deshalb: Die Aktenführung ist etwas irritierend, weil sich genau hinter dieser E-Mail vom 17. Januar 2006 und vor einer weiteren E-Mail vom 17. Januar 2006 auch aus dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, Verbrechensbekämpfung, Sachgebiet I C 5 - E 3, die Kopie einer Annonce findet. Da steht nicht dabei, wo die möglicherweise erschienen ist. Es findet sich einfach mitten zwischen den Akten. Vielleicht kann uns auch Herr Schober sagen, wie das hier zu bewerten ist.

In dieser Annonce - ich darf sie mal vorlesen - mitten in Unterlagen aus Januar 2006 heißt es wörtlich:

Freiberufl. Mitarbeiter ohne spezielle Vorkenntnisse für Hintergrund-Milieu-Recherche zu der bislang einzigartigen Mordserie an Türkischen und Griechischen Mitbürgern in München, Nürnberg, Hamburg und Rostock gesucht. Gute Bezahlung! Nähere Informationen unter ...

Dann kommen eine Internetadresse, die mittlerweile aufgelöst ist, und eine Telefonnummer von einem, ja, Callcenter, wie es aussieht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Schober, können Sie uns dazu sagen, was es hiermit auf sich hat? Völlig unvermittelt, mitten in den Akten, was ist das?

**MR Konrad Schober** (Bayern): Herr Vorsitzender, da geht es mir wie dem Zeugen, dazu kann ich auch nichts sagen. Das ist mir nicht bekannt, weder der Text als solcher noch die Existenz dieser Anzeige noch, wie diese in diese Akten geraten ist oder gekommen ist.

(Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger darf dazu auch gleich was fragen. - Herr Beckstein, ist Ihnen bekannt, weil die Vermutung ja naheliegt, dass die Polizei, möglicherweise sogar Polizeimitarbeiter aus dem Bereich des bayerischen Innenministeriums Anzeigen geschaltet haben, um Leute zu gewinnen, die „Hintergrund-Milieu-Recherche“ betreiben sollen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also nichts dergleichen bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen nicht bekannt? - Herr Schober, können Sie das vielleicht mal für uns in Erfahrung bringen? Das macht überhaupt keinen Sinn. Ich weiß nicht, ob da auch keine Plausibilitätsprüfung bei der Akten - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Auch die ganzen Dönerbuden-Geschichte habe ich erst aus den Medien erfahren. Wenn ich noch im Amt wäre, würde ich Ihnen mehr sagen können. Aber nachdem ich nicht mehr im Amt bin, steht mir die Auskunft von behördeninternen Vorgängen nicht mehr zu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann bitte ich Herrn Schober, das mitzunehmen. - Herr Binninger mit seiner Frage.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nur die eine ergänzende Nachfrage bei der Suche nach der Fundstelle: Herr Schober, könnte es auch sein, weil diese Anzeige so, wie ich sie jetzt lese, sicher nicht von einer Behörde, der Polizei oder gar einem Ministerium, geschaltet ist, sondern eher von einem Menschen, der sich vielleicht einen schlechten Scherz erlaubt hat, dass man das einfach dokumentieren wollte im Ministerium, was da an Reaktionen passiert in der Öffentlichkeit, und es deshalb zu den Akten genommen hat, einfach als Beleg dafür, dass hier jemand

Schindluder treibt mit diesen Ermittlungen und sich da einen schlechten Scherz erlaubt? Wäre das denkbar, dass man solche Zeitungsausschnitte einfach archiviert, um es zu dokumentieren?

**MR Konrad Schober** (Bayern): Herr Abgeordneter, das ist natürlich denkbar. Aber mir fehlt die konkrete Kenntnis dazu, und ich muss es schlicht und ergreifend im Ministerium überprüfen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das wäre sehr hilfreich. - Gibt es weitere Fragen aus der SPD-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann geht das Fragerecht zur FDP über. - Herr Wolff?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Frage hatte ich auch stellen wollen. Deswegen gebe ich jetzt an den Kollegen Kurth weiter.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Beckstein, ich möchte zu einem ganz anderen Thema kommen. Sie sind ein Zeuge mit einer sehr reichhaltigen politischen Erfahrung, vor allen Dingen in der Innenpolitik, und - das ist wichtig - auch mit politischem Abwägungsgefühl, Einschätzungsgefühl. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Rechthaberei, sondern es geht um Einordnung und das Verstehen von Vorgängen. Ich möchte gerne über Thüringen reden und über die Vorgänge dort. Wenn Sie vielleicht kurz Ihre Einschätzung abgeben würden zu der Sicherheitsstruktur, die in den neuen Bundesländern und insbesondere in Thüringen von 1990 bis 92/94 im Entstehen war.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Wir hatten als Freistaat Bayern zunächst, unmittelbar mit der Wiedervereinigung im Zusammenhang, relativ gute, intensive Kontakte in Richtung Thüringen, auch in Richtung Sachsen. Das ist allerdings dann sehr starken Schwankungen unterworfen gewesen. In Thüringen war mehrfach ein politischer Wechsel an der Spitze des Innenministeriums, und da hat sich dann sehr vieles auch in der Zusammenarbeit verändert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie schätzen Sie es bis 94 ein, in der ersten Legislatur?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, 94 war das erste ganze Jahr, in dem ich Innenminister war. Ich bitte um Nachsicht, ich kann nicht einmal mehr aus der Erinnerung sagen, wer damals Innenminister war. Das könnte Herr Dewes gewesen sein, mit dem ich mich manchmal gestritten habe. Aber dann hat Herr Schnoor aus Nordrhein-Westfalen ein vermittelndes Gespräch geführt, um die Verwerfungen zu beheben. Aber es könnten auch andere sein. Also noch mal: Ich habe zu Thüringen aus dieser Zeit keine speziellen Erinnerungen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ab November 1994 war es Herr Dewes, da haben Sie recht. Und kurz vorher ist Herr Roewer - mittlerweile ja bekannt - ins Amt gekommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie ein bisschen lauter sprechen? Ich habe gehört, der Zeuge - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, das Mikrofon hält nicht; ich muss also wie ein Schlagersänger jetzt hier das Mikrofon festhalten.

Ist Ihnen der strukturelle Umbau des Verfassungsschutzamtes in Thüringen bekannt geworden?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nicht im Detail. Aber dass hier mehrfach Veränderungen vorgenommen worden waren, ist klar. Aber es gibt ein Prinzip, an das man sich in der Regel gehalten hat - Herr Dewes nicht immer ausnahmslos -, dass man den anderen sozusagen in Frieden lässt. Das war auch Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Herrn Dewes und mir, darf aber auf irgendwelche Sacharbeit von Behörden keinen Einfluss haben. Aber in dieser Zeit ist die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Thüringen dann deutlich geringer gewesen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): In der Zeit von 1998 bis 2002 ist es ja dann in Thüringen sozusagen richtig hochgekocht in dem Bereich, in dem wir jetzt sind, beginnend mit dem Rohrbombenfund und mit allem Drum und Dran, was hinterher folgte.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich habe das natürlich über die Medien mitgeteilt, habe aber keine Insiderkenntnisse

und habe mir immer auch selber geschworen, mich nicht aufgrund von Medienberichten über andere Minister und deren Sachverhalte zu äußern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, die Frage hat einen Hintergrund. Also, wir haben - - Ich habe es jetzt noch mal aus dem Gedächtnis aufgeschrieben: Der Rohrbombenfund war 1998, im Jahr 2000 gab es erstmalig einen Synagogenanschlag in Erfurt - Strafverfolgungskompetenz des Bundes wurde festgestellt -, dann wurde der V-Mann Diemel enttarnt in Thüringen, dann kam der heiße August 2000 - so nennt man das in Thüringen - mit einer ganzen Menge von Straftaten aus dem extremistischen Milieu, vor allen Dingen Rechtsextremismus, mit Sondersitzung des Landtages und allem Drum und Dran. Danach kamen die Indiskretionen, also das Verfassungsschutzamt selber stand sozusagen Hosen runter in der Öffentlichkeit, zahlreiche Presseberichte, die aus dem Amt heraus lanciert worden sind; der V-Mann Brandt wurde 2001 enttarnt, Roewer 2001 entlassen, der V-Mann Brandt wurde 2001 wieder eingestellt oder wieder in Betrieb genommen, V-Mann Brandt wurde 2002 wieder außer Betrieb genommen, Köckert wurde entlassen, weil gestohlene Innenministeriumsdatenträger wieder aufgetaucht sind - mutmaßlich in der rechtsextremen Szene - und wieder an die Presse lanciert worden sind.

Meine Frage ist nun folgende: Es gibt ja einen regen Austausch zwischen den Verfassungsschutzämtern. Hat das eine Rolle gespielt, was in diesem kurzen Zeitraum in Thüringen passiert ist, in Ihrer Arbeit, in Ihrer Einschätzung, in Ihrer Bewertung als Innenminister?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Die Vorgänge kenne ich auch nur aus den Medien. Ich will in sehr zurückhaltender Weise sagen, dass wir wegen dieser Dinge, die Sie hier ansprechen, Thüringen nicht als Marktführer in diesem Bereich der Qualität der Verwaltungsarbeit angesehen haben. Aber man hat sich da extrem zurückgehalten, allenfalls in informellen Gesprächen hat man da Kritik geübt, allenfalls; in der Regel - - Es dürfte aber normalerweise die eigentliche sachliche Zusammenarbeit darunter nicht leiden.



**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dürfte eigentlich nicht, oder? Also wir reden jetzt wirklich nur über den Zeitraum bis 2002.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Behördenzusammenarbeit ist ja in der Regel nicht so gepolt, dass es auf persönliche Dinge ankommt, sondern es gibt Auskünfte, es gibt Datenübermittlungen; dann müsste das eigentlich jeweils laufen unabhängig, wie ein Amt ist. Aber wenn ein Amt derartigen Umstrukturierungen unterzogen ist, dass daraus Schwierigkeiten entstehen - - Noch mal: Ich habe jetzt den Schäfer-Bericht nicht sorgfältig gelesen, habe aber einiges über den Schäfer-Bericht gelesen und kann hier nur Zusammenhänge vermuten. Als Zeuge kann ich Ihnen hier nichts sagen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also im Schäfer-Bericht heißt es ja unter anderem mehrfach, dass es offensichtlich Probleme gab bei Informationsübermittlungen an das oder vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, aber vor allen Dingen auch an das Landesamt. Das lässt ja die Vermutung zu, dass das Landesamt umgangen worden ist oder man eine nachrichtendienstliche Vorsicht schon hat walten lassen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Ich werde ja hier als Zeuge gefragt und kann hier nur sagen, ich habe das jetzt aktuell über den Schäfer-Bericht gelesen, aber habe an irgendwelche konkreten Dinge eine aktuelle Zeugenerinnerung nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie schätzen Sie die Entwicklung des Amtes dann seit 2002 ein? Ich meine, seit 2002 ist, unter uns gesagt, eine neue Behördenleitung.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Ich bin hier wirklich überfragt. Das war vor zehn Jahren. Es mag schon sein, dass man über irgendwas mal gesprochen hat; aber ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß auch nicht, ob wir irgendwie beteiligt waren.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt dann zur Linksfraktion. - Frau Wawzyniak.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Ich habe eine Frage, danach macht Frau Pau weiter.

Wir hatten in der letzten Sitzung Herrn Hoppe vom BKA da, und er hat uns im Hinblick auf die Waffenspur immer gesagt: Wir vom BKA haben nur nach der Waffe gesucht. Einen Auftrag oder eine Arbeit im Hinblick darauf, dass möglicherweise rechtsextreme, neonazistische Hintergründe vorhanden waren, hatten wir nicht; das war nicht unser Auftrag. - Jetzt habe ich Sie vorhin so verstanden, dass Sie gesagt haben: Nein, nein, Moment mal; die haben nicht nur nach der Waffe gesucht, da waren mindestens 50 Leute dabei. - Was denn nun?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich verstehe Ihren Vorhalt nicht.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Das BKA oder ein Vertreter des BKA hat uns in der letzten Sitzung erklärt: Wir haben, wenn wir überhaupt ermittelt haben, nur nach der Waffe gesucht und, wenn überhaupt, nach organisierter Kriminalität; aber Rechtsextremismus zu ermitteln, war nicht unser Auftrag. - Ich habe Sie vorhin so verstanden in Ihren Einlassungen, dass Sie gesagt haben: Nein, nein, nein, die hatten auch mehr als nur Waffe und nur organisierte Kriminalität. - Jetzt ist meine Frage: Was denn nun? Hatten sie nur nach der Waffe zu suchen, oder sollten sie nach Ihrem Kenntnisstand auch nach rechtsextremistischen Hintergründen gucken?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das BKA sollte mitwirken bei der Aufklärung des Falles. Sonst wäre auch beispielsweise nicht erklärbar, dass die selber einen Vermerk machen zur Bewertung der Operativen Fallanalyse. Wenn die nur nach der Ceska hätten suchen sollen, macht es überhaupt keinen Sinn, irgendeine Bemerkung zum Herrn Horn und dem Profiler zu machen. Die haben aber ein langes Papier damals gemacht.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Weil sie sonst  
nichts zu tun hatten im Rahmen der  
BAO!)

Nach dem, was mir von Frau Dr. Högl vorgehalten worden ist, gibt es eine umfangreiche Mängelliste. Das bedeutet, dass das BKA selber ganz eindeutig wusste, dass sie mehr zu tun haben. Sonst ist es nicht erklärbar, wenn das BKA überhaupt nichts damit zu tun, dass es sich selber mit einmischt. Natürlich waren die ja insgesamt mit dem Fall beauftragt, waren bei den großen Besprechungen überall dabei.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch was anderes! - Weitere Zurufe)

Die Frage nach der Waffe war sicher ein wichtiger Punkt, zumal, Herr Kollege Binniger, der Bereich der Waffe der einzige Punkt war, wo es eine gemeinsame Datei immer gegeben hat und wo eine lückenlose Dokumentation ist, übrigens auch der Schmauchspuren und der Geschossprofile, sodass man eben ganz schnell immer wusste, dass dieselbe Waffe verwendet worden ist. Dazu ist zunächst von dem Hersteller der Ceska eine falsche Auskunft gegeben worden über die Zahl der Waffen. Dann haben wir sowohl auf dem offiziellen Weg über BKA als auch den inoffiziellen Weg über die Hanns-Seidel-Stiftung als auch dem halboffiziellen Weg über die Minister alles getan, um Auskünfte zu kriegen. Das sollte niemand anderem was wegnehmen, sondern es sollte dem dienen, möglichst schnell das herauszukriegen; denn weil die Waffe eigentlich die einzige Spur neben den Opfern war, war unsere Überlegung, dass wir über die Waffe an die Täter kommen. Es hat sich in der Tat ja auch ein Stück weit ergeben; aber dann ist leider diese Spur auch abgebrochen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herzlichen Dank, Herr Beckstein. - Ich möchte noch einmal zu einem ganz anderen Thema kommen. Es ist ja vorbildlich und kommt nicht alle Tage vor, dass sich ein Minister jeden Monat unterrichten lässt zu den Ermittlungen. Nun ist ja im Rahmen dieser Unterrichtungen Ihnen auch jeweils zur Kenntnis gelangt, was debattiert wird zur Medienstrategie, um tatsächlich Hinweise aus der Bevölkerung zu bekommen auf den Täter und alles, was damit zusammenhängt. Nun wurde im Rahmen der Medienstrategie - so habe ich in den Akten gelesen - die Erwartung geäußert - das ist ja auch völlig richtig -, Hinweise zum Täter aus dessen Umfeld zu bekommen.

Nun frage ich mich: Wie sollte das aber beim rechtsextremen Spektrum gelingen, wenn dieser Ermittlungsansatz „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit“ überhaupt nicht öffentlich gemacht wird? Auf diese Art und Weise erschließt sich mir nicht, wie ich aus dem Umfeld des möglichen Täters dann Hinweise bekommen soll.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Im Umfeld der Opfer?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, aus dem Umfeld der Opfer wollte man offensichtlich auch Hinweise. Man hat ja ganz lange ermittelt im Umfeld der Opfer und hat ja auch in den Medien darüber spekuliert, dass die Motivation der Taten aus dem Milieu - was immer das heißt - der Opfer sich speist. Aber es wurde ganz deutlich in der Medienstrategie eben nicht die rechtsextreme oder fremdenfeindliche Möglichkeit mit veröffentlicht. Daraus folgt für mich natürlich auch, dass ich, wenn ich das nicht veröffentliche, auch nicht erwarten kann, dass aus dem Umfeld eines rechtsextremen Täters nun jetzt Hinweise gewonnen werden. Also, ich versuche nur, die Logik, die dieser Entscheidung, die dort gefällt wurde, innewohnt, herauszufinden.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich nehme an, dass Sie von der Frage Medienstrategie eben auch im Mai, Juni, Juli, August 2006 reden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Genau davon rede ich.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Da ist zunächst, dass die BAO „Bosporus“ selber mit Schreiben vom 30.05. das Innenministerium darauf hinweist, dass sie vorsichtig sind mit der Frage Fremdenfeindlichkeit und sich der Brisanz bewusst sind. Dann war eine Besprechung bei mir, und dann kommt in vielen Meldungen, die ich vorhin auch einzeln vorgelesen habe, der Hinweis auf eine mögliche fremdenfeindliche Motivation des Täters, auf eine mögliche Fremdenfeindlichkeit des Täters oder der Täter. Also das war von der *Süddeutschen Zeitung*, *Abendzeitung*, *tz* bis hin zu dem, was leider nicht da ist und was ich auch nicht mehr gekriegt habe - ich hätte es gern zur Vorbereitung gehabt -, nämlich was in den türkischen Zeitungen

gewesen ist. Ich selber habe ja über viele Jahre fast monatlich Pressekonferenzen nur für türkische Zeitungen abgehalten. Aber die türkische Presse, die mich zu einem freundlichen Mittagessen eingeladen hat, war nicht mehr in der Lage, Berichte von vor fünf Jahren zu haben, weil die auch nicht mehr so lange Zugang - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Da können wir Ihnen gelegentlich helfen nach der Ausschusssitzung, wenn es darum geht, diese Dinge noch mal einzusehen. Aber das ist jetzt auch für die - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich kann nur sagen: Mich hätte es auch interessiert, wie das in die türkischen Medien hineingekommen ist. Aber dazu kann ich Ihnen nichts sagen. In den deutschen Medien war jedenfalls ab August 2006 diese Frage „fremdenfeindliche Motivation der Täter oder des Täters“ durchaus ein massives Thema.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das ist ja völlig richtig, dass das in den deutschen Medien ein Thema war. Ich habe ja unter anderem, also schon vor Verabschiedung der Medienstrategie, einen Artikel aus - was ist das? - dem bayerischen *Merkur* vom 8. Mai 2006, wo auch darüber berichtet wird, dass in türkischen Zeitungen über einen rechtsextremen Hintergrund spekuliert wird, dass die Angehörigen der Opfer unter dem Motto „Kein 10. Opfer!“ auf die Straße gegangen sind, hoch verunsichert sind usw.

Das beantwortet aber noch nicht die Frage, warum von der bayerischen Polizei in diesem Fall, die ein Konzept gemacht hat - mit welchen Botschaften gehen wir beispielsweise in die Sendung *Aktenzeichen XY*, oder mit welchen Botschaften äußern wir uns auch gegenüber den Zeitungen? -, beschlossen wurde, der Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit kommen auf keinen Fall vor. Das beantwortet das ja noch nicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ab dieser Zeit war es doch eindeutig, dass auch die Polizei von fremdenfeindlicher Motivation als einem möglichen Tatmotiv gesprochen hat, und zwar ganz offiziell - Herr Geier bei XY am 3. August 2006, mit allem Vorbehalt hat Geier das für möglich gehalten. In Zeitungen war es noch viel ausdrücklicher. Von daher sage ich: Das war auch eine Medienstrate-

gie, die von der Kommission entworfen worden ist und im Ministerium auch von niemandem korrigiert worden ist. Ausgangspunkt war nur, dass wir sagten, das soll sensibel gemacht werden, weil es keine Nachahmer-taten geben durfte.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, wir verstehen uns im Moment nicht. - Ich höre gleich auf, Herr Vorsitzender. - Ich stelle das nur fest, weil der Zeuge Geier und andere uns hier ausdrücklich bestätigt haben, dass man genau diesen Aspekt nicht in die Öffentlichkeit tragen wollte. Ich wollte jetzt eigentlich nur Ihre Bewertung haben. Ansonsten ist meine Zeit in dieser Runde offensichtlich abgelaufen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Am 30. Mai hat Geier noch - ja, das ist von Geier geschrieben - gesagt: sensibel. Ab August ist das nach meiner Information von den Zeitungsmeldungen auch überall als eine der Möglichkeiten mit angesprochen worden. Ich habe vorhin in meinem Vortrag zu Beginn die Quellen auch angegeben. Ich kann das gerne wiederholen; aber ich glaube, dass das nicht notwendig ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, die Zeit ist abgelaufen. - Übrigens 17.04.2006, *Focus*, Zitat:

... von der These, es handle sich um einen geisteskranken Serienmörder, der ohne Motiv tötet - -

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Lauter, Herr Edathy, sonst versteht der Zeuge nichts!)

... von der These,

- das bezieht sich auf Herrn Geier -

es handle sich um einen geisteskranken Serienmörder, der ohne Motiv tötet, hält der Kripomann überhaupt nichts. Ebenso wenig von ausländerfeindlichen Hintergründen.

(Petra Pau (DIE LINKE): Ja, genau so! - Unruhe)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Bei aller Hochschätzung von *Focus* und *Spiegel* haben die nicht immer nur das berichtet, was sich später als zutreffend herausgestellt hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist natürlich richtig, ja.

Gut, dann hat das Fragerecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Beckstein, ich mache da weiter, wo ich vorhin angefangen habe. Ich habe die Frage nicht ohne Grund gestellt und frage Sie jetzt: Sie haben sich mehrfach hier dagegen verwahrt, dass man beim Landesamt für Verfassungsschutz einfach anfragen kann: „Nennt uns mal alle Rechten in Deutschland oder in Bayern oder in Nürnberg oder so“; das sei nicht in Ordnung und mit dem Datenschutz nicht zu vereinbaren usw. Das will ich jetzt gar nicht mit Ihnen diskutieren; wir haben ja solche Anfragen nicht. Das Landeskriminalamt, also die BAO, hat seinerzeit im Sommer 2006 ja schon sehr konkret angefragt. Die haben ja ein Profil gehabt und haben beim Landesamt für Verfassungsschutz gefragt: Habt ihr zu diesem Profil Leute, auf die das Profil passt? - Kannten Sie das Profil damals?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Ich kannte nicht, dass eine konkrete Anfrage mit einem konkreten Profil - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, kannten Sie das Profil überhaupt? Wir reden ja die ganze Zeit von Herrn Horn und dem Profil, das er erstellt hat, dass er ein Profiler ist und so. Haben Sie das mal gesehen, was er als Profil dargestellt hat?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das Gutachten Horn habe ich nicht im Einzelnen gelesen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie nicht im Einzelnen gelesen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber ich kannte den Inhalt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, dann kann ich Ihnen das mal vorhalten. Die haben angefragt damals und haben gesagt: Das ist ein männlicher Deutscher, jemand aus der rechten Szene - dann wird es aber konkreter -, über

den Vorerkenntnisse, also polizeiliche Vorerkenntnisse, vorliegen zu Waffen- oder zu Sprengstoffbesitz. - Das ist ja schon eine sehr starke Eingrenzung; da werden Sie mir recht geben. Nicht über alle Rechtsextremen gibt es solche Vorerkenntnisse. Stimmt das?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bin nun überfragt. Ich glaube eher nicht, dass das Landesamt in ihren Dateien Abfragen machen kann: männlicher Rechtsextremer mit Vorstrafen im Waffen- oder Sprengstoffbereich. Das wäre vielleicht - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, es geht jetzt erst mal - - Ob die das dann können, ist eine andere Frage. Die BAO hat nicht gefragt: „alle Rechten oder alle Rechten aus diesem Bereich“, sondern hat gesagt: „Wir haben hier ein Profil“, und hatte da so eine Reihe von Punkten, noch mehr zum Beispiel: War jemand, der in der rechten Szene ist, aber der wahrscheinlich zu Beginn der Anschläge, als die Anschläge 2000 anfangen, aus der rechten Szene rausgegangen ist, oder jemand, der gesagt hat: Worte genügen nicht mehr, jetzt müssen wir aktiv werden, jetzt müssen Taten kommen. - Also eine ganze Reihe von solchen Punkten findet sich in diesem Profil. Das ist von dem Landeskriminalamt dem Landesamt für Verfassungsschutz mitgeteilt worden mit der Bitte, doch mal zu gucken, ob sie dazu Personen haben, auf die das passt. Darauf kam die Antwort dann: Machen wir nicht erst, macht das konkreter, bzw. wir haben Probleme mit Datenschutz bzw. Probleme mit Quellenschutz. Das war die erste Antwort: ablehnend, Juli 2006.

(Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

- Natürlich.

Dann hat Ende des Jahres 2006, am 28.12., Herr Geier da angerufen und hat noch mal mit dem Chef da oder mit einem der Vorgesetzten gesprochen und die dazu gebracht, dazu Informationen zu liefern. Darauf kommt es mir jetzt an. Da haben die dann gefragt: Na ja, könnt ihr es nicht noch ein bisschen mehr eingrenzen? Dann kam die Geschichte, dass sie nur für Nürnberg und nur für zwei Postleitzahlen da Leute überprüfen. Halten Sie das für zulässig, wenn diese Einschränkungen, diese Begrenzungen des Auskunftsverlangens, da drin sind? Also, wir wollen nicht alle Leute wis-

sen, sondern wir wollen Leute, auf die diese Merkmale zutreffen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also der Kollege Binninger bezweifelt die Zulässigkeit der Frage, weil er den Vorhalt für falsch hält, habe ich den Eindruck.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wenn Sie dem Zeugen das vorhalten, was völlig legitim ist, finde ich, sollten Sie es aber präzise vorhalten, weil Sie sonst den Zeugen aufs Glatteis führen. Das Profil, das von der BAO „Bosporus“ an das LfV Bayern gesandt wurde, nämlich männlich, ich glaube, zwischen 20 und 32, waffen- und sprengstoffaffin, das war schon Teil der zweiten Anfrage, das war ja schon die Konkretisierung. Die erste Anfrage war ja nur mündlich am Telefon: Was hättet ihr hinsichtlich irgendwelcher gewaltbereiten Rechtsextremisten? - Da kam die Aussage: Das sind 3 000; das können wir nicht liefern. - Danach wurde, auch basierend auf Grundlage der Erkenntnisse der OFA, dieses Profil erstellt, und dann waren es 600, und man hat sie noch mal eingegrenzt auf den Ankerpunkt Großraum Nürnberg. Beim ersten Mal war das nicht dabei. Daher kann der Zeuge darauf nicht antworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Mit der Einschränkung, Herr Beckstein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe ja deshalb das auf den 28.12. dann - - Da war das Gespräch von Herrn Geier, und da wurde das dann ganz konkret. Am Anfang war es allgemeiner, aber auch nicht so allgemein. Also mir kommt es ja darauf an: Halten Sie das für zulässig, oder hätten Sie da auch gesagt: „rechtliche Bedenken“?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich sage generell: Nach meinen Erfahrungen ist der Datenschutz ein weit geringeres Hemmnis, als es gemeinhin angenommen wird; denn in dem Augenblick, wo man was vernünftig begründet, kriegt man - so die Erfahrung mit dem Datenschutzbeauftragten - auch eine Möglichkeit. Das ist eine Frage der Begründung.

Wenn es da Schwierigkeiten gegeben hat - - Aus alldem, was ich jetzt so höre, schließe ich, dass es da Reibereien zwi-

schen LfV und „Bosporus“ gegeben hat. Da wäre es doch das Nächstliegende gewesen, dass der Herr Geier zu seinem Vorgesetzten, dem Herrn Präsidenten Hauptmannl, geht und sagt: Herr Präsident, das Landesamt zickt, sorgen Sie dafür, dass die nun spüren. - Oder am 3. August war Herr Geier bei einer großen Besprechung bei mir. Wenn der eine Nebenbemerkung gemacht hätte, dann hätte ich mir berichten lassen und hätte wahrscheinlich jenseits aller rechtlichen Bedenken verfügt, dass Auskünfte an mich gegeben werden. Ich bin nun Chef des Landesamts, damit in der obersten Ebene. Damit besteht an mich die Auskunftserteilung ohne Probleme, und das hätte ich ohne Weiteres weitergegeben an die Abteilung I C, weil ich der Meinung bin, dass das Trennungsgebot keinen Verfassungsrang hat, sondern ich der Meinung bin, dass das Trennungsgebot durch eine Verpflichtung zur Datenübermittlung ersetzt werden sollte. Dann hätten wir Hinweise auf die Extremisten, die Taten machen. Aber ich weiß, dass nicht alle in diesem Raum meine Meinung teilen.

Aber es ist nichts angesprochen worden, und darum sage ich auch nicht, dass ich gelesen habe, dass der Geier hier sich darüber beschwert hat, sechs Monate hat es gedauert,

(Zurufe von der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Acht!)

und dass ich gesagt habe: Lieber Herr Geier - - Also, ich habe mit ihm nicht gesprochen, gell? Aber ich habe mir gesagt, es wäre naheliegend gewesen, dass er gegenüber seinem Vizepräsidenten, seinem Präsidenten, seinem Minister oder dem Landespolizeipräsidenten irgendeine Bemerkung macht. Aber nach meiner Kenntnis hat niemand - ich weiß nicht, ob Hauptmannl, der im Ruhestand ist, mit dem ich keine Gespräche geführt habe - - Aber ich weiß, dass der Kindler gesagt hat: Mich hat man nicht angesprochen, ich kann nur sagen, ich habe es nie gehört.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das haben Sie schon mehrfach - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Es wäre nichts dagegen gewesen, zu sagen: Jetzt sorgt doch dafür, dass die nicht zicken.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie schon mehrfach gesagt, Sie wären dann eingeschritten und hätten irgendwie das möglich gemacht. Mir kommt es noch auf eine andere Frage an, nämlich: Wenn an das Landesamt für Verfassungsschutz eine solche Anfrage kommt in einem Fall, wo es um neun Morde geht, wo selbst der Minister sich ständig berichten lässt, also ein Vorgang von einer Relevanz, wie es wahrscheinlich keinen zweiten gegeben hat in den zehn Jahren damals, wenn so eine Anfrage kommt, halten Sie es dann für richtig, dass das Landesamt für Verfassungsschutz seine eigenen Akten - wir reden jetzt noch nicht über andere Landesämter oder das Bundesamt - mal durchguckt: Haben wir Personen aus den Jahren - darum ging es immer - von 95 bis 2006, auf die dieses Profil zutrifft?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich verhehle nicht, dass ich mir da schon gewünscht hätte, dass intensiver das Landesamt das macht. Die haben scheinbar ja nur in einem eng umgrenzten Bereich Daten abgefragt, möglicherweise allerdings dann auch schon noch versucht, über einzelne Personen was rauszukriegen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, die haben ja all das gar nicht gemacht, oder wir wissen nicht davon, was Sie sagen, also Leute vernommen und hinterhergegangen, sondern was sie dann geliefert haben, war diese Liste von 682 Leuten. Da stand aber bei keinem dieser Namen, die sie geliefert haben, außer dem Geburtsdatum, dem Vornamen und der Adresse irgendwas anderes drin, also weswegen die da jetzt in der Liste sind und ob das Profil auf die zutrifft.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch einmal: Das entspricht nicht dem Traum von dem, was ich an Zusammenarbeit habe. Auf der anderen Seite sage ich: Wenn es denen nicht gepasst hätte - - Wir haben über so viele Dinge geredet.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das kommt jetzt immer wieder.

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** So ist es doch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann möchte ich doch kurz zum besseren Verständnis sagen: Die Fragezeit der Grünen ist zwar abgelaufen, aber - -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Daraus schließe ich, dass ich sage: Hätten die nicht eigenverantwortlich irgendwas unternehmen müssen?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber diese Frage der Eigenverantwortlichkeit bei Ermittlungen ist in der Tat seit Plutonium kaum mehr vorhanden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will mal kurz nachrichtlich kundtun, dass ich Herrn Ströbele weiterfragen lasse, weil keine andere Fraktion noch Fragebedarf hat.

(Abg. Dr. Eva Högl (SPD) meldet sich zu Wort)

- Außer Frau Högl, ja. Dann jetzt oder - -

(Zuruf: Wir haben noch Herrn Weber!)

- Ich darf an Herrn Weber erinnern; dem müssten wir, wenn wir ihn bis 20.30 Uhr nicht vernehmen, auch noch ein Hotelzimmer besorgen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?)

- Weil er dann den letzten Flieger nicht mehr bekommt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir verzichten auf Fragen an Herrn Weber; aber für Herrn Beckstein - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kann man das vielleicht schon einschätzen, wie der Fragebedarf an Herrn Weber ist?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei Herrn Weber, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Jetzt sind wir erst mal bei Herrn Beckstein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele hat das Fragerecht. Bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Beckstein, das war nämlich meine nächste Frage - die haben Sie schon fast beantwortet -: Unabhängig jetzt von dieser Anfrage, da gibt es jetzt ein Profil, das weiß das Landesamt, wo die sagen: Wir haben eine Analyse, wonach das ungefähr so ein Täterprofil sein müsste. - Müsste da nicht das Landesamt für Verfassungsschutz von sich selber, dass das ja auch nicht irgendeine Geschichte war, sondern eine dramatischste Geschichte - - In der ganzen Zeit werden die keine andere gehabt haben, die so wichtig und so dramatisch, so schrecklich und bisher so erfolglos in allen Bemühungen, das aufzuklären, gewesen ist. Hätten die nicht diesen Anhaltspunkt, den sie bekommen haben, vom Landesamt selber nehmen müssen, um zu sagen: „Jetzt gucken wir mal unsere Informationen durch, ob wir da jemanden haben, der jetzt in den Fokus unseres Interesses kommt“?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, wenn alles optimal läuft, ja. Auf der anderen Seite sage ich: Im damaligen Plutonium-Untersuchungsausschuss - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt lassen Sie mal den.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigung, so was hat Auswirkungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich freue mich ja, dass jetzt von allen Seiten gesagt wird: Es muss mehr Zusammenarbeit geben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir reden jetzt erst mal nur vom Landesamt.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich freue mich, dass Sie dafür plädieren, dass das Verfassungsschutzamt übrigens auch über Linksextremisten den Polizeibehörden auch 15 Jahre zurückliegende einzelne Ermittlungen noch weitergibt. Das wird hoffentlich Auswirkungen in den Behörden haben. Bisher war das immer in anderer Richtung. Ich bitte um Nachsicht, ich meine das gar nicht süffisant, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** - sondern der Plutonium-Untersuchungsausschuss hat enorme Auswirkungen gehabt. Da sind die Leute an den Pranger gestellt worden, weil sie Eigenermittlungen mit unterstützt haben. Da musste sogar der arme Porzner zurücktreten, obwohl er wahrscheinlich mit der Geschichte weniger zu tun hatte als ich. Aber die Nachrichtendienste haben da selber mit ermittelt, und seither ist die Frage zurückhaltender beurteilt worden, als ich es für richtig gehalten hätte.

Ich sage Ihnen ganz offen, dass es mir sehr viel mehr gefallen hätte, wenn die im Landesamt für Verfassungsschutz überlegt hätten: Wie kann man diesen Gangstern auf die Spur kommen? Übrigens Bayern als einziges Land auch bei der Organisationstheorie! Denn wir haben als einziges Land, wenn ich mich recht entsinne, die Beobachtung der organisierten Kriminalität als Zuständigkeit auch des Landesamts für Verfassungsschutz, und von daher ist es unabhängig von Einzeltäter- oder Organisationstheorie. Das hätte sich das Landesamt da überlegen können.

Aber, wie gesagt, Ermittlungen in dem Sinne, da ist völlig klar, dass die die nicht machen, sondern das hätten sich wache Beamte überlegen können, übrigens auch im BKA. Im BKA hätten sich wache Beamte überlegen können, bevor man die Einzeltätertheorie einfach wegwirft, dass sie beim BfV nachfragen. Dann wäre es aus allen Ländern gekommen. Oder dass man bei wachen Beamten in Thüringen unter Umständen gesagt hätte, da hatte man doch damals die Geschichte mit dem - wie heißen die? - Mundlos und Böhnhardt, das ist irgendwas. Aber die Erfahrung zeigt, dass nach etlichen Jahren nur noch das, was im Computer ist, eine Rolle spielt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie recht!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Und darum sage ich ja, wir brauchen längere Computer - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommen wir vom Plutonium-Ausschuss wieder zurück zu unserem Fall. Genau darauf wollte ich nämlich hinaus, Herr Beckstein: Wir wissen inzwischen aus den Akten - das ist vorhin auch von dem Zeugen Hegler bestätigt worden -, dass im Landesamt für Verfassungsschutz durchaus die Erkenntnis da war, dass dieses Trio gesucht wurde 98. Von 98 haben die das sogar mit Fotos und Namen bekommen, auch, warum die gesucht wurden: wegen des Verdachts eines Sprengstoffdelikts. Wie wir inzwischen auch wissen, nämlich auch aus den Akten, dass die über diese drei Leute unter anderem natürlich - über zahlreiche andere auch - auch aus den Jahren 95 bis 97 erhebliche Erkenntnisse hatten über Aktivitäten, rechtsextreme Aktivitäten dieser Leute in Bayern, sogar in Nürnberg, in den Akten. Das können wir Ihnen alles vorlegen.

Liegt es danach nicht nahe, dass, wie Sie sagen, vernünftige Menschen - das hätten Sie eigentlich von ihnen erwartet -, gar nicht mal ermitteln und losgehen und Befragungen machen, sondern erst mal in ihren Akten gucken: Haben wir was darüber? Die Akte ist gar nicht so dick, ein Leitz-Ordner; das können Sie an einem Nachmittag schaffen. Weil Sie immer sagen, Sie können keine Fehler sehen, verstehen Sie? Ich sehe das als einen essenziellen Fehler, dass die Leute das nicht gemacht haben, wenigstens nicht in den Dateien - da war wahrscheinlich schon alles gelöscht -, aber in ihren eigenen Akten mal das nachgucken. Dann wären sie nämlich auf die drei gekommen, wo 98 die Nachfrage aus Thüringen da war, und dann wären sie auch über die drei - - Dann hätten sie auch festgestellt, diese drei haben sich ja immer wieder auch in Bayern getummelt auf Veranstaltungen, sind dort festgestellt worden mit Namen und Herkunft, dass sie aus Jena waren.

Wenn ich Ihnen das so vorhalte, sagen Sie immer noch, da hat keiner einen Fehler gemacht, für den Sie etwa Verantwortung übernehmen müssten?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also noch mal: Die Anfrage ist nach meiner Kenntnis 2006 gestellt worden, und es war in keiner Weise erkennbar, dass Dinge der Jahre 1993 bis 2000 umfasst sind.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, 95 bis 2006 war die

Anfrage des LKA, BAO/LKA. Die wollten gerne Informationen über Personen haben von 95 bis 2006.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das LKA, oder LfV?

(Zurufe von der CDU/CSU: BAO!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die BAO/LKA.

(Stephan Stracke (CDU/CSU):  
BAO, nicht LKA!)

- Ja, das ist die Polizei jedenfalls.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, das ist was anderes! Die BAO „Bosporus“ war bei dem Beritt in Mittelfranken, nicht beim LKA! Die hat die Anfrage gestellt!)

- Ja, genau. Also die BAO hat diese Anfrage für diese Jahre gestellt. Also, was Sie sagen, die kamen jetzt nicht auf 93, sondern es geht um 95 bis 2006, und die Beispiele, die ich Ihnen genannt habe, sind 95, 97 und 98 gewesen, fallen also in die Zeit rein, nach der die BAO gefragt hatte.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich kann nur sagen: Nach meiner Kenntnis waren die vom „Thüringer Heimatschutz“ und ähnliche Leute in Bayern immer wieder aktiv, in Wunsiedel stärker, in Gräfenberg, da hat es übrigens Privatleute gegeben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Nürnberg.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Die waren immer wieder in der Gegend, sind aber lediglich aufgefallen im Zusammenhang mit Heiß-Demonstrationen oder irgendwelchen Skinhead-Konzerten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die wollten den „Fränkischen Heimatschutz“ gründen zum Beispiel.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, Sie sollten Herrn Beckstein schon die Möglichkeit geben, zusammenhängend antworten zu können.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Wenn das mir ganz konkret vorgehalten wird, dann könnte ich mich vielleicht darauf



einlassen<sup>28</sup>; aber bisher ist mein Informationsstand ein anderer. Noch mal: Ich bin seit 2007 nicht mehr im Amt. Sie können absolut sicher sein - - Ich hoffe auch, dass mein Nachfolger und die Leute auch überprüfen, wo sind Fehler passiert. Aber bisher bin ich dabei nicht fündig geworden.

Und noch mal: Die Frage, dass da jetzt sozusagen ein kriminelles Trio unterwegs war - - Das waren Leute, die halt beim Konzert waren, die einmal da - - Also, ob man das weitergibt? Wenn es optimal gelaufen wäre - - Aber selbst das hätte man nicht einmal gehabt. Selbst das hätte nicht dazu geführt, dass man gesagt hätte: Jawohl, die sind jetzt, wenn die in der Auskunft drin sind - - Jetzt haben wir die Täter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt haben wir Verdächtige vielleicht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das ist doch kein Grund, eine Durchsuchung bei denen zu machen. Wenn die irgendwo gewesen wären, wegen mir auch in Tatortfunkzellen oder irgend so was, dann hätten wir vielleicht irgendwann daran denken können, Überwachungsmaßnahmen irgendwelcher Art zu machen. Allein, wenn die in einer Liste von ein paar Tausend Leuten unter Umständen dann genommen werden, wenn man das Ganze, was auch nebenher noch in Beobachtungsakten, Quellenakten drin steht, gemacht hätte, wären das mit Sicherheit Tausende von Leuten gewesen. Von daher traue ich mich nicht, das als Fehler anzugeben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, jetzt machen wir doch noch mal einen Wechsel nach 19 Minuten, Herr Ströbele. Die Union hat weiterhin keinen Fragebedarf?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Nein.

(Unruhe)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Da sollten Sie den Herrn Weber noch fragen; der kann Ihnen da vielleicht mehr sagen als ich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Högl hat das Wort.

**Dr. Eva Högl** (SPD): 19 Minuten, stattlich! - Ich habe eine Abschlussfrage, eine Abschlussbemerkung. Herr Dr. Beckstein, wir

sitzen ja hier zusammen, weil wir nach Fehlern suchen und weil wir nach Erklärungen suchen. Ich sage ganz deutlich: Niemand geht so weit, zu sagen, die Morde hätten vermieden werden können, ja? Das hielte ich für zu gewagt. Aber trotzdem versuchen wir, Erklärungen zu finden. Das ist unsere Aufgabe hier. Ich habe wahrgenommen, dass Sie auch viele Fehler, die in Ihrer Verantwortungszeit gemacht wurden - nicht von Ihnen persönlich, sage ich jetzt erst mal, aber von den Beamtinnen und Beamten, die in Ihrem Verantwortungsbereich auch waren - - Aber Sie haben jetzt erfahren, dass das Landesamt für Verfassungsschutz nicht ausreichend schnell - acht Monate, denke ich, ist nicht üblich - Daten übermittelt hat. Wir haben von der Zusammenarbeit erfahren, die nicht gut funktioniert hat, und wir haben von Mängellisten gehört.

Ich möchte Sie einfach mal fragen, wenn Sie jetzt so draufschauen von heute: Gibt es irgendwas - es geht jetzt nicht um Schuldzuweisung, sondern es geht darum, wer übernimmt wofür Verantwortung -, wo Sie sagen: „Das sind Fehler, die hätten nicht passieren dürfen, oder das ist auch etwas, was ich mir persönlich als damaliger Innenminister vorwerfe im Nachhinein oder so“? Ich hoffe, dass Sie den Tenor meiner Frage richtig verstehen. Gibt es irgendwas, wo Sie im Nachhinein sagen: Ach, da hätte ich aber - - Gerade vor dem Hintergrund, dass Sie den richtigen Riecher hatten im September 2000.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich wäre ja froh, wenn ich eine Idee hätte, wo ich sage: Hätten wir das gemacht, dann hätten wir die Täter gehabt. Ich sehe aber auch bei der Frage: Das ist nicht optimal gelaufen, dass das LfV sechs Monate gebraucht hat für eine Antwort. Aber die Antwort ist dann abgearbeitet worden, und trotzdem ist nichts rausgekommen. Es ist deswegen völlig unerheblich, ob die sechs Wochen, sechs Tage oder sechs Monate gebraucht haben, weil nichts rausgekommen ist. So geht es auch bei den anderen Fragen. Ich verstehe, ehrlich gesagt, auch nicht, warum Sie in Ihrer grenzenlosen Bewunderung für das BKA nicht die Frage stellen: Warum sind die nie auf die Idee gekommen, das BfV zu fragen?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das fragen wir noch!)

- Bisher ist das nie als Frage gestellt worden. Da wird mir vorgehalten, das BKA soll ledig-

<sup>28</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

lich die Ceska haben, und vorher wird mir vorgehalten, dass die Riesenvermerke gemacht haben, die uns nicht zugeleitet worden sind, was alles falsch läuft. Da muss ich sagen: Die hätten vielleicht auch die Idee haben können, ans BfV - -

Und trotzdem sage ich: Wenn in den Computern die Namen von den Leuten nicht mehr drin sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass niemand mehr das hat, weil die Erinnerung nicht da ist. Und aus Papieren nachzulesen, die irgendwo sind, das ist wahnsinnig schwierig, sondern das wird über Daten gemacht. Der Kollege Binner war Polizist, der weiß, welche Bedeutung Computerabfragen haben. Und von daher muss ich sagen, das ist das Nächstliegende. Der Fehler heißt, dass die nicht in den Computern noch drin waren. Aber die Abfrage nach Leuten, die bei Treffern nicht weiterverfolgt worden wären, da kann ich eben auch beim besten Willen nicht sagen, das ist jetzt der Punkt, wo man vielleicht dann auch jemandem selber sagt: Da hast du Mist gebaut.

Noch mal: Meine Aufgabe heißt nicht, dass ich selber Ermittlungen geführt habe, sondern meine Aufgabe heißt, dass ich damals Fragen gestellt habe, dass ich versucht habe, Schwierigkeiten auszuräumen. Da meine ich, dass ich selbst von der Opposition großes Lob verdiene; denn ich bin mir sicher, dass kein anderer Innenminister auch nur annähernd intensiv sich um diese Fragen gekümmert hat. Trotzdem hat es nichts genutzt. Vielleicht wäre es sogar richtiger gewesen, wir hätten weniger im Bereich zum Beispiel mit den Türken rumgetan, wir hätten vielleicht uns auch mit der Waffe, auch das waren viele Dinge, wo man versucht hat, über die Waffe weiterzukommen - - Ich meine, das waren aus damaliger Sicht letztlich alles richtige, vernünftige Schritte, und trotzdem ist man halt nicht auf die heiße Spur gekommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die FDP noch Fragen?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Und die Frage im Nürnberger Bereich - - Also, ich habe das gelesen, dass das ein so schwerer Fehler war, dass man das im Nürnberger Bereich hat. Ich selber könnte mir noch vorstellen, dass irgendjemand aus dem Nürnberger Bereich irgendwo eine Rolle spielt; denn noch mal die Punkte: Großgründlach, das deutet nicht darauf hin, dass, wenn je-

mand das erste Mal in Nürnberg ist, er auf diesen Tennisverein in Großgründlach kommt. Und die Mandy in Büchenbach ist ja mal drin gewesen, und trotzdem ist man von der Mandy nicht auf die Zschäpe gekommen, weil dieser Aliasname nicht erkannt worden ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Beckstein, das mit den Frauen liegt daran, weil die BAO „Bosporus“ nur Männer büromäßig überprüft hat. Die Frauen sind rausgenommen worden; aus den 682 Daten sind die Frauen rausgenommen worden. So konnte man Mandy Struck gar nicht büromäßig überprüfen.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja, das ist richtig.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Fehler!

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Alles keine  
Fehler!)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Mandy Struck ist aber irgendwann einmal überprüft worden, Entschuldigung. Frau Dr. Högl, Mandy ist mal überprüft worden. Ich weiß jetzt nicht mehr, in welchem Zusammenhang. Trotzdem, obwohl man die Mandy gehabt hat, ist nicht der Zusammenhang erkannt worden.

(Zurufe des Abg. Hans-Christian  
Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

Und ich habe auch nicht die Fähigkeit, dass ich gesagt hätte, das hätte man damals erkennen müssen. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich das so salopp sage: Es ist eh ein Jammer, dass all die Damen und Herren, die das heute genau wissen, nicht jemals ihre Fähigkeiten der Polizei zur Verfügung gestellt haben, sondern immer nur die Tätigkeit im Bundestag oder Landtag machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die FDP hat mittlerweile signalisiert, dass sie auch noch Fragebedarf hat. - Herr Kollege Kurth.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herr Beckstein, wie haben Sie denn die Frage von Herrn Ströbele verstanden, das Trio wurde in Bayern festgestellt? Nach dem 26.01.1998

oder vor dem 26.01.1998? Das wäre ja erheblich, sehr erheblich.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Da würde ich schon erst gerne einen ganz präzisen Vorhalt bekommen, weil die Frage, dass das als Trio bekannt gewesen ist, nach meiner Kenntnis bisher noch nicht irgendwo in den Akten festgehalten ist. Der Herr Vorsitzende hat die Fürsorgepflicht gegenüber dem Zeugen, nur wahre Vorhalte machen zu lassen. Ich selber glaube nicht, dass man das als Trio irgendwann schon 98 hatte, sondern es mag möglicherweise einzelne Spuren geben; aber ich glaube nicht, dass die vielleicht gar noch als NSU, natürlich nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Vielleicht kann Herr Ströbele noch mal für Klarheit sorgen in seinem Wortbeitrag.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bedanke mich auch für den Hinweis, dass man darauf noch mal hinweist. Eigentlich hätte ich natürlich das sagen müssen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Linksfraktion noch Fragen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Hat die Linksfraktion noch Fragen? Da können Sie nicht Ja sagen, Herr Wieland. - Das ist nicht der Fall. Haben die Grünen noch Fragen? - Herr Wieland, bitte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe eine Frage. Sie wollten ja gelobt werden, Herr Beckstein.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ach.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann kommt das jetzt. Sie haben mal einen ganz geharnischten Vermerk geschrieben im Zusammenhang mit Kassel und Temme, ja? Nachdem Sie mit einem Reporter der *Bild*-Zeitung telefoniert hatten, da haben Sie geschrieben auf eine Vorlage an Ihr Ministerbüro sinngemäß: *Bild* weiß mehr, als hier in diesem Vermerk steht. Und dann geht es weiter:

Warum wird nicht intensiver ermittelt, z. B. V-Leute befragt? Unsere Behandlung des Falls ist lahm! Ich

habe angeboten, Innenminister Bouffier ...

- wahrscheinlich soll das jetzt heißen, zu kontaktieren oder zu telefonieren; da kann ich Ihre Handschrift schlecht lesen -

damit LfV V-Leute als Zeugen zur Verfügung stellt.

Gab es diesen Kontakt mit Bouffier, haben Sie auf ihn eingewirkt: „Bitte jetzt mal weitermachen, bitte jetzt mal die V-Leute, die dort geführt wurden von dem Herrn Temme, befragen“? Wir können aus den Akten sehen, dass das sehr lange ein Thema in der Steuerungsgruppe gewesen ist. Deswegen einfach die Frage: Sie sagen ja: Ich war so aktiv, da hätten sich die anderen eine Scheibe abschneiden können, die anderen Innenminister. - Haben Sie auch Herrn Bouffier in Trab gebracht?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich habe wiederholt wegen dieser Frage mit Herrn Bouffier telefoniert. Wir hätten als Optimum gehabt, dass uns die Namen übermittelt werden. Das ist aber nach Rücksprache mit dem dortigen LfV nicht gemacht worden. Es wurde mir aber zugesagt, dass die Zeugenbefragung in Absprache mit der jeweiligen Kommission, alles, was mit dem Temme zusammen ist, mit einer Intensität geführt worden ist, dass man es ausschließen kann, dass hier Temme oder seine Leute, mit denen er zusammen war, in die Tat verwickelt worden sind.

Da hat es insgesamt etwas gegeben, wo ich mich dann auch geschlagen gegeben habe, dass ein Alibi bei einer der Tatzeiten war, wo er bei einer Konferenz mit Sicherheitsbehörden war, sodass es vielfältige Leute aus dem Sicherheitsbereich gegeben hat, die bezeugen konnten, dass er nicht am Tatort gewesen sein konnte. Das bedeutet, dass also zwar nicht die Übermittlung der Daten erfolgt ist, aber die Überprüfung der Daten ist in einer aus meiner Sicht ganz eindeutig zufriedenstellenden Weise erfolgt. Ich habe auch das von der Arbeitsebene nie anders gehört.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage von mir aus, weil Sie immer darauf kaprizieren, dass das BKA ja hätte anfragen können beim Bundesamt. Wir wollen jetzt den Streit nicht weiterführen, ob die drei Verbindungsbeamten das sinn-

vollerweise hätten machen können in dieser Arbeitsteilung. Wissen Sie denn, dass die BAO „Bosporus“ mal angefragt hat beim Bundesamt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich gehe davon aus, dass die nicht abgefragt haben. Der richtige Weg wäre da auch gewesen, dass die BAO über LfV das abfragt. Aber es stimmt übrigens auch nicht, dass beim BKA das immer nur drei Leute gewesen sind. Ich habe in Erinnerung, dass das einmal in der Gegend von 20 Leuten war.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber nur drei, die in der BAO saßen. Der Rest hat Ceska gemacht und war, wenn Sie so wollen, beigeordnet, aber als Spezialabteilung „Ceska-Aufklärung“, mehr nicht, und organisierte Kriminalität, Strukturermittlungen, aber gerade nicht die Morde. Man hat ihnen gerade gesagt: Ihr macht die Morde nicht. - Da sind die Akten wirklich ganz eindeutig. Die werden weiter von den örtlich Zuständigen gemacht.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich bitte um Nachsicht. Ich sage einmal salopp: Bevor man lange Vermerke schreibt über mögliche Fehler, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, selber zu überlegen, was man richtig machen kann.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, jetzt nur noch mal zu Ihrer Information: BAO „Bosporus“ wendet sich an das Bundesamt für Verfassungsschutz, an eine allgemeine Info-E-Mail-Adresse.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja, das hat ja alles schon in der Befragung eine Rolle gespielt, ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie will einen Ansprechpartner haben, und dann kommt hier Antwort oder Mitteilung des Bundesinnenministeriums an uns - das ist jetzt keine Realsatire, sondern ein Schreiben der Bundesregierung -:

Nach Zeichnung durch den Abteilungsleiter 5 und den Referatsgruppenleiter 5A wurde dieses Schriftstück am selben Tag an den Referatsleiter 5A3 verfügt, der den Vorgang am 21.02.2006 an den Sachbearbeiter 5A35 handschriftlich weiterverfügte:

Dann kommt:

b. bei o.g. Stelle tel. nachfragen:

- „Bosporus“ -

- worum geht es - Sachverhalt
- Was soll ein „Ansprechpartner“ im BFV?
- „Auskunftersuchen“ - förmliche - sollten schriftlich gestellt werden!

Dann als Letztes:

- Es gibt auch regional zuständige LfV!?

Also ein absolutes Unverständnis beim Bundesamt für Verfassungsschutz, warum sich da irgendeine Polizeiorganisation mit einem Anliegen dort meldet.

Wenn Sie das so hören, halten Sie das für eine geordnete, vorbildliche Art und Weise der Zusammenarbeit von einer polizeilichen Sonderkommission, die Mordfälle untersucht, und einer Bundesbehörde?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Noch mal: Ich habe keineswegs dazu gesagt, dass alles wunderbar gelaufen ist. Bei Hunderten von Akten Ermittlungen gibt es immer Dinge, wo man sagen muss, das hätte besser noch sein können. Aber bis heute ist mir bei diesem Vorhalt nicht klar, wenn man das vielleicht etwas freundlicher, geschickter oder zielstrebig gemacht hätte, wie daraus dann ein Ermittlungsergebnis gekommen wäre. Wobei ich das, was Sie sagen, alles nicht kenne, gell? Das höre ich jetzt von Ihnen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, gebe ich ja zu.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Das sind Dinge - ich selber kenne die Ermittlungsakten von BAO „Bosporus“ nicht -, die haben nie eine Rolle bei uns gespielt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe es Ihnen ja nur vorgehalten, weil Sie so darauf beharrt haben, hätte ja BKA machen können, ja? Gemacht hat es in ziemlicher dilettantischer Form die BAO, weil sie offenbar gar keine Kanäle hatte, verstehen Sie? Ja, da muss man ja dann auch mal zu stehen. Wenn man sagt: „Wir machen das alles federführend Bayern, und wir haben es ja federführend Bayern gemacht“, dann gibt es einen solchen

Ebenenkonflikt bei Anfragen und bei Beantwortungen. - Ich habe keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es - Herr Ströbele hat noch Fragen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei Fragen. Das eine war die Frage, die der Kollege schon gestellt hat. Ich will Ihnen dazu nur einen letzten Vorhalt machen. Die hatten offenbar keine Telefonnummer vom Bundesamt für Verfassungsschutz; jedenfalls haben sie sie nicht genutzt.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

- Na, weil sie eine Mail geschickt haben an die allgemeine Infoabteilung, und sie sind dann auch nicht an die Abteilung Rechtsextremismus geraten, sondern an einen Mitarbeiter dort, der zuständig war für rechtsextreme Türken. - So. Kann man da nicht sagen: „Dilettantismus“?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Von wem?)

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Also, ich wäre dankbar, wenn solche Fragen zunächst mal dem Herrn Geier gestellt werden, der dann ja auch dazu irgendwelche Aussagen machen könnte. Aber dass ich jetzt, ohne da irgendwas im Detail zu kennen, bei vielen Hunderten von Leitzordnern zu einzelnen Papieren, ohne einen Zusammenhang zu sehen, Stellung nehmen muss, ist selbst bei mir eine Überforderung, die ich Ihnen nicht bieten kann. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich das so deutlich sage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Nur, wenn Sie sagen: „Es hat bisher keine Fehler gegeben“, -

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Aber Sie dürfen ... (akustisch unverständlich) nachfragen. Wenn ich sehe, dass 8 Uhr vorbei ist, ist man schon etwas ... (akustisch unverständlich)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dann müssen wir das auch vorhalten.

Jetzt kommt meine letzte Frage; es kommt natürlich auch auf die Antwort an.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Entschuldigen Sie, Herr Ströbele. Ich bestreite ja gar nicht, wenn ich Akten heute vollständig überprüfen könnte, dass ich dann möglicherweise auf Fehler stoße. Das bestreite ich ja überhaupt nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Sicherheit.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich sage nur: Ich bin 2007 aus dem Fall ausgeklinkt worden; ich beklage mich ja nicht darüber.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

Ich beklage mich nicht darüber. Aber ab, jetzt sage ich mal, jedenfalls spätestens 1. Oktober 2007 habe ich mit dem Fall nichts mehr zu tun und kann auch - alles, was jetzt da an Controlling kommt - nicht mehr sagen, weil mir das auch nicht mehr zustünde. Auch als Ministerpräsident habe ich dazu nicht nachgefragt; das wäre auch falsch gewesen. Das ist, wenn überhaupt, am Innenminister. Darum muss ich sagen: Das, was mir bekannt geworden ist, auch jetzt an derartigen Dingen, diesen Schreiben und Ähnlichem, kenne ich ja bisher nicht. Noch mal: Ich sage nicht, dass alles 100 Prozent gelaufen ist, aber ich kenne bis jetzt nichts, wo man sagt: Herrschaften, wenn Sie das gemacht hätten, dann hätten wir die gefangen.

Ich wäre ja dann auch begeistert, wenn man endlich das 100 Prozent aufgeklärt hat: Warum ist zwischen 2001 und 2004 so lange Pause? Warum ist Gott sei Dank nach 2007 nichts mehr gemacht? Die Frage: Wer hat alles mitgewusst? Der Generalbundesanwalt wird Ihnen, nehme ich an, in vertraulicher Sitzung das alles erklären. Aber überraschenderweise ist das bisher noch nicht in den Zeitungen gewesen, und dadurch kenne ich es nicht. Was nicht in Zeitungen oder auf der Homepage ist, habe ich nicht mehr zur Verfügung.

Von daher bitte ich, mich auch nicht zu überfordern, dass ich jetzt interne Überprüfungen anstellen soll, die mir nicht mehr zustehen. Die müssten Sie dem Herrn Kollegen Herrmann oder anderen Leuten stellen; denn ich bin durch Schicksal seit 1. Oktober 2007 nicht mehr in diesem Fall.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine letzte Frage habe

ich aber immer noch nicht gestellt, weil Sie immer weiter erzählen.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):  
Stellen Sie sie jetzt!)

Sie ist auch kurz und knackig; Sie können sie mit drei Sätzen beantworten. Sie haben vorher mal gesagt, der Herr Geier - mit dem hatten Sie ja zu tun - sei mehrfach bei Ihnen gewesen in dieser Sache.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt interessiert mich, weil wir von Herrn Geier hier - auch nach einer längeren Befragung - einen Eindruck hatten: Was hat Herr Geier Ihnen denn gesagt über den Wert seiner oder der BAO Einzeltätertheorie, Rechtsextremismustheorie, wie man sie auch immer bezeichnen will? Hat er Ihnen gegenüber den Eindruck erweckt oder das gesagt, dass er das für eine ganz wichtige Geschichte hält oder sogar die wichtigste, oder hat er selber das bei Ihnen, im Gespräch mit Ihnen darüber, eher nur als vage Möglichkeit dargestellt?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Nach der Operativen Fallanalyse Horn, nach dieser Stellungnahme hat Geier gesagt, dass neben der Organisationstheorie die Einzeltätertheorie, die ich immer lieber als Fremdenfeindlichkeitstheorie bezeichne, gleichberechtigt daneben steht, als Arbeitshypothese, dass aber die Ermittlungen in alle Richtungen gehen, dass nichts ausgeblendet wird, sondern man schaut genauso, ob sich noch irgendwelche völlig anderen Dinge ergeben. Da hat es in der Zeitung einmal gegeben - Sie haben es vorher, glaube ich, sogar zitiert -, dass da irgendjemand ein krankhaftes Psychogramm, eine psychopathologische Auffälligkeit hätte. Auch so was hat es mal gegeben.

Geier hat immer gesagt: Arbeitshypothese gleichberechtigt, aber wir ermitteln in alle Richtungen. - Er hat auch gesagt: Wir haben auch vorher die fremdenfeindliche Motivation schon auf dem Bildschirm gehabt, aber jetzt die Arbeitshypothese in gleichberechtigter Weise. - Ich habe dann mal gefragt: Braucht ihr mehr Leute? - Wann das war, weiß ich nicht mehr. Ich meine, das auch in der Weise gesagt zu haben, dass ich gefragt habe: Wenn ihr 50 Leute mehr habt, kriegt ihr dann in einem Monat den Täter? -

Da hat es geheißen: relativ bald. - Dadurch, dass es keine Spuren gibt, wenn man im Nebel herumstochert, werden auch mehr Leute das nicht hervorbringen.

(Der Zeuge lehnt sich zur Seite, um reflektierten Sonnenstrahlen auszuweichen)

- Ich bitte um Nachsicht; die Sonne spiegelt sich im Moment, sodass es etwas schwierig ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir müssen da was regeln, ja. Wir sind jetzt auch am Ende Ihrer Befragung als Zeuge angelangt, Herr Dr. Beckstein.

Ja, wir müssen die Jalousie wahrscheinlich irgendwie herunterbringen. - Gut, dann müssen wir vielleicht Herrn Dr. Weber zwei Plätze versetzen oder so.

Herr Dr. Beckstein, es liegen keine weiteren Fragen an Sie vor. Ich darf Ihnen herzlich danken, dass Sie uns sechs Stunden lang hier im Ausschuss zur Verfügung gestanden haben. Wie schon angekündigt, wird Ihnen die Entwurfsfassung des Protokolls übermittelt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, das zu prüfen, ob es da Korrekturwünsche gibt.

Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Abend und eine gute Reise, wohin auch immer. Wahrscheinlich nach Bayern, nehme ich an?

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** ... (akustisch unverständlich) Ende meiner Befragung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Ich wünsche Ihnen noch eine gute Reise, egal wohin Sie fahren.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Ich bitte um Nachsicht. Es ist ausnehmend schwierig. Bei einer Befragung vor Gericht wäre das eine unzulässige Vernehmungsmethode, jemanden voll in eine sich spiegelnde Sonne schauen zu lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** In schlechten Filmen macht man das immer so.

**Zeuge Dr. Günther Beckstein:** Sie erscheinen mir nur als ein schwarzer Schatten, was aber mir als ein großes Lob erscheint.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, herzlichen Dank. - Dann bitten wir Herrn Dr. Weber zu uns; zuvor machen wir zehn Minuten Pause.

(Unterbrechung von  
20.07 bis 20.18 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Wolfgang Weber**

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie dann, Platz zu nehmen. - Es gibt keine Veranlassung, irgendwelche Kamerateams zu bitten, den Raum zu verlassen, wie ich feststelle.

Ich darf als vierten Zeugen des heutigen Tages Herrn Dr. Wolfgang Weber begrüßen, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Bayern a. D. Ich habe Herrn Weber gerade schon erläutert, warum sich das heute zeitlich etwas verschoben hat, und mein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht. Aber es waren halt die Abläufe. Ich glaube, alternativ hätten wir das gar nicht regeln können, wenn wir nicht verzichten wollten, Herrn Köhler vor Herrn Beckstein zu hören.

Aber nun kommen wir zu Ihnen, Herr Weber. Ich möchte Sie zunächst informieren, dass vom Sekretariat des Ausschusses eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dazu dient, die Erstellung des stenografischen Protokolls zu erleichtern. Sie wird dann anschließend gelöscht. Wenn dieses Protokoll in der Entwurfsfassung gefertigt ist, wird es Ihnen zugeleitet mit der Möglichkeit, dass Sie innerhalb von 14 Tagen eventuelle Korrekturwünsche geltend machen können.

Bezüglich Ihrer heutigen Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vor. Diese Genehmigung datiert vom 23. April 2012.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst

oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nicht-öffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls analog beschließen kann. Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegten Fragen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich Sie, Herr Dr. Weber, nach diesen notwendigen Vorbemerkungen bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Mein Name ist Dr. Wolfgang Weber. Ich bin ehemaliger Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, 63 Jahre alt und wohnhaft in München.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Adresse, die wir für die Ladung verwendet haben, ist nach wie vor die aktuelle Adresse? Das kann auch eine dienstliche Adresse sein.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die Ladungsadresse ist das Landesamt für Verfassungsschutz.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Weber, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich zunächst im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Sie haben mir signalisiert, dass Sie das gerne machen möchten. Dann haben Sie jetzt das Wort.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich würde gern die Gelegenheit ergreifen, das aus meiner Sicht - natürlich



rückblickend; ich bin jetzt seit einigen Jahren eben im Ruhestand und mit dieser Frage wieder neu befasst worden - darzustellen.

Wir haben seinerzeit natürlich diese Morde auch zur Kenntnis genommen und die verschiedenen möglichen Hintergründe diskutiert. Es gab für uns im Prinzip drei mögliche Hintergründe: einmal einen türkisch-linksextremistischen Hintergrund als Hypothese, nämlich Schutzgelderpressungen zugunsten der Devrimci Sol, die später umgewandelt wurde in die DHKP-C bzw. THKP-C, also einmal mit Dora und einmal mit Theodor geschrieben, alles Organisationen, die in Deutschland verboten waren, die aber, durch Gerichtsurteile auch bestätigt, türkische Kleinunternehmer erpresst haben, bis hin zu Einsatz von Waffen. Dann war eben auch in Bayern im Jahr 1998 eine solche Erpressung eines türkischen Kaufmanns. Das ist dokumentiert im Verfassungsschutzbericht Bayern 1999. Der Mann wurde dann verurteilt. Deswegen war es nicht so absolut fern, wie das manchmal durch die Medien geht, dass das ein möglicher Hintergrund sein könnte: Schutzgelderpressungen zugunsten einer terroristischen türkischen Organisation.

Der zweite Aspekt waren OK-Bezüge. Türkei, Balkan, da gab es ja entsprechende Strukturen der organisierten Kriminalität. Das war ein möglicher Hintergrund.

Und der dritte war natürlich von Anfang an der Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit als möglicher Hintergrund. Ich meine, die Reihenfolge der Aufzählung hat eben jetzt nur den Sinn, nicht das eine oder das andere zu bewerten, sondern nur jetzt auf den Rechtsextremismus hinzuführen.

Das war von Anfang an eine der Überlegungen, der Hypothesen, dass es sich hier um fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen Hintergrund handeln könnte. Dies war aber, wie gesagt, nur eine Hypothese, genau wie die anderen auch. Ungeachtet dessen haben wir das, was uns dazu möglich war, nämlich Quellen zu befragen, ob sie dazu etwas sagen können, ob sie etwas wissen, ob sie irgendwelche Informationen haben, dass hier solche Bestrebungen dahinter stünden - - Und dies ist auch geschehen. Allerdings hatte keine unserer Quellen irgendwelche Hinweise, dass hier ausländerfeindliche, rechtsextremistische Strukturen hinter diesen Anschlägen stünden.

Ich darf noch mal kurz darauf hinweisen und in Erinnerung bringen: Es gab seinerzeit keinerlei Anhaltspunkte, keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte, wie es unser Gesetz verlangt, dass es sich hier um Extremismus handelt, außer der Tatsache, dass es Ausländer waren. Aber es gab keine Hakenkreuze, es gab keine Zeichen, keine fremdenfeindlichen Symbole und vor allem auch keine Bekennungen. Bekennungen wurden ja erst später, nach den Selbstmorden, bekannt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch gleich darstellen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz den Rechtsextremismus immer unter eine massive Beobachtung gestellt hat, und dies ganz kurz dahin gehend ausführen: Bis zur Wende 1990 war der Schwerpunkt unserer Tätigkeit auch im personellen Sektor, also in der personellen Verteilung, der Linksextremismus, naturgemäß, gefolgt vom Rechtsextremismus und anschließend Ausländerextremismus.

In der Folge der fremdenfeindlichen Ausschreitungen zu Beginn der 90er-Jahre wurde der Bereich der Rechtsextremismusbeobachtung massiv personell verstärkt, zu lasten der Beobachtung des Linksextremismus. Von 1991 bis 2001 stand somit die Beobachtung des Rechtsextremismus an erster Stelle. Erst durch den islamistischen Terrorismus, die Anschläge vom 11.09.2001, wurde der Schwerpunkt auf den Ausländerextremismus - hier speziell Islamismus, islamistischer Terrorismus - verlagert. Der zweite Schwerpunkt blieb immer der Rechtsextremismus. Auch er wurde mit zugewiesenen Stellen noch verstärkt.

Wie gesagt, eigene Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz zu den Hintergründen der Morde blieben ohne Ergebnis. Unsere Quellen hatten keine Erkenntnisse über mögliche Hintergründe, mögliche Täter.

Ich darf daran erinnern, dass Ermittlungsverfahren für Morde natürlich die Staatsanwaltschaft und die Polizei sind und der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst hier Unterstützung leisten kann und natürlich muss, wenn er entsprechende Erkenntnisse hat, aber auch kein Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft ist.

Ich darf erinnern, dass der Rechtsextremismus als Hintergrund dieser Mordserie nur eine von mehreren Hypothesen war. Dies galt bis zu den Selbstmorden und zur Aufdeckung dieser Gruppierung. Dennoch wur-

de eine gezielte strukturierte Anfrage der BAO „Bosporus“ vom 28.12.2006, eingegangen beim Landesamt für Verfassungsschutz am 05.01.2007, zu rechtsextremistischen Personen einer bestimmten Altersgruppe aus der Region Nürnberg durch Übermittlung von 682 Namen wie gewünscht am 27.02. beantwortet.

Mit der BAO „Bosporus“ stand das Landesamt für Verfassungsschutz natürlich in einem ständigen Gesprächskontakt. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat diese 682 Namen übermittelt, obwohl keinerlei Anhaltspunkte, keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte, wie wir das im Gesetz geschrieben haben, für eine Beteiligung an oder die Unterstützung der Mordtaten vorlag. Schon dies ging an die rechtlichen Grenzen des Art. 14 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, eine besondere Hervorhebung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Der Schutz von Quellen nach Art. 17 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes spielte bei der rechtlichen Beurteilung nur eine zweite Rolle.

Die von der Polizei zunächst angedachte und mit dem LfV erörterte, aber dann einvernehmlich abgelehnte Übermittlung der Daten aller 3 500 Rechtsextremisten in Bayern - die Republikaner waren da wohl auch abgezogen, die seinerzeit noch beobachtet wurden - musste aus Rechtsgründen, eben Art. 14 und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, unterbleiben. Sie wäre angesichts des Hypothesencharakters der polizeilichen Ermittlungen absolut unverhältnismäßig gewesen.

Dies zunächst meine Darstellung und meine Position und meine Meinung, meine persönliche Meinung sowohl als Präsident als auch als Mensch und Jurist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Weber, zunächst herzlichen Dank für die einleitenden Anmerkungen. Haben Sie das, was Sie eben vorgetragen haben, jetzt zeitnah aus der Erinnerung heraus zu Papier gebracht, oder haben Sie noch einmal die Gelegenheit wahrgenommen, sich Aktenbestände in Ihrem früheren Amt, in der Landesbehörde für Verfassungsschutz in Bayern, anzuschauen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Natürlich habe ich noch ein Gespräch geführt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, um meine

Erinnerungen da aufzufrischen. Ich bin jetzt fast vier Jahre im Ruhestand. Ich war durch diese Enttarnung dieser Gruppierung, Selbstmorde und Festnahme, natürlich genauso überrascht wie alle anderen auch. Aufgrund Ihrer Ladung habe ich natürlich ein Gespräch geführt im Landesamt für Verfassungsschutz und habe mir das eine oder andere Übermittlungsschriftstück, Anforderungsschriftstück der Polizei und Übermittlung unserer Datensätze, angeschaut.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich gehe jetzt mal davon aus, dass Sie mit Herrn Hegler nicht gesprochen haben. Oder sehe ich das falsch?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Mit Herrn Hegler haben Sie aber nicht gesprochen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, doch. Herr Hegler ist der zuständige Abteilungsleiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er ist aber Zeuge gewesen. Sie haben sich mit einem weiteren Zeugen verständigt über Ihre heutige Zeugenaussage, oder?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, ich habe mich nicht verständigt, sondern das ist ganz selbstverständlich. Mir liegt auch ein Aktenvermerk hier aus der Bundestagsverwaltung vor, dass man sich entsprechend vorbereiten kann und muss, und so habe ich ein Gespräch mit dem jetzigen Präsidenten des LfV im Beisein von Herrn Hegler geführt.<sup>29</sup>

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na gut, dann halten wir das fest, dass Sie mit Herrn Hegler Kontakt gehabt haben. - Mich würde jetzt interessieren: Sie waren ja selber von August 2005 bis Juli 2008 Präsident des Amtes -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und vorher in der Ministerialverwaltung, wenn ich es richtig sehe.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Vorher war ich im Staatsministerium des Innern, ja.

<sup>29</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Eine Frage, die uns hier interessiert, ist - auch Herr Hegler hat das heute Vormittag ausgeführt im Rahmen seiner Zeugenvernehmung -, dass nach seiner Darstellung und auch nach Ihrer, die Sie gerade gegeben haben, das Landesamt für Verfassungsschutz Bayern aus eigenem Antrieb Quellenbefragungen durchgeführt hat. Herr Hegler hat sich da beschränkt auf die Mitteilung: Quellen im Bereich Rechtsextremismus. - Sie sagen: auch einer linksextremistischen ausländischen Gruppe und organisierte Kriminalität. In allen drei Bereichen seien Kontakte zu Quellen aufgenommen worden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** So ist es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das denn?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das war schon relativ früh, aber ich weiß jetzt nicht genau, ab wann, ob ab dem ersten Mord oder ab dem zweiten Mord, aber jedenfalls schon bei den ersten Morden. Ob es beim ersten Mord schon war, weiß ich jetzt nicht mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war ja nicht in Ihrer Zeit.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das war vor meiner Zeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Woher haben Sie jetzt die Information, dass da Anfang des Jahrhunderts nach dem ersten oder zweiten Mord diese Quellenkontakte - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Weil ich seinerzeit im Ministerium für den Verfassungsschutz zuständig war -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - und, wenn so etwas war, dann das Landesamt für Verfassungsschutz gefragt habe: Habt ihr dazu Erkenntnisse? - Und dann bekam ich die Antwort Ja oder Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Hier bekam ich dann - - Aber das ist alles nur in der Erinnerung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Waren das dann schriftliche Mitteilungen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, das waren keine schriftlichen Mitteilungen. Ich war der Referatsleiter Aufsicht Verfassungsschutz, ich habe den Präsidenten angerufen, den amtierenden, und habe dann von dem eine Rückmeldung bekommen. Von daher weiß ich auch, dass wir darüber gesprochen haben - ob das jetzt beim ersten Mord schon war oder erst beim zweiten, weiß ich nicht, aber jedenfalls in dieser Phase schon -, dass wir hier bei OK und bei Rechtsextremismus die Quellen sensibilisieren müssen, fragen müssen, ob sie etwas dazu wissen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich frage deshalb, weil wir in den Akten dazu keine Unterlagen finden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das mag durchaus sein, weil - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Auch Herr Hegler konnte sich nicht erinnern, wann das denn genau gewesen sein soll. Oder war Ihrer Erinnerung - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber es war eben nicht erst - das will ich damit sagen - 2006 oder 2005, sondern es war schon vorher.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist denn Ihres Wissens diese Information, dass man da Kontakte zu Quellen gehabt hat, auch den jeweiligen Sonderkommissionen und später der BAO „Bosporus“ mitgeteilt worden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dass wir die Quellen befragt haben?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Davon gehe ich aus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie wissen es aber nicht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das weiß ich nicht definitiv, weil das - - Ich sagte ja: Das Landesamt hatte ständig Kontakte mit der BAO „Bosporus“. Wir haben immer großen Wert auf gute Verbindungen zur Polizei in Bayern gelegt. Deswegen kommen auch - - 70 Prozent oder 80 Prozent unserer Mitarbeiter stammen aus dem Polizeibereich, weil dann die Chemie stimmt zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Da beneiden uns manche anderen Bundesländer und auch der Bund vielleicht, das Bundesamt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Es ist immer ein Anliegen der Amtsleiter gewesen, dass hier eine gute Zusammenarbeit stattfindet, und die Polizei hätte etwas erfahren, wenn wir von einer Quelle was erfahren hätten, selbstverständlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Weber, ich frage ja nicht ohne Grund. Sie haben vorhin - ich zitiere mal - gesagt, es hätte einen ständigen Gesprächskontakt gegeben zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und der BAO „Bosporus“. Davon, dass es da einen ständigen Gesprächskontakt gegeben haben soll, war zumindest nach den Aktenbeständen im zweiten Halbjahr des Jahres 2006 nicht viel zu bemerken. Da war es ja so: Es gab wohl eine telefonische Anfrage der BAO „Bosporus“ - Sie haben das vorhin angesprochen - nach Angaben zu Rechtsextremisten aus dem Bundesland Bayern. Die ist dann in einer deutlich abgespeckten Form, nachdem sie im Juni 2006 als Anfrage gestellt worden ist, erst im Februar 2007 beantwortet worden.

Können Sie sich erinnern, sind Sie damit befasst worden seitens von Herrn Hegler? Herr Hegler hat ja mehrfach mit einem Mitarbeiter der BAO „Bosporus“ telefoniert, Herrn Pfister, der dazu auch Aufzeichnungen und Vermerke geschrieben hat. Waren Sie damit befasst? Ist Herr Hegler auf Sie zugekommen, dass es da trotz des ansonsten hervorragenden Einvernehmens zwischen Verfassungsschutz und Polizei in Bayern gerade einen Streit gibt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Sehen Sie, das war zum Beispiel der Hauptpunkt, weshalb dieses Gespräch beim Präsidenten im Beisein von Herrn Hegler stattfand: um diese

Erinnerung aufzufrischen. Ich hatte sie - - Sie kam mir dann wieder, dass wir seinerzeit auch mit mir selber diese Rechtsfrage diskutiert haben.

Es war nicht so, dass eine Anfrage an das Landesamt im Juli gestellt worden ist, sondern das war auf Arbeitsebene; da gab es einen Kontakt, und da wurde die Frage eruiert: Könnt ihr diese 3 500 Datensätze liefern? - Man hat im Gegenzug gesagt: Also, wir haben keinerlei Erkenntnisse. - Deswegen nehme ich an, dass der Gesprächspartner des Landesamtes gegenüber der Polizei, dem Herrn Pfister oder wer auch immer es war, seinerzeit auch gesagt hat: Wir haben auch keine Erkenntnisse von unseren Quellen, wir haben sie befragt. - Davon gehe ich jetzt aus; das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sollen nur sagen, was Sie auch wissen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sollen doch nur sagen, was Sie wissen. Theoretische - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ich denke, Sie wollen einen gewissen Erfahrungsschatz vielleicht auch hören.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, ich möchte eigentlich Fakten haben. Das wäre hilfreicher.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das heißt also, man hat das dann bei uns im Haus geprüft, diese Überlegung seitens der BAO „Bosporus“, hier alle Datensätze von allen Rechtsextremisten in Bayern zu bekommen. Das hat man geprüft und ist aus den Gründen, die ich vorhin in meinem Eingangstatement genannt habe, zu dem Ergebnis gekommen, dass das so nicht geht. Nach dem, was mir gesagt worden ist, gab es dann keinerlei oder jedenfalls keine nennenswerten Kontakte mehr bis zum November oder Dezember, und im Dezember ging dann ein offizielles Schreiben der BAO „Bosporus“ beim Landesamt für Verfassungsschutz ein - das heißt, es ging im Januar ein, aber vom Dezember datierte es, vom 28.12. -, und in dem wird dann datenschutzgerecht und verfassungsschutzgerecht konkret nach einer bestimmten Personengruppe im Raum Nürn-

berg, von dem die Polizei ausgegangen ist, dass sich hier der Täter befinden müsste, gefragt, und dieses konkrete datenschutzrechtlich und verfassungsschutzrechtlich gerade noch vertretbare Ersuchen wurde von uns in Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Ermittlungen beantwortet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Apropos hohe Bedeutung der Ermittlungen: Sie haben gesagt, es hätte einen ständigen Gesprächskontakt gegeben zwischen Landesamt und BAO „Bosporus“; eben gerade haben Sie gesagt, zwischen Juni 2006 und Dezember 2006 hätte es aber eben gerade keine entsprechenden Kontakte gegeben. Eine nicht geklärte Frage, die Anforderung von Unterlagen - - Übrigens schreibt Herr Pfister am 13.07.2006 in einem Vermerk - das ist GBA 6-1\* - von einem Gespräch mit Vertretern des Landesamtes. Das war sozusagen der erste Kontakt, und dann dauerte es bis Februar 2007.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir hatten es ja damals zu tun gehabt mit einer Mordserie mit neun Opfern insgesamt, und die BAO „Bosporus“ hat sich an das Landesamt für Verfassungsschutz gewandt und hat um Übermittlung von Daten gebeten. Die Frage, die sich schon stellt, ist: Warum hat es über ein halbes Jahr gedauert, um sich da ins Benehmen zu setzen, was und in welchem Umfang das Landesamt liefern kann, also zu einem Zeitpunkt, wo man - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich wiederhole: Wir haben der BAO „Bosporus“ seinerzeit - auf welchem Weg auch immer; das weiß ich nicht - signalisiert: So geht es nicht, eine solch pauschale Antwort oder solch pauschale Abfrage ist nicht möglich, rein rechtlich. Wir haben lediglich eine Hypothese, dass es sich hier um rechtsextremistischen Hintergrund handeln könnte, wir haben keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte, dass die Täter Rechtsextremisten sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Unter diesen Aspekten können wir nicht die gesamten

Namen der Rechtsextremisten in Bayern übermitteln. Bitte macht ein Schreiben, macht eine Anforderung, die den gesetzlichen Gegebenheiten entspricht. - Diese Anforderung kam dann im November, Dezember.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ein halbes Jahr später. Haben Sie denn damals als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz selber mal gedacht, vielleicht könnte man auch Ihrerseits, von Ihrer Behörde, Ideen entwickeln und der BAO „Bosporus“ Vorschläge machen, was man denn liefern könnte?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, strukturierte Daten bzw. - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie was angeboten, oder haben Sie einfach nur gesagt: „Liebe BAO „Bosporus“, schick mal ein Schreiben rüber“? Dann kam halt ein halbes Jahr kein Schreiben, und dann ist auch nichts weiter veranlasst worden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich weiß es nicht im Detail, wie diese Gespräche verlaufen sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann sind Sie denn da eingeschaltet worden, zu welchem Zeitpunkt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich war von meiner Abteilung 3 eingeschaltet worden insofern, als sie mir mitgeteilt haben, dass sie das so nicht machen können, auch von meinem hausinternen Datenschutzbeauftragten, auch einem Juristen, und ich habe das als rechtens bestätigt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie denn mal nachgefragt dann im Laufe des zweiten Halbjahres 2006, zum Beispiel bei Herrn Hegler: Was ist nun eigentlich der aktuelle Sachstand bei dieser offenen Frage?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das weiß ich heute nicht mehr, ob ich da nachgefragt habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber es waren ja schon Ermittlungen mit hoher Bedeutung, haben Sie gerade gesagt.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BY-6/1.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, natürlich waren es Ermittlungen mit hoher Bedeutung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber wenn sich dann die BAO ein halbes Jahr nicht meldet, dann meldet sie sich halt ein halbes Jahr nicht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe vorhin mehrfach betont: Es gab drei Hypothesen, und Rechtsextremismus war eine von drei Hypothesen. Bei anderen Punkten haben wir ja auch in Einzelfällen Daten übermittelt. Da kam die Polizei auch nicht auf die Idee, jetzt alle - ja, ich weiß nicht - OK-Verdächtigen zu melden oder wie auch immer.

Also, ich sage: Das sind reine Rechtsfragen gewesen, und wir haben keine rechtliche Möglichkeit gehabt, dieses Ersuchen in der ursprünglichen Form, so wie es mündlich formuliert war in einem Gespräch auf Sachbearbeiterebene, zu beantworten bzw. dem zu entsprechen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Noch eine Frage, bevor die Fraktionen das Frage-recht nutzen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen selber als Leiter der Behörde bei der Hypothese Rechtsextremismus mal der Gedanke gekommen, dass es sich, wenn es sich um rechtsextremistische Täter handeln sollte, nicht zwangsläufig um Täter handeln muss, die ihren Wohnsitz in Bayern haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Natürlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und was ist daraus gefolgt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Daraus ist gefolgt, dass diese Ermittlungen - es gab ja auch Anschläge in anderen Bundesländern, in Rostock, in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, glaube ich jetzt - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Oder in Hamburg.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Hamburg auch, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** In Dortmund dann noch.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das ist ja Nordrhein-Westfalen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** In Kassel.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dass dort entsprechende Ermittlungen auch geführt werden natürlich, und dass wir auch keinerlei Grund hatten, jetzt - - Wir haben ja keine Anhaltspunkte gehabt. Nach wem soll ich denn bei einer anderen Verfassungsschutzbehörde fragen? Ich kann mir nicht einfach alle Daten geben lassen, alle Datensätze.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kennen Sie denn den Bericht der zweiten Fallanalyse aus 2006?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kennen Sie den Bericht, die zweite Fallanalyse Bayern von Herrn Horn, wo er sagt: „Nähe zur rechten Szene, Sprengstoffaffinität, Bezug zu Waffen“?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das ist alles eine Hypothese. Das sind aber keine tatsächlichen Anhaltspunkte. Wir hatten doch keinerlei Hinweise zu den Tätern, und ich gehe auch davon aus - - Davon konnten wir auch ausgehen und müssen wir ausgehen; das ist Usus zwischen den Verfassungsschutzbehörden. Wenn ein Land irgendetwas weiß, eine Landesbehörde, was für die andere von Bedeutung ist, dann meldet es das, ohne dass da nachgefragt werden muss. Aber ich habe keine Veranlassung gehabt, jetzt eine bundesweite Nachfrage zu - - Nachfrage in welchem Sinne?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kennt ihr, liebes Landesverfassungsschutzamt Thüringen, -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die Mörder?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - Personen, die in Erscheinung getreten sind mit Sprengstoff, Anschlagsvorbereitungen zum Beispiel? - Nein?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Die Mörder?  
Das wäre auch gegangen!)

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die Mörder, das wäre auch gegangen, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es hat also jedenfalls keine Kontaktaufnahme gegeben, weder zu anderen Landesverfassungsschutzämtern noch zum Bundesamt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Gerade weil Sie Thüringen nannten, Herr Vorsitzender: In Thüringen ist kein einziger Mord passiert, in Sachsen ist kein einziger Mord passiert. Gerade hinsichtlich dieser Länder hatten wir den geringsten Anhaltspunkt bzw. Veranlassung, hier nachzufragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich weiß ja nicht, wie es mit Ihrer Fantasie bestellt ist. Aber hat das nie mal jemand als Gedanken entwickelt, dass es bei dieser Serie von neun Morden in fünf Bundesländern durchaus eine Strategie der Täter gewesen sein könnte, genau dort nicht zu morden, wo man selber seinen Aufenthalt hat? Warum hat man sich denn so auf Nürnberg konzentriert?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist die Federführung der Polizei gewesen. Aber auf Nürnberg hat man sich deshalb konzentriert, weil, glaube ich, drei von den neun Morden in Nürnberg passiert sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber ich meine, sechs sind nicht in Nürnberg passiert und vier von den neun sind nicht in Bayern passiert, -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - sondern in Hamburg, in Rostock.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber einer ist noch in München passiert, in Bayern, und deswegen war ja in Nürnberg - - In Nürnberg war ja der Schwerpunkt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nürnberg drei, München zwei. Da hätten die Täter auch in München sein können.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dann hätte polizeilich eine andere Behörde die Federführung übernommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt also, Sie haben nur das gemacht bzw. das nicht gemacht, was die BAO „Bosporus“ angefragt hat, haben sich dann geeinigt - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die BAO „Bosporus“ hat nach Nürnberg gefragt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, Sie haben doch vorhin gesagt, die BAO „Bosporus“ hätte erst einmal global gefragt, nach allen Rechtsextremisten in Bayern.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, eben, und das - das habe ich gesagt -, das geht nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann haben sie gesagt: Okay, dann suchen wir uns was aus in Bayern. - Und dann haben Sie gesagt: Okay, das könnt ihr kriegen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Da haben sie sich Nürnberg ausgesucht, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Und da auch nur zwei von drei Postleitzahlbezirken?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist Entscheidung der ermittelnden Behörde, der Staatsanwaltschaft und - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Hegler hat vorhin mitgeteilt, das wäre ausgehandelt worden durch Ihren Justiziar mit der BAO „Bosporus“.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das wissen Sie nicht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wieso können Sie dann sagen: „Das war die souveräne Entscheidung der BAO „Bosporus“, zu sagen: Wir nehmen die Postleitzahlbezirke 90 und 91“?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Weil sie diese Anfrage so gestellt haben - meines Wissens.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Also, ich -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich kann das nur jetzt so -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich gebe mal das Fragerecht an die Fraktionen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - darstellen, wie ich das jetzt im Nachhinein mir in Erinnerung gebracht habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Kollege Binninger, bitte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Weber, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie es mit diesem Vorgang, dieser Anfrage, die zunächst unstrukturiert an Ihr Haus herangetragen wurde, jetzt aus rechtlichen Gründen - das kann man nicht beanstanden - sehr genau genommen haben und sich auch selber mit der rechtlichen Bewertung mal befasst haben. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich kann mich jetzt erinnern, dass seinerzeit Mitarbeiter meines Hauses - ich gehe jetzt davon aus, dass es der Herr Hegler und der Datenschutzbeauftragte waren - mit dieser Frage an mich herangetreten sind, ob ich ihre Meinung teile, dass dies zu weit geht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und die haben Sie geteilt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Diese Meinung habe ich geteilt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da gibt es, glaube ich, auch nichts zu beanstanden. Mir war nur wichtig, hervorzuheben: Sie hatten den Fall ja dann, die konkrete Anfrage, sehr präsent, Sie waren selber daran beteiligt, und Sie haben es aus guten Gründen sehr genau genommen.

Dann kam - das hat gedauert; ich will auf diese Zeitverzögerungen nicht mehr eingehen; das haben wir schon genügend erörtert -

irgendwann die konkrete Anfrage der BAO „Bosporus“, die wiederum Sie, also Ihr Haus, in die Lage versetzt hat, es zu beantworten. Es kamen rund 680 Personen; die haben Sie zurückgemeldet. Wurde Ihnen das dann auch noch einmal vorgelegt, die Antwort oder die Anfrage, die konkrete, als es dann so weit war? Haben Sie das noch einmal bekommen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe das jetzt gesehen, und da steht darauf: Vor Auslauf P zur Kenntnis. - Deswegen muss ich das gesehen haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Deswegen frage ich eigentlich.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber, bitte, das habe ich jetzt auch eben nur so in Erinnerung. Wenn darauf steht, „vor Auslauf P zur Kenntnis“ - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Dann wird sich keiner trauen, dass vorher zu versenden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Außer ich war da nicht da; dann hat es der Vizepräsident gesehen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ist Ihnen da aufgefallen, dass die Anfrage, über die Sie ja schon eine Zeit lang rechtlich sich auseinandergesetzt haben, eigentlich nur in Teilen beantwortet wurde und gar nicht so präzise, wie ich es jetzt erwartet hätte, nachdem Sie ja den Fall auch genau genommen haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wieso ist sie nur in Teilen beantwortet worden?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Weil, ich darf Ihnen das gern vorhalten. Auf Seite 3 der Anfrage der BAO „Bosporus“ beschreibt man das Profil, das die OFA ermittelt hat, und dann wird gebeten:

Ergänzend dazu sind örtlich und zeitlich fallverbindende, insbesondere auf die Mobilität abzielende Komponenten in die Erhebung mit einzubeziehen.

Beispielhaft wären dies:

Rechte Musikveranstaltungen zu den jeweiligen Tatzeiträumen.



Von 2000 bis 2006.

Entsprechende Erkenntnisse sollten sich nicht nur auf die bayerischen Tatorte beschränken. Die Tatorte in Hamburg, Rostock, Dortmund und Kassel wären in die Erhebung mit einzubeziehen.

Die Antwort Ihres Hauses auf diese Bitte kann ich dem Antwortschreiben nirgends entnehmen, da dort nur die Personenliste angehängt ist.

Dann gibt es eine weitere Frage, wo ich auch nach der Antwort suche:

Gibt es rechte Assoziationen zu den Tatorten und/oder Tatzeiten (etwa analog der Grundsteinlegung/Eröffnung Doku-Zentrum Nürnberg)?

Auch diese Frage, soweit ich es ersehen kann, wird nicht beantwortet. Warum nicht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe mir das kopiert. Ich habe das hier vor mir liegen. Das ist ja wohl Ihr wesentlichstes Papier.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Das ist im Moment das einzige, das wir hier haben, wenn es um diese konkrete Anfrage geht, nicht das wesentlichste, das einzige.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ach so. - Das konkrete Auskunftersuchen ist in Ziffer 3 dieses Schreibens und nicht in Ziffer 2. Das ist der Ermittlungsansatz. Das sind interne Überlegungen der Polizei, und in Ziffer 3 kommt dann das Auskunftersuchen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Sie nehmen es ja noch genauer als ich. Man könnte schon fast sagen, das ist eine sehr formale Betrachtungsweise.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist aber die richtige Betrachtungsweise; denn hier sollten wir eben die Namen mitteilen, und darum ging es der Polizei. Ich sagte: Wir waren auch in Gesprächen mit BAO „Bosporus“. Und wenn BAO „Bosporus“ eben etwas von dem, was in Ziffer 2 genannt ist, wissen wollte, dann hätten wir das beantwortet und haben wir das beantwortet.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Entschuldigung, Herr Zeuge. Darf ich Sie kurz unterbrechen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wollen Sie mir jetzt ernsthaft vermitteln, dass nach einem achtmonatigen Mail- und Telefonkontakt und persönlichen Gesprächen es zu einer Anfrage der BAO „Bosporus“ in Sachen „neun Mordfälle“ kommt - dieses Schreiben umfasst vier Seiten, textlich dreieinhalb - und Sie Ihre Beantwortung davon abhängig machen, wo die anfragende Stelle die Überschrift setzt? Hätten sie also Punkt 3, Fettdruck, Auskunftersuchen, etwas höher gesetzt, dann hätten Sie selbstverständlich etwas gesagt zu der Frage „Gibt es rechte Assoziationen?“, und hätten sie sie noch ein bisschen höher gesetzt - über Hamburg, Rostock und Dortmund -, dann wären Sie dieser Frage nachgegangen, sonst nicht?

Ich finde, angesichts der Dimension kann man so mit einem Auskunftersuchen nicht umgehen; es tut mir schrecklich leid. Das ist wirklich eine formalistische Betrachtungsweise, die ich nicht nachvollziehen kann, wo mir auch das Verständnis fehlt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Herr Abgeordneter, ich habe vorhin versucht, Ihnen zu erläutern, in welcher rechtlichen Situation wir auch sind: Wir haben keinerlei - - Wir hatten eine Hypothese, dass es möglicherweise Rechtsextremismus ist. Wenn wir etwas gewusst hätten, dass möglicherweise irgendwelche Tatverdächtigen sich an irgendwelchen Veranstaltungsorten befunden hätten, dann hätte man das mit Sicherheit mitgeteilt. Aber es ging hier der BAO „Bosporus“ um Datensätze, um Namen, und nicht um Assoziationen zu Tatorten usw., Doku-Zentrum. Man hat ja - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Dann haben sie das nur so aus Jux da hineingeschrieben? Warum steht es denn da?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist die Grundlage der Arbeit der Polizei in Nürnberg, in der BAO „Bosporus“. Es heißt ja auch: Zusammenfassend kommt die BAO ...

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Es ist doch aber als Frage formuliert, Herr Zeuge, jetzt bei allem Verständnis!

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das ist eine an sich selbst - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Jetzt wollen wir nicht rabulistisch sein.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das ist eine an sich selbst gestellte Frage. So haben sie das - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ach, die stellen sich selber Fragen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, natürlich. Sonst kann ich nicht ermitteln, wenn ich mir nicht selber Fragen stelle.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich stelle mir im Moment auch viele Fragen, aber jetzt im Moment keine mehr an Sie.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Also - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Frau Winkelmeier-Becker wird weiter befragen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Herr Dr. Weber, hatten Sie schon mal Ärger damit, dass zu viele Daten rausgegeben worden sind? Gab es da schon mal Kritik, dass man in Ihrem Amt mit der Freigabe von Daten irgendwie über das Ziel hinausgeschossen ist?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist jetzt eine sehr weitgehende Frage.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Das zielt natürlich darauf: Haben Sie irgendwie schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht und deshalb eine besonders restriktive Herangehensweise?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, eben. Wir haben halt ständige Diskussionen mit dem bayerischen Datenschutzbeauftragten gehabt über die Weitergabe, über die Übermittlung von Daten, und deswegen ist man dann natürlich vorsichtig und sorgfältig. Außerdem sind wir auch Juristen, und wir wollen hier nicht eine totale Überwachungs-szenarie aufbauen. Wir haben einen Verfassungsschutz, der sich an die Grundsätze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu halten hat, an die Gesetze der Verhältnismäßigkeit, der Notwendigkeit, und deswegen muss ich mich nach unserem Gesetz - ich habe es dabei, wenn ich es Ihnen vorlesen soll - daran halten, dass tat-

sächliche Anhaltspunkte für irgendwelche extremistischen Bestrebungen vorliegen, damit ich Daten übermittle. Irgendeiner anderen Dienststelle, wo ich diese Anhaltspunkte nicht habe, darf ich keine Daten übermitteln.

Ich habe das eben vorhin betont, dass wir natürlich die besondere Bedeutung dieses Vorgangs gesehen haben und deshalb bis an den wirklich äußersten Rand unserer rechtlichen Befugnisse gegangen sind.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich komme darauf gleich noch mal zurück. Ich muss aber zunächst noch mal fragen. Ich bin jetzt so ein bisschen hin- und hergerissen. Einerseits haben Sie schon sehr früh auch selber ermittelt, und das ja aus meiner Sicht ausschließlich unter der Hypothese, dass es eben ein rechtsextremistisch orientierter Fall oder Täterkreis sein könnte; der linksextremistische war jetzt, glaube ich, unter Verfassungsschutzaspekten nicht relevant, sondern unter dem Aspekt rechtsextremistisch. Sie sagen hier mehrfach: Es gab eigentlich keine Anhaltspunkte dafür, in die Richtung zu ermitteln. Trotzdem haben Sie selber die Initiative ergriffen und schon mal Quellen befragt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Das passt jetzt für mich nicht wirklich zusammen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Hat der Minister das vorgegeben, oder wieso sind Sie dann trotzdem auf die Idee gekommen, aus eigenem Antrieb, aus eigener Initiative da tätig zu werden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Also, wenn ich einen Sachverhalt habe, der extremistisch gesteuert sein kann, -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Woraus ergab sich das denn? Es gab kein Bekennerschreiben, es gab keine Symbole, haben Sie gerade gesagt. Woraus ergab sich das?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - dann habe ich natürlich die Befugnis, meine eigenen Quellen zu befragen. Also, dass wir uns

dann künstlich dumm stellen und nicht einmal die einzige Möglichkeit, die wir dann haben, nutzen, das wäre wirklich leichtfertig. Die Quellen zu befragen, ist ein interner Vorgang. Das sind keine Ermittlungen jetzt im polizeilichen Sinne oder wie auch immer oder im Sinne von Datenweitergabe, sondern da werden die Informanten befragt - aus dem Bereich der organisierten Kriminalität haben wir sie befragt, aus dem Bereich der der DHKP-C haben wir sie befragt und aus dem Bereich des gewaltorientierten Rechtsextremismus haben wir sie befragt -, ob sie in ihrem Umfeld irgendetwas dazu gehört haben, was das Motiv sein könnte, wer der Täter sein könnte, aus welchen Kreisen der Täter stammen könnte.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Und dabei ist nichts herausgekommen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dabei ist eben nichts herausgekommen, und wenn wir keine konkreten Daten haben, keine konkreten Verdachtspersonen haben, können wir als Nachrichtendienst nichts weiter machen. Ich kann keine Post- und Telefonüberwachung machen, ich kann keine Observation machen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Okay, ich habe ja nur nach den Fakten gefragt. Die Erklärung ist mir schon klar, die dahintersteckt.

Dann kam es aber zu der Anfrage hinsichtlich der Daten, in der Tat, und es stand eben im Raum eine Serie von Morden, auch die Befürchtung, dass sich diese Serie möglicherweise fortsetzen würde, also auch unter präventiven Aspekten eine sehr, sehr hohe Bedeutung.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Wie haben Sie in dieser Situation dann eben die Abwägung vorgenommen, einerseits hinsichtlich des Merkmals der Erforderlichkeit der Daten für die Ermittlungen und andererseits dann eben auch unter allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten? Wie haben Sie die Erforderlichkeit selber bewertet, also für die Ermittlungen? Da muss ja auch schon in Rechnung gestellt werden, dass es um ein sehr hohes Rechts-

gut geht und dass in der Frage einer präventiven polizeilichen Arbeit zur Verhinderung eines weiteren Mordes möglicherweise auch an die Erforderlichkeit, auch an die Verhältnismäßigkeit andere Maßstäbe anzulegen oder andere Ergebnisse -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): - letztendlich zu erzielen wären als eben bei Dingen, wo es um Vermögensdelikte geht.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Darum haben wir ja den Teilbereich der Datensätze herausgegeben, nämlich: die in einem bestimmten Alter sind, die in einer bestimmten Gegend von Nürnberg wohnen, wo sich der Schwerpunkt dieser Aktivitäten dargestellt hat. Deswegen haben wir diese Datensätze ja herausgegeben.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Und das war Ihre persönliche Entscheidung, oder inwieweit waren Sie da in der konkreten Abwägung mit involviert?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe das so gebilligt; ich habe das mitgetragen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Hätten Sie nicht gemeint, dass es doch gerade angesichts der Bedeutung der Rechtsgüter, die auf dem Spiel stehen, Anlass zu einer besseren Kommunikation in dem Sinne gegeben hätte, dass man die ermittelnde Behörde unterstützt bei der richtigen Fassung ihres Auskunftsersuchens?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dieses Auskunftsersuchen ist - so ist es mir mitgeteilt worden - gemeinsam sozusagen erstellt worden, erarbeitet worden.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Okay. Sie waren dann also nur derjenige, dem das vorgelegt worden ist, der da nicht groß eingegriffen hat, sondern die Dinge hat laufen lassen und dann damit einverstanden war?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ich war damit einverstanden. Ich selber hätte auch - - Ich wusste ja, wie sehr auch unseren Herrn

Staatsminister damals dieses ganze Thema berührt hat.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nicht nur deswegen, aber auch unter dem Aspekt -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Das hat er hier auch ganz glaubhaft dargelegt, ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - habe ich natürlich auch überlegt: Was können wir, Verfassungsschutz, noch dazu beitragen? Aber die Federführung liegt hier bei der Staatsanwaltschaft, die Federführung liegt bei der ermittelnden Polizeibehörde, und unsere Möglichkeiten waren mit der Befragung der Quellen erschöpft.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich hätte noch - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wenn ich keinen konkreteren Täterkreis habe, kann ich nicht mehr machen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage zur Zusammenarbeit mit anderen Landesverfassungsschutzämtern. Der Herr Hegler hat davon gesprochen, dass es durchaus Zusammenarbeit gibt, und hat da die Südschiene genannt. Das ist vermutlich Bayern und Baden-Württemberg. Kann das sein?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das sind halt die südlichen Verfassungsschutzbehörden.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Wäre es nicht auch üblich, hilfreich - wie auch immer - gewesen, andere Verfassungsschutzämter ebenfalls, intern sozusagen, zu fragen, ob sie Erkenntnisse über einen Täterkreis haben, der sich mit der Anfrage deckt - bis auf die räumliche Beschränkung?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Also, die räumliche Beschränkung ist von der Polizei so gekommen, und die haben wir so zu beantworten gehabt.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja, aber Sie wissen ja aus dem Hergang, dass bestimmte beschränkende Kriterien von Ihrem Amt vorgegeben worden sind.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, die sind nicht vorgegeben - -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Die Frage war ursprünglich offener gestellt und ist dann bilateral, in Abstimmung -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Einvernehmlich.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): - zwischen BAO „Bosporus“ und Ihrem Verfassungsschutzamt, reduziert worden.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Einvernehmlich; darauf lege ich Wert.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ja, es ist dann manchmal auch die normative Kraft des Faktischen, die dann zu Einvernehmen führt. Wäre es angesichts der Tatsache, um was es geht - das ist meine Frage -, nicht ein wichtiger Aspekt gewesen, sich von stark begrenzten Zuständigkeiten zu lösen, Initiative zu entwickeln und dann - natürlich im Rahmen gesetzlicher Zuständigkeiten - zu agieren, aber Vorschläge zu machen, einfach, indem man seine Fachkompetenz, sein Wissen auch einbringt? Oder wird das generell nicht gemacht? Ist es immer - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Es wird generell in einem solchen Ausmaß - Übermittlung von Hunderten von Datensätzen - generell nicht gemacht. Das ist weder rechtlich noch praktisch so in der Vergangenheit üblich gewesen und praktiziert worden.

Ich sagte vorhin: Wir haben als Verfassungsschutzverbund davon auszugehen, dass, wenn eine Verfassungsschutzbehörde etwas Sachdienliches weiß - diese Morde waren ja bundesweit bekannt -, sie das dann auch ungefragt natürlich mitteilt. Dieser sachdienliche Hinweis muss jetzt nicht der Hinweis auf den Mörder sein, Herr Abgeordneter, sondern das kann auch eine zielführende Information sein: Wir haben da gehört, dass da und dort irgendetwas sein könnte.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Aber gerade in dem Zusammenhang wäre ja jetzt - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Darf ich noch einen Punkt ergänzen?

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Das dürfen Sie.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe jetzt auch lange darüber nachgedacht. Ich meine mich zu erinnern, aber ich weiß es nicht, dass ich auch im Kreis der Amtsleiter, die sich ja alle viertel oder halbe Jahre treffen, dieses Thema angesprochen habe, mit der Bitte, selbstverständlich, was ganz klar ist, und so wurde es meiner Erinnerung nach wohl auch von allen beantwortet, etwas mitzuteilen, sofern man etwas weiß. Aber ich kann das jetzt nur so sagen. Ich habe das so ganz dunkel im Hinterkopf. Ich meine, mich daran zu erinnern. Das ist aber die Spitze dessen, was in solchen Fällen üblich ist. Die Abfrage „Jetzt gebt uns mal alle Rechtsextremisten aus Baden-Württemberg, und gebt uns alle Rechtsextremisten aus Hessen oder aus Thüringen“, das ist nicht üblich.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Wie wäre es denn andersherum, wenn Sie einfach die Information weitergegeben hätten, die Sie bekommen haben - es spricht vieles dafür, dass es sich um einen männlichen Täter im Alter von bis handelt, gewaltbereit usw.; also die Kriterien, die hinterher auch der Abfrage zugrunde gelegt worden sind -, wenn man diese Erkenntnisse weitergegeben hätte, also nicht nur gefragt, sondern selber gesagt hätte: „Wir haben Hinweise darauf, dass dies und jenes den Täter oder die Täter näher beschreibt“? Das hätte ja vielleicht auch geholfen. In die Richtung hat man aber nicht gedacht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wir haben dies so nicht weitergegeben. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass das alles in den Medien damals bekannt war und jeder sich an den fünf Fingern ausrechnen kann, dass es eine bestimmte Altersgruppe sein muss, dass es nicht das DVU-Mitglied mit 60 Jahren sein wird. Davon konnte jeder ausgehen. Also, diese Eingrenzung war jetzt nichts so Sensationelles, dass man da in anderen

Behörden, in anderen Ländern extra hätte nachfragen müssen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Mein Kollege stellt gerade eine Frage; danach hätte ich noch eine zum Schluss.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Weber, ich habe nur eine Frage: Wer in Ihrem Hause hatte denn jemals die Idee, ständiges Mitglied der BAO „Bosporus“ zu werden, um diese vielbeschriebenen überlappenden Gedanken, die wir zu erforschen versuchen, vielleicht auf die Weise sogar zu provozieren in der Zusammenarbeit?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich weiß nicht, ob diese Frage mal ventiliert worden ist, ob sie gestellt worden ist. Ich habe diese Idee wohl nicht gehabt. Wenn jemand anders darin einen Sinn gesehen hätte, hätte ich mich da auch nicht geweigert.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage. Sie sind ja auch mit einer der Väter des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Art. 14.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Würden Sie das aus heutiger Sicht anders formulieren, oder hatten Sie solche Fälle auch gerade so vor Augen und den Sinn des Gesetzes auch gerade darin gesehen, in solchen Fällen so zu handeln, wie Sie dann auch seitens des Verfassungsschutzamtes gehandelt haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Frau Abgeordnete, der Verfassungsschutz war und ist - aber war vor allem früher jahrzehntelang - immer in einer kritischen Zone angesiedelt seitens der Politik - er wurde immer kritisch beäugt - und auch seitens des Datenschutzes. Deswegen haben wir seinerzeit bei der Fassung des Entwurfs des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes sehr viel Wert auf datenschutzkonforme datenschutzrechtliche Normen gelegt, um hier von vornherein jegliche unsachliche Kritik abzuwehren; das geht zurück bis auf das Volkszählungsgesetzurteil. Insofern war es immer ein Bemühen - das kam in Art. 14 auch zum Ausdruck -, hier nur dann Übermittlungen zuzu-

lassen, wenn sie wirklich notwendig und erwartbar zielführend sind. Das halte ich auch nach wie vor für richtig. Denn es kann nicht sein, dass wir vom Verfassungsschutz her der Polizei jetzt gleich von vornherein alle Datensätze über alle Probleme des politischen Extremismus geben. Dann stellt sich nämlich die Sinnfrage: Braucht man dann überhaupt noch einen Verfassungsschutz, oder machen wir das dann eben gleich als polizeilichen Staatsschutz? Das berührt halt dann das Trennungsgebot.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Okay. - Ich gebe das Fragerecht dann ab.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Weber, produzieren Sie zum späten Abend hier keine Fragen über die Sinnhaftigkeit des Verfassungsschutzes. Ich will ganz offen sein: Ich finde das schwer erträglich, was wir hier erleben: so ein Hin und Her um ein Auskunftersuchen in einer Mordserie, in einer bundesweiten Mordserie. Schon als wir die Akten studiert haben, waren wir, glaube ich, alle hier der Meinung, dass es ja wohl nicht angehen kann, dass es acht Monate hin- und hergeht.

Ich will ganz offen am Anfang sagen, dass ich das, wie gesagt, schwer erträglich finde und dass ich persönlich auch der Auffassung bin, dass ein ehemaliger Präsident eines Landesamtes für Verfassungsschutz auch sagen könnte bzw. die Größe haben könnte, hier zu sagen: Da ist gewaltig was schiefgelaufen. - Das hätte nichts mit einer Schuldzuweisung zu tun, sondern würde uns hier einfach auch ein Stück weiterhelfen, rauszufinden: Wo haben die Fehler gelegen? Also, acht Monate - ich hoffe, dass das auch in Ihrer Behörde nicht üblich war, sondern dass das auch ein für Sie im Nachhinein ärgerlicher Vorgang ist.

Ich will noch mal kurz nachfragen zu dem Stichwort, das Sie selbst genannt haben in Ihrem Eingangsstatement. Sie haben davon gesprochen, natürlich sei von Anfang an fremdenfeindlicher Hintergrund angenommen worden. „Natürlich von Anfang an“ sei ein fremdenfeindlicher Hintergrund eine von drei Hypothesen gewesen; so habe ich Sie richtig zitiert. Darf ich Sie mal fragen, wie genau Sie

zu diesem frühen Zeitpunkt darauf gekommen sind, auf fremdenfeindlichen Hintergrund? Sie selbst waren da ja noch im Ministerium. Können Sie sich daran noch erinnern?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die Überlegung war einfach: Die Opfer sind Ausländer. Das war der einzige Aspekt; ich sagte das vorhin schon.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Hatten Sie diese Idee?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Die hat jeder, der sich fachlich mit solchen Fragen befasst.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Wie kommen Sie da jetzt drauf? Also, war das im Zusammenhang mit der handschriftlichen Notiz des damaligen bayerischen Innenministers zu sehen auf dem Tageszeitungsbericht von dem ersten Mord, oder wie kam es, dass Sie zu diesem frühen Zeitpunkt wie selbstverständlich fremdenfeindlichen Hintergrund angenommen haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Es gibt mehrere Aspekte des Rechtsextremismus: überzogenen Nationalismus, Judenhass und eben Ausländerfeindlichkeit. Und - -

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja. - Darf ich Sie mal fragen, mit wem Sie das besprochen haben und was das für Konsequenzen für die Arbeit Ihres Amtes hatte? Also, was genau ist dann passiert? Sie haben fremdenfeindlichen Hintergrund angenommen, Sie haben von den Morden gehört. Was ist dann passiert? Sie waren ja damals noch im Ministerium. Aber was ist passiert?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe keinen fremdenfeindlichen Hintergrund angenommen. Ich habe gesagt: Er war möglich. Er war möglich, genauso wie ein Hintergrund der Erpressung von Schutzgeldern -

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - durch eine türkische extremistische Organisation - solche Erpressungen hat es nachweislich gegeben -, und es war möglich ein Hintergrund der organisierten Kriminalität, und es war

möglich, weil es eben Ausländer waren, ein Hintergrund des Rechtsextremismus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir reden über den frühen Zeitpunkt vor 2006. Sie sagen: drei mögliche Hypothesen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was hat er denn für Aktivitäten ausgelöst im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, der mögliche fremdenfeindliche Hintergrund?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dass die Quellen befragt worden sind.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Quellen wurden befragt. Wann genau?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das weiß ich nicht. Ich nehme an, zeitnah.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was heißt denn „zeitnah“? Wir haben es ja mit mehreren Morden zu tun. Sie haben gesagt: „von Anfang an“.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich sagte vorhin: Ich weiß nicht, ob nach dem ersten oder nach dem zweiten. Beim ersten kam ja noch die These oder die mögliche These, dass es ein familiärer Hintergrund ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben bei uns - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Erst durch die Tatsache, dass es sich um dieselbe Mordwaffe handelt, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Weber - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - schied ja eigentlich der höchstpersönliche, familiäre Hintergrund aus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Weber, was hier etwas zur Verwunderung führt, ist die Tatsache, dass Herr Hegler auch genau dieses aussagt - irgendwann nach dem ersten oder zweiten Mord, irgendwann danach -, wir aber in den Akten haargenau null Blätter Papier dazu haben, dass vor 2006 überhaupt in Richtung eines fremdenfeindlichen Hintergrundes ermittelt worden ist bzw. das Lan-

desamt für Verfassungsschutz in diese Richtung tätig geworden ist; deswegen frage ich da noch mal so präzise nach. Sie selbst haben gesagt, Sie haben sich mit Herrn Hegler darüber unterhalten. Es fällt eben auf, dass Sie beide das formulieren. Haben Sie sich darüber unterhalten, über diese Frage, ob nach dem ersten oder zweiten Mord der fremdenfeindliche Hintergrund in Ihre Erwägungen einbezogen wurde?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Das war von Anfang an eine mögliche Hypothese, die sich für jeden Fachmann gestellt hat, und das Problem war eben, dass wir drei mögliche Hypothesen hatten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Und die einzige Möglichkeit, die das LfV hatte, hier in irgendeiner Weise aufklärend tätig zu sein, war in dem Stadium die Befragung von Quellen: Wisst ihr was dazu?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Weber, gibt es dazu irgendwelche Aufzeichnungen? Ist das irgendwo belegt, dass es da Aktivitäten gab, auch wenn die erfolglos waren und zu keinen Ergebnissen geführt haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dazu muss es keine Aufzeichnungen geben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aha.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich weiß nicht, ob es welche gibt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, wir haben es mit Morden zu tun, das setzt eine Aktivität im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in Gang, Quellen werden befragt, man kommt zu keinem Ergebnis, und dann teilt man das auch niemandem mit. Muss ich mir das so vorstellen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ich nehme an, dass man mir das damals im Ministerium mitgeteilt hat, telefonisch.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dass sie keine Ergebnisse gab, die Quellenbefragung?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und Sie wissen ja auch, dass der Minister selber nach fremdenfeindlichem Hintergrund gefragt hat. Wurde das dann mal in Richtung des Ministers gespielt, oder wurde das überhaupt jemandem mal zur Kenntnis gegeben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Davon gehe ich aus, dass das in irgendeiner Weise dem Minister zur Kenntnis gegeben worden ist, nicht dass jetzt die Quellen befragt worden sind, sondern dass man dann in einem, wenn überhaupt - - Also, ich - - Federführend war damals dann die Polizeiabteilung, und da habe dann eben ich vielleicht einen Satz reingeschrieben: Auch das Landesamt für Verfassungsschutz hat keine Erkenntnisse dazu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich will noch mal einen anderen Punkt ansprechen, Herr Dr. Weber. Das ist das Thema - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das muss nicht immer alles so fürchterlich bürokratisch zugehen, ja?

(Heiterkeit)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das haben wir gemerkt: acht Monate. Das stelle ich mir in einer gut funktionierenden Bürokratie - - Nur, ich will Ihnen ganz offen sagen: Wir versuchen jetzt, im Nachhinein herauszufinden, wo es gehakt hat; das ist unsere Aufgabe hier. Und wenn ich dann sehe, dass acht Monate es ein unerträgliches Hin und Her um ein paar Datensätze gibt, dass ich da mal Fragen stelle und mal sage: „Da wünsche ich mir aber ein bisschen mehr Bürokratie“, das sage ich Ihnen auch ganz offen. Also, da habe ich überhaupt keine Vorbehalte gegenüber Bürokratie, wenn es um die Aufklärung von Morden geht.

Ich möchte aber noch mal was anderes wissen von Ihnen, und zwar zum Stichwort „Eigeninitiative“. Sie hatten selbst gesagt, dass Sie auch ungefragt etwas mitgeteilt haben. Das ist ja auch die Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz, selber Erkenntnisse dann auch den anderen Behörden mitzuteilen. Ich darf Sie da zitieren. Sie haben gesagt: Auch ungefragt haben wir was mitgeteilt. - Was haben Sie denn eigentlich mitgeteilt von Ihren Erkenntnissen, und zu welchem Zeitpunkt haben Sie etwas mitgeteilt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wir haben in anderen Bereichen - da gab es ja auch konkrete Anfragen, hier zur DHKP-C zum Beispiel, zu möglichen OK-Hintergründen - konkrete Namen von Personen benannt bekommen von der Polizei, und wir sind befragt worden, ob wir dazu Erkenntnisse haben usw.

**Dr. Eva Högl (SPD):** In meiner Frage an Sie liegt die Betonung auf dem Stichwort „ungefragt“. Also, haben Sie zum Beispiel, nachdem Sie von der Mordserie erfahren haben - Sie wussten ja, da wird ermittelt usw.; es gab ja auch einen Austausch der BAO „Bosporus“ -, gesagt: Wir bringen unsere Erkenntnisse - Sie sind ja die Experten auf dem Gebiet Rechtsextremismus - ungefragt in die Ermittlungen ein, wir haben Erkenntnisse, wir sagen euch mal, was wir da so haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das ist selbstverständlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. Was war das? Welche Erkenntnisse?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber wir hatten keine Erkenntnisse. Wir hatten ja keine Erkenntnis. Darum kann ich keine Erkenntnisse einbringen. Wir haben zum Beispiel der BAO „Bosporus“ dicke Zusammenstellungen über die Skinhead-Szenen im Raum Nürnberg usw. zur Verfügung gestellt. Das haben wir geliefert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir wissen von einer Broschüre, Herr Dr. Weber.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich rede aber von fachlichen Erkenntnissen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja. Die wird - - Die gibt es jedes Jahr neu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Zum Beispiel zum Thema Bekennerschreiben. Also, wir haben uns ja hier länger schon darüber unterhalten - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Es gab ja kein Bekennerschreiben.



**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, eben.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Entschuldigung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber wir wissen doch - das haben wir jetzt gelernt -, dass in der rechtsextremen Szene auch nicht unbedingt ein Bekennerschreiben Kennzeichen von Straftaten ist, sondern dass es da auch eine Forschung gab und dass man wusste aus der Szene, dass sie sich radikalisiert, dass mit Sprengstoff gearbeitet wird - diese Dinge. Also, haben Sie das mal übermittelt und haben mal gesagt: „Wir haben da folgende Erkenntnisse; sucht nicht nach einem Bekennerschreiben, vielleicht gibt es gar keins“ oder so? Ich versuche, zu verstehen, wie die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der BAO „Bosporus“ gelaufen ist.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Was Sie jetzt ansprechen, sind möglicherweise abstrakte Informationen? Oder -- Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, Ihre eigenen Erkenntnisse. Die Frage war einfach -- Ich nehme das zur Kenntnis, wenn Sie --

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Frage war einfach, ob Sie eigene Erkenntnisse aus Eigeninitiative heraus vielleicht der BAO „Bosporus“ übermittelt haben.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, wenn wir keine Erkenntnisse haben! Wir hatten ja keine Informationen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. - Dann frage ich Sie noch nach einem letzten Punkt, und dann hat meine Kollegin noch eine Frage. Stichwort: Thüringen. Also, Sie haben ja das Auskunftersuchen bekommen, 28.12.2006; das war beschränkt auf den Großraum Nürnberg.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben dann 682 Personendaten aus dem Großraum Nürnberg - zwei Postleitzahlen - übermittelt. Wenn ich Akten lese über Rechtsextreme, dann springt mich an, ohne dass ich danach suche, eine Verbindung von Rechtsextremen

aus Franken und aus Thüringen - da muss ich gar nicht lange gucken -: bei jeder Veranstaltung die Namenslisten und was auch immer. Kann man erwarten vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, dass Sie dann - noch mal wieder das Stichwort „Eigeninitiative“ - selber mal sagen: „Wir gucken mal über die Landesgrenze, und wir beschränken uns nicht auf die zwei Postleitzahlen, obwohl die Anfrage so lautet“?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Ich habe vorhin schon ausgeführt: Gerade zu Thüringen hatten wir keinen Anlass, irgendwie noch initiativ zu werden, um Datensätze irgendwelcher Leute zu bekommen, weil es in Thüringen keinen Mord gab und in Sachsen auch nicht. Der einzige in den neuen Ländern war der in Rostock, und alle anderen Morde spielten in der alten Bundesrepublik Deutschland. Insofern gab es überhaupt keinen Anhaltspunkt, jetzt speziell in Thüringen nachzufragen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Na ja. Man hätte auf die Idee kommen können; aber nun gut. - Darf ich Sie noch mal fragen, mit wem außer mit Herrn Hegler Sie zur Vorbereitung auf die Vernehmung heute noch gesprochen haben, damit wir das noch mal haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Mit dem Präsidenten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Mit dem jetzigen Präsidenten?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wann haben Sie mit den beiden gesprochen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Vor ein paar Wochen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wissen Sie das noch genau?

(Der Zeuge blättert in einem Kalender)

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Am 18. April.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Mit beiden zusammen? Präsident und Hegler?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das war das einzige Gespräch?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Moment. Ich war zweimal im Amt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie waren dann im Amt zu diesem Gespräch?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja; natürlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie waren zweimal da?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber es ging ja darum, dass ich auch dieses Schreiben hier einsehe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. - Wann waren Sie noch mal da?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der zweite Termin, haben Sie den gefunden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich suche jetzt gerade. Moment.

(Der Zeuge blättert erneut in einem Kalender)

Tut mir leid. Wann das war, habe ich offensichtlich nicht im Kalender eingetragen.<sup>30</sup>

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie bei beiden Terminen mit dem Präsidenten und Herrn Hegler gesprochen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich meine, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. Sie meinen, ja. - Wussten Sie - darf ich Sie das noch eben fragen? -, dass Herr Hegler hier auch als Zeuge in Betracht kommt oder schon benannt war?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja; sicher.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Es war Ihnen bekannt, -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Sicher.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - dass er auch Zeuge ist?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Sicher. Aber mir ist auch dieser Vermerk da aus der ... (akustisch unverständlich) bekannt, dass sich ein Ehemaliger, vor allem also ein Ruhestandsbeamter, natürlich mit den zuständigen Leuten sachkundig machen kann, wenn - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Außer sie sind auch als Zeuge geladen; -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, das steht hier nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - aber egal. Ich wollte es nur wissen, damit wir Ihre Aussage auch einordnen können.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Danke.

**Aydan Özoğuz (SPD):** Ich hätte nur noch eine Frage. Sie hatten ja ganz am Anfang von der Devrimci Sol und diesem anderen Mord berichtet von 1999 und dass der Sie auf diese andere, dritte Fährte - oder erste oder zweite Fährte - gebracht hat. Da hätte ich gerne gewusst, ob es denn - - Und Sie haben ja dann auch immer weiter noch akribisch im Umfeld der Opfer usw. geforscht. Das ist ja etwas, was wir heute alles noch nachvollziehen können; das ist ja alles da sozusagen. Da frage ich mich: Gab es denn irgendwelche Quellen, die Ihnen dort etwas dazu gesagt haben? Also, hatten Sie in die Richtung irgendwelche Hinweise bekommen, dass Sie an der Stelle sozusagen noch akribisch weiterschauen sollten oder noch weiterbohren sollten, oder gab es irgendwelche Ähnlichkeiten zwischen den Morden? Denn wir haben ja hier so eine andere Art, als man es vielleicht bei Schutzgelderpressungen hört, wo gar nicht gesprochen wurde, wo sofort geschossen wurde, was ich jetzt zumindest so nicht kenne. Also, gab es irgendwelche Hinweise, dass Sie deswegen an der Stelle durchaus ja weitergemacht haben?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Also, wie gesagt, unsere Quellen haben in allen Berei-

<sup>30</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

chen, die hier in Betracht kommen, keinerlei Erkenntnisse gehabt über irgendwelche möglichen Hintergründe, die das eine oder das andere bestätigt hätten oder ausgeschlossen hätten. Diese Morde - das weiß man halt jetzt - geschahen so, dass da einer hinging. Aber ob da vorher ein Gespräch geführt worden wäre, das wissen - - Es hätte ja auch sein können, dass Tage vorher ein Gespräch geführt worden ist; das weiß man ja. Hinterher ist man immer klüger; aber das wussten wir ja damals auch nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht würde dann zur FDP-Fraktion wechseln. Herr Tören, bitte.

**Serkan Tören (FDP):** Herr Dr. Weber, der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Fromm, hat im letzten Jahr im November im Innenausschuss gesprochen von einer Niederlage für die Sicherheitsbehörden. Sehen Sie das genauso?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Eine Niederlage der Sicherheitsbehörden? Jeder unaufgeklärte Mord ist eine Niederlage der Sicherheitsbehörden insgesamt bzw. der agierenden Behörden. Aber was bedeutet das Wort „Niederlage“? Wir bedauern es natürlich, dass diese Morde geschehen sind und dass auch weitere nicht verhindert werden konnten. Aber die Ausgangslage war eben derart raffiniert - keinerlei Spuren in dem Sinne zu hinterlassen, die auf irgendwelche Motive hindeuten -, dass die Ermittlungen sowohl der Polizei als auch der Nachrichtendienste natürlich immens erschwert waren.

**Serkan Tören (FDP):** Meinen Sie, dass aus Ihrer Sicht das Landesamt alles getan hat für die Aufklärung der Morde?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich meine, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz alles getan hat, was in seiner Möglichkeit stand, um weitere Morde zu verhindern und diese begangenen Morde mit aufzuklären.

**Serkan Tören (FDP):** Ich will noch mal auf die Anfrage der BAO - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Mehr war nicht möglich.

**Serkan Tören (FDP):** Ja. - Ich will noch mal auf die Anfrage der BAO zurückkommen. So wie ich Sie jetzt verstanden habe, wurde die anscheinend nicht weitergeleitet, nicht an andere Landesämter, an das BfV oder an andere LKA.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Sie wurde nicht weitergeleitet, weil sie speziell bezogen war auf den Nürnberger Raum.

**Serkan Tören (FDP):** Wenn ich aus diesem Schreiben der BAO noch mal zitieren darf:

Entsprechende Erkenntnisse sollten sich nicht nur auf die bayerischen Tatorte beschränken. Die Tatorte Hamburg, Rostock, Dortmund, Kassel wären in die Erhebung mit einzubeziehen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das steht nicht in diesem Abs. 3: Auskunftersuchen.

**Serkan Tören (FDP):** Darüber haben wir ja schon - - Herr Binninger hat ja schon - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Das ist der Punkt, der für uns relevant war und der auch von der Polizei nicht anders gewollt war. Die Polizei hätte das schon auch anders formuliert. Nur, wenn wir solche Erkenntnisse im Sinne des Abs. 2 gehabt hätten, dann hätten wir die natürlich mitgeteilt.

**Serkan Tören (FDP):** Wie sieht es denn bei anderen Anfragen aus? Gucken Sie dann auch ganz formell drauf, wo nun wie was steht? Denn bei viel geringfügigeren Sachen kann man sehen, dass das Landesamt auch immer ständig andere Landesämter informiert hat, angefragt hat. Wie unterscheiden Sie da?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Herr Abgeordneter, das ist relativ einfach zu beantworten. Ein Auskunftersuchen in diesem Umfang ist mir nicht erinnerlich in dieser Massenhaftigkeit; das ist der Punkt. Und das andere, wo ich auch sagte, wir waren in Kontakten mit der BAO „Bosporus“, sind Einzelanfragen zu einzelnen Personen; das ist der entscheidende Unterschied. Hier geht es darum, allein die Tatsache, dass jemand Rechtsextremist ist in einem bestimmten Alter, anderen Sicherheitsbehörden mitzu-

teilen. Das haben wir ja hier so gemacht. Aber allein dass einer Rechtsextremist ist - generell -, zum Beispiel der DVU angehört, der NPD oder sonst was und 75 Jahre alt ist: Was soll die Polizei damit? Wir hatten ja - - Sie hat sich ja auch gar nicht geäußert, was sie mit diesen Daten alles will.

(Zuruf: Mordaufklärung!)

**Serkan Tören (FDP):** Es ging ja noch mal um die Weiterleitung dieser Anfrage. Wenn aus den Akten jetzt so hervorgeht, dass beispielsweise bei Skinhead-Konzerten oder vergleichbaren Veranstaltungen einfach Anfragen weitergeleitet werden, dann stellt sich für mich die Frage, warum bei so einer wichtigen Sache nicht und bei geringfügigeren wird dann irgendwie alles weitergegeben.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bei Skinhead-Konzerten wird zum Beispiel weitergegeben: Am Soundsovielten findet da und dort ein Skinhead-Konzert statt. „Mit wie vielen Leuten aus Thüringen oder was rechnet ihr?“, werden die Thüringer gefragt, damit wir der Polizei sagen können: Da ist mit einem solchen Aufmarsch zu rechnen. - Das sind sonst die typischen allgemeinen Anfragen.

**Serkan Tören (FDP):** Sie haben gesagt am Anfang, es gab drei Hypothesen, dann anschließend die Quellenbefragung. - Zur Quellenbefragung hat die Kollegin, glaube ich, schon gefragt. Da hatten Sie gesagt, Aufzeichnungen, Protokolle gebe es nicht. Habe ich Sie so richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Da werden keine Protokolle gefertigt, nein.

**Serkan Tören (FDP):** Wissen Sie denn - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wenn die Quelle etwas gewusst hätte, dann würden Protokolle gefertigt.

**Serkan Tören (FDP):** Wissen Sie denn die Art und Weise der Befragung? Ich will jetzt gar nicht wissen, wen Sie befragt haben, sondern die Anzahl von Quellen. Haben Sie im Bereich dieser drei Hypothesen noch mal gewichtet? Haben Sie vielleicht bei der einen Hypothese mehr Quellen befragt und intensiver als bei anderen Hypothesen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Also, das überlasse ich natürlich den zuständigen Abteilungs- und Sachgebietsleitern. Aber ich gehe davon aus, dass alle Quellen, die etwas zu solchen Sachverhalten wissen könnten, befragt worden sind und sensibilisiert worden sind, auch sensibilisiert: Wenn ihr in Zukunft etwas wisst, sagt es uns.

**Serkan Tören (FDP):** Hatten die Quellen nur einen bayerischen Bezug oder - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wir führen natürlich nur Quellen in Bayern.

**Serkan Tören (FDP):** Okay.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herr Weber, ist in Ihrer Tätigkeit das Wort „Rechtsterrorismus“ schon mal in den Akten zu finden gewesen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Häufig? Weniger häufig?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Rechtsterrorismus - - Man rechnet ja das Oktoberfestattentat dazu.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also regelmäßig, oder war es doch eher eine Ausnahme?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Es war eher eine Ausnahme.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Wie war denn die Zusammenarbeit zwischen dem MAD und Ihrer Behörde?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wir haben Kontakte zum MAD, selbstverständlich, aber auch hier personenbezogener Art. Beim MAD hat, glaube ich, auch die Polizei selber nachgefragt, ob - -

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Hat der MAD regelmäßig bei Ihnen Informationen hinterlassen, wenn er was Neues wusste über seine Soldaten oder - - auf dem Kaserengelände oder wie auch immer?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wenn er etwas über einzelne Soldaten wusste, die

dem Rechtsextremismus zuzurechnen sind, dann hat er uns das mitgeteilt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Hatten Sie auch Vorkommnisse, wo Sie das Gefühl hatten: Es ist nichts geschehen oder nachgewiesen, da hat er mal nichts ausgesagt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Den Eindruck hatte ich nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Im Schäfer-Bericht taucht der Name Jürgen Helbig 50-mal auf. Jürgen Helbig gilt als einer - also, das wissen wir heute; das ist natürlich damals ein bisschen schwieriger gewesen - der unmittelbaren Kontakteleute zum Trio. Laut Schäfer-Bericht hat der MAD in einer bayerischen Kaserne eine Befragung mit Helbig durchgeführt, und dieser hat dort angegeben, dass sich das Trio auf Ebene des Rechtsterrorismus bewege. Das Ganze war im September 1999. Kennen Sie diesen Vorgang?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Also, ich kenne ihn nicht. Aber wenn es sich hier um Thüringer gehandelt hat - offensichtlich -, dann wurde das vom MAD wahrscheinlich nach Thüringen gegeben.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Auch in einer bayerischen Kaserne?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, ja. Die Kaserne, also der Ort, spielt da keine Rolle, sondern die Zugehörigkeit der Person. Ich weiß nicht, ob dieser Jürgen Helbig ein Thüringer war oder - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wäre das vielleicht - - Also, es ist ja Folgendes: Sie kriegen vom Verfassungsschutz Thüringen 1998 die Anfrage: Kennen Sie diese drei Leute? Wir suchen diese drei Leute. - Dann taucht in einer bayerischen Kaserne der MAD auf und befragt eine Person. Die redet von Rechtsterrorismus. Und ein halbes Jahr später beginnt die Mordserie, in die Sie ja auch dann später noch eingeschaltet worden sind. Wenn man die drei Dinge jetzt zusammennimmt, könnte man ja - Sie haben gesagt: Rechtsterrorismus taucht weniger häufig auf - auf den Gedanken kommen: Moment mal, da gab es doch mal einen, der von

Rechtsterroristen gesprochen hat. Was ist denn das für eine Spur?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Wie gesagt, ich weiß nicht, ob uns der MAD darüber berichtet hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Andere Frage: Sie kennen die Vorgänge im Thüringer Verfassungsschutz um die Jahrtausendwende. Kennen Sie die?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Thüringer Verfassungsschutz, V-Mann Diemel enttarnt, V-Mann Brandt enttarnt, gestohlene Daten von einem PC mit geheimen Unterlagen, Indiskretionen aus dem Verfassungsschutzamt Thüringen, Brandt wird wieder als V-Mann eingestellt, Innenminister Köckert wird entlassen wegen der gestohlenen Daten usw. usf. Wie wirken sich solche Dinge auf das Amt des benachbarten Bundeslandes aus?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich muss dazu sagen: Ich war seinerzeit eben nicht Amtsleiter in Bayern und weiß über die Details deshalb eher auch nicht Bescheid. Ich meine, was in den Medien transportiert worden ist, das hat man natürlich gelesen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das spielt also keine Rolle im Umgang mit dem Verfassungsschutz, mit der Behörde bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Man kann sich die Ämter nicht immer so aussuchen, sondern wir sind bundesweit eben zur Zusammenarbeit mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz verpflichtet, und wir müssen natürlich mit der Verfassungsschutzbehörde zusammenarbeiten, die existiert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, und hat das denn Auswirkungen auf die eigene Arbeit, wenn man eine Anfrage aus so einem Verfassungsschutzamt bekommt?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich verstehe jetzt die Frage nicht. Was für Auswirkungen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Auf Ihre Arbeit, wenn Sie die Anfragen von so einem Verfassungsschutzamt bekommen, in der Gewichtung, oder auch Informationen an dieses Amt aus Ihrer Behörde? Ist das der gleiche Umgang, sagen wir mal, wie mit den Baden-Württembergern oder mit den Rheinland-Pfälzern?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Man wird allenfalls dann, wenn ein besonderer Quellenschutz vorliegt, höchst gefährdete Quellen, vielleicht vorsichtiger sein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, denken Sie an die Zeit?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber wir hatten ja hier keine Quelleninformationen. Also, insofern kann es hier keine Rolle gespielt haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. - Frau Pau, bitte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Dr. Weber, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hat in einem Interview mit der *BILD*-Zeitung vor zwei Tagen erklärt, er halte die massive Kritik an den Sicherheitsbehörden nach der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds für berechtigt.

Wenn über einen Zeitraum von mehreren Jahren zehn Menschen von Terroristen ermordet werden und die Sicherheitsbehörden nicht in der Lage sind, dies zu verhindern, dann ist Kritik nicht nur verständlich, sondern, das liegt auf der Hand, auch berechtigt.

So Fromm.

Herr Dr. Weber, teilen Sie die Einschätzung von Herrn Fromm, und wenn ja, welche Fehler hat das Landesamt für Verfassungsschutz Bayern gemacht?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern nach meiner Kenntnis hier keine Fehler gemacht, sondern hat sich an das Gesetz gehalten, die notwendigen Daten oder Erhebungen durchgeführt, Quellenbefragungen, und die Daten, die dann zulässigerweise angefragt worden sind, auch übermittelt.

Dass das Ganze natürlich die Frage aufwirft, inwieweit hier die Sicherheitsbehörden insgesamt gut aufgestellt waren bzw. mit dem Phänomen zurechtgekommen sind - - Diese Meinung kann man natürlich teilen, dass das also doch einige Fragen aufwirft. Aber das wirft natürlich weitergehende Fragen auf, nämlich auch Fragen hinsichtlich des Trennungsgebots, der generellen Zusammenarbeit Polizei/Nachrichtendienste, und es wirft eben auch andere Fragen auf, die der gemeinsamen Dateien. Man ist ja jetzt bemüht, hier analog der Islamismusdatei eine gemeinsame Datei zu errichten.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Dr. Weber, ich frage eher in eine andere Richtung, weniger jetzt, was die Schaffung von Dateien und anderes betrifft. Insofern würde ich gern - - Sie wissen, dass Ihre Antwort auf meine Fragezeit geht. Ich habe vernommen, dass Sie das nicht teilen, was Herr Fromm gesagt hat.

Ich würde gern zu meinen Fragen an dieser Stelle noch einmal kommen, wenn Sie sagen, das Landesamt hat keine Fehler gemacht und alles geleistet. Ich muss zugeben, ich war dann doch sehr verwundert, als ich in den Akten weit vor der dann irgendwann erfolgten Antwort auf die Anfrage der BAO „Bosporus“ ein Protokoll einer Arbeitsbesprechung der BAO „Bosporus“ mit Vertretern des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema militanter Rechtsextremismus vom 13. Juli 2006 gefunden habe.

(Zuruf: Die MAT-Nummer?)

Das heißt, die BAO „Bosporus“ wollte sich offensichtlich schlaumachen, was es denn da eigentlich in diesem Bereich militanter Rechtsextremismus gibt, gegebenenfalls auch Terrorismus, vielleicht auch deshalb, weil diese fleißigen Polizisten sich eingestanden haben: Davon haben wir überhaupt keine Ahnung, weil wir uns bisher nur mit organisierter Kriminalität beschäftigt haben. - Da hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Ermittler darüber informiert, dass es das Oktoberfestattentat gegeben hat. Dann informierten sie über die Aktivitäten der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und auch über Aktivitäten von Meinolf Schönborn, sagten aber kein Wort zu dem militanten Nazinetzwerk „Blood & Honour“, kein Wort zum Konzept des sogenannten führerlosen Widerstands, wozu auch gehört, dass man natürlich kein Bekennerschreiben abgibt und auch nicht aus organisierten Parteienstrukturen

der Nazis agiert. All diese Dinge finden hier überhaupt nicht statt.

Würden Sie das denn heute als Fehler bezeichnen, dass man den Polizisten das nicht auch an die Hand gegeben hat? Sie hätten ja dann vielleicht auch spezieller fragen können, nach welchen Personen sie suchen, nach welchen Organisationsstrukturen vielleicht und anderes.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich war bei diesen Gesprächen nicht dabei. Ich weiß nicht, was im Detail besprochen worden ist und was sich ja dann in dem Vermerk der Polizei, der BAO „Bosporus“, niedergeschlagen hat. Ich weiß aber, dass man jedenfalls aufseiten der Polizei durchaus sachkundig ist. Wir haben ja auch einen polizeilichen Staatsschutz, -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Das ist mir bekannt; das ist schon klar.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - der sich eben damit auch befasst hat innerhalb der BAO „Bosporus“ - es ist nicht nur organisierte Kriminalität gewesen -, sodass hier von einem im Prinzip adäquaten Erkenntnisstand auszugehen ist. Im Übrigen habe ich ja gesagt: Wir haben dann im Herbst noch einmal diese Broschüren über mehrere Jahre hinweg verteilt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Haben Sie die eigentlich dabei, zu den Skinheads?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Bitte?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Haben Sie diese Broschüre zu den Skinheads dabei?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Könnten Sie uns ein Exemplar - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Dabei habe ich sie nicht, nein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ach so, gut. Wir haben die in den Unterlagen bisher nicht gesehen. Das heißt, wir wissen nicht, ob das ein normales Öffentlichkeitsmaterial Ihres Landesamtes ist -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** - oder etwas Spezifischeres.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, das ist eine Verschlussache. Ich habe nur gehört, dass Ihnen das zugeschickt werden soll, im Ausschuss.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut; dann sind wir in froher Erwartung.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Diese Broschüre enthält nun alles, und sie ist auch - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Zu Skinheads, aber nicht zu militanten Rechtsextremisten.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Doch, doch, zum militanten Rechtsextremismus, Schwerpunkt natürlich Skinheads, aber - - So ein großer Unterschied zwischen militanten Rechtsextremisten und Skinheads ist nicht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Dr. Weber, Sie haben ja vorhin schon in den Mittelpunkt gestellt, dass Sie durchaus auch von diesem Themengebiet Rechtsextremismus Ahnung haben und im Innenministerium dafür zuständig waren. Sie waren in der Zeit, als das Attentat auf das jüdische Gemeindezentrum aufgedeckt wurde, auch durch das Landesamt, also auch mit diesem Thema befasst. Es ist doch wohl ein Unterschied, ob ich mich mit rechtsextremistischen Skinheads beschäftige oder aber mit der Kameradschaft rund um Wiese, welche tatsächlich in den Anfängen der Bildung einer terroristischen Vereinigung war.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Natürlich ist da ein gradueller Unterschied.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Aber es geht ineinander über.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut. Ich würde gern noch zu einem anderen Punkt kommen, den wir hier schon einmal gestreift haben. In den Akten finden wir viele Informationen über den monatlichen Informationsfluss zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz Bayern und dem Landesamt Thüringen, wenn es ab dem Jahr 1995 um die Aktivitäten von Neonazis aus dem „Thü-

ringer Heimatschutz“ in Bayern und bayerische Neonazis in Thüringen geht. In all den Berichten zu diesen sehr engen Abstimmungen fallen immer wieder die Namen aller drei aus dem NSU-Trio und auch ihrer Unterstützer, die wir zum Teil ja heute nun auch namentlich benennen können. Allerdings haben wir bisher nicht gefunden, ob Ihr Amt durch das Thüringer Amt über das Abtauchen dieses Trios informiert wurde und ob Sie in dieser Weise auch dann in die Suche involviert wurden. Können Sie uns dazu etwas sagen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, dazu weiß ich jetzt auch nichts.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Dann habe ich eine zweite - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau!

**Petra Pau (DIE LINKE):** Bin ich fertig, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Zeit ist schon überzogen, ja. - Dann hat das Fragerecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Weber, wir haben hier den stellvertretenden Leiter der BAO „Bosporus“ gehört, den Zeugen Mähler. Er war bis zu seiner Vernehmung hier im Saal der Überzeugung, dass das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz selbstverständlich ihr Schreiben auch an die anderen Landesämter weitergeleitet habe. Er sagte, er könne sich nichts anderes vorstellen; so würde die Polizei arbeiten, und davon ging er aus. Deswegen meine Frage: Welche Kommunikation haben Sie eigentlich mit der Polizei? Da wird uns gesagt, bei uns arbeiten fast nur Polizisten, von daher stimmt die Chemie. Aber offenbar stimmt die Kommunikation nicht. Oder sehe ich das falsch?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich weiß nicht, warum der Herr Mähler zu der Auffassung gekommen ist, dass dieses Schreiben oder das Auskunftersuchen weitergegeben worden sein soll. Das Auskunftersuchen bezieht sich ausdrücklich auf den Raum Nürnberg.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das wissen wir.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Insofern macht es überhaupt keinen Sinn, dieses an andere Behörden weiterzuleiten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So, das ganze Auskunftersuchen machte keinen Sinn, so wie es von Ihnen runterverhandelt wurde, um das einmal ganz deutlich zu sagen, auf den Großraum Nürnberg, und dann hat die Polizei „legale Meldeadresse“ daraus gemacht. Aber die Polizisten sagten uns: Was blieb uns denn übrig? Sonst bekamen wir ja nichts von dem Landesamt, außer dass uns gesagt wurde, das ist zu viel, was ihr an Daten habt.

Jetzt einmal Ihre rechtlichen Bedenken ernst genommen, wirklich, dass Sie sagen: „Wir können nicht alle unsere Daten da ausspucken“: Das wäre auch sinnlos gewesen, ehrlich gesagt. Das ist ja eine richtige Überlegung. Was haben DVU-Opas eigentlich in dem Zusammenhang zu suchen? Gar nichts. Aber die Frage ist: Warum haben Sie nicht mitgedacht? Ihnen war doch klar, wen die suchen: Sie suchen hoch gefährliche, bewaffnete Killer, die möglicherweise aus der rechtsextremen Szene stammen, keine Flugblattverteiler, keine „Mein Kampf“-Abonnenten - das wird ja in Bayern gerade wieder aufgelegt -, sondern Rechtsterroristen. Führen Sie eigentlich auch Strukturakten in Ihrer Behörde?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich weiß nicht, was Sie unter Strukturakten verstehen. Aber wenn wir Erkenntnisse gehabt hätten -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** - über zu Terrorismus bereite Rechtsextremisten, hätten wir das in diesem Zusammenhang natürlich an die BAO „Bosporus“ gegeben, egal ob die Nachfrage nur auf Nürnberg begrenzt ist oder nicht.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So, und wenn Sie feststellen, haben wir nicht in unserem Bestand sozusagen, dann wäre doch aber die nächste Frage gewesen, wenn nicht wir, dann möglicherweise aus dem Nachbarland. Dann können



Sie nicht sagen: „Da fühlten wir uns nun an die Anfrage gebunden“, wenn Sie selber sagen: Na, diese Anfrage war ja wohl nicht die richtige Arbeitsgrundlage.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sich davon gedanklich schon gelöst haben, dann wäre es doch wirklich naheliegend gewesen, zu sehen: Wir müssen leider passen, so etwas haben wir in Bayern nicht - das wäre sogar möglicherweise die richtige Auskunft gewesen -, aber wir fragen mal, ob ein anderes Landesamt solche Kaliber möglicherweise kennt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Da ist es eben in der Praxis so, in der Praxis zwischen Polizei und Verfassungsschutz, dass solche Fragen in anderen Ländern grundsätzlich dann die Polizei - die ermittelnde Polizeibehörde über die benachbarte Polizeibehörde - tätig werden lassen und von dort diese Erkenntnisse abfragt. Insofern ist das ein normales Verfahren gewesen, und deswegen gab es für uns keinen Anlass, hier von diesem normalen Verfahren abzuweichen, zumal uns ja auch bekannt war, dass die Polizei ja auch sogar bei anderen Nachrichtendiensten, beim BfV, in Nordrhein-Westfalen gefragt hat, allerdings nicht zum Rechtsextremismus, sondern zu anderen möglichen Hintergründen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Auch hier wieder die Frage nach der Kommunikation: Zunächst einmal unterstellen Sie sozusagen der BAO „Bosporus“, dass sie die normalen polizeilichen Informationswege nicht kennt, weil sie das ja offenbar nicht gemacht hat. Dann wiederum die Frage: Warum teilen Sie nicht Folgendes mit: „Wir haben nur in Bayern gesucht, wir haben nur in Bayern recherchiert, -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Weil die Anfrage - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in unserem Bestand, da war nichts; -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Weil die Anfrage nur darauf gerichtet war.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - fragt ihr doch mal in den anderen Bundesländern“? Es gibt doch Telefone, auch in Nürnberg.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Entschuldigung, Herr Abgeordneter, aber wenn ich jetzt der Polizei sage, was sie zu tun hat, dann kriege ich da keine positive Antwort. Die Polizei weiß grundsätzlich schon selber, was sie zu tun hat, und sie tut es ja auch richtig. Warum sie hier jetzt nicht in anderen Ländern gefragt hat, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob etwas dabei herausgekommen wäre. Ich weiß ja nicht, was die Thüringer gewusst haben oder nicht gewusst haben.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sie hätten jedenfalls wissen müssen, dass ihnen drei von der Bildfläche verschwunden sind, die drei inzwischen bewaffnet sind und immer noch nicht aufgetaucht sind. Sie haben ja sogar bei Ihnen nachgefragt, die haben ja sogar bei Ihnen im Landesamt nachgefragt: Sind die hier aufgetaucht in Bayern?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, das ist ja auch kommuniziert bzw. ist ja auch - - Jetzt habe ich den Faden verloren, Entschuldigung.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten sagen, das ist kommuniziert worden. Das ist aber bei Ihnen sozusagen im Amt, im Landesamt, nicht irgendwo abrufbar gewesen, sodass auf diese Anfrage hin bei irgendjemand der Großen fiel: Wir haben solche Finger nicht, aber die Thüringer haben uns mal nach solchen Personen gefragt.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Das war zwei Jahre vorher. Die waren als solche nicht gespeichert, weil sie keinen bayerischen Bezug mehr hatten.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letztendlich doch!)

Einen, den Sie nicht kannten.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hallo!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dennoch ist es doch nicht ausgeschlossen, wenn eine solche Anfrage eines anderen Landesamtes gestellt wird und man eine Auskunft gibt, dass man sich Frage und Antwort aktenmäßig aufhebt. Oder ist das ausgeschlossen? Sie haben doch den Thüringern eine Negativauskunft erteilt. Oder war das auch wieder mündlich?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein. Das weiß ich nicht, wie das gelaufen ist. Aber jedenfalls haben wir diese drei Leute, Uwe Böhnhardt usw., in unserem Datensystem nicht gespeichert gehabt, weil sie keinen intensiven Bezug zu Bayern hatten.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, achten Sie bitte auf die Zeit.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich achte auf die Zeit.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich kann nur die Daten weitergeben, die ich gespeichert habe.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn nach Personen gefragt wird - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, es wurde ja nach Personen gefragt. - Entschuldigung, also, ich - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Natürlich.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber Herr Dr. Weber, es ist wirklich meine letzte Frage.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja, okay.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Polizei konnte Sie gar nicht nach Personen in dem Sinne fragen, dass

sie Ihnen Namen vorgab; denn sie hatte keinen.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, nun wollte sie von Ihnen sämtliche bayerischen Rechtsextremisten haben. Da haben Sie - für mein Gefühl sogar zu Recht - gesagt: Gibt es nicht. - Dann gab es aber die aus dem Großraum Nürnberg. Ich verstehe nicht, warum das möglich war, das andere nicht; aber das will ich jetzt nicht vertiefen. Es machte jedenfalls dann wenig Sinn.

Einen Blick in Strukturakten - was haben wir an wirklich gewalttätigem Rechtsextremismus an der Schwelle zum Rechtsterrorismus? - haben Sie offenbar geworfen, wenn ich Sie richtig verstanden habe; das war aber Fehlanzeige. Nun ist es doch nicht undenkbar, dass ein Mitarbeiter oder wer auch immer sich erinnert, dass die Thüringer mal gefragt haben, ob so jemand in Bayern untergetaucht ist, dass ihm das einfällt bei der Gelegenheit. Oder sind Sie nur Anhängsel - jetzt werde ich einmal polemisch - Ihrer Datenbanken?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ob das einem Mitarbeiter eingefallen ist, weiß ich nicht. Ich gehe davon aus, dass es einem Mitarbeiter nicht eingefallen ist. Aber es war hier nach Datensätzen gefragt, und diese Frage ist beantwortet worden. Wenn das andere geläufig gewesen wäre, hätte man es wahrscheinlich mitgeteilt. Aber es war halt wohl nicht mehr geläufig, weil es nicht als personenbezogener Datensatz suchfähig abgespeichert war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sind am Ende der - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich müsste noch einmal betonen: Wir hatten es zu diesem Zeitpunkt immer noch nur mit einer Hypothese zu tun. Wir hatten es nicht mit einer Sicherheit zu tun; wir hatten es nicht einmal mit tatsächlichen konkreten Anhaltspunkten zu tun, dass hier Rechtsextremisten tätig waren. Wir haben mit der Stange im Nebel gestochert.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen wis-

sen, wie zielgerichtet gestochert wurde!)

- Wenn ich kein Ziel habe, dann kann ich nur im Nebel stochern.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, eventuelle Rechtsextremisten zu finden!)

- Gibt es in Bayern nicht.

(Heiterkeit)

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Endet die Welt denn in Bayern? Ich habe das heute Morgen schon gefragt:

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Felix Bavaria.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es ein Gesetz, dass in Bayern nur Bayern morden dürfen? Steht das in der Verfassung, oder wie kommen Sie alle darauf?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein, selbstverständlich nicht. Aber wenn das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz nach Erkenntnissen gefragt ist, dann hat es sich auf bayerische Datensätze zu beschränken und hat unter diesen konkreten Umständen, die jetzt vorgelegen haben, keinen Anlass, bundesweit abzufragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich meine, wir haben ja nicht nur Föderalismus, wir haben ja auch Freizügigkeit. Da hätte man dann doch etwas mehr Fantasie walten lassen können.

Wir sind am Ende der ersten Berliner Stunde angelangt. Gibt es weiteren Fragebedarf an den Zeugen? Union, SPD, FDP, Linke? - Nicht einmal Herr Wieland? - Herr Ströbele auch nicht?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

- Herr Ströbele.

(Zurufe: Nein!)

- Ach, die Linken auch. Entschuldigung, ich hatte das irgendwie gar nicht registriert. - Nein, tut mir leid, Herr Ströbele noch nicht. Frau Wawzyniak möchte auch noch gerne Fragen stellen.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Ich gehe aber davon aus, nach dem, was ich bisher gehört habe, dass sie sehr kurz zu beantworten sind.

Ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, ob Sie etwas wissen, ob zwischen 1998 und 2008 möglicherweise ein Informationssystem oder ein Frühwarnsystem oder was auch immer zwischen den Landesämtern für Verfassungsschutz und den Strafverfolgungsbehörden über Straftaten bestanden hat, die nach der polizeilichen Kriminalstatistik als rechte Straftaten einsortiert worden sind und bei denen dann diejenigen, die aufgrund dessen verurteilt worden sind, sich dem Haftbefehl oder den Haftantritten entzogen haben.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ob mir das bekannt ist?

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Wissen Sie so etwas, gab so etwas?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe das nie gesehen.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Gut. Ich habe ja gesagt, ich gehe davon aus, dass es kurz beantwortet wird.

Zweite Frage. Sagt Ihnen die „Operation Rennsteig“ etwas?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Nein.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Gut, ich bin fertig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann für die Grünen Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Weber, Sie sind jetzt die ganze Zeit danach gefragt worden, wie Sie mit der Anfrage der BAO umgegangen sind usw. Ich will die einmal ganz beiseite lassen und frage Sie: Nehmen wir einmal an, es hätte gar keine Anfrage der BAO gegeben, sondern die BAO hätte Ihnen nur mitgeteilt - das, was im Rahmen dieser Anfrage ja dann auch mitgeteilt worden ist -: Wir haben da ein neues Profiling gemacht, und dieses Profiling hat ergeben, die Täter könnten aus dem rechten Bereich kommen, Ausländerfeinde, schon mal was mit Waffen und Sprengstoff zu tun gehabt, damit schon

mal aufgefallen sind, also das, was der Profiler herausbekommen hat oder was er aufgeschrieben hat. - Hätten Sie als Landesamt für Verfassungsschutz, das sich um rechtsradikale, mörderische Bestrebungen in Bayern kümmern muss und das - Ihr ehemaliger Chef hat vorhin darauf hingewiesen - in Bayern als einzigem Land ja auch die Aufgabe für den Verfassungsschutz hat, organisierte Verbrechen zu beobachten, dann nicht überhaupt ohne diese ganze Anfrage, nur aufgrund einer Information - vielleicht hätten Sie die auch aus der Zeitung oder sonst woher genommen - genügend Anlass gehabt, alles zu unternehmen, um zu sehen: „Haben wir da irgendetwas, oder können wir irgendetwas über Rechtsextreme herauskriegen, die in unseren Akten vorhanden sind, auf die dieses Profil passen könnte?“, angesichts dieser ja einmaligen Mordserie, die ja selbst Ihren Minister umgetrieben hat, sodass er sich fast jeden Monat hat berichten lassen?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Herr Abgeordneter, das ist selbstverständlich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich gehe davon aus als Amtsleiter und aufgrund meiner Erfahrungen mit dem Amt, dass das innerhalb der zuständigen Abteilung und innerhalb der zuständigen Sachgebiete intensiv erörtert worden ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht erörtert, recherchiert.

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ja. Wie soll ich es sagen? Ich sage es mal ganz salopp: Wir meinen unsere Pappenheimer zu kennen. Gerade die, die für so etwas infrage kommen, die für Gewaltaktionen links- oder rechtsextremistischer Art oder auch islamistischer Art in Betracht kommen, unterliegen schon einer intensiven Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz, diejenigen, die dafür in Betracht kommen. Deswegen gehe ich davon aus, dass, wenn man hier irgendwo innerhalb der Sachbereiche und auf der Sachbearbeiterebene irgendwelche Anhaltspunkte gehabt hätte, irgendwelche Vermutungen, man denen dann intensiv nachgegangen wäre. Dann hätten wir aber

möglicherweise konkrete Anhaltspunkte gehabt, dass der im Besitz einer Ceska ist oder dass dies oder jenes vorliegt usw. Aber das war eben offensichtlich nicht der Fall.

Als Amtsleiter gehe ich davon aus, dass das innerhalb meines Amtes so geprüft wird, wie ich das kenne. Das ist Lernen von der Pike auf beim Verfassungsschutz, dass dies nicht von irgendjemandem verschwiegen worden wäre. Insofern hatte ich keinen Anlass, außer eben ganz dezidiert zu fragen: Haben wir dazu irgendwelche Erkenntnisse, können wir etwas dazu beitragen? - Wenn dies aus der Fachabteilung verneint wird, weil wir entsprechende Erkenntnisse nicht haben, dann habe ich als Amtsleiter keinen Grund, das zu bezweifeln, sondern habe aufgrund meiner Kenntnis des Amtes im Gegenteil davon auszugehen, dass das auch objektiv so richtig ist, weil mir das sonst in irgendeiner Weise auch anderweitig schon zur Kenntnis gelangt wäre.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber, Herr Weber, wir wissen ja heute, dass Sie aus dem Jahr 1998 einen Hinweis mit Foto und Namen aus Thüringen hatten, mit der Bitte, nachzusehen, ob Sie dazu was haben, weil die in Thüringen untergetaucht sind und gesucht werden. Dieses Wissen war bei Ihnen im Amt offenbar vorhanden und ist es heute noch; sonst hätte vorhin der Herr Hegler - also heute Vormittag, schon ein paar Stunden her, also am frühen Vormittag - uns hier nicht erzählt, dass ihm das bekannt war. Ob es jetzt in der Akte stand oder er das durch Erzählung überliefert bekommen hat - Sie haben es ja offenbar auch gewusst -, dass so eine Nachfrage - -

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich habe es im Nachhinein gehört.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Also im Nachhinein haben Sie es erfahren aus dem Amt, dass dieses Wissen dort vorhanden war. Warum ist dieses Wissen über drei Leute, die in Thüringen gesucht werden, auf die dieses Profil fast wie gemalt, außer Nürnberg, zutrifft, nicht zusammengebracht worden? Ist da nicht ein Fehler gemacht worden?

**Zeuge Dr. Wolfgang Weber:** Ich kann das nicht beantworten, ob das ein Fehler war, ob das ein anderer Sachbearbeiter war,

was auch immer. Die Personen waren eben nicht als solche gespeichert, und insofern - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Wissen war vorhanden, habe ich gesagt. Hören Sie mir mal auf mit dem Latein! Ich kann es nicht mehr hören!

(Unruhe)

Es gibt Akten, es gibt Wissen im Kopf auch bei Ihren Mitarbeitern. Sie sagen, Sie schreiben gar nicht alles auf. Das verstehe ich auch. Aber dann fragt man mal bei den Mitarbeitern rund: Hatten wir solche Leute schon mal, auf das das zutrifft? - Aber danke, es reicht mir.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, keine weiteren Fragen! - Dr. Eva Högl (SPD): Das bringt auch nicht viel!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es weitere Fragen aus dem Ausschuss? - Das ist nicht der Fall.

Dann, Herr Dr. Weber, vielen Dank, dass Sie uns als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Wie vorhin angekündigt, geht Ihnen der Entwurf des Protokolls dann zu, sobald die Entwurfsfassung vorliegt.

Dann sind wir hiermit am Ende der heutigen Beweisantragsitzung angelangt. Ich wünsche noch einen angenehmen Restabend, eine schöne Pfingstzeit, und dann sehen wir uns in der nächsten Sitzungswoche.

(Schluss: 22.17 Uhr)

## Aussage des Bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Günther Beckstein vor dem 2. Unter- suchungsausschuss der 17. Wahlperiode im Deutschen Bundestag

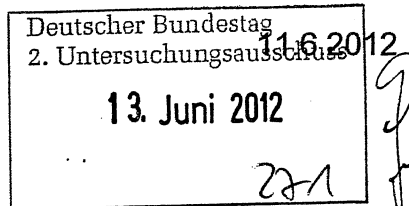
### *Änderungswünsche zum Stenografischen Pro- tokoll zur 17. Sitzung am 24. Mai 2012*

S.	Textstelle bisher	Bitte ändern in
77	Es gibt also keinen objektiven Spuren [...]	Es gibt also <b>keine</b> objektiven Spuren [...]
77	Wir haben seit den 90er-Jahren die Republikaner, die Rechtsex- tremen beobachtet [...]	Wir haben seit den 90er-Jahren die Republikaner <b>als Rechtsex- treme</b> beobachtet [...]
78	2000 haben wir [...] durch eine entsprechende Gesetzesände- rung.	2000 haben wir [...] durch eine entsprechende Gesetzesände- rung <b>angestrebt</b> .
78	Fahrverbote als eigenständig verhängbare Sanktion [...] einge- setzt.	Fahrverbote als eigenständig verhängbare Sanktion [...] <b>ver- langt</b> .
78	2000 wurde die Gruppierungen [...] verboten.	2000 <b>wurden</b> die Gruppierungen [...] verboten.
79	Verfassungsschutz hat Hinweise, und die Ermittlungen macht dann Polizei.	<b>Der</b> Verfassungsschutz hat Hin- weise, und die Ermittlungen macht dann <b>die</b> Polizei.
79	Aber ich habe 2005 massiv mit angeschoben [...]	<b>Auch habe ich</b> 2005 massiv mit angeschoben [...]
80	Dann mache ich einen Pfeil:	Dann <b>folgt ein</b> Pfeil:
81	Im Hinblick auf darauf, dass [...]	Im Hinblick <b>auch</b> darauf, dass [...]
82	[...], die dann in vielen anschlie- ßenden Berichterstattungen – [...]	[...], die dann in vielen anschlie- ßenden Berichterstattungen <b>um- gesetzt wurde</b> : [...]
83	Teilnahme Innenminister Aksu aus der Türkei oder türkischer Botschafter? (?)	Teilnahme Innenminister Aksu aus der Türkei oder türkischer Botschafter? <b>(?)</b>
83	Aber ich kenne keinen ernsthaf- ten Kriminalen, [...]	Aber ich kenne keinen ernsthaf- ten <b>Kriminaler</b> , [...]
86	[...] und dem ist auch nicht ernst- haft in den Besprechungen vom BKA widersprochen worden.	[...] und dem ist auch nicht ernst- haft in den Besprechungen vom BKA widersprochen worden, <b>so jedenfalls meine Erinnerung</b> .

86	Herausgekommen ist Folgendes: dass man eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit – Federführung in Nürnberg, die Einrichtung der LIST [...]	Herausgekommen ist Folgendes: dass man eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit <b>vor-</b> <b>nimmt, aber die</b> Federführung in Nürnberg <b>belässt</b> , die Einrichtung der LIST [...]
86	[...] vor allem sind aber Verbindungsbeamte über Kreuz jeweils angegeben worden.	[...] vor allem sind aber Verbindungsbeamte über Kreuz jeweils <b>ausgetauscht</b> worden.
86	Ich weiß aus der Frage des Jahres 2007 [...]	Ich weiß aus der <b>Lage</b> des Jahres 2007 [...]
86	Da hat es Gespräche zwischen BKA und dem Mitarbeiter des -- dem Landespolizeichef Kindler gegeben [...]	Da hat es Gespräche zwischen BKA und dem Mitarbeiter des <b>Innenministeriums bzw.</b> dem Landespolizeichef Kindler gegeben [...]
86	Es war aber auch nicht zu einer formellen Frage hier mehr gekommen, dass eine Übergabe ist.	Es war aber auch nicht zu einer formellen <b>Anfrage</b> hier mehr gekommen, dass eine Übergabe <b>beantragt</b> wird.
86	[...] was ich auch jetzt diskutiert lese [...]	[...] was ich auch jetzt <b>diskutiere oder</b> lese [...]
89	Der Ströbele wird das nicht gern hören.	<b>Herr</b> Ströbele wird das nicht gern hören.
103	[...] die Einzeltätertheorie hat und wir [...]	[...] die Einzeltätertheorie <b>ge-</b> <b>nannt</b> hat und wir [...]
107	Mich hat auch nach meiner Erinnerung nicht Herr Schäuble angesprochen [...]	Mich hat auch nach meiner Erinnerung nicht Herr Schäuble <b>dar-</b> <b>auf</b> angesprochen [...]
107	Er hat jedenfalls mit mir nicht geredet [...]	Er hat jedenfalls mit mir nicht <b>so</b> geredet [...]
117	[...] dass mehrere der Täter [sic!] Kleingewerbetreibende waren.	[...] dass mehrere der <b>Opfer</b> Kleingewerbetreibende waren.
120	[...] auch wegen meiner Verhaltensweise.	[...] auch wegen meiner Verhaltensweise:
133	Ob die Frage der Justizministerkonferenz behandelt worden ist [...]	Ob die Frage <b>in</b> der Justizministerkonferenz behandelt worden ist [...]
133	Nach dem Selbstmordbrand in Erfurt.	Nach dem <b>Mord, Selbstmord und Brand</b> in Erfurt.
146f.	[...] dann könnte ich mich vielleicht darauf verlassen [...]	[...] dann könnte ich mich vielleicht darauf <b>einlassen</b> [...]

- Ende der Liste -

Dr. Wolfgang Weber  
Präsident a.D. des Bayerischen  
Landesamts für Verfassungsschutz  
Knorrstr.139  
80937 München



An den  
Herrn Vorsitzenden des  
2. Untersuchungsausschusses  
des Deutschen Bundestags  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Niederschrift meiner Vernehmung als Zeuge am 24.5.2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fragen nach Gesprächen mit Herrn LRD Hegler haben mich so überrascht, daß ich den Ablauf und die Umstände der Auffrischung meiner Erinnerungen über die Vorgänge 2006/2007 etwas durcheinander gebracht habe.

Ich möchte deshalb meine Antworten auf S. 156 und 171/172 der Niederschrift zusammenfassend klarstellen und insofern meine Aussagen teilweise korrigieren:

Zur Auffrischung meines Gedächtnisses führte ich am 18.4.2012 im Landesamt für Verfassungsschutz ein Gespräch mit dem Präsidenten des LfV, Herrn Dr. Körner, der den Vizepräsidenten, Herrn Gruber, und Herrn Hegler als seinerzeitigen und jetzigen zuständigen Abteilungsleiter beigezogen hatte.

Am 3.5. 2012 führte ich ein weiteres Gespräch insbesondere zur Aktenlage im Bay LfV mit Herrn Vizepräsidenten Gruber und einem aktenkundigen Mitarbeiter der Abteilung 3 des BayLfV; Herr Hegler nahm daran nicht teil. Mit Herrn Hegler führte ich dagegen ein allgemeines Gespräch über sicherheitspolitische und private Angelegenheiten am 11.5.2012, als ich ihn unbeabsichtigt im Treppenhaus des Maria-Elisabeth-Lüder-Hauses in Berlin traf.

Absprachen über Aussagen vor dem Ausschuß erfolgten zu keiner Zeit.

Mit freundlichen Grüßen